

18

Geschäftsbericht 2018



Die Salzgitter AG zählt zu den traditionsreichen deutschen Konzernen. Der Fokus unserer Geschäftstätigkeit liegt auf Stahl und Technologie. Durch nachhaltiges internes und externes Wachstum hat sich unser Unternehmen zu einem der führenden Stahl- und Technologiekonzerne Europas entwickelt – mit einem Außenumsatz in 2018 von rund 9 Mrd. €, einer Kapazität von mehr als 7 Millionen Tonnen Rohstahl und über 25.000 Mitarbeitern. Das oberste Ziel unseres Unternehmens bleibt auch zukünftig die Eigenständigkeit durch Profitabilität und Wachstum.

Unser Konzern umfasst über 150 nationale und internationale Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und gliedert sich in die Geschäftsbereiche Flachstahl, Grobblech/Profilstahl, Mannesmann, Handel und Technologie.

Inhalt

Konzernlagebericht und Lagebericht, zusammengefasst

2	Salzgitter-Konzern in Zahlen
3	Vorwort des Vorstandes
4	Bericht des Aufsichtsrates
8	Corporate Governance

16	I. Unternehmen und Organisation
31	II. Finanzielles Steuerungssystem
34	III. Überblick über den Geschäftsverlauf
48	IV. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
62	V. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

Konzernabschluss

78	I. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
79	II. Gesamtergebnisrechnung
80	III. Konzernbilanz
82	IV. Kapitalflussrechnung
84	V. Veränderung des Eigenkapitals
86	VI. Anhang

165	Bestätigungsvermerk
-----	---------------------

Salzgitter-Konzern in Zahlen

		2018	2017
Rohstahlerzeugung	Tt	7.039	6.955
Außenumsatz	Mio. €	9.278	8.990
Geschäftsbereich Flachstahl	Mio. €	2.341	2.160
Geschäftsbereich Grobblech/Profilstahl	Mio. €	1.026	1.024
Geschäftsbereich Mannesmann	Mio. €	1.119	1.093
Geschäftsbereich Handel	Mio. €	3.268	3.230
Geschäftsbereich Technologie	Mio. €	1.338	1.285
Industrielle Beteiligungen/Konsolidierung	Mio. €	186	198
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)¹⁾	Mio. €	797	707
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)²⁾	Mio. €	413	317
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	347	238
Geschäftsbereich Flachstahl	Mio. €	206	182
Geschäftsbereich Grobblech/Profilstahl	Mio. €	25	-58
Geschäftsbereich Mannesmann	Mio. €	-5	-6
Geschäftsbereich Handel	Mio. €	51	71
Geschäftsbereich Technologie	Mio. €	43	7
Industrielle Beteiligungen/Konsolidierung	Mio. €	28	42
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	Mio. €	278	194
Ergebnis je Aktie – unverwässert	€	5,06	3,52
Verzinsung des eingesetzten Kapitals (ROCE)²⁾	%	10,3	8,6
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	Mio. €	528	274
Investitionen³⁾	Mio. €	338	287
Abschreibungen³⁾	Mio. €	-384	-390
Bilanzsumme	Mio. €	8.757	8.318
Langfristige Vermögenswerte	Mio. €	3.836	3.566
Kurzfristige Vermögenswerte	Mio. €	4.921	4.752
Vorräte	Mio. €	2.327	2.085
Finanzmittel	Mio. €	556	679
Eigenkapital	Mio. €	3.332	2.990
Fremdkapital	Mio. €	5.425	5.328
Langfristige Schulden	Mio. €	3.036	3.322
Kurzfristige Schulden	Mio. €	2.389	2.007
davon Bankverbindlichkeiten ⁴⁾	Mio. €	519	471
Nettofinanzposition⁵⁾	Mio. €	192	381
Beschäftigte			
Personalaufwand	Mio. €	-1.739	-1.724
Stammebelegschaft zum Stichtag ⁶⁾	Blm.	23.523	23.139
Gesamtbelegschaft zum Stichtag ⁷⁾	Blm.	25.363	25.074

Ausweis der Finanzdaten gemäß IFRS

¹⁾ EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

²⁾ ROCE = EBIT (= EBT + Zinsaufwand ohne Zinsanteil der Zuführung zu Pensionsrückstellungen) zu Summe aus Eigenkapital (ohne Berechnung latenter Steuern), Steuerrückstellungen, zinspflichtigen Verbindlichkeiten (ohne Pensionsrückstellungen) und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing, Forfaitierung, Derivaten

³⁾ Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, ohne Finanzanlagen

⁴⁾ kurz- und langfristige Bankverbindlichkeiten

⁵⁾ inklusive Anlagen, z. B. in Wertpapieren und strukturierten Investments

⁶⁾ ohne Ausbildungsverhältnisse und ohne passive Altersteilzeit

⁷⁾ inkl. Ausbildungsverhältnisse und inkl. passiver Altersteilzeit

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Aktionärinnen und Aktionäre,

im abgelaufenen Geschäftsjahr jährte sich unser Börsengang zum zwanzigsten Mal. Nur wenige hatten uns seinerzeit zugetraut, dauerhaft unabhängig und vor allem so erfolgreich existieren zu können. Diese Zweifel haben wir widerlegt: zum einen mit unserem auf Langfristigkeit angelegten, ganzheitlichen Ansatz der Unternehmensführung, der sich auch in einer hohen finanziellen und bilanziellen Solidität zeigt, und zum anderen mit einem verlässlichen und stabilen Ankeraktionär an unserer Seite. So hat sich unser Unternehmen in den zurückliegenden 20 Jahren zu einem prosperierenden, stabilen und vielseitigen Konzern entwickelt.

Ebenso wie das Jahr unseres Börsengangs war 2018 für den Salzgitter-Konzern von Erfolgen geprägt, aber auch von Herausforderungen und einem Wandel des Umfelds. Über Jahrzehnte hochgehaltene Freihandelsmaximen wurden von starken politischen Kräften ohne Not und mit zweifelhaften Begründungen infrage gestellt. In unserer Branche führte dies zu den befürchteten Verschiebungen von Handelsströmen und damit zu einem neuen Rekordniveau der Stahlimporte nach Europa. Doch erfreulicherweise hat die EU-Kommission im Rahmen ihrer Möglichkeiten ebenso schnell wie entschlossen mit eigenen, streng WTO-konformen Schutzmaßnahmen reagiert. Dies ist jedoch nur ein Element der externen Herausforderungen: Die Gesellschaften unseres Konzerns stehen zwar in weltweiter Konkurrenz, sind aber nach wie vor weit davon entfernt, ein international vergleichbares Wettbewerbsumfeld vorzufinden. Die Energie- und Klimapolitik zählt dabei zu den prominenten Themen, die häufig Gegenstand von eher hysterisch als logisch-faktenorientiert geführten Debatten sind.

Vor diesem Hintergrund umso vorzeigbarer ist die Entwicklung unseres Konzerns im abgelaufenen Geschäftsjahr: 347,3 Mio. € Gewinn vor Steuern bedeuten das beste Resultat der vergangenen zehn Jahre. So etwas findet man nicht oft – zumal die Kraftquellen überwiegend eigene Maßnahmen waren, also unsere originären Anstrengungen, nicht die Marktverhältnisse. Die rund 150 Mio. € erstmals realisiertes Ergebnisverbesserungspotenzial aus den seit 2013 umgesetzten Programmen belegen, dass wir auch in wirtschaftlich guten Jahren den Fokus darauf richten, den Konzern konsequent weiterzuentwickeln. Dies manifestierte sich im abgelaufenen Jahr unter anderem im Baubeginn der neuen Wärmebehandlungslinie in Ilsenburg, im Ausbau des Präzisionsrohrstandorts El Salto in Mexiko sowie in der Akquisition des französischen Spezialrohrherstellers SOTEP.

Unzufrieden waren wir hingegen mit der Entwicklung des Aktienkurses: Nach zwei Jahren mit einer wirklich erfreulichen und vorzeigbaren Performance spiegelt seine Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr weder die guten Ergebnisse noch die objektiven Erfolge des Salzgitter-Konzerns wider. Stattdessen überwogen die Sorgen der Anleger um eine abflauende Weltkonjunktur, den Handelsstreit zwischen den USA und China, die Diskussionen rund um die Automobilindustrie sowie den nahenden Brexit.

Unter Würdigung der Entwicklung unseres Konzerns im vorigen Jahr sowie der Aussichten für 2019 schlagen wir vor, für das Geschäftsjahr 2018 eine gegenüber dem Vorjahr um nochmals gut 20 % erhöhte Dividende von 0,55 € je Aktie auszuschütten.

Wir bedanken uns auch im Namen unserer engagierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ganz herzlich bei Ihnen, den Aktionären und Geschäftspartnern der Salzgitter AG, für das Vertrauen, das Sie unserem Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr wiederum entgegengebracht haben.

Mit freundlichem Gruß und herzlichem Glückauf!



Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann



Burkhard Becker



Michael Kieckbusch

Bericht des Aufsichtsrates

Der Salzgitter-Konzern kann auf ein gutes Geschäftsjahr 2018 zurückblicken. Die Ertragslage verbesserte sich abermals deutlich. Es wurde das beste Ergebnis seit der Finanz- und Wirtschaftskrise erzielt. Neben überwiegend günstigeren Marktbedingungen wirkten sich die in den vergangenen Jahren durchgeführten strukturverbessernden Maßnahmen positiv aus. Die Geschäftsbereiche Flachstahl und Grobblech/Profilstahl profitierten von der guten Konjunktur in Industrie und Bauwirtschaft. Das Resultat der Sparte Mannesmann blieb wegen einer bilanziellen Anpassung des Anlagevermögens der Präzisionsrohrgruppe auf Vorjahresniveau. Ein erneut sehr erfreuliches Resultat erwirtschaftete der Geschäftsbereich Handel. Der im Maschinen- und Anlagenbau agierende Geschäftsbereich Technologie steigerte sein Ergebnis deutlich. Der intensive Wettbewerb auf den Märkten des Konzerns, der sich infolge gestiegener Stahlimporte in die EU und der Abkühlung der Konjunktur im Inland eher noch verstärken wird, erfordert es, auch in Zukunft weitere Strukturverbesserungen konsequent umzusetzen.

Die Überwachung und Beratung des Vorstandes bei der Führung der Geschäfte

Der Aufsichtsrat ließ sich im Geschäftsjahr 2018 kontinuierlich über die Lage des Konzerns und den Geschäftsverlauf berichten. In quartalsweisen schriftlichen Berichten informierte der Vorstand den Aufsichtsrat ausführlich über die Ertragslage und die aktuelle Finanz- und Vermögenslage des Konzerns sowie über die Entwicklung auf den relevanten Märkten, den Geschäftsverlauf und die Investitionen in den einzelnen Geschäftsbereichen. Die Berichte enthielten ebenso Angaben über die Entwicklungen und Aktivitäten im Bereich Human Resources und detaillierte Einschätzungen zu den Chancen und Risiken im weiteren Jahresverlauf. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat in vier Sitzungen mündlich eingehend über die jeweils aktuelle Lage des Konzerns und der bedeutenden Konzerngesellschaften sowie über gewichtige Geschäftsvorfälle und relevante Veränderungen unterrichten lassen. Der Geschäftsverlauf im Vergleich zur Unternehmensplanung wurde uns dargestellt. Abweichungen des Verlaufs von der Planung sind uns im Einzelnen erläutert, von uns hinterfragt und diskutiert worden. Gegenstand der Sitzungen waren zudem der Stand der Umsetzung des konzernweiten Effizienzprogramms „FitStructure SZAG“ und die Fortschritte bei der Realisierung des Wachstumsprogramms „Salzgitter AG 2021“. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Aufsichtsrat auch in diesem Geschäftsjahr der Unternehmensstrategie und der Unternehmensplanung. Geschäftsvorgängen, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, stimmte der Aufsichtsrat nach gründlicher Prüfung und Beratung zu. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates ließ sich darüber hinaus auch außerhalb der Sitzungen regelmäßig vom Vorsitzenden des Vorstandes über aktuelle Themen informieren.

Im Berichtsjahr trat der Aufsichtsrat im März, im Mai, im September und im Dezember jeweils zu einer Sitzung zusammen, außerdem im Anschluss an die Neuwahl des Gremiums durch die Hauptversammlung zu einer konstituierenden Sitzung. Darüber hinaus wurden mehrere Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst. Die Teilnahmequote bei den Sitzungen betrug insgesamt 92%. Ein Aufsichtsratsmitglied nahm an zwei Sitzungen nicht teil, sechs Mitglieder nahmen jeweils an einer Sitzung nicht teil. Der Aufsichtsrat tagte ganz überwiegend in Anwesenheit des Vorstandes, beriet sich zu Themen wie der Vorstandsvergütung und anderen Vorstandsangelegenheiten aber ohne Anwesenheit von Vorstandsmitgliedern. Regelmäßige Vorbesprechungen – zeitweise mit und zeitweise ohne Anwesenheit des Vorstandes – dienten der Vorberatung der aktuellen Lage und anstehender Entscheidungen. Weder Aufsichtsrats- noch Vorstandsmitglieder zeigten dem Aufsichtsrat im Berichtsjahr Interessenkonflikte an.

Die Beratungsschwerpunkte im Aufsichtsrat

In seiner Sitzung am 15. März 2018 beschäftigte sich der Aufsichtsrat vorrangig mit dem vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017 sowie dem gemeinsamen Lagebericht für die Aktiengesellschaft und den Konzern über das Geschäftsjahr 2017. Die Vertreter des von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erläuterten die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und stellten sich den Fragen der Aufsichtsratsmitglieder. Nach eingehender Prüfung der Abschlussunterlagen mithilfe des Berichts des Abschlussprüfers billigte der Aufsichtsrat den Jahres- und den Konzernabschluss. Des Weiteren stimmte er der vorgeschlagenen Verwendung des Bilanzgewinns zu und verabschiedete seinen Bericht an die Hauptversammlung sowie Beschlussvorschläge zu den einzelnen Gegenständen der Tagesordnung, über welche die Hauptversammlung 2018 beschließen sollte. Darüber hinaus setzte der Aufsichtsrat den variablen Bestandteil der Vergütung der Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr

2017 fest und verabschiedete die Neustrukturierung der künftigen Vorstandsvergütung, orientiert an den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

In seiner Sitzung am 24. Mai 2018 befasste sich der Aufsichtsrat mit der bisherigen Geschäftsentwicklung des Jahres, dem Erwerb des Edelstahlrohrspezialisten SOTEP (Société Technique d'Étirage de Précision) durch die Mannesmann Stainless Tubes GmbH, der aktuellen Lage sowie den Fortschritten des Effizienz- und des Wachstumsprogramms. Zu den weiteren Beratungsgegenständen gehörten mit dem Geschäft verbundene Risiken. Außerdem legte der Aufsichtsrat Schwerpunkte für die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2018 durch den von der Hauptversammlung zu wählenden Abschlussprüfer fest. Nach der Neuwahl des Aufsichtsrates durch die Hauptversammlung am 24. Mai 2018 konstituierte sich das Gremium noch am gleichen Tag in neuer Zusammensetzung. Es wurden der Vorsitzende und sein Stellvertreter gewählt sowie die Ausschüsse festgelegt und ihre Mitglieder bestimmt. Der Wiederaufstockung der Beteiligung an der Aurubis AG stimmte der Aufsichtsrat zu.

Schwerpunkte der Beratungen des Aufsichtsrates in seiner Sitzung am 27. September 2018 bildeten neben der Erörterung der jüngsten Geschäftsentwicklung die Unternehmensstrategie sowie der mögliche Erwerb von Flachstahl-Produktionsanlagen des Wettbewerbers ArcelorMittal in Belgien und Luxemburg. Unser Unternehmen gab dazu ein Angebot ab, kam im Rahmen des Bieterverfahrens später aber nicht zum Zuge. Der Aufsichtsrat diskutierte außerdem den aktuellen Stand der Umsetzung der Unternehmensstrategie. Hierzu wurde ausführlich das Ergebnis der Sitzung des Strategieausschusses erörtert. Des Weiteren entschied er anzustreben, die Anstellungsverträge im Einvernehmen mit den Vorstandsmitgliedern mit Wirkung ab 2019 auf das von ihm beschlossene neue Vergütungssystem umzustellen, das den jüngsten Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entspricht. Darüber hinaus ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand ausführlich schriftlich und mündlich über das Compliance-Managementsystem des Konzerns und über untersuchte Verdachtsfälle möglicher Verstöße informieren.

Am 6. Dezember 2018 erläuterte der Vorstand uns vor allem die Unternehmensplanung für die Geschäftsjahre 2019 bis 2021. Dabei ging er auch auf die vorgesehene Weiterentwicklung der Geschäftsbereiche ein. Besondere Herausforderungen wurden diskutiert. Weitere Gegenstände der Beratungen in dieser Sitzung waren die den Aufsichtsrat betreffenden Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und die Abgabe der Entsprechenserklärung 2018. Für den Fall, dass die neue Struktur der Vorstandsvergütung im Einvernehmen mit den Vorstandsmitgliedern bereits für 2019 Anwendung findet, beschloss der Aufsichtsrat außerdem für die variable Vergütung des Vorstandes im Geschäftsjahr 2019 die Kriterien zur Beurteilung der individuellen Leistung in 2019 und die Stakeholder-Ziele für die Performance-Periode 2019 bis 2022. Schließlich entschied er, die Prüfungsleistung betreffend die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2020 nach den seit 2016 geltenden neuen Vorgaben der EU betreffend die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse auszuschreiben.

Die Arbeit der Ausschüsse

Zur Vorbereitung seiner Beratungen und Entscheidungen hat der Aufsichtsrat ein Präsidium, einen Prüfungs-, einen Strategie- und einen Nominierungsausschuss gebildet.

Das Präsidium trat 2018 viermal zusammen. Zu den Themen dieser Sitzungen gehörten wichtige Fragen des Geschäftsverlaufs, der Unternehmensstrategie sowie der Neuwahl des Aufsichtsrates. Weiterhin befasste sich das Präsidium mit der Neustrukturierung der Vorstandsvergütung und einer Wiederaufstockung der Beteiligung an der Aurubis AG. Auch bedeutende Investitionen und die oben genannte mögliche Akquisition gehörten zu den intensiv diskutierten Themen.

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses kamen im Berichtszeitraum zu vier Sitzungen zusammen. Im März bereiteten sie die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2017 durch das Aufsichtsratsplenum in Anwesenheit von Vertretern des Abschlussprüfers eingehend vor und empfahlen dem Plenum, die Abschlüsse zu billigen. In gleicher Weise prüften sie vorbereitend den nichtfinanziellen Konzernbericht 2017. Außerdem beschäftigte sich der Ausschuss mit der Auswahl des Prüfers der Abschlüsse zum 31. Dezember 2018. In den Folgesitzungen befasste er sich sehr intensiv mit der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, insbesondere mit der Erbringung von Nichtprüfungsleistungen durch ihn, der Prüfungsstrategie und der Prüfungsplanung. Die Festlegung von Prüfungsschwerpunkten durch das Aufsichtsratsplenum bereitete er vor. Er ließ sich vom Vorstand das interne Kontrollsystem, das interne Revisionssystem und das Risikomanagement darlegen und überzeugte sich von deren Wirksamkeit. Gegenstand der Überprüfung waren auch der Aufbau und die Arbeitsweise des Compliance-Systems der Gesellschaft. Ferner befasste sich der Prüfungsausschuss mit den Vorbereitungen zur Ausschreibung der Jahresabschlussprüfungen 2020. Die quartalsweise Finanzberichterstattung des Konzerns wurde vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand ausführlich erörtert.

Im März 2019 empfahl der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsratsplenum nach eingehender Vorprüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2018, die Abschlüsse zu billigen. Seine Vorprüfung des nichtfinanziellen Konzernberichts 2018 führte ebenfalls zu keinen Beanstandungen.

Der Strategieausschuss tagte 2018 einmal. Nachdem im vergangenen Jahr eingehend das Thema „Digitalisierung“ mit dem Vorstand erörtert worden war, erfolgte in diesem Jahr eine Überprüfung der 2016 mit dem Aufsichtsrat abgestimmten Unternehmensstrategie des Vorstandes. Das Themenspektrum reichte hier von der Analyse und Erörterungen zum internen und auch externen Wachstum bis hin zu Produkt- und Anwendungsneuentwicklungen zur positiven qualitativen Abgrenzung von relevanten Wettbewerbern.

Der Nominierungsausschuss trat im Berichtszeitraum einmal zusammen und beriet im Hinblick auf die Neuwahl des Aufsichtsrates in der Hauptversammlung 2018 sehr intensiv die sachgerechte Zusammensetzung des Aufsichtsrates in der nächsten Wahlperiode und die Auswahl geeigneter Kandidaten für den Vorschlag des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung zur Wahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat. Leitlinien waren dabei die vom Aufsichtsrat festgelegten Ziele für seine Zusammensetzung und das von ihm definierte Kompetenzprofil sowie Diversitätskonzept.

Die Jahresabschluss- und Konzernabschlussprüfung

In seiner Sitzung am 21. März 2019 beschäftigte sich der Aufsichtsrat intensiv mit dem Jahresabschluss der Salzgitter AG (SZAG) und dem Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2018 sowie dem gemeinsamen Lagebericht der Aktiengesellschaft und des Konzerns über das Geschäftsjahr 2018. Zuvor hatte der von der Hauptversammlung gewählte Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, beide Abschlüsse geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Er testierte die Übereinstimmung der Bilanzierung, Bewertung und Konsolidierung im Konzernabschluss mit den International Financial Reporting Standards (IFRS). Außerdem bestätigte der Abschlussprüfer im Rahmen seiner Beurteilung des Risikofrüherkennungssystems, dass der Vorstand die nach dem Aktiengesetz geforderten Maßnahmen getroffen hat, um Risiken frühzeitig zu erkennen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Der Jahresabschluss der SZAG, der Konzernabschluss, der gemeinsame Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns, der Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers haben dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorgelegen. An der Beratung des Jahres- und des Konzernabschlusses nahmen Vertreter des Abschlussprüfers teil und erläuterten die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung.

Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses sowie des gemeinsamen Lageberichts erhob der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Er stimmte dem Ergebnis der Prüfung seitens des Abschlussprüfers zu und billigte den Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstandes bezüglich der Verwendung des Bilanzgewinns schlossen wir uns an.

Der nichtfinanzielle Konzernbericht

Gegenstand der Aufsichtsratsitzung am 21. März 2019 war außerdem der nichtfinanzielle Konzernbericht für 2018. Zuvor hatte die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft diesen im Auftrag des Aufsichtsrates geprüft und folgendes Prüfungsurteil abgegeben:

„Auf der Grundlage der durchgeführten Prüfungshandlungen und der erlangten Prüfungsnachweise sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Auffassung gelangen lassen, dass der Bericht von Salzgitter für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 in allen wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den §§ 315b, 315c i. V. m. §§ 289c bis 289e HGB aufgestellt worden ist.“

Nach eigener Prüfung schloss sich der Aufsichtsrat dem Ergebnis der Prüfung durch KPMG an.

Die Veränderungen im Aufsichtsrat

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 24. Mai 2018 endete turnusmäßig die Amtsperiode des Aufsichtsrates. Es schieden – nach zum Teil langjähriger Mitgliedschaft – aufseiten der Anteilseignervertreter Frau Dr. Thea Dückert, Herr Karl Ehlerding und Herr Prof. Dr. Jürgen Hesselbach aus sowie aufseiten der Arbeitnehmervertreter Herr Ulrich Dickert und Frau Tina Dreßen.

Die Hauptversammlung wählte folgende Vertreter der Aktionäre neu zu Mitgliedern des Aufsichtsrates:

- Herrn Dr. Bernd Drouven,
- Frau Prof. Dr. Susanne Knorre,
- Herrn Heinz Kreuzer.

Die übrigen Anteilseignervertreter wurden wiedergewählt.

Zu Vertretern der Arbeitnehmer sind von dem zuständigen Gremium der Arbeitnehmer folgende Personen neu gewählt worden:

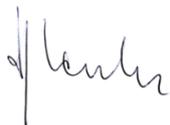
- Frau Christine Seemann,
- Herr Clemens Spiller.

Die übrigen Arbeitnehmervertreter wurden wiedergewählt.

Wir danken dem Vorstand sowie allen Mitarbeitern des Konzerns für die geleistete Arbeit und ihren Einsatz im Geschäftsjahr 2018.

Salzgitter, 21. März 2019

Der Aufsichtsrat



Heinz-Gerhard Wente
Vorsitzender

Corporate Governance

Erklärung zur Unternehmensführung und Bericht zur Corporate Governance

Die Unternehmensführung der Salzgitter AG (SZAG) ist darauf ausgerichtet, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und unter Wahrung der Verantwortung für Mensch und Umwelt eine nachhaltige Entwicklung und einen langfristigen Erfolg des Unternehmens sicherzustellen. Dies basiert auf den Vorgaben des deutschen Aktiengesetzes und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (www.dcgk.de/de). So ist es Anliegen und Verpflichtung zugleich, bei der Unternehmenstätigkeit zu jeder Zeit die bestehenden Gesetze einzuhalten, allgemein anerkannte Grundwerte im Umgang mit Menschen und Unternehmen zu achten sowie die Natur nachhaltig zu schonen.

Entsprechenserklärung 2018 zu den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben zu den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex am 6. Dezember 2018 gemäß § 161 Aktiengesetz erklärt:

„Bei der Salzgitter Aktiengesellschaft wurde 2018 und wird derzeit sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekanntgemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex entsprochen mit Ausnahme der seit 2017 neuen Empfehlung, dass die mehrjährige Bemessungsgrundlage der variablen Vergütungsbestandteile der Vorstandsvergütung im Wesentlichen zukunftsbezogen sein soll (Ziffer 4.2.3 Absatz 2 Satz 3 DCGK).

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 27. September 2018 die Absicht beschlossen, die laufenden Vorstandsansetzungsverträge im Einvernehmen mit den Vorstandsmitgliedern mit Wirkung ab 2019 dahingehend umzustellen, dass die Bemessungsgrundlage der Bestandteile der variablen Vorstandsvergütung im Wesentlichen zukunftsbezogen ist.“

Ethische Standards der SZAG

Über die gesetzlichen Anforderungen an die Unternehmensführung und die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex hinaus haben wir für unseren Konzern das Leitbild „YOUNITED“ erarbeitet. Mitarbeiter aller Konzerngesellschaften und Hierarchieebenen definierten dabei unter anderem eine gemeinsame Wertebasis. Sie umfasst Werte wie Zuverlässigkeit, Fairness und Nachhaltigkeit. Das Leitbild finden Sie im Internet unter www.salzgitter-ag.com/de/konzern/leitbild-younited.

Außerdem hat der Vorstand allen Mitarbeitern des Konzerns eine Reihe klarer Verhaltensgrundsätze in Form eines Verhaltenskodex vorgegeben, an dem sie ihre Tätigkeit auszurichten haben. Dazu gehören die Einhaltung von Recht und Gesetz, das Bekenntnis zu fairem und lauterem Wettbewerb und die Ablehnung jeglicher Korruption. Er dient zudem einer vertrauensvollen Zusammenarbeit sowie einem ehrlichen Umgang der Mitarbeiter untereinander und mit Geschäftspartnern. Der Verhaltenskodex ist ebenfalls auf unserer Internetseite unter www.salzgitter-ag.com/de/corporate-responsibility/ zugänglich.

Die Aktionäre der SZAG

Die Aktionäre üben ihre Rechte grundsätzlich in den Hauptversammlungen aus. Jeder Aktionär der SZAG ist berechtigt, an der mindestens einmal jährlich stattfindenden Hauptversammlung teilzunehmen, dort das Wort zu Tagesordnungspunkten zu ergreifen, sachbezogene Fragen und Anträge zu stellen und sein Stimmrecht auszuüben. Grundlegende Unternehmensentscheidungen wie Satzungsänderungen, die Verwendung des jährlichen Bilanzgewinns, die Wahl der Aktionärsvertreter im Aufsichtsrat, die Erhöhung oder Herabsetzung des Kapitals oder die Wahl des jährlichen Abschlussprüfers sind der Hauptversammlung vorbehalten. Diese legt auch die Vergütung des Aufsichtsrates fest. Wir ermöglichen es unseren Aktionären, ihr Stimmrecht wahrzunehmen, ohne selbst an der Hauptversammlung teilnehmen zu müssen: Sie können einen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft bevollmächtigen und ihn anweisen, wie er ihr Stimmrecht ausüben soll.

Unter www.salzgitter-ag.com/de/investor-relations/hauptversammlung finden Sie die Ergebnisse der Hauptversammlung 2018.

Der Vorstand der SZAG

Der Vorstand führt die Gesellschaft gemäß dem Aktiengesetz eigenverantwortlich. In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat bestimmt er die strategische Ausrichtung und die Weiterentwicklung des Unternehmens. Hierbei ist er an das Unternehmensinteresse gebunden. Innerhalb des Gesellschaftszwecks strebt er eine möglichst hohe Verzinsung des eingesetzten Kapitals an. Der Aufsichtsrat hat festgelegt, dass bestimmte Arten von Geschäften nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

Der Vorstand besteht derzeit aus drei Mitgliedern – dem Vorstandsvorsitzenden, dem Finanzvorstand und dem Personalvorstand. Der Aufsichtsrat hat jedem Vorstandsmitglied ein Ressort mit definierten Fachbereichen zugewiesen und bestimmt, für welche Entscheidungen alle Vorstandsmitglieder gemeinsam zuständig sind. Die Führung der fünf Geschäftsbereiche des Konzerns obliegt allen gemeinsam. Dabei steht ihnen eine Konzerngeschäftsführung zur Seite. Mitglieder dieses Gremiums sind die drei Vorstandsmitglieder und aus jedem der fünf Geschäftsbereiche ein Geschäftsführer, der die Aktivitäten seines Bereiches koordiniert (Geschäftsbereichsleiter).

Die Vorstandsmitglieder haften gegenüber der Gesellschaft für etwaige Pflichtverletzungen. Die Haftpflichtversicherung der Gesellschaft (D&O-Versicherung) sieht einen angemessenen, den gesetzlichen Vorgaben entsprechenden Selbstbehalt vor.

Diversitätskonzept für die Zusammensetzung des Vorstandes der SZAG

Der Aufsichtsrat achtet bei der Bestellung von Vorstandsmitgliedern darauf, dass

- das zu bestellende Mitglied über die persönlichen und fachlichen Kompetenzen verfügt, die für eine qualifizierte und verantwortungsgerechte Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich sind; dazu gehören zum einen die für die Leitung des zu besetzenden Vorstandsressorts erforderlichen spezifischen Kompetenzen und zum anderen die für die Teilhabe an der Leitung von Gesellschaft und Konzern durch das Gesamtgremium Vorstand erforderlichen Kompetenzen zur Unternehmensführung,
- neben deren Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz möglichst auch hinsichtlich des Lebensalters zum einen eine mehrjährige Tätigkeit für das Unternehmen möglich ist, um Kontinuität und Nachhaltigkeit in der Unternehmensführung zu fördern, und zum anderen sowohl jüngere Persönlichkeiten im Vorstand vertreten sind, die neueren Fachkenntnissen und Führungsmethoden noch näher stehen, als auch ältere Persönlichkeiten im Vorstand vertreten sind, die über größere Berufs-, Lebens- und Führungserfahrung verfügen,
- bei gleicher Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz möglichst sowohl weibliche als auch männliche Persönlichkeiten im Vorstand vertreten sind, wobei der Aufsichtsrat bis zum 30. Juni 2022 im Fall einer künftig erforderlichen Nachbesetzung einen Frauenanteil von mindestens 30% anstrebt,
- sich unter den Vorstandsmitgliedern neben deren Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz möglichst auch solche mit verschiedenen Bildungshintergründen – unter anderem technische, kaufmännische, juristische und andere geisteswissenschaftliche Ausbildungen – befinden.

Das Konzept soll hinsichtlich der Zusammensetzung des Vorstandes unter Berücksichtigung der unternehmensspezifischen Anforderungen neben der Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz für die einzelnen Vorstandsressorts durch eine größtmögliche Vielfalt zu einer qualifizierten und verantwortungsgerechten Wahrnehmung der Leitungsaufgabe des Gesamtgremiums Vorstand beitragen.

Der Aufsichtsrat setzt das Diversitätskonzept für die Zusammensetzung des Vorstandes um, indem er bei der Auswahl von zu bestellenden Vorstandsmitgliedern die in diesem Konzept enthaltenen Diversitätsaspekte so weit wie möglich berücksichtigt. Die Suche nach geeigneten Personen obliegt dem Präsidium des Aufsichtsrates. Dieses bedient sich dabei verschiedener Hilfsmittel.

Das Diversitätskonzept für die Zusammensetzung des Vorstandes ist so weit wie möglich umgesetzt.

Arbeitsweise des Vorstandes

Der Vorstand berät und beschließt in regelmäßigen Sitzungen und Telefonkonferenzen. Er hat derzeit keine ständigen Ausschüsse gebildet.

Zur Führung und Kontrolle der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften bedient er sich folgender Instrumente, wobei er auch die Konzerngeschäftsleitung hinzuzieht:

- Regelung der Berichtspflichten und Genehmigungsvorbehalte in Konzernrichtlinien sowie Statuten der Konzerngesellschaften für einzelne Sachbereiche,
- Definieren der Führungsgrundsätze des Konzerns in der Richtlinie „Führung und Organisation“,
- Verpflichtung aller Konzerngesellschaften zu einer jährlichen Absatz- und Umsatzplanung, Investitions-, Finanz- und Personalplanung,
- regelmäßige unterjährige Erfolgskontrolle aller Konzerngesellschaften, je nach Bedarf Ergreifen von Steuerungsmaßnahmen,
- regelmäßige Prüfungen und anlassbezogene Sonderprüfungen durch eine interne Revision,
- Betreiben eines konzernweiten Überwachungssystems zur Risikofrüherkennung sowie eines Risikomanagementsystems und
- Vereinbaren der Ziele und Festlegen eines erfolgsorientierten Vergütungsanteils für die Geschäftsführer und leitenden Angestellten der Konzerngesellschaften.

Der Aufsichtsrat der SZAG

Kernaufgabe des Aufsichtsrates ist es, die Vorstandsmitglieder zu bestellen und den Vorstand bei der Geschäftsführung zu beraten und zu überwachen. Bestimmte grundlegende Entscheidungen dürfen gemäß dem Gesetz nur mit seiner Zustimmung getroffen werden. Er hat festgelegt, dass zusätzlich bestimmte Arten von Geschäften seine Zustimmung benötigen. Die Aufsichtsratsmitglieder haften gegenüber der Gesellschaft für etwaige Pflichtverletzungen. Die Haftpflichtversicherung der Gesellschaft (D&O-Versicherung) sieht einen angemessenen, der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex entsprechenden Selbstbehalt vor.

Zusammensetzung des Aufsichtsrates der SZAG

Der Aufsichtsrat besteht aus 21 Mitgliedern, davon zehn Aktionärs- und zehn Arbeitnehmervertretern sowie einem weiteren Mitglied. Diese Zusammensetzung ist in den Vorschriften des für die Gesellschaft maßgebenden Mitbestimmungsergänzungsgesetzes in Verbindung mit § 7 ihrer Satzung festgelegt.

Ziele für die Zusammensetzung und Kompetenzprofil des Aufsichtsrates der SZAG

Der Aufsichtsrat hält eine Zahl von mindestens sechs Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat für angemessen. Folgende Anteilseignervertreter sind nach Einschätzung des Aufsichtsrates als unabhängig im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex einzustufen: Ulrike Brouzi, Dr. Bernd Drouven, Roland Flach, Reinhold Hilbers, Prof. Dr. Susanne Knorre, Dr. Dieter Köster, Heinz Kreuzer, Prof. Dr. Joachim Schindler, Univ.-Prof. Dr. Dr.-Ing Birgit Spanner-Ulmer und Heinz-Gerhard Wente. Darüber hinaus schätzt der Aufsichtsrat Dr. Werner Tegtmeier – weiteres Mitglied des Aufsichtsrates gemäß Mitbestimmungsergänzungsgesetz – als unabhängig ein.

Als wesentliche weitere Ziele für seine Zusammensetzung und als Kompetenzprofil hat der Aufsichtsrat festgelegt: Die Mitglieder sollen neben den gesetzlichen persönlichen Anforderungen an Aufsichtsratsmitglieder aufgrund verschiedener fachlicher Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen sowie ihrer persönlichen Eignung in der Gesamtheit die zur Wahrnehmung der Aufgaben erforderliche fachliche und persönliche Kompetenz aufweisen. Sie müssen in ihrer Gesamtheit mit den Sektoren Stahl und Maschinen-/Anlagenbau vertraut sein. Unter den Mitgliedern sollen Personen mit technischem Sachverstand, mit Erfahrungen in der Unternehmensführung und der Entwicklung von Unternehmensstrategien, mit Kenntnissen von Finanzinstrumenten sowie möglichst mit Erfahrungen im Auslandsgeschäft sein. Mindestens ein Mitglied muss über besonderen Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Ebenso soll mindestens ein Mitglied besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren aufweisen. Bei den Vorschlägen des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung 2018 zur Neuwahl des Aufsichtsrates sind die vom Aufsichtsrat festgelegten Ziele für seine Zusammensetzung und das von ihm erarbeitete Kompetenzprofil für das Gesamtgremium ausgefüllt worden.

Diversitätskonzept für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der SZAG

Der Aufsichtsrat achtet bei der Auswahl der Kandidaten für seine Vorschläge an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern darauf, dass

- die für eine qualifizierte und verantwortungsgerechte Wahrnehmung der Aufgaben des Aufsichtsrates – im Wesentlichen die Bestellung der Vorstandsmitglieder, die Überwachung der Geschäftsführung durch den Vorstand sowie die Prüfung der jährlichen Jahresabschlüsse und Lageberichte – erforderlichen persönlichen und verschiedenen fachlichen Kompetenzen im Gesamtgremium vertreten sind; dazu gehören im Hinblick auf die Branchen, in denen die Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns tätig sind, und im Hinblick auf die Führungsaufgaben der SZAG insbesondere technischer Sachverstand, Erfahrung in der Unternehmensführung und der Entwicklung von Unternehmensstrategien, Kenntnisse von Finanzinstrumenten und Erfahrungen im Auslandsgeschäft,
- neben deren Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz sowohl jüngere, im Berufsleben stehende Persönlichkeiten als auch ältere, berufs- und lebenserfahrenere Persönlichkeiten im Aufsichtsrat vertreten sind,
- neben deren Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz weibliche wie auch männliche Persönlichkeiten im Aufsichtsrat vertreten sind, wobei das Gesamtgremium des Aufsichtsrates sich nach gesetzlicher Vorgabe zu mindestens 30% aus Frauen und zu mindestens 30% aus Männern zusammensetzen hat,
- sich unter den Persönlichkeiten neben deren Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz möglichst auch solche mit verschiedenen Bildungshintergründen – unter anderem technische, kaufmännische, juristische und andere geisteswissenschaftliche Ausbildungen – und mit verschiedenen Berufshintergründen – unter anderem Angehörige technischer, kaufmännischer und geisteswissenschaftlicher Berufe – befinden.

Das Diversitätskonzept soll hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrates unter Berücksichtigung der unternehmensspezifischen Anforderungen durch eine größtmögliche Vielfalt in Bezug auf die im Gremium vertretenen fachlichen und persönlichen Kompetenzen, die Bildungs- und Berufshintergründe sowie unterschiedliche Beurteilungsaspekte aufgrund des Lebensalters und des Geschlechts zu einer qualifizierten und verantwortungsgerechten Wahrnehmung der Aufgaben des Gesamtgremiums Aufsichtsrat beitragen.

Der Aufsichtsrat wirkt darauf hin, das Diversitätskonzept für seine Zusammensetzung umzusetzen, indem er bei Vorschlägen zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern die in seinem Konzept enthaltenen Diversitätsaspekte neben den anderen zu berücksichtigenden Gesichtspunkten durch die Auswahl entsprechender Kandidaten so weit wie möglich berücksichtigt. Die Suche nach geeigneten Kandidaten und deren Vorauswahl obliegen dem Nominierungsausschuss des Aufsichtsrates. Dieser bedient sich dabei verschiedener Hilfsmittel. Die letztendliche Entscheidung über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates obliegt den Aktionären der SZAG in der Hauptversammlung.

Das Diversitätskonzept für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates ist so weit wie möglich umgesetzt.

Arbeitsweise des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat tritt mindestens viermal pro Jahr zu Sitzungen zusammen, in denen er sich ausführlich durch den Vorstand berichten lässt und mit ihm gemeinsam die Geschäftsentwicklung sowie die Lage der Gesellschaft berät. Ihm gehen außerdem periodisch schriftliche Berichte des Vorstandes über den Geschäftsverlauf und den Unternehmenserfolg zu.

Der Aufsichtsrat nutzt bei der Erfüllung seiner Beratungs- und Überwachungsfunktion insbesondere folgende Instrumente:

- Festlegen der Geschäftsverteilung im Vorstand mit klarer Zuweisung der Sachgebiete,
- Verpflichtung des Vorstandes zu regelmäßiger, zeitnaher und umfassender Berichterstattung an den Aufsichtsrat,
- regelmäßiges Erörtern der Planung, der Geschäftsentwicklung und der Strategie mit dem Vorstand,
- Festlegen der Arten von Geschäften und Maßnahmen des Vorstandes, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen,
- Verpflichtung des Vorstandes, jährlich eine längerfristige Unternehmensplanung vorzulegen und über die Durchführung der vorangegangenen Planung zu berichten, sowie
- Vereinbaren variabler Vergütungskomponenten für die Vorstandsmitglieder.

Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat zur Vorbereitung seiner Beratungen und Beschlüsse derzeit vier ständige Ausschüsse gebildet:

Das Präsidium bereitet die Bestellung der Vorstandsmitglieder vor und entscheidet anstelle des Aufsichtsratsplenums über zustimmungsbedürftige Geschäftsführungsmaßnahmen, wenn diese eilen.

Der Prüfungsausschuss befasst sich vor allem mit:

- den unterjährigen Finanzberichten und der Überwachung der Abschlussprüfung, hier hauptsächlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagements,
- der Einhaltung unternehmensrelevanter Vorschriften (Corporate Compliance) und
- der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer und der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten.

Er tritt mindestens viermal jährlich zusammen und lässt sich vom Vorstand schriftlich wie mündlich zu einzelnen Beratungsgegenständen berichten sowie von den Vertretern des Abschlussprüfers dessen Berichte über die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses erläutern.

Der Strategieausschuss berät bei Bedarf mit dem Vorstand vertiefend über die Strategie des Unternehmens.

Der Nominierungsausschuss, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist, empfiehlt dem Aufsichtsrat geeignete Kandidaten für dessen Vorschläge gegenüber der Hauptversammlung zur Wahl der Anteilseignervertreter in den Aufsichtsrat.

Die Mitglieder der Ausschüsse sind im Abschnitt Konzernlagebericht unter „Leitung und Kontrolle/Ausschüsse des Aufsichtsrates“ namentlich aufgeführt.

Corporate Compliance

Der Vorstand sorgt für die Einhaltung der bei der Unternehmenstätigkeit relevanten gesetzlichen Bestimmungen und unternehmensinternen Richtlinien und wirkt unter anderem durch folgende Maßnahmen auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen hin (Compliance-Managementsystem):

- Herausgabe eines für alle Mitarbeiter verbindlichen Verhaltenskodex, in dem der Vorstand sich ausdrücklich zu der Verpflichtung bekennt, alle Gesetze jederzeit und überall einzuhalten,
- Erlass einer Konzernrichtlinie „Corporate Compliance“, die Verantwortlichkeiten und organisatorische Pflichten vorschreibt sowie allen Konzernunternehmen und ihren Beschäftigten in Form von Leitfäden vertiefende Darstellungen und Hinweise für gesetzestreu Verhalten und das Erfüllen ihrer Compliance-Pflichten in besonders sensiblen Rechtsgebieten an die Hand gibt, etwa die Leitlinien zur Vermeidung von Korruptionsstraftaten, zum Verhalten im Wettbewerb oder die Informationen zum Insiderrecht,
- Einräumung einer Möglichkeit für die Beschäftigten, geschützt Hinweise auf Rechtsverstöße im Unternehmen zu geben,
- Einrichtung eines Compliance-Komitees als Plattform für den Austausch und die Diskussion aktueller Compliance-Fragestellungen und zur gemeinsamen Meinungs- und Entscheidungsfindung, etwa zu Änderungen in der Compliance-Struktur oder der Umsetzung spezieller Compliance-Maßnahmen,
- Durchführung regelmäßiger Compliance-Schulungen, um das Bewusstsein der Führungskräfte und Mitarbeiter für die Beachtung bestehender Normen zu schärfen, Gefahrenpotenziale aufzuzeigen und geeignete Verhaltensweisen zu empfehlen,
- regelmäßige Analyse der Compliance-Risiken im Konzern.

Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungsebenen

Der Vorstand hat 2017 für den Frauenanteil in der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstandes eine Zielgröße von 13% und für denjenigen in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstandes von 20% festgelegt. Diese Quoten sollen bis 30. Juni 2022 erreicht werden.

Der Aufsichtsrat beschloss 2017, im Vorstand, der zu diesem Zeitpunkt aus drei männlichen Personen bestand und auch jetzt noch besteht, bis zum 30. Juni 2022 für den Fall einer künftig erforderlich werdenden Nachbesetzung einen Frauenanteil von 30% anzustreben.

Das gesetzliche Gebot für den Mindestanteil im Aufsichtsrat wurde während des Geschäftsjahres eingehalten.

Transparenz des Unternehmens

Die SZAG veröffentlicht jährlich einen Geschäftsbericht und stellt im Jahresverlauf quartalsweise verkürzt den Geschäftsverlauf dar. Dadurch werden die Aktionäre zeitnah über die Lage der Gesellschaft informiert. Die Veröffentlichungstermine kündigen wir in einem Finanzkalender an, der jeweils mit ausreichendem Vorlauf für das kommende Geschäftsjahr auf unserer Website veröffentlicht wird: www.salzgitter-ag.com/de/investor-relations/service/finanzkalender/. Der Vorstand erläutert außerdem die Ergebnisse eines jeden abgelaufenen Geschäftsjahres unverzüglich, nachdem der Aufsichtsrat den Jahresabschluss festgestellt hat, in einer Bilanzpressekonferenz, von der die Medien berichten.

Ferner veranstalten wir für Analysten und institutionelle Anleger regelmäßig Analystenkonferenzen in Frankfurt am Main und London. Schließlich unterrichtet der Vorstand die Öffentlichkeit mittels Presse- und Ad-hoc-Mitteilungen über besondere Ereignisse. Sämtliche Berichte und Mitteilungen sind auf der Internetseite der Gesellschaft www.salzgitter-ag.com in deutscher und englischer Sprache nachzulesen.

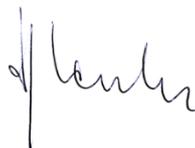
Salzgitter, 21. März 2019

Der Vorstand



Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann
Vorsitzender

Der Aufsichtsrat



Heinz-Gerhard Wente
Vorsitzender

Lagebericht

Konzernlagebericht und Lagebericht, zusammengefasst

Grundlagen des Konzerns

- 16 I. Unternehmen und Organisation**
- 16 1. Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit
 - 17 2. Leitung und Kontrolle
 - 27 3. Erklärung zur Unternehmensführung
 - 28 4. Mitarbeiter
 - 29 5. Forschung und Entwicklung
-

31 II. Finanzielles Steuerungssystem

Wirtschaftsbericht

- 34 III. Überblick über den Geschäftsverlauf**
- 34 1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
 - 34 2. Gesamtaussage des Vorstandes zur wirtschaftlichen Lage
 - 35 3. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Geschäftsbereiche
 - 46 4. Vergleich des tatsächlichen mit dem prognostizierten Geschäftsverlauf
-

48 IV. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

- 48 1. Ertragslage des Konzerns
 - 53 2. Finanz- und Vermögenslage
 - 58 3. Jahresabschluss der Salzgitter AG
-

62 V. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

- 62 1. Chancen- und Risikomanagementsystem
- 65 2. Einzelrisiken
- 71 3. Gesamtaussage zur Risikosituation des Konzerns
- 73 4. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im folgenden Geschäftsjahr
- 74 5. Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns

I. Unternehmen und Organisation

1. Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit

Der Salzgitter-Konzern zählt mit mehr als 7 Mio. t Rohstahlkapazität, über 25.000 Mitarbeitern sowie 9 Mrd. € Außenumsatz zu den führenden Stahl- und Technologieunternehmen Europas. Weltweit gehören über 150 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften zum Salzgitter-Konzern.

Unsere Kernkompetenzen sind die Herstellung und Weiterverarbeitung von Walzstahl- und Röhrenerzeugnissen sowie der Handel mit diesen Produkten. Zudem sind wir erfolgreich im Sondermaschinen- und Anlagenbau tätig.

Unter Führung der Salzgitter AG (SZAG) als Holding ist der Konzern in die fünf Geschäftsbereiche Flachstahl, Grobblech/Profilstahl, Mannesmann, Handel und Technologie aufgegliedert. Beteiligungen wie die am führenden europäischen Kupferproduzenten Aurubis AG und unsere überwiegend konzernintern tätigen Dienstleistungsgesellschaften werden unter „Industrielle Beteiligungen/Konsolidierung“ zusammengefasst. Weitere Informationen finden Sie im Kapitel „Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Geschäftsbereiche“.

Alle wesentlichen Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns bündelt die Zwischenholding Salzgitter Klöckner-Werke GmbH (SKWG). Auf diese Weise können wir ein zentrales und uneingeschränktes Finanzmanagement für den Konzern durchführen. Die SZAG steuert über die Zwischenholding Salzgitter Mannesmann GmbH (SMG) die SKWG und sämtliche Beteiligungen als Management-Holding, wobei der Vorstand der SZAG mit dem Vorstand der SMG sowie der Geschäftsführung der SKWG personenidentisch ist. Die Leitung und Kontrolle des Konzerns werden somit von den verantwortlichen Organen der SZAG (Vorstand, Aufsichtsrat) wahrgenommen. Die Aktivitäten der Geschäftsbereiche koordinieren Geschäftsbereichsleiter, die in Personalunion auch operative Geschäftsführer einer großen Gesellschaft ihres Bereiches sind. Vorstand und Geschäftsbereichsleiter bilden die Konzerngeschäftsführung. So wird sichergestellt, dass die Tätigkeiten der Gesellschaften bereichsübergreifend, aber zugleich nah am operativen Geschäft geführt und gesteuert werden.

2. Leitung und Kontrolle

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstandes der Salzgitter AG (SZAG) werden vom Aufsichtsrat bestellt; er kann die Bestellung widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft, leitet sie und führt ihre Geschäfte in eigener Verantwortung. Einschränkend ist festgelegt worden, dass bestimmte Arten von Geschäften nur mit Genehmigung des Aufsichtsrates vorgenommen werden dürfen. Die Hauptversammlung kann über Fragen der Geschäftsführung nur dann entscheiden, wenn der Vorstand es verlangt.

Dem Vorstand der SZAG gehörten im Geschäftsjahr 2018 nachfolgend aufgeführte Mitglieder an mit folgenden Mitgliedschaften in (a) gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und (b) vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen:

Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann

Vorsitzender

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a)
 - Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH, Duisburg (Vorsitzender)
 - Ilseburger Grobblech GmbH, Ilseburg (Vorsitzender)
 - KHS GmbH, Dortmund (Vorsitzender)
 - Mannesmann Precision Tubes GmbH, Mülheim an der Ruhr (Vorsitzender)
 - Peiner Träger GmbH, Peine (Vorsitzender)
 - Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter (Vorsitzender)
 - Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim an der Ruhr (Vorsitzender)
 - Salzgitter Mannesmann Handel GmbH, Düsseldorf (Vorsitzender)
- b)
 - Ilseburger Grobblech GmbH, Ilseburg und Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim an der Ruhr (gemeinsamer Beirat, Vorsitzender)

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a)
 - Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig, Braunschweig
 - Öffentliche Sachversicherung Braunschweig, Braunschweig
 - TÜV Nord AG, Hannover

Börsennotierte Unternehmen:

- a)
 - Aurubis AG, Hamburg (Vorsitzender bis 1. März 2018)

Burkhard Becker

Finanzen

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a)
 - EUROPIPE GmbH, Mülheim an der Ruhr
 - KHS GmbH, Dortmund, seit 1. November 2018
 - Mannesmann Precision Tubes GmbH, Mülheim an der Ruhr
 - Peiner Träger GmbH, Peine
 - Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter
 - Salzgitter Mannesmann Handel GmbH, Düsseldorf
- b)
 - Hansaport Hafenbetriebsgesellschaft mbH, Hamburg, seit 11. Juni 2018
 - Ilseburger Grobblech GmbH, Ilseburg und Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim an der Ruhr (gemeinsamer Beirat)
 - KHS Indústria de Máquinas Ltda., São Paulo, Brasilien (Beirat), bis 20. Februar 2019

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a)
 - Warburg Invest AG, Hannover (ehemals Nord/LB Asset Management AG)

Börsennotierte Unternehmen:

- a)
 - Aurubis AG, Hamburg, bis 1. März 2018

Michael Kieckbusch

Personal

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a)
 - KHS GmbH, Dortmund
 - Mannesmann Precision Tubes GmbH, Mülheim an der Ruhr
 - Peiner Träger GmbH, Peine
 - Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter
 - Salzgitter Mannesmann Handel GmbH, Düsseldorf
 - Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter GmbH, Salzgitter (Vorsitzender)
- b)
 - Hansaport Hafenbetriebsgesellschaft mbH, Hamburg (Aufsichtsrat, Vorsitzender)
 - Ilsenburger Grobblech GmbH, Ilsenburg und Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim an der Ruhr (gemeinsamer Beirat)

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- b)
 - Allianz für die Region GmbH, Braunschweig (Aufsichtsrat)
 - Industriepark Salzgitter-Watenstedt Entwicklungs-GmbH, Salzgitter (Aufsichtsrat, stellvertretender Vorsitzender)
 - Wohnungsbaugesellschaft mbH Salzgitter, Salzgitter (Aufsichtsrat)

Konzerngeschäftsleitung

Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann

Vorsitzender

Burkhard Becker

Finanzen

Ulrich Grethe

Geschäftsbereich Flachstahl

Michael Kieckbusch

Personal

Dr.-Ing. Roger Schlim

Geschäftsbereich Grobblech/Profilstahl

Volker Schult

Geschäftsbereich Handel

Clemens Stewing

Geschäftsbereich Mannesmann

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der SZAG gehörten im Geschäftsjahr 2018 nachfolgend aufgeführte Mitglieder an mit folgenden Mitgliedschaften in (a) anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und (b) vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen:

Heinz-Gerhard Wentze

Vorsitzender

Mitglied des Vorstandes der Continental AG i. R.,
Hannover

- keine Mitgliedschaft in anderen Gremien

Dr. Hans-Jürgen Urban

Stellvertretender Vorsitzender

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der
Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt am Main
Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter
(stellvertretender Vorsitzender)

Konrad Ackermann

Gesamtbetriebsratsvorsitzender der KHS GmbH,
Dortmund

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ KHS GmbH, Dortmund

Ulrike Brouzi

Mitglied des Vorstandes Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover, bis 30. April 2018

Mitglied des Vorstandes DZ BANK AG, Frankfurt,
seit 1. September 2018

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a) ▪ NORD/LB Asset Management AG, Hannover
(stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende),
bis 30. April 2018
- b) ▪ NORD/LB Luxembourg S. A. Covered Bond Bank,
Luxembourg (Aufsichtsrat), bis 30. April 2018

Annelie Buntenbach

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Bundesvorstandes des Deutschen
Gewerkschaftsbundes (DGB), Berlin

- keine Mitgliedschaft in anderen Gremien

Hasan Cakir

Vorsitzender des Konzernbetriebsrates der
Salzgitter AG, Salzgitter

Betriebsratsvorsitzender der Salzgitter
Flachstahl GmbH, Salzgitter

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter

Ulrich Dickert, bis 24. Mai 2018

Betriebsratsvorsitzender der

Salzgitter Mannesmann Stainless Tubes

Deutschland GmbH, Remscheid, bis 21. März 2018

- keine Mitgliedschaft in anderen Gremien

Tina Dreßen, bis 24. Mai 2018

Teamleiterin Warehousing Business Credit Management,
Abt. Finanzen, Salzgitter Mannesmann Handel GmbH,
Düsseldorf

Stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der
Salzgitter Mannesmann Handel GmbH, Düsseldorf und
Salzgitter Mannesmann International GmbH, Düsseldorf
Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ Salzgitter Mannesmann Handel GmbH,
Düsseldorf

Dr. Bernd Drouven, seit 24. Mai 2018

Mitglied des Vorstandes der Aurubis AG i. R., Hamburg
Börsennotierte Unternehmen:

- a) ▪ Aurubis AG, Hamburg, bis 1. März 2018

Dr. Thea Dücker, bis 24. Mai 2018

Ehem. Mitglied des Bundestages

Mitglied des Nationalen Normenkontrollrates der
Bundesregierung, Berlin

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- b) ▪ Norddeutscher Rundfunk, Hamburg
(Verwaltungsrat)

Karl Ehlerding, bis 24. Mai 2018

Geschäftsführer der KG Erste „Hohe Brücke 1“
Verwaltungs-GmbH & Co., Hamburg

Börsennotierte Unternehmen:

- a) ▪ Elbstein AG, Hamburg
- Godewind AG, Hamburg
(seit April 2018 börsennotiert)
- MATERNUS-Kliniken AG, Berlin
- WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-AG,
Frankfurt am Main

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ KHS GmbH, Dortmund

Roland Flach

Vorsitzender des Vorstandes der Klöckner-Werke AG i. R.,
Duisburg

Vorsitzender des Vorstandes der KHS AG i. R., Dortmund

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ KHS GmbH, Dortmund

Gabriele Handke

Stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der
Peiner Träger GmbH, Peine

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ Peiner Träger GmbH, Peine

**Prof. Dr.-Ing. Dr. h. c. Jürgen Hesselbach,
bis 24. Mai 2018**

Präsident der Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig i. R., Braunschweig

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a) ▪ Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig,
Braunschweig
- Öffentliche Sachversicherung Braunschweig,
Braunschweig

Reinhold Hilbers, seit 18. Januar 2018

Finanzminister des Landes Niedersachsen

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a) ▪ Norddeutsche Landesbank Girozentrale,
Hannover (Vorsitzender)
- Deutsche Messe AG, Hannover
- Bentheimer Eisenbahn AG (Vorsitzender),
bis 13. August 2018
- b) ▪ KfW-Bankengruppe (Verwaltungsrat)

Ulrich Kimpel

Betriebsratsvorsitzender der Hüttenwerke Krupp
Mannesmann GmbH, Duisburg

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ Mannesmann Precision Tubes GmbH,
Mülheim an der Ruhr

Prof. Dr. Susanne Knorre, seit 24. Mai 2018

Unternehmensberaterin

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a) ▪ Deutsche Bahn AG, Berlin
- Norddeutsche Landesbank Girozentrale,
Hannover
- RÜTTGERS Germany GmbH, Castrop-Rauxel
- STEAG GmbH, Essen

Dr. Dieter Köster

Geschäftsführender Gesellschafter der
HomeStead GmbH & Co. KG, Osnabrück
Vorsitzender des Vorstandes der Köster Holding AG i. R.,
Osnabrück

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a) ▪ Köster Holding AG, Osnabrück (Vorsitzender)
- Klinikum Osnabrück GmbH, Osnabrück,
bis 18. April 2018

Heinz Kreuzer, seit 24. Mai 2018

Vorsitzender der Geschäftsführung TUI InfoTec GmbH i. R.,
Hannover

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- b) ▪ bosys software GmbH, Hamburg
(Beirat – Vorsitzender), bis 31. Mai 2018
- eves_consulting GmbH, Braunschweig (Beirat),
seit 1. Juni 2018

Bernd Lauenroth

Gewerkschaftssekretär des Vorstandes der
Industriegewerkschaft Metall, Zweigbüro Düsseldorf

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a) ▪ Georgsmarienhütte Holding GmbH,
Georgsmarienhütte
- Aluminium Norf GmbH, Neuss
- Hydro Aluminium Rolled Products GmbH,
Grevenbroich (stellvertretender Vorsitzender)
- Hydro Aluminium Deutschland GmbH,
Grevenbroich (stellvertretender Vorsitzender)

Volker Mittelstädt

Betriebsratsvorsitzender der Ilsenburger Grobblech
GmbH, Ilsenburg

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ Ilsenburger Grobblech GmbH, Ilsenburg
(stellvertretender Vorsitzender)
- b) ▪ Ilsenburger Grobblech GmbH, Ilsenburg und
Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH,
Mülheim an der Ruhr (gemeinsamer Beirat)

Prof. Dr. Joachim Schindler

Wirtschaftsprüfer in eigener Praxis

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a) ▪ CORE SE, Berlin (Vorsitzender)
- Medizinische Hochschule Brandenburg
CAMPUS GmbH, Neuruppin
(stellvertretender Vorsitzender),
bis 31. Dezember 2018
- Zoologischer Garten Berlin AG, Berlin

Börsennotierte Unternehmen:

- a) ▪ Rocket Internet SE, Berlin
(stellvertretender Vorsitzender)

Christine Seemann, seit 24. Mai 2018

Betriebsrätin der Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter
und Vorsitzende der ARGE Geschäftsbereich Flachstahl

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter,
bis 19. Juli 2018

Univ.-Prof. Dr. Dr.-Ing. Birgit Spanner-Ulmer

Direktorin Produktion und Technik Bayerischer
Rundfunk, München

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- b)
 - Bavaria Studios & Production und Services GmbH,
Geiseltal (Aufsichtsrat)
 - Bayern Digital Radio GmbH,
München (Aufsichtsrat)

Clemens Spiller, seit 24. Mai 2018

Systemanalytiker, Betriebsratsvorsitzender der
GESIS mbH Standort Salzgitter und Vorsitzender des
Gesamtbetriebsrates der GESIS mbH

- keine Mitgliedschaft in anderen Gremien

Dr. Werner Tegtmeier

Staatssekretär a. D. im Bundesministerium für
Arbeit und Sozialordnung

- keine Mitgliedschaft in anderen Gremien

Ausschüsse des Aufsichtsrates

Präsidium:

Heinz-Gerhard Wente (Vorsitzender)
Hasan Cakir
Reinhold Hilbers, seit 12. Februar 2018
Dr. Hans-Jürgen Urban

Prüfungsausschuss:

Prof. Dr. Joachim Schindler, seit 24. Mai 2018
(Vorsitzender)
Konrad Ackermann
Roland Flach, bis 24. Mai 2018 (Vorsitzender)
Bernd Lauenroth
Heinz-Gerhard Wente, bis 24. Mai 2018

Strategieausschuss:

Heinz-Gerhard Wente (Vorsitzender)
Hasan Cakir
Dr. Bernd Drouven, seit 24. Mai 2018
Reinhold Hilbers, seit 24. Mai 2018
Ulrich Kimpel
Bernd Lauenroth, seit 24. Mai 2018
Univ.-Prof. Dr. Dr.-Ing. Birgit Spanner-Ulmer,
seit 24. Mai 2018
Dr. Hans-Jürgen Urban

Nominierungsausschuss:

Reinhold Hilbers, seit 12. Februar 2018
Heinz-Gerhard Wente

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Das Vergütungssystem des Vorstandes

Die Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder bemisst sich nach ihrer Aufgabe und persönlichen Leistung sowie nach dem Erfolg des Unternehmens. Ihre Höhe orientiert sich insgesamt an der Üblichkeit der Vergütung im Vergleichsumfeld.

Nach dem 2018 geltenden Vergütungssystem besteht die Vergütung aus folgenden Komponenten: einer festen jährlichen Grundvergütung (auszuzahlen in gleichen monatlichen Teilbeträgen), Nebenleistungen (im Wesentlichen bestehend aus der Gewährung der privaten Nutzung eines Dienstwagens), einer variablen jährlichen Vergütung sowie einer Pensionszusage. Die variable Vergütung bemisst sich zu einem Teil nach der persönlichen Leistung des Vorstandsmitglieds im betreffenden Geschäftsjahr und zu einem Teil nach dem Unternehmenserfolg, gemessen an der erzielten Verzinsung des eingesetzten Kapitals des Konzerns (Return on Capital employed (ROCE)) im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Mit der mehrjährigen Bemessungsgrundlage werden Anreize für eine nachhaltige Unternehmensentwicklung gegeben. Beide Teile der variablen Vergütung sind nach oben begrenzt (Cap).

Die zugesagte Pensionszahlung hängt von der Dauer der Konzernzugehörigkeit ab und beträgt maximal 60% der festen Grundvergütung. Die variablen Vergütungskomponenten sind dafür ohne Bedeutung. Der Zahlungsanspruch besteht ab Vollendung des 65. Lebensjahres. Herr Prof. Dr.-Ing. Fuhrmann wird, falls er auf Wunsch der Gesellschaft nach vollendetem 59. Lebensjahr oder auf eigenen Wunsch nach vollendetem 61. Lebensjahr ausscheidet, so gestellt, als ob er das 65. Lebensjahr vollendet hätte. Herr Becker wird, sofern die Gesellschaft ihm nach Ablauf seines Anstellungsvertrages keinen Vertrag für eine weitere Amtsperiode anbietet, nach vollendetem 61. Lebensjahr so gestellt, als ob er das 65. Lebensjahr vollendet hätte. Für den Fall der Beendigung der Vorstandstätigkeit aufgrund eines Kontrollwechsels haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf eine Abfindung in Höhe der Gesamtvergütung für die noch nicht abgelaufene Laufzeit ihres Anstellungsvertrages, wobei dieser Anspruch auf den Wert von drei Jahresvergütungen begrenzt ist. Für den Fall der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf die vereinbarte Vergütung bis zum Ablauf des Vertrages; dieser Anspruch ist jedoch begrenzt auf den Wert von zwei Jahresvergütungen (feste Grundvergütung und variable Vergütung). Den einzelnen Vorstandsmitgliedern sind weder im Geschäftsjahr 2018 noch für das Vorjahr von Dritten im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglieder Leistungen zugesagt oder gewährt worden.

2018 hat der Aufsichtsrat für künftige Vorstandsstellungsverträge eine Neustrukturierung der Vorstandsvergütung verabschiedet. Sie entspricht den jüngsten Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, wonach variable Vergütungsbestandteile grundsätzlich eine mehrjährige Bemessungsgrundlage haben, die im Wesentlichen zukunftsbezogen sein soll. Danach erhalten Vorstandsmitglieder bei neuen Verträgen unverändert eine feste jährliche Grundvergütung (auszuzahlen in gleichen monatlichen Teilbeträgen), Nebenleistungen (im Wesentlichen bestehend aus der Gewährung der privaten Nutzung eines Dienstwagens), eine variable jährliche Vergütung sowie eine Pensionszusage. Die variable Vergütung besteht künftig jedoch zum einen aus einem Jahresbonus, der zu 70% vom Konzernergebnis vor Steuern (Earnings before taxes (EBT)) und zu 30% vom Erreichen vom Aufsichtsrat festgelegter individueller Ziele abhängt; die Hälfte des Bonus wird erst nach drei Jahren in Abhängigkeit von der zwischenzeitlichen Entwicklung des Börsenkurses der Salzgitter-Aktie ausgezahlt. Zum anderen wird für jedes Geschäftsjahr eine Zusatzvergütung gewährt, die zu 70% von der Verzinsung des eingesetzten Kapitals des Konzerns (ROCE) im Durchschnitt der jeweils nächsten vier Jahre und zu 30% vom Erreichen vom Aufsichtsrat festgelegter Stakeholder-Ziele innerhalb der jeweils nächsten vier Jahre abhängt (Performance Cash Award).

Hinsichtlich der betrieblichen Altersversorgung (Pensionszusage) wird den Vorstandsmitgliedern künftig für die Zeit nach Eintritt in den Ruhestand nicht mehr eine Versorgungsleistung in bestimmter Höhe zugesagt (versorgungsleistungsorientierte Zusage), sondern für jedes Jahr der Vorstandstätigkeit ein bestimmter Geldbetrag zur Verfügung gestellt (beitragsorientierte Zusage).

Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder (gewährte Zuwendungen für das Jahr)

in T€	Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann Vorstandsvorsitzender				Burkhard Becker Finanzvorstand				Michael Kieckbusch Personalvorstand			
	2017	2018	2018 (Min.)	2018 (Max.)	2017	2018	2018 (Min.)	2018 (Max.)	2017	2018	2018 (Min.)	2018 (Max.)
	Festvergütung	1.050	1.140	1.140	1.140	555	600	600	600	555	600	600
Nebenleistungen	17	17	17	17	25	25	25	25	42	46	46	46
Summe	1.067	1.157	1.157	1.157	580	625	625	625	597	646	646	646
Einjährige variable Vergütung ¹⁾²⁾	740	925	0	665	400	500	0	350	400	500	0	350
Mehrjährige variable Vergütung	0	0	0	950	0	0	0	500	0	0	0	500
Summe³⁾	1.807	2.083	1.157	2.772	980	1.125	625	1.475	997	1.146	646	1.496
Versorgungsaufwand ³⁾	358	375	375	375	185	196	196	196	237	252	252	252
Gesamtvergütung³⁾	2.165	2.458	1.532	3.147	1.165	1.321	821	1.671	1.234	1.398	898	1.748

¹⁾ Bei der einjährigen variablen Vergütung von Herrn Prof. Dr.-Ing. Fuhrmann wurden gemäß anstellungsvertraglicher Regelung 25 T€ seiner Vergütung als Aufsichtsratsvorsitzender (2017: 20 T€) bzw. Mitglied des Aufsichtsrates der Beteiligungsgesellschaft Aurubis AG angerechnet.

²⁾ Die einjährige variable Vergütung für 2018 enthält eine einmalige Jahressonderzahlung bei Herrn Prof. Dr.-Ing. Fuhrmann in Höhe von 285 T€ (2017: 95 T€) und bei den Herren Becker und Kieckbusch in Höhe von je 150 T€ (2017: 50 T€).

³⁾ Dienstzeitaufwand nach IAS 19

Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder (Zufluss für das Jahr)

in T€	Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann Vorstandsvorsitzender		Burkhard Becker Finanzvorstand		Michael Kieckbusch Personalvorstand	
	2017	2018	2017	2018	2017	2018
Festvergütung	1.050	1.140	555	600	555	600
Nebenleistungen	17	17	25	25	42	46
Summe	1.067	1.157	580	625	597	646
Einjährige variable Vergütung ¹⁾²⁾	740	925	400	500	400	500
Mehrjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
Summe³⁾	1.807	2.083	980	1.125	997	1.146
Versorgungsaufwand ³⁾	358	375	185	196	237	252
Gesamtvergütung³⁾	2.165	2.458	1.165	1.321	1.234	1.398

¹⁾ Bei der einjährigen variablen Vergütung von Herrn Prof. Dr.-Ing. Fuhrmann wurden gemäß anstellungsvertraglicher Regelung 25 T€ seiner Vergütung als Aufsichtsratsvorsitzender (2017: 20 T€) bzw. Mitglied des Aufsichtsrates der Beteiligungsgesellschaft Aurubis AG angerechnet.

²⁾ Die einjährige variable Vergütung für 2018 enthält eine einmalige Jahressonderzahlung bei Herrn Prof. Dr.-Ing. Fuhrmann in Höhe von 285 T€ (2017: 95 T€) und bei den Herren Becker und Kieckbusch in Höhe von je 150 T€ (2017: 50 T€).

³⁾ Dienstzeitaufwand nach IAS 19

Die Gesamtvergütungen der im Geschäftsjahr 2018 aktiven Vorstandsmitglieder für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr betragen insgesamt 5.177 T€ (Vorjahr: 4.564 T€).

Pensionen

in €		Jahresbezug bei Eintritt des Pensionsfalls ¹⁾	Zuführung zur Pensionsrückstellung		Barwert der Pensionsansprüche	
			nach HGB	nach IFRS	nach HGB	nach IFRS
Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann	2018	684.000 ²⁾	3.124.920	2.314.629	12.460.885	15.837.507
Vorsitzender	2017	612.000	962.258	1.068.317	9.335.965	13.522.878
Burkhard Becker	2018	345.600 ³⁾	1.145.766	617.131	5.424.151	7.197.547
	2017	324.000	476.480	568.755	4.278.385	6.580.416
Michael Kieckbusch	2018	331.200 ⁴⁾	903.694	376.695	4.547.268	6.194.326
	2017	324.000	464.420	595.113	3.643.574	5.817.631

¹⁾ unter Einbeziehung einer gegen Vergütung übernommenen Versorgungszusage des Vorarbeitgebers

²⁾ vertraglich vereinbarte Anhebung der Berechnungsgrundlage für die Ermittlung des Jahresbezugs für Dienstjahre ab 01.10.2019 auf 720.000 €

³⁾ vertraglich vereinbarte Begrenzung auf 96 % der zugesagten Endrente bei Gewährung einer ergänzenden beitragsorientierten Zusage für Geschäftsjahre ab 2019

⁴⁾ vertraglich vereinbarte Begrenzung auf 92 % der zugesagten Endrente bei Gewährung einer ergänzenden beitragsorientierten Zusage für Geschäftsjahre ab 2019

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrates

Jedes Mitglied des Aufsichtsrates erhält pro Geschäftsjahr ein Fixum von 60.000 €. Diese Vergütung beträgt für den stellvertretenden Vorsitzenden das Doppelte und für den Vorsitzenden das Dreifache. Zudem bekommt jedes Mitglied für Ausschusstätigkeiten 5.000 €, die jeweiligen Ausschussvorsitzenden und die Mitglieder des Prüfungsausschusses 10.000 € sowie der Vorsitzende des Prüfungsausschusses 30.000 €. Dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dessen Stellvertreter wird eine Mitgliedschaft in Ausschüssen nicht vergütet. Den anderen Aufsichtsratsmitgliedern werden maximal zwei Mitgliedschaften in Ausschüssen vergütet. Pro Sitzungsteilnahme wird ein Sitzungsgeld von 500 € gezahlt; die Mitwirkung an einer fernmündlichen Konsultation und Beschlussfassung gilt insoweit nicht als Sitzungsteilnahme.

Vergütung der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder

in €		Jahresbezug			
		Feste Vergütung	Ausschuss- vergütung	Sitzungs- gelder	Insgesamt
Heinz-Gerhard Wente, Vorsitzender	2018	180.000	0	5.500	185.500
	2017	180.000	0	7.500	187.500
Dr. Hans-Jürgen Urban, stellvertretender Vorsitzender	2018	120.000	0	4.500	124.500
	2017	120.000	0	4.500	124.500
Konrad Ackermann	2018	60.000	10.000	4.000	74.000
	2017	60.000	10.000	4.000	74.000
Ulrike Brouzi	2018	60.000	0	1.500	61.500
	2017	60.000	0	2.000	62.000
Annelie Buntenbach	2018	60.000	0	1.500	61.500
	2017	60.000	0	1.500	61.500
Hasan Cakir	2018	60.000	10.000	4.500	74.500
	2017	60.000	10.000	4.500	74.500
Ulrich Dickert bis 24.05.2018	2018	25.000	0	1.000	26.000
	2017	60.000	0	2.000	62.000
Tina Dreßen bis 24.05.2018	2018	25.000	0	1.000	26.000
	2017	60.000	0	2.000	62.000
Dr. Bernd Drouven seit 24.05.2018	2018	40.000	3.333	2.000	45.333
	2017	0	0	0	0
Dr. Thea Dückert bis 24.05.2018	2018	25.000	0	1.000	26.000
	2017	60.000	0	2.000	62.000
Karl Ehlerding bis 24.05.2018	2018	25.000	0	0	25.000
	2017	60.000	0	2.000	62.000
Roland Flach	2018	60.000	18.333	4.000	82.333
	2017	60.000	2.500	2.500	65.000
Gabriele Handke	2018	60.000	0	2.000	62.000
	2017	60.000	0	2.000	62.000
Prof. Dr.-Ing. Dr. h. c. Jürgen Hesselbach bis 24.05.2018	2018	25.000	0	1.000	26.000
	2017	60.000	0	2.000	62.000
Reinhold Hilbers seit 18.01.2018	2018	60.000	9.167	4.500	73.667
	2017	0	0	0	0

in €		Jahresbezug			
		Feste Vergütung	Ausschuss- vergütung	Sitzungs- gelder	Insgesamt
Ulrich Kimpel	2018	60.000	5.000	1.500	66.500
	2017	60.000	5.000	2.500	67.500
Prof. Dr. Susanne Knorre seit 24.05.2018	2018	40.000	0	1.500	41.500
	2017	0	0	0	0
Dr. Dieter Köster	2018	60.000	0	2.000	62.000
	2017	60.000	0	1.500	61.500
Heinz Kreuzer seit 24.05.2018	2018	40.000	0	1.000	41.000
	2017	0	0	0	0
Bernd Lauenroth	2018	60.000	13.333	4.000	77.333
	2017	60.000	16.667	4.000	80.667
Volker Mittelstädt	2018	60.000	0	2.000	62.000
	2017	60.000	0	2.000	62.000
Prof. Dr. Hannes Rehm bis 01.09.2017	2018	0	0	0	0
	2017	45.000	26.250	2.000	73.250
Prof. Dr. Joachim Schindler	2018	60.000	20.000	3.000	83.000
	2017	10.000	0	500	10.500
Peter-Jürgen Schneider bis 31.12.2017	2018	0	0	0	0
	2017	60.000	10.000	5.500	75.500
Christine Seemann seit 24.05.2018	2018	40.000	0	1.500	41.500
	2017	0	0	0	0
Univ.-Prof. Dr. Dr.-Ing. Birgit Spanner-Ulmer	2018	60.000	3.333	2.000	65.333
	2017	60.000	0	2.000	62.000
Clemens Spiller seit 24.05.2018	2018	40.000	0	1.500	41.500
	2017	0	0	0	0
Dr. Werner Tegtmeier	2018	60.000	0	2.000	62.000
	2017	60.000	0	2.000	62.000
Summe	2018	1.465.000	92.499	60.000	1.617.499
	2017	1.435.000	80.417	60.500	1.575.917

Darüber hinaus erhielten folgende Aufsichtsratsmitglieder Vergütungen für Aufsichtsratsmandate bei Tochtergesellschaften:

in €		Jahresbezug			
		Feste Vergütung	Ausschuss- vergütung	Sitzungs- gelder	Insgesamt
Konrad Ackermann	2018	10.000	0	750	10.750
(KHS)	2017	10.000	0	750	10.750
Hasan Cakir	2018	8.000	0	400	8.400
(SZFG)	2017	8.000	0	400	8.400
Ulrich Dickert	2018	0	0	0	0
(MRW)	2017	10.000	0	100	10.100
Tina Dreßen	2018	10.000	0	300	10.300
(SMHD, seit 01.03.2017)	2017	8.333	0	300	8.633
Karl Ehlerding	2018	10.000	0	0	10.000
(KHS)	2017	10.000	0	250	10.250
Roland Flach	2018	10.000	0	750	10.750
(KHS)	2017	10.000	0	750	10.750
Gabriele Handke	2018	5.000	0	400	5.400
(PTG)	2017	5.000	0	400	5.400
Ulrich Kimpel	2018	0	0	0	0
(MRW)	2017	10.000	0	100	10.100
(MPT, seit 06.06.2017)	2018	5.000	0	200	5.200
	2017	2.917	0	200	3.117
Volker Mittelstädt	2018	7.500	0	400	7.900
(ILG/MGB)	2017	7.500	0	400	7.900
Christine Seemann	2018	4.667	0	100	4.767
(SZFG, bis 19.07.2018)	2017	0	0	0	0
Dr. Hans-Jürgen Urban	2018	12.000	0	400	12.400
(SZFG)	2017	12.000	0	400	12.400
Summe	2018	82.167	0	3.700	85.867
	2017	93.750	0	4.050	97.800
Gesamtsumme	2018	1.547.167	92.499	63.700	1.703.366
	2017	1.528.750	80.417	64.550	1.673.717

Die gewerkschaftsangehörigen Arbeitnehmervertreter haben erklärt, ihre Vergütung nach den Richtlinien des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Hans-Böckler-Stiftung abzuführen.

3. Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung entspricht dem Corporate Governance Bericht und ist im Internet unter www.salzgitter-ag.com/de/investor-relations/corporate-governance/ jederzeit zugänglich. Hier finden Sie auch die Angaben nach § 289f Abs. 2 Nr. 4 bis 6 HGB.

4. Mitarbeiter

Am 31. Dezember 2018 umfasste die Stammebelegschaft des Salzgitter-Konzerns 23.523 Mitarbeiter und somit 384 Personen mehr als zum Ende des Geschäftsjahres 2017. Im Berichtszeitraum wurden fünf vollkonsolidierte Konzerngesellschaften in den Geschäftsbereichen Mannesmann, Technologie und Handel mit insgesamt 252 Mitarbeitern erstmals in der Personalstatistik berücksichtigt. Neben dem strategischen Ausbau der Geschäftsaktivitäten vor allem in den KHS-Auslandsgesellschaften, den DESMA-Gesellschaften sowie der mexikanischen Präzisionsrohrgesellschaft ist der Belegschaftsanstieg auch auf auslastungsbedingte Mehrbedarfe in weiten Teilen des Konzerns zurückzuführen. Aufgrund gesetzlicher Änderungen hinsichtlich der Arbeitnehmerüberlassung wurden zudem Leiharbeitnehmer vermehrt in die Stammebelegschaft übernommen, was sich in einer korrespondierenden Verringerung des Leiharbeitnehmereinsatzes niederschlägt. So beschäftigten wir Ende des Jahres 913 Leiharbeitnehmer; dies entsprach 3,7% der Summe aus Stamm- und Leiharbeitskräften. Damit verminderte sich die Anzahl der externen Leiharbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr um 193 Personen.

Unter Einbeziehung der Ausbildungsverhältnisse und der Personen in passiver Altersteilzeit belief sich die Gesamtbelegschaft des Salzgitter-Konzern auf 25.363 Personen.

Am 31. Dezember 2018 befanden sich keine Belegschaftsmitglieder in Kurzarbeit.

	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Stammebelegschaft Konzern¹⁾	23.523	23.139	384
Geschäftsbereich Flachstahl	6.182	6.092	90
Geschäftsbereich Grobblech/Profilstahl	2.451	2.479	-28
Geschäftsbereich Mannesmann	4.675	4.638	37
Geschäftsbereich Handel	2.109	1.959	150
Geschäftsbereich Technologie	5.490	5.386	104
Industrielle Beteiligungen/Konsolidierung	2.616	2.585	31
Ausbildungsverhältnisse	1.375	1.422	-47
Passive Altersteilzeit	465	513	-48
Gesamtbelegschaft	25.363	25.074	289

¹⁾ ohne Organmitglieder

Regionale Verteilung

		Deutschland	Übriges Europa	Amerika	Asien	Andere Regionen
Stammebelegschaft ¹⁾	Blm.	19.113	2.019	1.490	754	147
	%	81,3	8,6	6,3	3,2	0,6

¹⁾ ohne Organmitglieder

Der Personalaufwand rangierte 2018 bei 1.739,5 Mio. € und lag damit 0,9% über dem Vorjahr. Hierin spiegeln sich unter anderem die Erweiterung des Konsolidierungskreises, Tarifsteigerungen und Erfolgsbeteiligungen wider. Mindernd wirkten die Strukturmaßnahmen in den Geschäftsbereichen Grobblech/Profilstahl, Mannesmann und Technologie.

Zusätzliche Erläuterungen zu Arbeitnehmerbelangen sowie weitere nachhaltigkeitsrelevante Informationen zu den Themenbereichen Umwelt und Gesellschaft finden Sie in unserem nichtfinanziellen Konzernbericht 2018, der unter www.salzgitter-ag.com/de/corporate-responsibility verfügbar ist.

5. Forschung und Entwicklung

Die Forschung und Entwicklung (FuE) des Salzgitter-Konzerns wird für die stahlnahen Geschäftsbereiche in der Salzgitter Mannesmann Forschung GmbH (SZMF) gebündelt. Die SZMF ist mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen und industriellen Partnern im Rahmen zahlreicher nationaler und internationaler Forschungsprojekte eng vernetzt. Die daraus resultierenden Kooperationen bevorzugen wir gegenüber dem Zukauf externen Know-hows, sodass im Berichtszeitraum keine wesentlichen diesbezüglichen Aufwendungen entstanden sind. Die SZMF beteiligt sich aktiv an der Mitgestaltung relevanter Normen und Standards – auch im internationalen Umfeld. Für den Geschäftsbereich Technologie ist FuE dezentral organisiert.

Innovationskraft ist seit jeher unsere Stärke – dies gilt auch für das Berichtsjahr: Unsere führende Position belegen die zum Jahresende 2018 für den Gesamtkonzern angemeldeten 4.978 Patent- und 1.685 Markenschutzrechte (2017: 6.394 respektive 1.644). Auf den Geschäftsbereich Technologie entfallen davon 4.177 aktive Patente und Patentanmeldungen (2017: 5.595) und 569 Markenschutzrechte (2017: 572).

FuE-Aufwendungen

2018 wandte der Salzgitter-Konzern 100,3 Mio. € für FuE und FuE-nahe Aktivitäten auf. Innerhalb der Geschäftsbereiche ergab sich die nachstehende Aufteilung:

Forschungs- und Entwicklungsaufwand nach Geschäftsbereichen

		Konzern	Flachstahl	Grobblech/ Profilstahl	Mannesmann	Technologie	Dritte und ohne GB- Zuordnung
FuE-Aufwand ¹⁾	Mio. €	100,3	41,8	9,4	9,6	26,4	13,0
	%	100,0	41,7	9,4	9,6	26,4	13,0

¹⁾ ohne EUROPIPE-Gruppe

Unsere Innovationskraft spiegelt sich auch in der Anzahl der bei uns beschäftigten Fachkräfte wider: Am 31. Dezember 2018 waren 763 Personen in FuE und FuE-nahen Bereichen tätig, davon 280 als Mitarbeiter der SZMF und 483 als Beschäftigte der operativen Gesellschaften. Dieses Verhältnis unterstreicht die Produkt- und damit Kundenorientierung unserer FuE-Aktivitäten.

Mehrperiodenübersicht zum Forschungs- und Entwicklungsbereich

		2018 ¹⁾	2017 ¹⁾	2016 ¹⁾	2015 ¹⁾	2014 ¹⁾	2013 ²⁾	2012	2011	2010	2009
FuE-Aufwand ³⁾	Mio. €	96	91	85	85	87	88	82	79	78	81
FuE-Mitarbeiter	Blm.	763	750	733	767	784	828	879	910	972	916
FuE-Quote ⁴⁾	%	1,0	1,0	1,1	1,0	1,0	0,9	0,8	0,8	0,9	1,2
FuE-Intensität ⁵⁾	%	4,5	4,5	4,8	4,8	5,2	7,4	5,1	4,4	4,9	9,0

¹⁾ ohne EUROPIPE-Gruppe

²⁾ restated

³⁾ FuE-Aufwand im Rahmen der Leistungserstellung für Konzernunternehmen

⁴⁾ FuE-Aufwand bezogen auf den Konzernumsatz

⁵⁾ FuE-Aufwand bezogen auf die Konzernwertschöpfung

FuE-Schwerpunkte 2018

Unsere Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte haben wir klar und mit Blick auf die Zukunft definiert: Im Flachstahlbereich liegen sie auf neuen Anwendungsfeldern für hochfeste Stähle mit verbesserter Umformbarkeit und Restdehnung. Im Bereich der konventionellen Güten steht die Entwicklung von höchstfesten Warmbandgüten, kaltgewalzten Mehrphasen- und Presshärterstählen mit gesteigerten Produkteigenschaften für die Automobilindustrie im Mittelpunkt. Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Weiterentwicklung der sehr erfolgreichen Güte SZBS800 dar, die sich bei mehreren Automobilherstellern zum Standard für Fahrwerksanwendungen entwickelt hat. Vorentwicklungsprojekte beschäftigten sich zum Beispiel mit AHSS-Stählen (Advanced High Strength Steels) der dritten Generation. Doch Produktentwicklung und -optimierung sind nicht alles: Zunehmend spielt auch die Unterstützung zur Prozessoptimierung und Effizienzsteigerung im Stahlwerk, im Warmwalzwerk wie auch in der Oberflächenveredelung eine größere Rolle.

Im Großrohr- und Grobblechbereich liegt der Fokus der Entwicklungsaktivitäten auf der weiteren Erhöhung der Korrosionsbeständigkeit (Sauggasanwendung) vor allem bei zunehmender Wanddicke. Auch die Produktentwicklungen im Präzisionsrohrbereich sind von einer engen Zusammenarbeit mit unseren Endkunden gekennzeichnet, unter anderem bei Hydraulikleitungen mit verbessertem Korrosionsschutz oder Fahrwerksbauteilen für Automobile.

Der Geschäftsbereich Technologie richtet seine Innovations- und Produktentwicklungsprozesse ebenfalls konsequent an den Kunden- und Marktbedürfnissen aus. In der KHS-Gruppe konzentrierten sich die FuE-Aktivitäten sowohl auf die Optimierung der Produkte des Kernportfolios als auch auf innovative Neuprodukte. So wurde mit der fünften Generation der „InnoPET Blomax“ eine besonders nachhaltige und leistungsstarke Streckblasmaschine entwickelt. Im Verpackungssegment realisiert der neue „Nature MultiPack“ für Dosen als Vierer- sowie Sechserpack eine Kunststoffeinsparung von bis zu 80%. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit komplettiert die KHS GmbH zudem das Angebot im Aftersales-Bereich. Mit der Erweiterung des Portfolios für Verbrauchsgüter beispielsweise bietet KHS künftig sämtliche Produkte aus einer Hand.

Künftige FuE-Schwerpunkte des Konzerns

Im Rahmen der Trendanalyse auf den Gebieten Mobilität, Energie und Rohstoffe identifiziert die SZMF mögliche künftige Stahlanwendungen.

Die Neuentwicklungen für den Automobilsektor im Bereich Flachstahl zielen auf feuerverzinkte Mehrphasenstähle mit einer reduzierten Kantenrissempfindlichkeit und einer erhöhten Umformbarkeit. Für die Kaltwalzindustrie werden hochfeste mikrolegierte Werkstoffkonzepte weiterentwickelt, und im Zielsegment Haugeräte kommen optimierte Spezialbeschichtungen zur Anwendung.

Der Rohrbereich konzentriert sich weiterhin auf die kundenorientierte und anwendungsfallbezogene Optimierung der Rohreigenschaften. Hierzu zählen Leitungsrohre für arktische Regionen und Tiefseeverlegung, Einspritzleitungen für noch höhere Betriebsdrücke und somit eine umweltschonendere Verbrennung in Motoren, aber auch variable Wandstärken an Konstruktionsrohren zugunsten eines belastungsgerechten, leichtbauoptimierten Einsatzes.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Entwicklungsarbeiten im Grobblechbereich liegt in der Produktfamilie der verschleißfesten Grobbleche, die durch den Einsatz einer völlig neu entwickelten Werkstoffklasse mit einer ungewöhnlich guten Kombination von eigentlich gegensätzlichen Eigenschaften erweitert werden soll.

Die Produktentwicklung im Geschäftsbereich Technologie konzentriert sich unter anderem auf die Senkung der Lifetime-Kosten von Linien und Einzelmaschinen. Auch hiervon profitieren unmittelbar unsere Kunden: KHS wird künftig noch mehr und weiter verbesserte Produkte und Dienstleistungen mit einem klaren Mehrwert anbieten. Einen Schwerpunkt bildet hierbei die Digitalisierung von Systemlösungen. Mit intelligenten Wartungskonzepten optimiert KHS kontinuierlich die Verfügbarkeit und Produktivität ihrer Maschinen und Anlagen.

II. Finanzielles Steuerungssystem

Unsere Konzerngesellschaften bewegen sich in wettbewerbsintensiven Märkten und einem äußerst herausfordernden Branchenumfeld. Vor diesem Hintergrund sind sowohl die Weiterentwicklung des Konzerns in Eigenständigkeit als auch die kontinuierliche Verbesserung der Kostenstrukturen und der Prozesseffizienz unabdingbar. Diese Ziele verfolgen wir mithilfe unseres umfassenden 360°-Konzepts und folgender Führungs- und Steuerungsinstrumente:

- Return on Capital employed (ROCE),
- Ergebnisverbesserungsprogramm (EVP) und
- individuelle Zielvereinbarungen mit leitenden und außertariflichen Mitarbeitern.

Bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren des Salzgitter-Konzerns sind neben dem ROCE der Umsatz und das Ergebnis vor Steuern. Umsatz ist dabei als Außenumsatz definiert, das heißt als der Anteil am Gesamtumsatz, der aus Transaktionen mit Gesellschaften außerhalb des Konsolidierungskreises der Salzgitter AG (SZAG) entsteht. Weitere Steuerungsgrößen sind die Auftragseingänge, die Versandmengen sowie die Entwicklung der Cashflows.

Unternehmensinternes Steuerungssystem – ROCE

Quantitative, ergebnisbezogene Zielvorgabe des Konzerns ist eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals (ROCE = Return on Capital employed) von mindestens 12% über einen Konjunkturzyklus hinweg; dieser beträgt gemäß unserer Definition üblicherweise fünf Jahre. Der ROCE setzt das „EBIT I“ in Relation zum „Capital employed“ und misst die Verzinsung des eingesetzten Kapitals:

$$\text{ROCE (annualisiert)} = \frac{\text{EBIT I}}{\text{Capital employed}} \times 100 \%$$

Das „EBIT I“ (Earnings before Interest and Taxes) zur Berechnung des ROCE entspricht dem Ergebnis vor Steuern und Zinsaufwand, bereinigt um den Zinsanteil der Zuführungen zu Pensionsrückstellungen. Zinserträge bleiben im „EBIT I“, da sie als Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit angesehen werden und somit das eingesetzte Kapital verzinsen.

in Mio. €	2018	2017
EBT	347,3	238,0
+ Zinsaufwand	79,6	99,7
– Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen	–36,0	–42,0
= EBIT I	390,8	295,7

Das „Capital employed“ umfasst das verzinsliche Eigen- und Fremdkapital.

Dazu werden von der Bilanzsumme die Pensionsrückstellungen und die nicht verzinsbaren Bilanzposten abgezogen.

in Mio. €	2018	2017
Bilanzsumme	8.757	8.318
- Pensionsrückstellungen	-2.275	-2.440
- Übrige Rückstellungen ohne Ertragsteuerrückstellung	-640	-536
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Vertragsverbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten ohne Wechselverbindlichkeiten ¹⁾	-1.648	-1.512
- Aktive latente Steuern	-399	-393
= Capital employed	3.794	3.436

¹⁾Wechselverbindlichkeiten in Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €)

Die Pensionsrückstellungen und der darauf bezogene Zinsaufwand werden für die ROCE-Berechnung eliminiert, weil das Management diese Komponenten kurz- bis mittelfristig nicht beeinflussen kann.

Die Komponenten der Kennzahlen sind aus den Angaben des Konzernabschlusses hergeleitet. Für die Berechnung verwenden wir stichtagsbezogene Bilanzwerte.

Da der ROCE-Zielwert (12%) durchschnittlich innerhalb des Konjunkturzyklus im Konzern erreicht werden soll, hat er einen mittel- bis langfristigen Charakter. Daraus entwickeln wir je Geschäftsbereich und Gesellschaft spezifische strategische Ziele. Diese werden – gegebenenfalls aktualisiert – gemäß der Mittelfristplanung berücksichtigt. 2018 erwirtschafteten wir einen ROCE von 10,3% (Vorjahr: 8,6%).

Ergebnisverbesserungsprogramm (EVP)

Wir sehen unsere permanente Managementaufgabe darin, die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns nachhaltig zu verbessern, indem wir unsere Wertschöpfungsprozesse kontinuierlich optimieren. Das Augenmerk legen wir hier auf die konsequente Erschließung vorhandener Potenziale in sämtlichen Geschäftsbereichen. Dies hat bei uns Tradition: Bereits 1996 haben wir das Ergebnisverbesserungsprogramm (EVP) als einheitliches Managementinstrument im Salzgitter-Konzern eingeführt.

Das EVP bündelt konkret definierte, ergebnisoptimierende Maßnahmen der Gesellschaften; Voraussetzung ist die Mess- und Bewertbarkeit der Effekte anhand von Finanzkennzahlen. Für alle Projekte ist eine streng systematische Vorgehensweise der Erfolgsmessung vorgegeben, wobei verbindliche und standardisierte Bewertungskriterien gelten.

Damit wir unsere Ziele erreichen, haben wir im Rahmen der kontinuierlichen Ergebnisverbesserung in den vergangenen Jahren verschiedene Programme aufgesetzt. So legten das 2012 initiierte Konzernprogramm „Salzgitter AG 2015“ sowie die ergänzenden und weiterführenden Maßnahmen, die seit Ende 2016 unter dem Titel „FitStructure SZAG“ zusammengefasst werden, den Schwerpunkt auf Kostensenkung und Effizienzsteigerung. Die ebenfalls Ende 2016 verabschiedete und konsequent verfolgte Konzernstrategie „Salzgitter AG 2021“ zielt vor allem auf organisches Wachstum in deckungsbeitragsstarken Produktbereichen. Zudem sieht sie einen Ausbau des Umsatzanteils der stahlferneren Geschäfte von derzeit 40% auf 50% vor. Alle Aktionen dieser Programme folgen den zuvor genannten Bewertungskriterien.

Individuelle Zielvereinbarungen mit leitenden und außertariflichen Mitarbeitern

Zielvereinbarungen verbinden die Unternehmensziele und die persönlichen Bestrebungen eines jeden Mitarbeiters. Die SZAG untergliedert diese in individuelle Vorgaben für den einzelnen leitenden oder außertariflichen Mitarbeiter und eine kollektive quantitative Komponente. Die quantitative Komponente sieht unter anderem konzernweit die Erreichung des Konzernzieles einer mindestens 12%igen Verzinsung des eingesetzten Kapitals (industrieller ROCE) vor. Pro Konzerngesellschaft werden zudem eigene Gesellschaftsziele und – je nach Leistungsverflechtungen und Rolle innerhalb der Geschäftsbereiche – Ziele für den Geschäftsbereich oder verbundene Gesellschaften abgeleitet. Der individuelle Teil der Vorgaben wird im Gespräch zwischen Mitarbeiter und Vorgesetztem vereinbart. Dabei ergeben sich die persönlichen Ziele aus denen der nächsthöheren Organisationseinheit. Wir achten strikt darauf, dass die Wechselwirkungen der verschiedenen Zielvorgaben aller Beschäftigten eine positive Wirkung auf das Gesamtergebnis des Konzerns haben.

III. Überblick über den Geschäftsverlauf

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Wachstumsdynamik der **Weltwirtschaft** schwächte sich 2018 nach einem sehr soliden ersten Halbjahr ab dem Sommer merklich ab. Neben länderspezifischen Themen wirkte vor allem die zunehmend protektionistische Handelspolitik einiger maßgeblicher Länder negativ. Dabei zeigten sich regional unterschiedliche Tendenzen: Während die Expansion in den USA aufgrund der starken Inlandsnachfrage sowie fiskalpolitischer Maßnahmen spürbar sowie in Russland und Brasilien moderat anzog, reduzierten sich die immer noch beeindruckenden Wachstumsraten Chinas wegen niedrigerer Investitionen des öffentlichen Sektors. Auch die britische Volkswirtschaft verringerte ihre Expansionsrate. Insgesamt rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) für 2018 mit 3,7% Wachstum der Weltwirtschaft (2017: 3,8%).

Im **Euroraum** nahm die konjunkturelle Dynamik im Berichtszeitraum ebenfalls ab. Schon in den ersten beiden Quartalen wurden niedrigere Wachstumsraten als ein Jahr zuvor verzeichnet, die im Herbst bis auf nahezu Nullwachstum abschmolzen. Haupttreiber der Abschwächung im dritten Quartal waren Deutschland und Italien mit negativen Werten, wohingegen die übrigen großen Euroländer zumindest noch eine moderate Steigerung verzeichneten. Aktuell weist der IWF mit 1,8% Wachstum der Eurozone im Jahr 2018 eine deutliche Abschwächung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres aus (2017: 2,4%).

Die wirtschaftliche Entwicklung in **Deutschland** stand 2018 im Zeichen einer allmählichen Abkühlung. Hauptstütze der Konjunktur war die Binnennachfrage; die Exportwirtschaft zeigte hingegen schon früh – vor allem im innereuropäischen Handel – Abschwächungstendenzen. Im Sommer kamen Probleme der deutschen Automobilindustrie mit der Zertifizierung von Neufahrzeugen nach dem neuen Abgastestverfahren WLTP hinzu, die maßgeblich für den Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion im dritten Quartal waren. Insgesamt kalkulierte der IWF 1,5% Wirtschaftswachstum für Deutschland (2017: 2,5%). Das Statistische Bundesamt weist kalenderbereinigt ebenfalls 1,5% aus.

Die Informationen stammen im Wesentlichen aus den folgenden Quellen: Internationaler Währungsfonds (1/2019): World Economic Outlook Update; ifo Konjunkturprognose 2018–2020; Weltbank (1/2019): Global Economic Prospects; Statistisches Bundesamt, Januar 2019.

2. Gesamtaussage des Vorstandes zur wirtschaftlichen Lage

Der Salzgitter-Konzern schloss das Geschäftsjahr 2018 mit dem besten Vorsteuerergebnis der vergangenen zehn Jahre ab. Neben der Performance des Geschäftsbereiches Flachstahl sowie vorzeigbaren Beiträgen der Segmente Handel und Technologie trugen vor allem die rund 150 Mio. € erstmals realisiertes Ergebnisverbesserungspotenzial aus internen Maßnahmenprogrammen zu dieser Entwicklung bei. Die finanzielle und bilanzielle Basis des Konzerns bleibt mit 38,1% Eigenkapitalquote sowie 191,6 Mio. € Nettofinanzposition solide.

Der Außenumsatz des Konzerns stieg im Geschäftsjahr 2018 vor allem erlösbedingt auf 9.278,2 Mio. € (2017: 8.990,2 Mio. €). Der Gewinn vor Steuern verbesserte sich gegenüber dem Wert des Vorjahres (2017: 238,0 Mio. €) auf 347,3 Mio. €. Darin sind per saldo –62,8 Mio. € Ergebnisbelastungen aus Sondereffekten (2017: –82,9 Mio. €) sowie 44,0 Mio. € Beitrag aus der nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung an der Aurubis AG (2017: 79,3 Mio. € inklusive der Effekte aus der Umtauschanleihe) enthalten. Aus 277,7 Mio. € Nachsteuergewinn (2017: 193,6 Mio. €) errechnen sich 5,06 € Ergebnis je Aktie (2017: 3,52 €) sowie 10,3% Verzinsung des eingesetzten Kapitals (ROCE; 2017: 8,6%).

3. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Geschäftsbereiche

Geschäftsbereich Flachstahl

Eckdaten		2018	2017
Auftragseingang	Tt	4.518	4.432
Auftragsbestand per 31.12.	Tt	918	893
Rohstahlerzeugung	Tt	4.645	4.492
Walzstahlproduktion	Tt	3.643	3.500
Versand	Tt	4.551	4.385
Segmentumsatz¹⁾	Mio. €	3.112,5	2.878,3
Umsatz mit anderen Segmenten/Konzerngesellschaften	Mio. €	-771,6	-718,5
Außenumsatz²⁾	Mio. €	2.341,0	2.159,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	205,8	182,0
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)³⁾	Mio. €	439,2	396,9
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)³⁾	Mio. €	243,7	221,9

¹⁾inklusive Umsatz mit anderen Geschäftsbereichen

²⁾Beitrag zum Außenumsatz des Konzerns

³⁾EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

Die Kernkompetenzen des Geschäftsbereiches Flachstahl sind die Stahlerzeugung im voll integrierten Hüttenwerk der Salzgitter Flachstahl GmbH (SZFG) und die anschließende Verarbeitung zu hochwertigen Flachstahlprodukten. Über die angegliederten Stahl-Service-Center der Salzgitter Mannesmann Stahlservice GmbH werden die Anarbeitungsbedarfe unserer Kunden bedient. Die weiterverarbeitenden Gesellschaften Salzgitter Europlatinen GmbH und Salzgitter Bauelemente GmbH verlängern die Wertschöpfungskette innerhalb des Geschäftsbereiches um ihre Produkte Tailored Blanks sowie Dach- und Wandelemente. Wichtigster Kundensektor ist die europäische Automobilindustrie.

Marktentwicklung

Weltweit herrschten auf den Stahlmärkten unverändert massive Überkapazitäten und ein entsprechender Margendruck. Verstärkt wurde dies durch weiterhin hohe Importe, die erheblich über denen des Vorjahres lagen. Im Jahr 2018 kam es zu massiven Verschiebungen im internationalen Stahlhandel: Der größte Stahlimporteur der Welt, die USA, hat durch Sonderzölle in Höhe von 25% (Section 232) Einfuhren von Stahlprodukten aus Drittländern erheblich erschwert. Dies löste eine deutliche Umlenkung von Stahlhandelsströmen in Richtung EU aus. Vor allem die besonders von den US-Maßnahmen betroffenen Staaten wie die Türkei, Indien und Südkorea steigerten ihre Importe in die EU merklich. So haben sich die türkischen Warmband-Einfuhren 2018 verglichen mit dem Vorjahr nahezu verdoppelt. Um das Risiko von Umlenkungseffekten einzudämmen, hat die EU-Kommission Mitte 2018 vorläufige Schutzklauselmaßnahmen (Safeguards) erlassen. Diese wurden am 2. Februar 2019 bis zum Sommer 2021 verlängert und nehmen die Form einer Tariff-Rate-Quota an. Die Zollkontingente wurden auf Basis der durchschnittlichen Einfuhren der Jahre 2015 bis 2017 ermittelt. Oberhalb der Quoten wird ein Zoll von 25% fällig. Alle Flachstahlprodukte sind von den Maßnahmen abgedeckt. Dank der allgemein guten konjunkturellen Lage rangierte das Erlösniveau dennoch ganzjährig spürbar über dem des Vorjahres, und die Auftragslage der europäischen Stahlindustrie verbesserte sich im Berichtszeitraum geringfügig. Soliden Zuwächsen im Bauhauptgewerbe sowie im Maschinenbau stand ein nur geringfügiges Wachstum bei den Stahlrohren gegenüber. Im wichtigen Automobilsektor schwächte sich die Produktion in der zweiten Jahreshälfte erheblich ab, da es Schwierigkeiten bei der Zertifizierung nach dem WLTP-Abgasprüfverfahren gab. Des Weiteren sorgten die im Jahresverlauf stetig steigenden Flachstahleinfuhren als Folge der Handelsumlenkungen vor allem ab dem zweiten Halbjahr 2018 für ein zunehmend schwierigeres Geschäftsumfeld.

Beschaffung

Eisenerz

Der Eisenerzmarkt zeigte im Verlauf des Jahres 2018 eine gegenüber dem Vorjahr weniger stark ausgeprägte Volatilität. Die Leitpreisnotierung für den Spotmarkt, Platts IODEX 62% Fe CFR China, lag zwischen 62 und 80 USD/dmt. Nachdem das Jahreshoch bereits Ende Februar erreicht wurde, fielen die Notierungen und bewegten sich in einem Band zwischen 62 und 68 USD/dmt. Im Schlussquartal stiegen die Tagespreise zunächst auf bis zu 77 USD/dmt an. Doch Mitteilungen über geringere Stahlmargen in China und ein damit verbundenes Umdenken in der Beschaffung ließen die Nachfrage nach hochwertigem Erz stagnieren, sodass der Index abermals absank. Der Durchschnittspreis 2018 betrug 69 USD/dmt CFR China und lag damit knapp 3% unter dem Vorjahreswert. Um die aus der Beschaffung resultierenden Risiken abzufedern, sichern wir definierte Eisenerzmengen durch Hedging preislich ab.

Kokskohle

Im Jahr 2018 war die Preisbildung für Kokskohle erstmals vollständig indexgeprägt. Aufsetzend auf dem Dezember 2017 startete das erste Quartal mit hohen Spotpreisen von 260 USD/t FOB. Unter starker Volatilität gaben diese bis Juli auf ein Jahrestief von 172 USD/t FOB nach. Ab diesem Zeitpunkt zog die Nachfrage nach hochwertiger Kokskohle wieder an, sodass im vierten Quartal in der Spitze 236 USD/t FOB erreicht wurden. Der Durchschnittspreis rangierte 2018 mit 207 USD/t FOB Australien 10% über dem Vorjahreswert.

Geschäftsverlauf

Auftragseingang und **-bestand** des Geschäftsbereiches Flachstahl übertrafen die Vergleichswerte leicht. Auch die **Walzstahlerzeugung** und der **Versand** verbesserten sich gegenüber dem Vorjahr. Die SZFG produzierte 4.645 Tt **Rohstahl**, die Aggregate der weiteren Prozesskette waren nahe an der Kapazitätsgrenze ausgelastet. **Segment-** und **Außenumsatz** legten insbesondere preisbedingt zu. Mit 205,8 Mio. € **Gewinn vor Steuern** verzeichnete der Geschäftsbereich vor allem dank der gesteigerten Erlösqualität einen merklichen Zuwachs (2017: 182,0 Mio. €). Zudem schlugen sich Effekte der eingeleiteten Maßnahmenprogramme positiv nieder, während höhere Rohstoff- und Energiekosten sowie außerplanmäßige Abschreibungen gegenläufig wirkten.

Investitionen

Der Geschäftsbereich Flachstahl konzentrierte die Investitionstätigkeit 2018 sowohl auf neue Aggregate als auch auf die Optimierung und Erweiterung vorhandener Anlagen. Entsprechend der Strategie der SZFG wird das Portfolio in Richtung hoch- und höchstfester Güten weiterentwickelt. Hierzu investieren wir zielgerichtet und meistern so die steigenden Anforderungen an die Anlagentechnik.

Die Warmbandspaltanlage – die genau diesen Produktanforderungen entspricht – ist in der Montagephase. Die in Betrieb genommene neue Coil-Bindelinie wird zur Probenahme an Warmbandcoils sowie zum Anbringen der Transportsicherungen an versandfertigem Material verwendet werden.

Um den steigenden Kundenanforderungen nach feuerverzinkten, höher- und höchstfesten Stahlgütern gerecht zu werden, wurde der Bau einer weiteren Feuerverzinkungsanlage genehmigt, die sich in der Angebotsphase befindet.

Zur Absatzsteigerung im Bereich ertragsstarker Sondergütern wurde in ein neues Logistikkonzept investiert. Dieses beinhaltet den Ausbau der Brammenadjustage sowie zusätzliche Wärmeboxen, in denen die Brammen langsamer abkühlen, um mit mehr Restwärme der Warmbreitbandstraße zugeführt werden zu können. Das Vorhaben haben wir im Berichtszeitraum erfolgreich in Betrieb genommen.

Geschäftsbereich Grobblech/Profilstahl

Eckdaten		2018	2017
Auftragseingang ¹⁾	Tt	2.189	2.236
Auftragsbestand ¹⁾ per 31.12.	Tt	384	400
Rohstahlerzeugung	Tt	1.077	1.053
Walzstahlproduktion	Tt	2.273	2.249
Versand ²⁾	Tt	2.244	2.263
Segmentumsatz²⁾	Mio. €	1.821,8	1.698,6
Umsatz mit anderen Segmenten/Konzerngesellschaften	Mio. €	-795,5	-674,3
Außenumsatz³⁾	Mio. €	1.026,4	1.024,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	24,8	-57,7
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)⁴⁾	Mio. €	71,8	44,9
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)⁴⁾	Mio. €	32,7	-49,4

¹⁾ ohne DMU-Gruppe

²⁾ inklusive Umsatz mit anderen Geschäftsbereichen

³⁾ Beitrag zum Außenumsatz des Konzerns

⁴⁾ EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

Der Geschäftsbereich Grobblech/Profilstahl umfasst die Gesellschaften des Konzerns, die überwiegend projektorientierte Bau- und Infrastrukturkunden bedienen. Dies sind die Ilsenburger Grobblech GmbH (ILG), die Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH (MGB) und die Peiner Träger GmbH (PTG). ILG und MGB stellen ein breites Spektrum hochwertiger Grobblechprodukte her. Wichtige Abnehmer sind der schwere Maschinenbau, Rohrproduzenten sowie Hersteller von Windkraftanlagen. PTG ist Lieferant im Rahmen von Hoch- und Tiefbauprojekten in ganz Europa. Über die Integration der DEUMU Deutsche Erz- und Metall-Union GmbH (DMU) als Schrottversorger der PTG werden die Logistikprozesse eng koordiniert und flexibel gesteuert.

Marktentwicklung

Für die Gesellschaften des Geschäftsbereiches sind die Märkte für Quartobleche – inklusive Zulieferung in den Großrohrsektor – und für Stahlträger wesentlich.

Quartoblech

Im Grobblechmarkt konnten die Erlöse in Deutschland und dem westeuropäischen Ausland im Jahresverlauf aufgrund einer nachhaltig verbesserten Marktstimmung und stabiler Nachfrage sowohl bei einfachen als auch bei höherwertigen Gütern gesteigert werden. Die Importe aus Drittländern nach Europa befanden sich mit etwa 200 Tt pro Monat im Jahr 2018 auf ähnlich hohem Level wie 2017, wobei die wesentlichen Mengen abermals aus der Ukraine, Indien, Russland und Südkorea geliefert wurden. Die Importpreise für Grobblechprodukte lagen auch im vergangenen Jahr weit unterhalb des allgemeinen EU-Niveaus und erzeugten Druck auf die europäischen Produzenten, was eine umfassendere Erholung des Marktes verhinderte. Aufgrund der hohen Einfuhrmengen seit 2015 hatten die von der EU-Kommission – als Reaktion auf die US-Sonderzölle bei Stahl – verhängten Schutzklauselmaßnahmen kaum Auswirkungen auf das Importgeschehen bei Grobblech. Das internationale Projektgeschäft war von einem deutlich stärkeren Wettbewerb aufgrund schwach ausgelasteter Grobblechwerke geprägt. Dies hat zu einem unverändert hohen Erlösdruck in diesem Bereich geführt. Verstärkt wurde die Verunsicherungen im Exportgeschäft durch die Einführung von Safeguards in der Eurasischen Wirtschaftsunion und Kanada, die ebenfalls mit Schutzmaßnahmen auf die US-Strafzölle reagierten, um ihre Heimatmärkte vor Umlenkungseffekten zu schützen.

Stahlträger

Anfang 2018 prägten Zurückhaltung und Spekulation das Kaufverhalten der Kunden auf dem europäischen Trägermarkt. Zum Ende des ersten Quartals zogen die Bestellungen aufgrund einer etwas aufgehellten Nachfrage und Anpassung der Bestände wieder an. Im weiteren Verlauf konnten die Produzenten weitestgehend Belegungslücken vermeiden. Die Sommerstillstände fast aller Werke führten zu einer Reduzierung der Lagerbestände beim Handel, sodass der dadurch entstandene Nachholbedarf es den Produzenten ermöglichte, die Preise zu erhöhen. Wegen der nachfragebedingten guten Kapazitätsauslastung gelang es den Werken, nach einem weiteren Anstieg zu Beginn des vierten Quartals, die Preise bis zum Jahresende weiter zu stabilisieren. Insgesamt blieb die von Überkapazitäten gezeichnete Marktsituation dennoch angespannt, wengleich im Gegensatz zum Grobblechmarkt Importe in die EU-28 aus Drittländern kaum von Bedeutung sind.

Beschaffung

Brammenversorgung

Die Grobblechgesellschaften werden konzernintern über die Salzgitter Flachstahl GmbH (SZFG) und die Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH (HKM) mit Vormaterial versorgt. Dabei beliefert die SZFG insbesondere die ILG und HKM die MGB.

Stahlschrott

Jährlich werden in den beiden Elektroöfen der PTG etwa 1,2 Mio. t des für den Profilstahlbereich wichtigsten Vormaterials Stahlschrott zu Rohstahl eingeschmolzen. Nach einem Rückgang zu Jahresbeginn, der bereits im ersten Quartal wieder aufgeholt wurde, zeigten sich die Schrottpreise bis Ende des zweiten Quartals nahezu stabil. Ab August spiegelte sich die Zollpolitik der US-Regierung gegen türkischen Stahl in deutlichen Preisanpassungen wider. Das Schlussquartal war von einem erneuten Preisanstieg gekennzeichnet. Neben der anhaltend guten Stahlschrottnachfrage beeinflussten dabei zunehmend Einschränkungen der Transportkapazitäten und erhöhte Transportkosten aufgrund des extremen Niedrigwassers der deutschen Flüsse die Schrottnotierungen.

Geschäftsverlauf

Auftragseingang und **-bestand** des Geschäftsbereiches Grobblech/Profilstahl kamen etwas unter dem Vorjahresniveau aus, während die **Walzstahlproduktion** und **Rohstahlerzeugung** die 2017er Werte erreichten. Der **Versand** rangierte ebenfalls auf dem Level des Vergleichszeitraumes. Hierbei konnte der Profilstahlbereich die rückläufige Menge im Grobblechsegment nahezu ausgleichen. Der **Außenumsatz** stellte den Vorjahreswert ein, während der Segmentumsatz diesen als Folge erhöhter Erlöse mit dem konzerneigenen Handel übertraf. Der Geschäftsbereich erzielte 24,8 Mio. € **Gewinn vor Steuern** und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr (2017: -57,7 Mio. €), das von einem Impairment (-48,8 Mio. €) bei der MGB geprägt war, erheblich. Dies ist auf alle produzierenden Gesellschaften zurückzuführen; besonders die PTG leistete einen sehr hohen Ergebnisbeitrag.

Investitionen

Im September 2018 fand im Ilseburger Werk der feierliche erste Spatenstich für die 2017 begonnene Investitionsmaßnahme „Neue Wärmebehandlungslinie“ statt. Die im Rahmen des Wachstumsprogramms „Salzgitter AG 2021“ gestartete und mehr als 150 Mio. € umfassende Investition dient dazu, das Produktportfolio zu erweitern und eine stärkere Positionierung im höherwertigen Gütensegment zu erreichen. Nach Vergabe der wesentlichen Anlagenkomponenten im Jahr 2018 werden nun vorrangig die Fundamentarbeiten fertiggestellt. Die Inbetriebnahme der Anlage ist für 2020 vorgesehen. Die weiteren Investitionen des Geschäftsbereiches konzentrieren sich vor allem darauf, die Produktionsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

Geschäftsbereich Mannesmann

Eckdaten		2018	2017
Auftragseingang	Mio. €	1.464	1.543
Auftragsbestand per 31.12.	Mio. €	512	499
Rohstahlerzeugung Hüttenwerke Krupp Mannesmann (30%)	Tt	1.317	1.410
Versand Rohre ¹⁾	Tt	625	658
Segmentumsatz²⁾	Mio. €	1.726,5	1.698,1
Umsatz mit anderen Segmenten/Konzerngesellschaften	Mio. €	-607,9	-604,6
Außenumsatz³⁾	Mio. €	1.118,6	1.093,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	-5,4	-5,6
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)⁴⁾	Mio. €	98,6	69,8
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)⁴⁾	Mio. €	7,3	8,3

¹⁾ Ausweis von nach IFRS 15 bewerteten Mengen

²⁾ inklusive Umsatz mit anderen Geschäftsbereichen

³⁾ Beitrag zum Außenumsatz des Konzerns

⁴⁾ EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

Der Geschäftsbereich Mannesmann ist schwerpunktmäßig auf internationale Projektgeschäfte in den Sektoren Energieversorgung und Infrastruktur ausgerichtet und deckt ein breites Durchmesserpektrum bei den Leitungsröhren ab. Ein in Europa dominierender Anbieter für Präzisionsstahlrohre im Automobilbau sowie ein weltweit führender Hersteller nahtloser Edelstahl- und Nickelbasisrohre ergänzen das Portfolio. Die Kundennachfrage wird von den Megatrends „Wasser“, „Energie“ und „Mobilität“ getrieben.

Der Geschäftsbereich verfügt mit der 30%-Beteiligung an der Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH (HKM) – einem integrierten Hüttenwerk mit einer Jahreskapazität von mehr als 4,2 Mio. t Rohstahl – über eine eigene Vormaterialversorgung sowie eine Halbzeugproduktion zur Nahtlosrohrherstellung. Zudem nutzt er unsere Handelsorganisation intensiv dazu, Vormaterial zu beziehen und seine Produkte abzusetzen.

Die Beteiligungen an der EUROPIPE-Gruppe (EP-Gruppe; 50%) sowie dem türkischen Rohrhersteller Borusan Mannesmann Boru Yatirim Holding A.S. (BMB; 23%) werden mit dem anteiligen Nachsteuerergebnis berücksichtigt (at-equity-konsolidiert). HKM wird quotaal zu 30% einbezogen und ist dementsprechend im Auftragseingang, Umsatz und Ergebnis des Geschäftsbereiches enthalten. Beim Auftragsbestand sowie Versand wird diese Gesellschaft nicht erfasst, da dort nur Rohre ausgewiesen werden.

Neben der nach der Equity-Methode bilanzierten BMB wurde folgende Gesellschaft des Geschäftsbereiches rückwirkend zum 1. Januar 2018 neu in den Konsolidierungskreis der Salzgitter AG aufgenommen:

- Mannesmann SOTEP Stainless Tubes S.A.S., Issoudun.

Marktentwicklung

Die Stahlrohrproduktion stieg 2018 weltweit um knapp 3% auf 173 Mio. t und erreichte damit ein neues Allzeithoch. Alle wesentlichen Herstellerregionen der Welt meldeten gegenüber dem bereits guten Vorjahr nochmals gestiegene Produktionszahlen. Differenzierter fiel die Entwicklung aus, wenn man nach Rohrarten unterscheidet. Die Menge der erzeugten nahtlosen und kleinen geschweißten Stahlrohre bis 16 Zoll legte durchweg zu. Die projektabhängige Großrohrfertigung blieb knapp unter dem hohen Vorjahreswert. China war mit 95 Mio. t Gesamtproduktion und rund 55% Weltmarktanteil weiterhin marktbestimmend. Die europäische Stahlrohrproduktion stieg geringfügig auf 14,2 Mio. t und erreichte einen Weltmarktanteil von 8%. Die Stahlrohrproduktion der deutschen Hersteller lag wenig verändert bei insgesamt 3,1 Mio. t.

Geschäftsverlauf

Der **Ordereingang** des Geschäftsbereiches Mannesmann fiel leicht hinter den Wert des Vorjahres zurück. Dies ist im Wesentlichen auf die Mannesmann Grossrohr GmbH (MGR) zurückzuführen, da es in Europa kaum zur Vergabe relevanter Projekte kam. Hingegen profitierte das Segment der mittleren Leitungsrohre weiterhin von der Nachfrage des amerikanischen Marktes und steigerte ebenso wie die Edelstahlrohrgruppe erlösbedingt den Auftragszugang. Vor dem Hintergrund insgesamt guter Ordertätigkeit der deutschen Automobilhersteller gelang es der Präzisionsrohrgruppe, das rückläufige Geschäft mit Halbzeug zu kompensieren. Zudem blieb die Nachfrage des Maschinen- und Anlagenbaus stabil. Der **Auftragsbestand** bewegte sich trotz des deutlichen Rückgangs bei der MGR dank gesteigerter Werte der übrigen Segmente auf dem 2017er-Level. Da in allen Teilbereichen niedrigere Mengen zu verzeichnen waren, blieb der **Rohrversand** insgesamt hinter dem Vergleichswert zurück. Dennoch entwickelten sich **Segment-** und **Außenumsatz** erlösbedingt stabil. Der Geschäftsbereich Mannesmann verbuchte ein **Vorsteuerergebnis** auf Vorjahresniveau (-5,4 Mio. €; 2017: -5,6 Mio. €). Dieses beinhaltet -30,0 Mio. € Impairment bei der Präzisionsrohrgruppe in Europa sowie +6 Mio. € Ertrag aus der erstmals nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung an BMB (2017: -21,0 Mio. € Aufwand für strukturverbessernde Maßnahmen). Operativ verbesserten sich alle Gesellschaften mit Ausnahme der MGR.

Außerhalb des Konsolidierungskreises sanken Orderzulauf und -bestand der at-equity-einbezogenen EP-Gruppe spürbar gegenüber dem Vorjahr, das durch das Großprojekt EUGAL geprägt war. Zwar legte der Absatz der amerikanischen Gesellschaften zu, doch führten niedrigere Mengen der EUROPIPE GmbH insgesamt zu einem merklich geringeren Versand. Dank erlösstarker Aufträge war der Umsatzrückgang weniger ausgeprägt. Die EP-Gruppe schloss das Jahr 2018 mit einer deutlichen Gewinnsteigerung ab.

Investitionen

Der Geschäftsbereich Mannesmann konzentrierte sich vornehmlich auf Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen. Im Segment der mittleren Leitungsrohre wurde die Nahtglühanlage am Standort Siegen modernisiert, um das Abmessungsprogramm mit höheren Wanddicken zu erweitern und die Qualität und Prozesse weiter zu verbessern. Im Zuge des Ausbaus der mexikanischen Präzisionsrohrgesellschaft am Standort El Salto wurden 2018 der Ofen sowie die Richtmaschine und die Ziehbank installiert. Die Investition der Edelstahlrohrgruppe in eine große Kaltpilgermaschine am Standort Remscheid dient dazu, die Kapazität und das Produktangebot im kaltgefertigten nahtlosen Edelstahlbereich auszubauen und so größere Rohrdurchmesser herzustellen.

Akquisitionen

Im Berichtsjahr wurde der Edelstahlrohrspezialist SOTEP (Société Technique d'Étirage de Précision) mit Sitz in Issoudun, Frankreich, übernommen. SOTEP ist ein Nischenanbieter von kaltgefertigten nahtlosen Edelstahlrohren im Premiumsegment für die Bereiche Luftfahrt, Kraftwerke sowie Öl und Gas. Mit dem Erwerb der SOTEP erweitert die Edelstahlrohrgruppe ihr Produkt- und Absatzmarktportfolio.

Geschäftsbereich Handel

Eckdaten		2018	2017
Versand	Tt	4.478	4.635
Segmentumsatz¹⁾	Mio. €	3.346,4	3.307,6
Umsatz mit anderen Segmenten/Konzerngesellschaften	Mio. €	-78,7	-77,7
Außenumsatz²⁾	Mio. €	3.267,7	3.229,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	50,5	70,5
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)³⁾	Mio. €	75,9	85,2
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)³⁾	Mio. €	64,6	74,9

¹⁾inklusive Umsatz mit anderen Geschäftsbereichen

²⁾Beitrag zum Außenumsatz des Konzerns

³⁾EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

Der Geschäftsbereich Handel umfasst eine gut ausgebaute europäische Organisation lagerhaltender Stahlhandelsniederlassungen mit großer Anarbeitungstiefe, diverse auf Grobblech spezialisierte Gesellschaften sowie ein weltumspannendes Trading-Netzwerk. Er vertreibt außer den Walzstahl- und Röhrenerzeugnissen des Salzgitter-Konzerns komplementär Produkte anderer in- und ausländischer Hersteller. Zusätzlich beschafft er an den internationalen Märkten Vormaterial für Konzerngesellschaften und externe Kunden.

Folgende Gesellschaft des Geschäftsbereiches ist rückwirkend zum 1. Januar 2018 neu in den Konsolidierungskreis der Salzgitter AG aufgenommen worden:

- Salzgitter Mannesmann Stahlhandel Austria GmbH, Gratkorn.

Marktentwicklung

Der weltweite Anstieg des Preisniveaus zu Beginn des Jahres 2018 hat im weiteren Verlauf an Dynamik eingebüßt. Auch auf dem europäischen Markt zeigte sich zum Ende der Berichtsperiode eine – je nach Produktgruppe unterschiedlich ausgeprägte – Abschwächung. Die Nachfrage auf den internationalen Stahlmärkten blieb hinter den Erwartungen zurück. Während das Tradinggeschäft im Berichtszeitraum mit zunehmender Verunsicherung infolge protektionistischer Handelsmaßnahmen konfrontiert war, prägte im europäischen Lagerhandel und insbesondere in Deutschland ein aggressiver Preiswettbewerb den Markt.

Geschäftsverlauf

Der **Absatz** des Geschäftsbereiches Handel fiel etwas hinter die Werte des Vorjahres zurück, da das geringere Projektgeschäft sowie das Ausbleiben großvolumiger Aufträge im internationalen Trading negativ auf den Versand wirkten. Zusätzlich erschwerten protektionistische Maßnahmen – beispielsweise in den USA – den grenzüberschreitenden Warenverkehr. Der europäische Lagerhandel zeigte indes eine stabile Mengenentwicklung. In Verbindung mit einem höheren Preisniveau steigerte er zwar den Umsatz spürbar, konnte sein außerordentlich gutes, von „Windfall-Effekten“ geprägtes Vorjahresergebnis jedoch nicht wiederholen. Absatz und Umsatz der UES-Gruppe lagen oberhalb der Vorjahreswerte. Insgesamt kompensierten gestiegene Preise in fast allen Bereichen das niedrigere Versandvolumen, sodass sich **Segment-** und **Außenumsatz** des Geschäftsbereiches auf dem Level des Vorjahres bewegten. Auch wenn das bessere Resultat der UES-Gesellschaften die Entwicklung des Lagerhandels und des internationalen Tradings nicht ausglich, erwirtschaftete der Geschäftsbereich Handel mit 50,5 Mio. € ein wiederum respektables **Ergebnis vor Steuern** (2017: 70,5 Mio.€).

Investitionen

Der Erhalt und die Modernisierung bestehender Anlagen bildeten auch 2018 einen Investitionsschwerpunkt des Geschäftsbereiches Handel. Zusätzlich wurden die im Zuge der „Strategie Salzgitter AG 2021“ angestoßenen Maßnahmen weiterverfolgt. Vor diesem Hintergrund haben wir – hauptsächlich im europäischen Lagerhandel – zahlreiche Projekte zur Digitalisierung der Vertriebsprozesse von der Lagerhaltung bis zum Warenversand initiiert; diese wurden im Berichtsjahr inhaltlich weiterentwickelt und auf zusätzliche Gesellschaften im Lagerhandel ausgedehnt. Die digitalen Vertriebskanäle wurden 2018 um die Online-Plattform „e-Auction“ ergänzt, auf der verschiedenste Stahlprodukte versteigert werden. Inzwischen macht das Geschäftsvolumen über digitale Schnittstellen 13 % des Absatzes des deutschen lagerhaltenden Handels aus.

Geschäftsbereich Technologie

Eckdaten		2018	2017
Auftragseingang	Mio. €	1.334	1.359
Auftragsbestand per 31.12.	Mio. €	697	692
Segmentumsatz¹⁾	Mio. €	1.338,7	1.285,2
Umsatz mit anderen Segmenten/Konzerngesellschaften	Mio. €	-0,5	-0,5
Außenumsatz²⁾	Mio. €	1.338,2	1.284,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	43,1	6,6
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)³⁾	Mio. €	64,9	29,3
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)³⁾	Mio. €	43,3	7,2

¹⁾ inklusive Umsatz mit anderen Geschäftsbereichen

²⁾ Beitrag zum Außenumsatz des Konzerns

³⁾ EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

Der Geschäftsbereich Technologie umfasst drei traditionsreiche Spezialmaschinenhersteller. Umsatzschwergewicht ist die KHS-Gruppe, die in der Abfüll- und Verpackungstechnik zu den weltweit führenden Anlagenproduzenten zählt. KHS ist ein Komplettanbieter; seine Leistungspalette reicht von der Intralogistik über das Processing bis zur Getränkeabfüllung und -verpackung. Weitere Gesellschaften des Segments sind im Sondermaschinenbau für die Schuhindustrie tätig oder stellen Gummi- und Silikon-Spritzgießmaschinen her.

Folgende Gesellschaften des Geschäftsbereiches sind rückwirkend zum 1. Januar 2018 neu in den Konsolidierungskreis der Salzgitter AG aufgenommen worden:

- KHS FRANCE S.A.R.L., Noisy-le-Grand,
- KHS MAKINE SANAYI VE TICARET LIMITED SIRKETI, Istanbul und
- Corpoplast Beverage Equipment (Suzhou) Co. Ltd., Suzhou.

Marktentwicklung

Laut Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) lagen die Auftragseingänge deutlich über dem Vorjahresniveau, da besonders die Nachfrage aus dem Ausland, aber auch die Inlandsnachfrage anzogen. Die Umsätze der Branche verzeichneten ebenfalls einen Anstieg. Im Markt für Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen entwickelten sich die Buchungen insgesamt erfreulich. So blieb die inländische Ordertätigkeit zwar unter dem Vorjahreswert, die ausländischen Bestellungen hingegen nahmen zu.

Geschäftsverlauf

Der **Auftragseingang** des Geschäftsbereiches Technologie bewegte sich im Geschäftsjahr 2018 geringfügig unter dem Vorjahr. Dabei rangierte der Orderzulauf der KHS-Gruppe auf dem Level des Vergleichszeitraumes, während die Klöckner DESMA Elastomer-Gruppe und die DESMA Schuhmaschinen GmbH (KDS) das überdurchschnittlich hohe Niveau des Jahres 2017 nicht einstellen konnten. Der **Auftragsbestand** der Division knüpfte dagegen an den Vergleichswert an. **Segment-** und **Außenumsatz** lagen als Folge der Zuwächse in allen Geschäftsfeldern über dem Vorjahr. Der Geschäftsbereich Technologie erwirtschaftete dank der vorzeigbaren Ergebnisentwicklung aller drei Gesellschaften erfreuliche 43,1 Mio. € **Gewinn vor Steuern** (2017: 6,6 Mio. €) und damit das beste Resultat seit seinem Bestehen 2007.

Die KHS-Gruppe verfolgt nach wie vor konsequent ihre Maßnahmen der Unternehmensweiterentwicklung. Das aktualisierte, umfassende Effizienz- und Wachstumsprogramm „KHS Future“ wird seit Anfang 2018 unter Fortführung der bisherigen Maßnahmen umgesetzt. Mit den Schwerpunkten Kostensenkungen und Ausweitung des Servicegeschäfts trug es wesentlich zur erzielten Ergebnissteigerung bei und soll auch 2019 die Entwicklung des Unternehmens im wettbewerbsintensiven Marktumfeld weiter verbessern.

Investitionen

Der Geschäftsbereich Technologie konzentrierte sich im Berichtszeitraum auf die Fortsetzung der Ersatz- und Rationalisierungsmaßnahmen. Um die organisatorischen Abläufe zu optimieren, führen wir außerdem bei der KHS-Gruppe in Deutschland und in den Auslandsgesellschaften IT-Projekte durch. Die umfassende Modernisierung des Standorts Bad Kreuznach hinsichtlich „Lean Manufacturing“ haben wir in einzelnen Teilprojekten weiter umgesetzt. Am Standort Dortmund finden umfangreiche Investitionen statt, um die Fertigung zu modernisieren und die Montage zu erweitern.

Bei der KDS steht die Investition „Fabrik der Zukunft“ im Fokus, die den Neubau von Büro- und Produktionsgebäuden auf dem Bestandsgelände in Achim vorsieht. Mit der Investition stellen wir das Wachstum und die Wirtschaftlichkeit der KDS nachhaltig sicher. Damit einhergehend soll mithilfe der Optimierung des Informations- und Materialflusses sowie der Montageprozesse eine Steigerung der Produktivität erfolgen.

Industrielle Beteiligungen/Konsolidierung

Eckdaten		2018	2017
Umsatz	Mio. €	910,5	890,6
Umsatz mit anderen Segmenten/Konzerngesellschaften	Mio. €	-724,2	-692,6
Außenumsatz¹⁾	Mio. €	186,3	198,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	28,4	42,2
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)²⁾	Mio. €	46,9	80,9
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)²⁾	Mio. €	21,0	53,8

¹⁾ Beitrag zum Außenumsatz des Konzerns

²⁾ EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

Folgende Gesellschaft ist nach der Equity-Methode bilanziert neu in den Konsolidierungskreis der Salzgitter AG (SZAG) aufgenommen worden:

- Wohnbaugesellschaft mit beschränkter Haftung Salzgitter, Salzgitter.

Im Bereich Industrielle Beteiligungen/Konsolidierung sind Aktivitäten erfasst, die nicht direkt einem Geschäftsbereich zugeordnet sind. Als Management-Holding ist die SZAG nicht selbst operativ tätig, sondern steuert die Salzgitter Mannesmann GmbH und Salzgitter Klöckner-Werke GmbH, von der die wesentlichen Gesellschaften der Salzgitter-Gruppe gehalten werden. Darüber hinaus werden hier die Resultate der überwiegend konzernintern tätigen Gesellschaften ausgewiesen sowie derjenigen Konzernunternehmen, die mit ihren Produkten und Leistungen die Kernaktivitäten der Geschäftsbereiche unterstützen.

Der **Umsatz** des Bereiches Industrielle Beteiligungen/Konsolidierung, der hauptsächlich durch das Halbzeug- und Servicegeschäft mit Tochtergesellschaften und Konzernfremden generiert wird, erhöhte sich im Geschäftsjahr 2018 geringfügig auf 910,5 Mio. € (2017: 890,6 Mio. €). Der **Außenumsatz** bewegte sich mit 186,3 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres (198,0 Mio. €).

Das **Ergebnis vor Steuern** belief sich im Geschäftsjahr 2018 auf 28,4 Mio. € (2017: 42,2 Mio. €). Darin enthalten ist der Beitrag der nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung an der Aurubis AG in Höhe von 44,0 Mio. € (2017: 91,7 Mio. € at-Equity-Beitrag der Aurubis-Beteiligung, 79,3 Mio. € inklusive der Effekte aus der Umtauschanleihe). Zum Jahresende hält die SZAG eine Beteiligung von 25,5% an der Aurubis AG (31. Dezember 2017: 16,76%). Stichtagsbezogene Bewertungseffekte von Devisen- und Derivatepositionen lieferten ebenso ein positives Ergebnis. Das Resultat beinhaltet per saldo -38,8 Mio. € Belastungen aus Sondereffekten (2017: 0,0 Mio. €), unter anderem eine als Vorsichtsmaßnahme gebildete Rückstellung im Zusammenhang mit dem bereits seit 2017 bekannten, laufenden Verfahren des Bundeskartellamtes gegen Grobblech- und Flachstahlhersteller. Der Vorsteuergewinn der nicht direkt einem Geschäftsbereich zugeordneten Konzernunternehmen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr erfreulich. Der Effekt ergab sich überwiegend aus operativ verbesserten Ergebnissen nahezu aller Gesellschaften.

4. Vergleich des tatsächlichen mit dem prognostizierten Geschäftsverlauf

Vor dem Hintergrund des guten Starts in das Jahr 2018, der in einigen Geschäftsfeldern aufgehellten, insgesamt immer noch herausfordernden Marktbedingungen sowie weiterer positiver Effekte der Maßnahmen- und Wachstumsprogramme gingen wir für den Salzgitter-Konzern für das Geschäftsjahr von

- einem geringfügig gesteigerten Umsatz oberhalb von 9 Mrd. € (2017: 9,0 Mrd. €),
- einem Vorsteuerergebnis zwischen 200 Mio. € und 250 Mio. € (2017: 238,0 Mio. €) sowie
- einer im Vergleich zum Vorjahreswert stabilen Rendite auf das eingesetzte Kapital (ROCE; 2017: 8,6%) aus.

Angesichts der überwiegend positiven Geschäftsaussichten sowie der geplanten weiteren Effekte der Maßnahmen- und Wachstumsprogramme erhöhten wir Ende April 2018 die Ergebnisprognose auf

- einen Vorsteuergewinn zwischen 250 Mio. € und 300 Mio. €.

Aufsetzend auf dem besten Halbjahresresultat seit 2008 und mit Blick auf den sich abzeichnenden Geschäftsverlauf im dritten Quartal erhöhte der Salzgitter-Konzern in Erwartung einer positiven Entwicklung der wesentlichen Absatzmärkte im September die Ergebnis- und ROCE-Prognose. Wir rechneten fortan mit

- einem Vorsteuergewinn zwischen 300 Mio. € und 350 Mio. € sowie
- einer im Vergleich zum Vorjahr (8,6%) leicht gesteigerten Rendite auf das eingesetzte Kapital (ROCE) zwischen 9% und 11%.

Der Salzgitter-Konzern stellte seine zuletzt am 14. November 2018 bestätigte Prognose für das Vorsteuerresultat (347,3 Mio. €) wie auch den Umsatz (9,3 Mrd. €) und ROCE (10,3%) ein. Dabei verzeichneten die Geschäftsbereiche Flachstahl und Grobblech/Profilstahl eine bessere Performance als zu Beginn des Jahres erwartet und leisteten, genauso wie die Divisionen Handel und Technologie, erfreuliche Beiträge zum höchsten Vorsteuergewinn seit der Finanzkrise. Der Geschäftsbereich Mannesmann realisierte den ursprünglich avisierten Turnaround wegen einer bilanziellen Anpassung des Anlagevermögens bei der Präzisionsrohrgruppe in Europa nicht.

Im Einzelnen entwickelten sich die Geschäftsbereiche im Vergleich zur Prognose wie folgt:

Der **Geschäftsbereich Flachstahl** unterstellte Rohstoffkosten für Eisenerz und Kokskohle auf dem Ende 2017 vorherrschenden Niveau, etwa konstante Erlöse im EU-Stahlmarkt sowie weiterhin signifikante Einfuhren aus anderen Ländern wie beispielsweise der Türkei oder Indien in die EU. Dank des höheren Versands erwartete die Division bei einer nach wie vor robusten Nachfrage

- einen moderaten Umsatzzuwachs (2017: 2,2 Mrd. €) und
- einen Vorsteuergewinn erneut über 100 Mio. €, der sichtbar unter Vorjahr (2017: 182,0 Mio. €) auskommen dürfte.

Der Umsatz legte insbesondere preisbedingt auf 2,3 Mrd. € zu. Mit 205,8 Mio. € Gewinn vor Steuern verzeichnete der Geschäftsbereich Flachstahl vor allem dank der gesteigerten Erlösqualität einen merklichen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr.

Der **Geschäftsbereich Grobblech/Profilstahl** ging für den Grobblechmarkt von weiterhin hohen Importvolumina aus Drittländern in die EU aus, ebenso von überdurchschnittlichen Lagerbeständen und -reichweiten sowie von einem anhaltend spekulativen Kaufverhalten der Kunden im Profilstahlbereich. Für alle drei Standorte wurde eine weitgehend solide Beschäftigung antizipiert. Dabei sollten die Grobblechgesellschaften weiterhin von den umfassenden Kostensenkungs- und Effizienzsteigerungsmaßnahmen profitieren, und im Ilsenburger Werk sollte der Ausbau des Geschäfts mit höherwertigen Gütern erste positive Effekte zeigen. Insgesamt ging der Geschäftsbereich von

- einem stabilen Umsatz (2017: 1,0 Mrd. €) sowie
- einer signifikanten Verringerung des Vorsteuerverlustes (2017: -57,7 Mio. €) aus.

Der Umsatz rangierte mit 1,0 Mrd. € auf demselben Level wie ein Jahr zuvor. Der Geschäftsbereich erwirtschaftete 24,8 Mio. € Gewinn vor Steuern und verbesserte sich dank gesteigerter Beiträge aller produzierenden Gesellschaften gegenüber den Werten des Vorjahres, das von einem Impairment geprägt war, erheblich.

Der **Geschäftsbereich Mannesmann** unterstellte für die deutsche Großrohrgesellschaft der EUROPIPE-Gruppe – im Gegensatz zu den amerikanischen Gesellschaften – mit den Projekten Nord Stream 2 und EUGAL eine sehr gute Auslastung. Im Bereich der mittleren Leitungsröhre sollte sich die außergewöhnlich hohe Nachfrage aus Nordamerika normalisieren und die Mannesmann Grossrohr GmbH (MGR) einer weiterhin verhaltenen Projektvergabe gegenüberstehen. Die Bereiche Präzis- und Edelstahlrohre antizipierten eine positive Entwicklung. Insgesamt erwarteten wir

- einen mäßigen Umsatzrückgang (2017: 1,1 Mrd. €) sowie
- ein erheblich verbessertes, wieder positives Vorsteuerergebnis des Geschäftsbereiches (2017: –5,6 Mio. €).

Der Außenumsatz (1,1 Mrd. €) und das Vorsteuerergebnis (–5,4 Mio. €) des Geschäftsbereiches Mannesmann lagen auf Vorjahresniveau. Operativ verzeichneten alle Gesellschaften mit Ausnahme der MGR eine Verbesserung. Das Resultat beinhaltet –30,0 Mio. € Impairment bei der Präzisrohrgruppe in Europa sowie +6 Mio. € Ertrag aus der erstmals nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung an der Borusan Mannesmann Boru Yatirim Holding A.S.

Der **Geschäftsbereich Handel** rechnete für 2018 mit einem deutlichen Absatzanstieg bei sortimentsbedingt geringfügig niedrigeren Preisen im internationalen Trading sowie mit stabilen Versandmengen und einer positiv wirkenden Portfolioverschiebung im lagerhaltenden Handel. Gegenüber dem außerordentlich erfolgreichen, von temporären Margengewinnen geprägten Vorjahr war eine Normalisierung des Ertragsniveaus zu erwarten. Die Division prognostizierte somit

- einen moderaten Umsatzzuwachs (2017: 3,2 Mio. €) und
- einen zwar erfreulichen, aber merklich unter dem herausragenden Vorjahr (70,5 Mio. €) auskommenden Vorsteuergewinn.

Insgesamt kompensierten gestiegene Preise in fast allen Bereichen das niedrigere Versandvolumen, sodass sich der Umsatz auf dem Vorjahresniveau bewegte. Mit 50,5 Mio. € wurde ein im Vorjahresvergleich niedrigeres, aber wiederum respektables Ergebnis vor Steuern erwirtschaftet.

Im **Geschäftsbereich Technologie** setzte die KHS-Gruppe auch 2018 angesichts des preislich stark umkämpften Projektgeschäfts auf Wachstum in profitablen Produktsegmenten sowie den weiteren Ausbau des Servicegeschäfts. Daneben sollten sich die eingeleiteten Effizienzsteigerungsmaßnahmen positiv auswirken. Basierend auf einem hohen Auftragsbestand und guten Auftragseingängen avisierte der Geschäftsbereich Technologie

- ein mäßiges Umsatzwachstum (2017: 1,3 Mrd. €) und zusammen mit den vielversprechenden Aussichten für die beiden Spezialmaschinenbauer der DESMA-Gruppe
- einen sichtbaren Anstieg des Vorsteuergewinns (2017: 6,6 Mio. €).

Der Umsatz lag dank der Zuwächse in allen Geschäftsfeldern über dem Vorjahr. Der Geschäftsbereich Technologie erwirtschaftete dank der vorzeigbaren Ergebnisentwicklung aller drei Gesellschaften erfreuliche 43,1 Mio. € Gewinn vor Steuern und damit das beste Ergebnis seit seinem Bestehen 2007.

IV. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

1. Ertragslage des Konzerns

Der **Salzgitter-Konzern** erzielte im Geschäftsjahr 2018 die fünfte Ergebnissteigerung in Folge und das beste Vorsteuerresultat der vergangenen zehn Jahre. Hierzu trugen die Resultate der Geschäftsbereiche Flachstahl, Grobblech/Profilstahl, Handel und Technologie wie auch die konzerninternen Programme maßgeblich bei.

Der **Außenumsatz** des Konzerns legte vor allem aufgrund gestiegener Durchschnittserlöse für Stahlerzeugnisse leicht auf 9.278 Mio. € (2017: 8.990 Mio. €) zu und verteilt sich wie folgt auf die Geschäftsbereiche:

Konzernumsatz nach Geschäftsbereichen

	2018		2017		Veränderung in %
	in Mio. €	%	in Mio. €	%	
Flachstahl	2.341	25	2.160	24	8
Grobblech/Profilstahl	1.026	11	1.024	11	0
Mannesmann	1.119	12	1.093	12	2
Handel	3.268	35	3.230	36	1
Technologie	1.338	14	1.285	14	4
Industrielle Beteiligungen/Konsolidierung	186	2	198	2	-6
Konzern	9.278	100	8.990	100	3

Die regionale Aufteilung der Umsatzerlöse blieb nahezu konstant: So lag der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit des Salzgitter-Konzerns unverändert in der EU (6.667 Mio. €; 72% Umsatzanteil), wobei Deutschland mit 4.450 Mio. € Erlösen und einem Anteil von 48% weiterhin der mit Abstand größte Einzelmarkt war. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass viele unserer Produkte als Zulieferungen für die exportorientierte deutsche Wirtschaft letztendlich doch den Weg in das Ausland finden.

Konzernumsatz nach Regionen

	2018		2017	
	in Mio. €	%	in Mio. €	%
Deutschland	4.450	48	4.288	48
Weitere EU-Länder	2.216	24	2.057	23
Übriges Europa	261	3	358	4
Amerika	1.153	12	1.096	12
Asien	714	8	652	7
Andere Regionen	483	5	540	6
Konzern	9.278	100	8.990	100

Der Salzgitter-Konzern erwirtschaftete einen **Gewinn vor Steuern** von 347,3 Mio. € (2017: 238,0 Mio. €). Darin sind per saldo -62,8 Mio. € Ergebnisbelastungen aus Sondereffekten (2017: -82,9 Mio. €) sowie 44,0 Mio. € Beitrag aus der nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung an der Aurubis AG (2017: 91,7 Mio. € at-Equity-Beitrag der Aurubis-Beteiligung; 79,3 Mio. € inklusive der Effekte aus der Umtauschanleihe) enthalten.

Die **Geschäftsbereiche** zeigten folgende Resultate:

Mit 205,8 Mio. € Gewinn vor Steuern verzeichnete der **Geschäftsbereich Flachstahl** vor allem dank der gesteigerten Erlösqualität einen merklichen Zuwachs (2017: 182,0 Mio. €). Zudem spiegelten sich die Effekte der eingeleiteten Maßnahmenprogramme wider, während höhere Rohstoff- und Energiekosten sowie außerplanmäßige Abschreibungen gegenläufig wirkten.

Der **Geschäftsbereich Grobblech/Profilstahl** erzielte 24,8 Mio. € Vorsteuergewinn und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr (2017: -57,7 Mio. €), das von einer bilanziellen Anpassung des Anlagevermögens (Impairment; -48,8 Mio. €) bei der Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH geprägt war, erheblich. Dies ist auf alle produzierenden Gesellschaften zurückzuführen; besonders die Peiner Träger GmbH leistete einen sehr hohen Ergebnisbeitrag.

Der **Geschäftsbereich Mannesmann** verbuchte ein Ergebnis vor Steuern auf dem Niveau des Vorjahres (-5,4 Mio. €; 2017: -5,6 Mio. €). Das Resultat beinhaltet -30,0 Mio. € Impairment bei der Präzisrohrgruppe in Europa sowie +6 Mio. € Ertrag aus der erstmals nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung am türkischen Rohrhersteller Borusan Mannesmann Boru Yatirim Holding A.S. (2017: -21,0 Mio. € Aufwand für strukturverbessernde Maßnahmen). Operativ verbesserten sich alle Gesellschaften mit Ausnahme der Mannesmann Grossrohr GmbH.

Auch wenn das bessere Resultat der UES-Gesellschaften die rückläufige Entwicklung des Lagerhandels, dessen außerordentlich gutes Vorjahresresultat von „Windfall-Effekten“ gekennzeichnet war, und des internationalen Tradings nicht kompensieren konnte, erwirtschaftete der **Geschäftsbereich Handel** mit 50,5 Mio. € ein wiederum respektables Ergebnis vor Steuern (2017: 70,5 Mio. €).

Der **Geschäftsbereich Technologie** erzielte dank der vorzeigbaren Ergebnisentwicklung aller drei Gesellschaften erfreuliche 43,1 Mio. € Gewinn vor Steuern (2017: 6,6 Mio. €) und damit das beste Resultat seit seinem Bestehen 2007.

Das Ergebnis vor Steuern des Bereiches **Industrielle Beteiligungen/Konsolidierung** sank auf 28,4 Mio. € (2017: 42,2 Mio. €). Es beinhaltet den Beitrag der nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung an der Aurubis AG in Höhe von 44,0 Mio. €, positive stichtagsbezogene Bewertungseffekte von Devisen- und Derivatepositionen sowie per saldo -38,8 Mio. € Belastungen aus Sondereffekten (2017: 0,0 Mio. €). Der Vorsteuergewinn der nicht direkt einem Geschäftsbereich zugeordneten Konzernunternehmen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr erfreulich.

Ergebnis der Geschäftsbereiche und Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag

in Mio. €	2018	2017
Flachstahl	205,8	182,0
Grobblech/Profilstahl	24,8	-57,7
Mannesmann	-5,4	-5,6
Handel	50,5	70,5
Technologie	43,1	6,6
Industrielle Beteiligungen/Konsolidierung	28,4	42,2
Konzern-EBT	347,3	238,0
Steuern	69,5	44,5
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag¹⁾	277,7	193,6

¹⁾inklusive Anteile fremder Gesellschafter

Sondereffekte/EBT Geschäftsbereiche und Konzern

in Mio. €	EBT		Restrukturierung		Impairment/ Zuschreibung ¹⁾		Sonstiges		EBT ohne Sondereffekte	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Flachstahl	205,8	182,0	-	-	-	-	-	-	205,8	182,0
Grobblech/Profilstahl	24,8	-57,7	-	-	-	-48,8	-	-	24,8	-8,9
Mannesmann	-5,4	-5,6	-	-21,0	-30,0	-	6,0	-	18,6	15,4
Handel	50,5	70,5	-	-	-	-	-	-	50,5	70,5
Technologie	43,1	6,6	-	-13,1	-	-	-	-	43,1	19,7
Industrielle Beteiligungen/Konsolidierung	28,4	42,2	-	-	12,9	-	-51,7	-	67,2	42,2
Konzern	347,3	238,0	-	-34,1	-17,1	-48,8	-45,7	-	410,1	320,9

¹⁾ Der Ausweis als Impairment/Zuschreibung in dieser Übersicht erfolgt nur, soweit die Zahlungsmittelflüsse einer Gruppe von Vermögenswerten zugeordnet werden.

Entwicklung ausgewählter GuV-Posten

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ist im Kapitel „Anhang“ ausführlich dargestellt. Nachfolgend werden ausgewählte Posten erläutert.

Dem gegenüber Vorjahr gesteigerten Umsatz stehen insbesondere wegen erhöhter Rohstoff- und Energiekosten gestiegene Materialaufwendungen entgegen. In den Abschreibungen ist im Wesentlichen ein Impairment im Geschäftsbereich Mannesmann in Höhe von -30,0 Mio. € enthalten. Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen nahm deutlich ab. Insbesondere die Beteiligung an der Aurubis AG lieferte einen niedrigeren Beitrag als ein Jahr zuvor. Dem entgegen stehen Erträge aus zwei erstmals nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen.

Nach Berücksichtigung von 69,5 Mio. € Steueraufwand beträgt der Konzernjahresüberschuss 277,7 Mio. € (2017: 193,6 Mio. €).

Mehrperiodenübersicht zur Ertragslage

in Mio. €	2018	2017	2016	2015 ¹⁾	2014	2013 ²⁾	2012	2011	2010	2009
EBT	347,3	238,0	53,2	4,1	-15,2	-482,8	-29,4	201,6	48,9	-496,5
EBIT ³⁾	390,8	295,7	96,6	69,5	63,9	-422,7	59,8	264,7	102,9	-468,1
EBIT ⁴⁾	412,6	316,8	119,2	81,9	97,9	-393,2	98,0	304,5	159,8	-411,3
EBITDA ⁵⁾	797,2	707,2	476,4	422,6	483,6	138,1	462,7	666,8	539,7	156,9
EBT-Marge	3,7	2,7	0,7	0,1	-0,2	-5,2	-0,3	2,1	0,6	-6,4
EBIT-Marge ⁴⁾	4,5	3,5	1,5	1,0	1,1	-4,2	0,9	3,1	1,9	-5,3
EBITDA-Marge ⁵⁾	8,6	7,9	6,0	4,9	5,4	1,5	4,5	6,8	6,5	2,0
ROCE %	10,3	8,6	2,7	1,9	1,8	-10,5	1,3	5,6	2,2	-10,5

Werte 2009 bis 2012 nicht restated

¹⁾ Restatement aufgrund einer Korrektur des Vorratsvermögens

²⁾ restated aufgrund Erstanwendung IFRS 11

³⁾ ohne Zinsaufwand Pensionsrückstellungen

⁴⁾ EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag

⁵⁾ EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag + Abschreibungen

Überleitung EBIT/EBITDA

in Mio. €	2018	2017
EBT	347,3	238,0
+ Zinsaufwand	79,6	99,7
- Zinsertrag	-14,2	-21,0
= EBIT	412,6	316,8
+ Abschreibungen ¹⁾	384,6	390,4
= EBITDA	797,2	707,2

¹⁾Abschreibungen auf Sachanlagen, immaterielle und langfristige finanzielle Vermögenswerte

Die Ergebniskennzahlen EBIT und EBITDA beschreiben die rein operative Ertragskraft eines Unternehmens unabhängig von dessen Kapitalstruktur. Sie ermöglichen eine zusätzliche Analyse und Bewertung des Unternehmensergebnisses sowie eine überschlägige operative Vergleichbarkeit mit dem Wettbewerb. Länderspezifische Unterschiede in der Besteuerung sowie Besonderheiten der Finanzierungs- und Sachanlagenstruktur einzelner Unternehmen können dabei ausgeblendet werden. Aufgrund der im Vorjahresvergleich deutlich verbesserten Ergebnisperformance sind auch die Kennzahlen EBIT und EBITDA signifikant gestiegen.

Wertschöpfung des Salzgitter-Konzerns

Die betriebliche Wertschöpfung des Konzerns erreichte 2018 einen Wert von 2.164 Mio. €. Damit konnten die Aufwendungen für die Mitarbeiter (1.776 Mio. €) mehr als gedeckt werden. Die öffentliche Hand erhielt in Form von Steuern und Abgaben 3,2% (2017: 2,2%). Der Darlehensgeberanteil erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreswert auf 1,7% (2017: 1,4%). Für die Aktionäre (einschließlich eigener Anteile) stehen für das abgelaufene Geschäftsjahr 1,5% der Wertschöpfung (2017: 1,3%) zur Verfügung. In den letzten 15 Jahren sind 3,3 Mrd. € aus der Wertschöpfung im Konzern verblieben, davon wurden im Berichtsjahr 249 Mio. € in den Konzern eingebracht.

Wertschöpfung

	31.12.2018		31.12.2017	
	in Mio. €	%	in Mio. €	%
Entstehung				
Konzernleistung	9.782	100,0	9.670	100,0
Vorleistungen	7.618	77,9	7.638	79,0
Wertschöpfung	2.164	22,1	2.032	21,0
Verwendung				
Mitarbeiter	1.776	82,1	1.767	87,0
Öffentliche Hand	70	3,2	45	2,2
Aktionäre	33	1,5	27	1,3
Darlehensgeber ¹⁾	37	1,7	28	1,4
Konzern verbleibend	249	11,5	166	8,2
Wertschöpfung	2.164	100,0	2.032	100,0

¹⁾Bestandteil des Postens Finanzierungsaufwendungen

Überleitung Wertschöpfung

in Mio. €	2018	2017
Umsatzerlöse	9.278,2	8.990,2
Bestandsveränderung/andere aktivierte Eigenleistung	161,6	179,1
Sonstige betriebliche Erträge	257,4	401,8
Beteiligungsergebnis	2,4	6,7
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	74,7	101,7
Finanzierungsergebnis ¹⁾	7,3	-9,6
Konzernleistung	9.781,6	9.670,0
Materialaufwand	6.131,4	6.029,8
Abschreibungen	384,0	390,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.102,4	1.218,2
Vorleistung	7.617,8	7.638,4

¹⁾ ohne Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen, Zinsaufwand Zuführung Pensionsrückstellungen sowie ohne Zinsaufwand und ähnliche Aufwendungen

2. Finanz- und Vermögenslage

Finanzmanagement

Im Salzgitter-Konzern führt die Salzgitter Klöckner-Werke GmbH (SKWG), eine 100%ige Tochtergesellschaft der Salzgitter AG (SZAG), seit dem 1. Januar 2012 das Cash- und Devisenmanagement für die Konzerngesellschaften überwiegend zentral durch. Joint-Venture-Gesellschaften sind hierin nicht einbezogen.

Die interne Finanzierung der Konzerngesellschaften erfolgt grundsätzlich über Bereitstellung von Kreditlinien im Rahmen des Konzernfinanzverkehrs und in Einzelfällen über Garantiezusagen für externe Kredite. Um den Finanzbedarf ausländischer Konzernunternehmen zu decken – insbesondere außerhalb des Euroraumes –, nutzt die Salzgitter-Gruppe lokale Kreditmärkte. Gleichzeitig zieht sie auch Liquiditätsüberschüsse der Konzerngesellschaften zur Finanzierung heran. Lieferungen und Leistungen innerhalb der Salzgitter-Gruppe werden über konzerninterne Konten gebucht. Das zentrale Finanzmanagement ermöglicht uns eine kosteneffiziente Fremdkapitalbeschaffung und hat positive Auswirkungen auf das Zinsergebnis. Über eine Finanzplanung mit mehrjährigem Planungshorizont sowie eine monatlich rollierende Liquiditätsplanung mit sechsmonatigem Prognosezeitraum ermitteln wir den Liquiditätsbedarf des Konzerns. Vorhandene Geldanlagen, mittelfristige bilaterale Kreditlinien, ein im Jahr 2017 erneuertes 560 Mio. € Konsortialkreditrahmen mit acht Banken, einer Laufzeit bis Juli 2023 und einjähriger Verlängerungsoption als nicht gezogene Backup-Linie sowie die Nutzung der Anleihemärkte stellen unseren Liquiditätsbedarf sicher. Darüber hinaus wurde 2016 erstmals ein Schuldschein-darlehen begeben.

Unsere internationalen Geschäftsaktivitäten führen zu Zahlungsströmen in unterschiedlichen Währungen. Um das dabei entstehende Wechselkursrisiko abzusichern, besteht für die Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns im Rahmen der Konzernrichtlinien die Verpflichtung, Fremdwährungspositionen zum Zeitpunkt ihrer Entstehung zu sichern. Die Revision überwacht das Einhalten dieser Vorgabe im Rahmen ihrer turnusmäßigen Aufgaben. Für Währungsgeschäfte in US-Dollar – ein maßgeblicher Anteil unserer Fremdwährungsgeschäfte – wird zunächst konzernintern die Aufrechnung von Verkaufs- und Einkaufspositionen (Netting) geprüft. Die sich darüber hinaus ergebenden Spitzenbeträge werden von uns mittels marktüblicher Sicherungsgeschäfte abgedeckt.

Die Pensionsrückstellungen sind weiterhin wesentlicher Bestandteil der Unternehmensfinanzierung. Sie betragen bei einem vom aktuellen Niveau der Kapitalmarktzinsen abgeleiteten erhöhten Rechnungszinssatz (1,75%) 2.275 Mio. € (2017: 2.440 Mio. € mit 1,5%). Nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung wurde die Auswirkung der Rechnungszinssatzanpassung erfolgsneutral im Eigenkapital bilanziert.

Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung (ausführliche Darstellung im Kapitel „Konzernabschluss“) zeigt die Herkunft und Verwendung der Geldströme. Der in der Kapitalflussrechnung betrachtete Finanzmittelbestand entspricht der Bilanzposition „Finanzmittel“.

Finanzmittel

in Mio. €	2018	2017
Zufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	527,8	273,7
Abfluss aus Investitionstätigkeit	-589,5	-340,1
Abfluss aus Finanzierungstätigkeit	-65,7	-63,6
Veränderung der Finanzmittel	-127,4	-129,9
Konsolidierungskreisänderung/Wechselkursänderungen	3,6	-8,8
Finanzmittel am Bilanzstichtag	555,6	679,4

Der Konzern erzielte 528 Mio. € Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (2017: 274 Mio. €). Bei einem verbesserten Ergebnis ist dies im Vergleich zum Vorjahr insbesondere auf die deutlich geringere Zunahme des Working Capitals zurückzuführen. Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit (590 Mio. €) zeichnete sich gegenüber der Vergleichsperiode (340 Mio. €) vor allem durch Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte sowie in sonstige langfristige Vermögenswerte, insbesondere in Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen, aus.

Im Geschäftsjahr 2018 ergab sich aufgrund der Auszahlungen für Dividenden sowie Zinsauszahlungen ein negativer Cashflow aus Finanzierungstätigkeit von 66 Mio. € (Vorjahr: –64 Mio. €).

Nettofinanzposition

Nettofinanzposition = Geldanlagen – Finanzschulden der Nettofinanzposition

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Finanzmittel gemäß Bilanz	555,6	679,4
+ zu Handelszwecken gehaltene Zertifikate	200,0	200,0
+ sonstige Geldanlagen ¹⁾	122,7	140,5
= Geldanlagen	878,3	1.019,9
Finanzschulden gemäß Bilanz	718,0	671,6
– Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen, Verbindlichkeiten aus Finanzierung und sonstige Finanzschulden	31,3	32,2
= Finanzschulden der Nettofinanzposition	686,7	639,4
Nettofinanzposition	191,6	380,5

¹⁾ Wertpapiere, Ausleihungen ohne Wertberichtigungen (2,6 Mio. €; Vorjahr: 0,3 Mio. €) und inkl. sonstige Geldanlagen, die unter den sonstigen Forderungen und Vermögenswerten ausgewiesen werden (2,5 Mio. €; Vorjahr: 2,5 Mio. €).

Die Nettofinanzposition von 192 Mio. € hat gegenüber 2017 (381 Mio. €) abgenommen. Den reduzierten Geldanlagen einschließlich der Wertpapiere (878 Mio. €) standen zum Geschäftsjahresende erkennbar gestiegene Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten von 687 Mio. € (2017: 639 Mio. €) gegenüber. Letztere enthalten 168 Mio. € Nominalverpflichtungen aus Anleihen, die in der Bilanz nur mit ihrem Barwert enthalten ist. Verpflichtungen aus Finanzierungsleasing werden nicht in der Nettofinanzposition berücksichtigt.

Investitionen

Die Zugänge zum Anlagevermögen aus Investitionen betrugen 342 Mio. € (2017: 292 Mio. €). Davon aktivierte Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (338 Mio. €) wurden von den planmäßigen Abschreibungen (340 Mio. €) gedeckt. Die Zugänge bei den finanziellen Vermögenswerten (4,1 Mio. €) betreffen überwiegend Investitionen in die aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidierten Tochtergesellschaften. Neben dem Geschäftsbereich Flachstahl (116 Mio. €) wurde 2018 ein Großteil der Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte im Geschäftsbereich Mannesmann (85 Mio. €) getätigt. Am Abschlussstichtag bestand ein Bestellobligo auf Sachanlagen im Umfang von 208 Mio. €.

In den Abschreibungen sind außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 44 Mio. € (2017: 49 Mio. €) enthalten.

in Mio. €	Investitionen ¹⁾²⁾		Abschreibungen ¹⁾²⁾	
	davon GB Flachstahl und GB		davon GB Flachstahl und GB	
	Konzern	Grobblech / Profilstahl	Konzern	Grobblech / Profilstahl
2018	338	195	384	235
2017	287	166	390	269
2016	352	213	357	224
2015	411	278	340	221
2014	270	155	382	261
Summe	1.658	1.007	1.854	1.209

¹⁾Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, ohne Finanzanlagen

²⁾planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen

in Mio. €	Investitionen ¹⁾		Abschreibungen ¹⁾²⁾	
	2018	2017	2018	2017
Flachstahl	116,3	126,4	195,5	175,0
Grobblech / Profilstahl	78,9	39,2	39,1	94,3
Mannesmann	85,0	72,8	91,3	61,6
Handel	14,8	8,7	10,7	10,3
Technologie	23,6	20,2	21,6	22,1
Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung	19,2	19,4	25,9	27,1
Konzern	337,7	286,7	384,0	390,4

¹⁾Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, ohne Finanzanlagen

²⁾planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen

Die Liquiditäts- und Verschuldungskennzahlen stellten sich im Geschäftsjahr 2018 wie folgt dar:

Mehrperiodenübersicht zur Finanzlage

	2018	2017	2016	2015 ¹⁾	2014	2013 ²⁾	2012	2011	2010	2009
Zahlungsbereitschaft I (%) ³⁾	107	131	123	132	116	130	156	169	192	211
Zahlungsbereitschaft II (%) ⁴⁾	203	234	201	214	196	227	262	287	287	302
Dynamische Verschuldung (%) ⁵⁾	22,3	11,6	11,6	19,8	26,0	6,8	22,0	-12,1	30,1	406,8
Gearing (%) ⁶⁾	162,8	178,3	196,3	190,0	195,4	158,9	145,1	120	125,9	106,2
Cashflow (Mio. €) aus laufender Geschäftstätigkeit	528	274	290	448	599	141	427	-197	209	1.190
Nettofinanzposition (Mio. €) ⁷⁾	-192	-381	-302	-415	-403	-303	-497	-508	-1.272	-1.561

Werte 2009 bis 2012 nicht restated

¹⁾ Restatement aufgrund einer Korrektur des Vorratsvermögens

²⁾ restated

³⁾ (kurzfristige Vermögenswerte - Vorräte) x 100 / (kurzfristige Schulden + Dividendenvorschlag)

⁴⁾ kurzfristige Vermögenswerte x 100 / (kurzfristige Schulden + Dividendenvorschlag)

⁵⁾ Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit x 100 / (lang- und kurzfristige Finanzschulden [inkl. Pensionen] - Geldanlagen)

⁶⁾ lang- und kurzfristige Schulden (inkl. Pensionen) x 100 / Eigenkapital

⁷⁾ - ≙ Guthaben, + ≙ Verschuldung

Vermögenslage

Das Gesamtvermögen des Konzerns nahm im Vergleich zum Stichtagswert des Geschäftsjahres 2017 (8.318 Mio. €) um 5,3% auf 8.757 Mio. € zu. Die Zunahme der langfristigen Vermögenswerte (+270 Mio. €) resultierte insbesondere aus deutlich gestiegenen Anteilen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen (+311 Mio. €), darunter die Erhöhung der Beteiligung an der Aurubis AG von 16,76% zum Jahresende 2017 auf 25,50% per 31. Dezember 2018. Das Anlagevermögen reduzierte sich, da die Abschreibungen (384 Mio. €) die Investitionen (338 Mio. €) übertrafen. Die kurzfristigen Vermögenswerte sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen (+169 Mio. €). Während die Vorräte sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen inklusive Vertragsvermögenswerte sich erhöhten (+243 Mio. € beziehungsweise +50 Mio. €), verringerten sich die Finanzmittel (-124 Mio. €).

Vermögens- und Kapitalstruktur

in Mio. €	31.12.2018	%	31.12.2017	%
Langfristige Vermögenswerte	3.836	43,8	3.566	42,9
Kurzfristige Vermögenswerte	4.921	56,2	4.752	57,1
Aktiva	8.757	100,0	8.318	100,0
Eigenkapital	3.332	38,1	2.990	35,9
Langfristige Schulden	3.036	34,7	3.322	39,9
Kurzfristige Schulden	2.389	27,3	2.007	24,1
Passiva	8.757	100,0	8.318	100,0

Das kurzfristig gebundene Nettovermögen (Working Capital) kam mit 2.515 Mio. € (+8,0%) oberhalb des Vorjahresniveaus aus.

Die Eigenkapitalquote (38,1%) ist im Vergleich zum Vorjahr (35,9%) erkennbar gestiegen. Ausschlaggebend hierfür ist das gute Jahresergebnis. Während die langfristigen Schulden insbesondere durch gesunkene Pensionsrückstellungen (-165 Mio. €) im Vergleich zum Vorjahr abnahmen (-286 Mio. €), stiegen die kurzfristigen Verbindlichkeiten (+383 Mio. €) aufgrund erhöhter Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen inklusive Vertragsverbindlichkeiten an (+211 Mio. €).

Mehrperiodenübersicht zur Vermögenslage

	2018	2017	2016	2015 ¹⁾	2014	2013 ²⁾	2012	2011	2010	2009
Anlagenintensität (%) ³⁾	43,8	42,9	43,8	44,4	42,1	43,9	42,5	41,8	39,7	39,5
Vorratsintensität (%) ⁴⁾	26,6	25,1	21,8	21,3	23,4	23,9	23,2	23,9	19,9	18,2
Abschreibungsquote (%) ⁵⁾	15,8	15,9	13,9	13,3	15,3	20,7	13,6	13,5	14,2	21,3
Debitorenlaufzeit (Tage) ⁶⁾	61,7	61,6	68,2	63,4	66,5	57,8	54,2	53,7	51,7	49,3
Capital employed (Mio. €)	3.794	3.436	3.584	3.620	3.526	4.034	4.481	4.733	4.596	4.457
Working Capital (Mio. €)	2.515	2.433	2.165	2.271	2.487	2.598	2.694	2.753	2.193	1.981

Werte 2009 bis 2012 nicht restated

¹⁾ Restatement aufgrund einer Korrektur des Vorratsvermögens

²⁾ restated

³⁾ langfristige Vermögenswerte x 100 / Gesamtvermögen

⁴⁾ Vorräte x 100 / Gesamtvermögen

⁵⁾ bis 2016: Abschreibungen auf Sachanlagevermögen und immat. Vermögenswerte x 100 / Sachanlagevermögen und immat. Vermögenswerte
ab 2017: (Abschreibungen auf Sachanlagevermögen und immat. Vermögenswerte + als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien) x 100 /
(Sachanlagevermögen und immat. Vermögenswerte + als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien)

⁶⁾ bis 2017: Forderungen aus Lieferungen und Leistungen x 365 / Umsatzerlöse

ab 2018: Forderungen aus Lieferungen und Leistungen inklusive Vertragsvermögenswerte x 365 / Umsatzerlöse

3. Jahresabschluss der Salzgitter AG

Der Jahresabschluss der Salzgitter AG (SZAG) für das Geschäftsjahr 2018 ist nach den Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs unter Beachtung der ergänzenden Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt und vom Abschlussprüfer PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Er wird vollständig im Bundesanzeiger bekannt gegeben.

Die SZAG führt die Konzerngeschäftsbereiche, bei denen das operative Geschäft liegt, unverändert als Management-Holding.

Die wesentlichen Beteiligungsgesellschaften werden über die 100%ige Tochtergesellschaft Salzgitter Mannesmann GmbH (SMG) von deren 100%iger Tochtergesellschaft Salzgitter Klöckner-Werke GmbH (SKWG) gehalten. Weder zwischen der SZAG und der SMG noch zwischen der SMG und der SKWG bestehen Ergebnisabführungsverträge. Es ist jedoch seitens der jeweiligen Obergesellschaft eine Patronatserklärung abgegeben worden. Diese Obergesellschaften verpflichten sich, die SMG beziehungsweise SKWG im nachfolgenden Geschäftsjahr so auszustatten, dass die bis zum Ende des aktuellen Geschäftsjahres eingegangenen Verpflichtungen fristgemäß erfüllt werden können.

Die SZAG ist als nicht operative Holdinggesellschaft in das Steuerungskonzept des Salzgitter-Konzerns eingebunden und unterliegt somit den gleichen Chancen und Risiken wie der Salzgitter-Konzern. Die Ertragslage der Gesellschaft ist daher von der Entwicklung der Tochtergesellschaften sowie der Werthaltigkeit der Beteiligungen abhängig. Hierbei werden die rechtlichen Anforderungen an die Steuerung der SZAG berücksichtigt.

Bilanz der Salzgitter AG (Kurzfassung)

in Mio. €	31.12.2018	%	31.12.2017	%
Anlagevermögen	68,1	7,9	59,4	6,9
Sachanlagen ¹⁾	20,8	2,4	20,9	2,4
Finanzanlagen	47,4	5,5	38,5	4,5
Umlaufvermögen	791,7	92,1	802,2	93,1
Vorräte	2,4	0,3	1,8	0,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände ²⁾	789,4	91,8	800,5	92,9
Aktiva	859,9	100,0	861,6	100,0
in Mio. €	31.12.2018	%	31.12.2017	%
Eigenkapital	403,0	46,9	397,0	46,1
Rückstellungen	260,7	30,3	263,6	30,6
Verbindlichkeiten	196,2	22,8	201,1	23,3
Passiva	859,9	100,0	861,6	100,0

¹⁾ inklusive immaterieller Vermögensgegenstände

²⁾ inklusive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Forderungen aus der im Rahmen des konzernweiten Cash-Managements der Tochtergesellschaft SKWG zur Verfügung gestellten Liquidität (712 Mio. €) bilden unverändert die wesentlichen Aktivposten. Die gehaltenen eigenen Aktien werden nach den Vorschriften des HGB offen vom Eigenkapital abgesetzt.

Auf der Passivseite sind neben dem Eigenkapital insbesondere 236 Mio. € Pensionsverpflichtungen sowie eine verbleibende Rückzahlungsverpflichtung (168 Mio. €) gegenüber der niederländischen Emittentin der Wandel-schuldverschreibung enthalten. Die Eigenkapitalquote hat sich auf 46,9% (2017: 46,1%) erhöht.

Gewinn- und Verlustrechnung der Salzgitter AG (Kurzfassung)

in Mio. €	2018	2017
Umsatzerlöse	21,9	22,4
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	0,6	1,6
Sonstige betriebliche Erträge	30,1	25,5
Materialaufwand	0,5	1,4
Personalaufwand	30,7	23,3
Abschreibungen ¹⁾	7,3	2,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	27,6	30,0
Beteiligungsergebnis	51,3	43,5
Zinsergebnis	-5,6	-15,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,9	0,8
Ergebnis nach Steuern	33,1	21,6
Sonstige Steuern	-2,7	0,6
Jahresüberschuss	30,3	22,2

¹⁾inklusive Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens

In den Umsatzerlösen sind im Wesentlichen die Erträge aus der Erhebung einer Konzernumlage enthalten. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten 2018 unter anderem Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte sowie realisierte Kursdifferenzen von Devisen- und Derivatepositionen. Das Beteiligungsergebnis betrifft nahezu ausschließlich den von der SMG vereinnahmten Ergebnisbeitrag. In der Gesellschaft waren zum 31. Dezember 2018 162 Mitarbeiter (Vorjahresstichtag: 158 Mitarbeiter) beschäftigt.

Angaben nach §§ 289a und 315a HGB

Das gezeichnete Kapital setzte sich am Bilanzstichtag aus 60.097.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien zusammen mit einem rechnerischen Anteil jeder Aktie am Grundkapital von 2,69 €. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Diese ergeben sich aus den Vorschriften des Aktiengesetzes.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, bestanden am Bilanzstichtag nach Kenntnis des Vorstandes nur insoweit, als der Gesellschaft aus den von ihr gehaltenen eigenen Aktien (6.009.700 Stück) keine Stimmrechte zustanden und als Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern aus von ihnen gehaltenen Aktien kein Stimmrecht bei der Beschlussfassung über ihre eigene Entlastung zustand.

Eine Beteiligung am Kapital von mehr als 10% der Stimmrechte bestand am Bilanzstichtag nur seitens der Hannoversche Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen mbH (HanBG), Hannover, die gemäß ihrer Mitteilung vom 2. April 2002 mit 25,5% der Stimmrechte an der Salzgitter AG (SZAG) beteiligt ist; dies entsprach infolge der seitdem gesunkenen Anzahl der insgesamt ausgegebenen Aktien am Bilanzstichtag einem Stimmrechtsanteil von 26,5%. Alleiniger Gesellschafter der HanBG ist das Land Niedersachsen.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, existieren nicht. Am Kapital beteiligte Arbeitnehmer, die ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben, sind dem Vorstand nicht bekannt.

Die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes und die Änderung der Satzung erfolgen allein nach den Vorschriften des Aktiengesetzes.

Der Vorstand hat aufgrund von Beschlüssen der Hauptversammlung folgende drei Möglichkeiten, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen:

- Er kann in der Zeit bis zum 31. Mai 2022 mit Zustimmung des Aufsichtsrates 30.048.500 neue auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen ausgeben (Genehmigtes Kapital 2017), wobei unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nur bis zu 12.019.400 Stück (20% aller am 1. Juni 2017 ausgegebenen Aktien) ausgegeben werden dürfen. Die 20%-Grenze verringert sich um den anteiligen Betrag am Grundkapital, auf den sich Options- oder Wandlungsrechte beziehungsweise Options- oder Wandlungspflichten aus Optionsschuldverschreibungen, Wandelschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen beziehungsweise Kombinationen dieser Instrumente beziehen, die seit dem 1. Juni 2017 unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben worden sind.
- Der Vorstand kann des Weiteren mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 31. Mai 2022 Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 1 Mrd. € begeben und den Inhabern der jeweiligen Teilschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf Aktien der Gesellschaft in einer Gesamtzahl von bis zu 26.000.093 Stück (Bedingtes Kapital 2017) gewähren. Dabei kann das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden bis zu einem Gesamtnennbetrag von Schuldverschreibungen, mit denen Wandlungsrechte auf Aktien verbunden sind, deren anteiliger Betrag des Grundkapitals 10% des Grundkapitals nicht überschreitet. Eine Ausgabe von Schuldverschreibungen mit Wandlungsrecht unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre darf dabei nur erfolgen, soweit seit dem 1. Juni 2017 noch nicht Aktien mit einem Anteil von 20% des Grundkapitals aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben worden sind. Aktien aus genehmigtem Kapital sind seit dem 1. Juni 2017 bis zum Bilanzstichtag nicht ausgegeben worden.
- Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum Ablauf des 27. Mai 2020 eigene Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 10% zu erwerben und zu allen gesetzlich zugelassenen Zwecken zu verwenden.

Darüber hinaus hat der Vorstand am 5. Juni 2015 von einer bis zum 1. Juni 2017 bestehenden Ermächtigung zur Ausgabe einer Schuldverschreibung Gebrauch gemacht und eine Wandelschuldverschreibung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre begeben mit Wandlungsrechten auf derzeit bis zu 3.568.665 neue Aktien aus bedingtem Kapital (Bedingtes Kapital 2013), ausübbar bis zum 26. Mai 2022. Bis zum Bilanzstichtag hat noch kein Inhaber der Teilschuldverschreibungen sein Wandlungsrecht ausgeübt.

Es bestehen folgende wesentlichen Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen, mit folgenden Wirkungen:

- Bei der 2015 begebenen Wandelschuldverschreibung über 168 Mio. € ist im Falle eines Kontrollwechsels jeder Anleihegläubiger innerhalb einer bestimmten Frist berechtigt, die Rückzahlung seiner Schuldverschreibungen zu verlangen; außerdem wird, falls Anleihegläubiger ihr Wandlungsrecht innerhalb einer bestimmten Frist ausüben, das Wandlungsverhältnis nach einer bestimmten Formel angepasst.
- Nach dem 2017 mit einem Bankenkonsortium geschlossenen Vertrag über eine Kreditlinie von 560 Mio. € hat im Falle eines Kontrollwechsels jede Konsortialbank das Recht, ihre Beteiligung an der Kreditlinie zu kündigen und gegebenenfalls Rückzahlung zu verlangen.
- Nach einer Vereinbarung der Gesellschafter der EUROPIPE GmbH (EP), Mülheim an der Ruhr, von deren Geschäftsanteilen der Konzern 50% hält, kann die Gesellschaft im Falle eines Kontrollwechsels Geschäftsanteile ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters einziehen, sofern die Geschäftstätigkeit des dann beherrschenden Dritten in Konkurrenz zu der Tätigkeit der Gesellschaft steht. Statt der Einziehung können die übrigen Gesellschafter verlangen, dass der Geschäftsanteil an einen benannten Erwerber abzutreten ist.

Für den Fall eines Übernahmeangebotes haben die Mitglieder des Vorstandes unter bestimmten Voraussetzungen ein Recht zur Kündigung ihres Anstellungsvertrages und einen Anspruch auf eine Abfindung in Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit ihres Vertrages, wobei dieser Anspruch auf einen Höchstbetrag begrenzt ist.

Die nach § 289a Abs. 1 Satz 1 beziehungsweise § 315a Abs. 1 Satz 1 HGB erforderlichen Angaben zum Bestehen einer Beteiligung/Stimmrechtsmitteilung nach § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG finden Sie unter VI. Anhang (16).

Gewinnverwendung der Salzgitter AG

Die SZAG weist für das Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss von 30,3 Mio. € aus. Unter Einbeziehung des Gewinnvortrags (2,8 Mio. €) ergibt sich ein Bilanzgewinn von 33,1 Mio. €.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn (33,1 Mio. €) für die Ausschüttung einer Dividende von insgesamt 0,55 € je Aktie (bezogen auf das in 60.097.000 Aktien eingeteilte Grundkapital von 161,6 Mio. €) zu verwenden und den verbleibenden Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Sofern die Gesellschaft am Tag der Hauptversammlung eigene Anteile hält, wird der Gewinnverwendungsvorschlag in der Versammlung dementsprechend angepasst, da eigene Anteile nicht dividendenberechtigt sind.

Die Höhe der Dividende wird sich weiterhin an der Ergebnisentwicklung der SZAG orientieren. Der Bilanzgewinn im handelsrechtlichen Jahresabschluss der SZAG ist für die Ausschüttungsfähigkeit maßgeblich und insoweit für die Steuerung relevant. Der Salzgitter-Konzern verfolgt grundsätzlich eine Politik kontinuierlicher attraktiver Dividendenzahlungen, die unter der Prämisse tatsächlicher operativer Gewinnerzielung außerhalb von volatilen Stichtageinflüssen geleistet werden sollen. Dabei muss sich die Zyklizität der Ergebnisentwicklung nicht in vollem Umfang im Dividendenvorschlag niederschlagen. Vor dem Hintergrund des gegenwärtig zu erwartenden Branchenumfelds und der Ergebnisabhängigkeit der SZAG von ihren Tochtergesellschaften wird für das Geschäftsjahr 2019 ein Bilanzgewinn leicht unter Vorjahresniveau erwartet. Die Prognose für 2018 – die sich ebenfalls am Vorjahr orientierte – wurde überschritten.

V. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

1. Chancen- und Risikomanagementsystem

Die Erwartungen für die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung und deren mögliche Auswirkung auf unser Unternehmen – unter Ausnutzung sich bietender Chancen und Risiken – kommentieren wir im Kapitel „Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns“.

Abgrenzung von Risiko- und Chancenmanagement

Wir betrachten das Risiko- und das Chancenmanagement grundsätzlich getrennt. Ein separates Reporting-System dokumentiert die Risiken und unterstützt deren Überwachung. Hingegen sind Erfassung und Kommunikation von Chancen integrale Bestandteile des etablierten Steuerungs- und Controlling-Systems zwischen den Tochter-/Beteiligungsgesellschaften und der Holding. Dem Management der Einzelgesellschaften obliegt es unmittelbar, operative Chancen zu identifizieren, zu analysieren und umzusetzen. Gemeinsam mit der Holding des Konzerns werden zielgerichtete Maßnahmen erarbeitet, um Stärken zu konturieren und strategische Wachstumspotenziale zu erschließen.

Chancen und Chancenmanagement

Damit wir Chancen erkennen, aufgreifen und realisieren können, gehört es zu den zentralen Bestandteilen unseres Chancenmanagements, die relevanten Produkt-, Technologie-, Markt- und Wettbewerbsentwicklungen im Umfeld der Konzerngesellschaften laufend zu beobachten und zu analysieren.

Unsere Konzern- und Führungsstruktur bildet eine wichtige Basis für die konsequente Nutzung von Potenzialen. Sie ist auf effiziente und effektive Strukturen und Abläufe ausgerichtet. Auf diese Weise können wir in einem herausfordernden und dynamischen Umfeld Marktchancen schnell und gezielt aufgreifen und unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Geschäftschancen sollen unter dem Aspekt nachhaltiger Profitabilität gezielt genutzt werden. Wir befassen uns nicht nur mit initiierten Maßnahmen des organischen Wachstums, sondern prüfen auch neue Geschäftsmodelle sowie externe Möglichkeiten auf ihren möglichen Beitrag zum Unternehmenserfolg des Salzgitter-Konzerns. Anlagenproduktivität und effizienter Ressourceneinsatz bilden genauso wie die klare Ausrichtung unserer Produkte und Leistungen an Kunden- und Marktanforderungen weitere wesentliche Bausteine unseres Unternehmenserfolgs.

Chancen ergeben sich vor allem aus unseren vielfältigen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Über aktuelle Projekte informieren wir im Kapitel „Forschung und Entwicklung“.

Risiken und Risikomanagement

Im vergangenen Jahr hat sich aus unserer Sicht das Risikomanagement bewährt und als wirksam erwiesen – angesichts der weltweit bestehenden Überkapazitäten, Rekordimporte von Stahl nach Europa sowie politischer Unwägbarkeiten ein bemerkenswerter Erfolg.

Innerhalb der satzungsgemäßen Geschäftstätigkeit ist es oft unumgänglich, Risiken einzugehen. Dies ist häufig eine notwendige Voraussetzung dafür, Chancen nutzen zu können. Die Unternehmensführung muss daher möglichst sämtliche bestehenden relevanten Risiken überschauen und kontrollieren können. Aus diesem Grund ist eine vorausblickende und wirkungsvolle Risikolenkung für unseren Konzern ein wichtiger und wertschaffender Beitrag des Managements zur Existenzsicherung des gesamten Unternehmens, des Kapitals unserer Aktionäre und der Arbeitsplätze.

Qualifiziertes Top-down-Regelwerk

Es ist Aufgabe der Management-Holding, die Richtlinien vorzugeben, die die Basis für eine einheitliche und angemessene Behandlung von Risiken und deren Kommunikation im Konzern bilden. Das entsprechende Konzept vermitteln wir unseren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften mithilfe eines Risikoleitfadens. Darin sind die Grundsätze zur

- Identifikation,
- Bewertung,
- Bewältigung,
- Kommunikation und
- Dokumentation

der Risiken formuliert, mit denen das konzernweite Risikoinventar harmonisiert wird, um auf diese Weise die Aussagefähigkeit für den Gesamtkonzern zu gewährleisten. Wir entwickeln unser Risikomanagementsystem entsprechend den Erfordernissen stetig weiter.

Identifikation

Im Sinne des Risikomanagements des Salzgitter-Konzerns identifizieren wir Sachverhalte in den Geschäftsbereichen, die wir bei unserer Planung oder Vorausschau noch nicht berücksichtigt haben oder berücksichtigen konnten. Der Schaden respektive die Schadenshöhe ergibt sich aus der potenziellen Abweichung von den prognostizierten beziehungsweise voraussichtlichen Ergebnissen. Die Risikokoordinatoren der Gesellschaften sorgen für einen kontinuierlichen Prozess. Wir haben eine Checkliste entwickelt, die zur Identifikation von Risiken herangezogen werden kann. Zugleich werden diese Sachverhalte Risikoarten zugeordnet. Die im Salzgitter-Konzern angewandte Einteilung der Risikoarten besteht aus den folgenden vier Hauptgruppen:

- allgemeine externe Risiken,
- leistungswirtschaftliche Risiken,
- finanzwirtschaftliche Risiken und
- allgemeine interne Risiken.

Um eine Grundsystematik zu gewährleisten, erfassen wir – unabhängig von der Schadenshöhe – für einige Risikoarten Pflichtrisiken in unserem Inventar. Dies sind beispielsweise die leistungswirtschaftlichen Risiken aus Absatz, Beschaffung, Bevorratung und Produktionsausfall. Bei externen Risiken sind neben Umweltschutzrisiken und Risiken, die den Betrieb von Anlagen betreffen, auch umweltpolitische und energiepolitische Risiken für unseren Konzern besonders bedeutsam. Eine exemplarische Maßnahme im finanzwirtschaftlichen Part ist die rollierende kurzfristige Liquiditätsplanung, für die internen Risiken sind es Einschätzungen zur Informationstechnik. Erfahrungsgemäß decken wir hiermit die wesentlichen Risiken unseres Konzernrisikoportfolios ab.

Bewertung

Damit wir die Risiken nachvollziehen können, bewerten wir generell die Bedrohungslage, wobei wir sämtliche beeinflussenden Umstände berücksichtigen. Rückstellungen und Wertberichtigungen vermindern gegebenenfalls die Schadenshöhen, worauf wir in den Risikodokumentationen hinweisen.

Risiken aus Feuerschäden, Betriebsunterbrechungen und anderen Schadens- und Haftpflichtfällen, für die wir einen Versicherungsschutz haben, erfassen wir nicht. Für gravierende Schäden hieraus sind, mit Ausnahme des Selbstbehaltes, unsere Versicherungsgeber zuständig. Um zu gewährleisten, dass unser Versicherungsschutz immer dem aktuellen Stand entspricht, prüfen wir Umfang und Inhalt kontinuierlich und passen diese bei Bedarf an.

Hinsichtlich der Höhe des Schadens unterscheiden wir zwischen Großrisiken ab einem Bruttoschaden von mindestens 25 Mio. €, die nachfolgend auch mit Eintrittswahrscheinlichkeiten belegt sind, und sonstigen Risiken mit einem Bruttoschaden unter 25 Mio. €.

Beim Überleiten von der Brutto- auf die Nettoschadenshöhe beziehen wir sämtliche Schadensbewältigungsmaßnahmen ein.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit haben wir wertmäßig in fünf Wahrscheinlichkeitsklassen eingeordnet: „sehr unwahrscheinlich“, „unwahrscheinlich“, „eher unwahrscheinlich“, „wahrscheinlich“ und „sehr wahrscheinlich“. Das Eintreten von Risiken der ersten drei Kategorien ist nach sorgfältigem kaufmännischem, technischem und juristischem Ermessen eher nicht zu erwarten. Bei den Risikoeinstufungen darüber ist ein Schaden für das Unternehmen durch ein unerwünschtes Ereignis nicht mehr auszuschließen.

Bewältigung

Zu jedem Risiko halten wir die Maßnahmen fest, die für die Bewertung und Bewältigung des Risikos getroffen wurden und noch zu treffen sind, und berichten darüber auf die nachfolgend dargelegte Weise.

Kommunikation und Dokumentation

Wir binden sämtliche konsolidierten Gesellschaften unserer Geschäftsbereiche in das Risikomanagement ein.

Risiken integrieren wir in die unterjährigen Vorschauen und die Mittelfristplanung. Mit dem Ziel, potenzielle Risiken zu vermeiden beziehungsweise entstandene Risiken zu kontrollieren, zu bewältigen und Vorsorge zu treffen, haben wir verschiedene Verfahren, Regelungen und Instrumente festgelegt. Ein bedeutsames Element zur Risikoverminderung ist unser internes Kontrollsystem, das sich an den Prinzipien des COSO-Modells orientiert. Das COSO-Modell basiert auf dem vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission herausgegebenen „Internal Control – Integrated Framework“. Die hohe Transparenz bezüglich risikobehafteter Entwicklungen ermöglicht es uns als Konzern, frühzeitig und zielgerichtet Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Bedingungen, die zu erfüllen sind, damit die Maßnahmen wirken können, dokumentieren wir, überprüfen sie periodisch und aktualisieren sie gegebenenfalls.

Durch unser konzernweites Berichtssystem stellen wir sicher, dass das Konzernmanagement die notwendigen sachgerechten Informationen erhält. Die Konzerngesellschaften übermitteln den Risikostatus gemäß den Meldegrenzen anhand monatlicher Controlling-Reports oder ad hoc, und zwar unmittelbar an den Vorstand. Die identifizierten und bewerteten Risiken analysieren wir auf Konzernebene, verfolgen sie detailliert und passen insbesondere Risiken mit akuter Handlungsnotwendigkeit in unsere wirtschaftliche Gesamtlage ein.

Für unseren Konzern erachten wir Risiken mit Schadenshöhen von mindestens 25 Mio. € und „wahrscheinlicher“ oder „sehr wahrscheinlicher“ Eintrittsmöglichkeit als bedeutsam. Aus Gründen der Vorsichtigkeit beziehen wir in diese Betrachtung auch „eher unwahrscheinliche“ Risiken mit ein.

Risiken im Rahmen von Gemeinschaftsunternehmen, die nicht in unserem mehrheitlichen Besitz sind, grenzen wir mittels geeigneter Berichts- und Konsultationsstrukturen, der Mitwirkung in Aufsichtsgremien und vertraglicher Regelungen ein. So sind Mitglieder des Vorstandes der Salzgitter AG (SZAG) im Aufsichtsrat des Joint Venture EUROPIPE GmbH und der Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH vertreten, um die Transparenz zu sichern. Zudem gehörte zum Berichtsstichtag ein Vorstandsmitglied unseres Unternehmens dem Aufsichtsrat der Beteiligung Aurubis AG an.

Der Vorstand berichtet seinerseits dem Aufsichtsrat über die Risikosituation des Konzerns sowie – wenn dies angemessen ist – über Tatbestände einzelner Risiken. Der Aufsichtsrat hat einen Prüfungsausschuss etabliert, der in seinen regelmäßigen Sitzungen auch das Risikomanagement behandelt.

2. Einzelrisiken

Wir weisen darauf hin, dass die nachstehende sehr umfassende und ausführliche Beschreibung von Risiken keinen Anspruch auf absolute Vollständigkeit erheben kann.

Geschäftsbereichszuordnungen

Im Salzgitter-Konzern wirken die wesentlichen Preis- und Beschaffungsrisiken benötigter Rohstoffe beziehungsweise Energien vor allem in den Geschäftsbereichen Flachstahl, Grobblech/Profilstahl sowie Mannesmann. Dies gilt ebenso für Produktionsausfallrisiken aufgrund der besonderen Relevanz der Kernaggregate wie zum Beispiel der Walzstraßen. Die finanzwirtschaftlichen Risiken für die Gesellschaften koordiniert und steuert die Management-Holding innerhalb des Konzernfinanz- und Organkreises geschäftsbereichsübergreifend.

Branchenspezifische Risiken

Ausgehend von den gesamtwirtschaftlichen Veränderungen auf den internationalen Märkten ist die Entwicklung

- der Preise auf den Absatz- und Beschaffungsmärkten,
- der Energiepreise und
- der Währungskurse (vor allem USD/EUR)

besonders bedeutend für den Salzgitter-Konzern.

Um die Auswirkungen der daraus resultierenden Geschäftsrisiken zu minimieren, beobachten wir die jeweiligen Trends und lassen sie in die Risikoprognosen einfließen. Dies gilt auch für eventuelle finanzielle oder politisch bedingte Restriktionen des Auslandsgeschäfts. Es besteht eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der tatsächlichen Entwicklung.

Risiken bestehen als Folge der durch die USA ausgelösten globalen Handelsstreitigkeiten sowie des Austritts des Vereinigten Königreiches aus der EU. Konkret zu nennen sind hier:

- die US-Drohung, gegebenenfalls Sondereinfuhrzölle auf Autos und Autoteile zu erheben und damit wichtige globale Wertschöpfungsketten zu stören,
- eine Eskalation des Handelsstreits zwischen den USA und China und daraus resultierende unkalkulierbare Auswirkungen auf die globale Konjunktur,
- die Unsicherheiten hinsichtlich des zukünftigen Status des Vereinigten Königreiches belasten die Konjunktur in Europa. Schwerere Auswirkungen durch den Brexit auf das Geschäft der Salzgitter AG sind aufgrund der niedrigen direkten Exporte nicht zu erwarten.

Branchenspezifische Risiken ergeben sich aus Wettbewerbsverzerrungen auf dem internationalen Stahlmarkt, massiven Überkapazitäten, den US-Sonderzöllen auf Stahlprodukte sowie dem daraus resultierenden Importdruck in der EU.

Ende März 2018 haben die USA Schutzzölle als Ergebnis ihrer Untersuchung, ob Stahlimporte die nationale Sicherheit gefährden (Section 232), verhängt. Seit dem 1. Juni 2018 sind die Einfuhrzölle von 25% ebenfalls für Stahlimporte aus der EU gültig. Der direkte Einfluss der Schutzzölle auf die US-Geschäfte des Salzgitter-Konzerns ist moderat. Neben Risiken für den Export bieten sich auch Chancen für die vor Ort produzierenden Gesellschaften.

Infolge der weltweit bestehenden Überkapazitäten haben die von US-Schutzzöllen betroffenen Staaten ihre wegbrechenden Exportmengen in den EU-Markt umgelenkt. So sind die Importe in die EU 2018 im Vergleich zum Vorjahr um rund 3 Mio. t angestiegen, während die Stahleinfuhren in die USA um rund 3 Mio. t zurückgingen. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Türkei, deren EU-Exporte im Vergleich zum Vorjahr um 66% angestiegen sind. Somit erreichten die EU-Importe im Berichtszeitraum ein neues Rekordniveau.

Aufgrund dieses Umlenkungsrisikos hat die EU-Kommission am 26. März 2018 ein Schutzklauselverfahren (Safeguard) eröffnet, um eine drohende Schädigung der heimischen Industrie durch massiv steigende Einfuhren zu prüfen. Als Ergebnis hat die EU-Generaldirektion „Handel“ im Sommer 2018 zunächst provisorische Safeguard-Maßnahmen auf ein breites Stahl- und Rohrspektrum eingeführt. Diese Maßnahmen wurden mit breiter Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten am 2. Februar 2019 mit Wirkung bis Juli 2021 final in Kraft gesetzt.

Das Schutzklauselverfahren deckt alle Stahlprodukte des Salzgitter-Portfolios ab und nimmt die Form einer „Tariff-Rate-Quota“ an. Es gelten Einfuhrkontingente auf Basis der durchschnittlichen Importe in den Jahren 2015 bis 2017. Erst wenn diese Mengenkontingente ausgeschöpft sind, wird auf weitere Einfuhren ein Zoll von 25% fällig. Aufgrund der großzügigen Quoten besteht jedoch weiterhin die Gefahr hoher Importmengen.

Darüber hinaus haben auch zahlreiche Drittstaaten mit eigenen Schutzmaßnahmen auf die US-Einfuhrzölle für Stahlprodukte (Section 232) reagiert. So haben die Eurasische Wirtschaftsunion (Russland, Kasachstan, Armenien, Kirgistan und Weißrussland), die Türkei und Kanada Safeguardmaßnahmen eingeführt. Dadurch dürften Exporte weiter erschwert werden und zusätzliche Umlenkungen in den EU-Markt drohen. Von den Maßnahmen sind einige Konzernunternehmen auch direkt, jedoch in geringem Umfang betroffen.

Weitere Risiken ergeben sich durch Versuche von Importeuren, bestehende Handelsschutzmaßnahmen zu umgehen. Um derartigen Praktiken entgegenzuwirken, werden die Warenströme kontinuierlich überwacht und potenzielle Verstöße über den Europäischen Stahlverband Eurofer an die EU-Korruptionsbekämpfungsbehörde OLAF weitergeleitet.

Zudem besteht nach wie vor Ungewissheit bezüglich direkter und indirekter Geschäftsbeziehungen zu Russland, unter anderem wegen des im August 2017 in Kraft getretenen US-Sanktionsgesetzes („Countering America's Adversaries Through Sanctions Act“). Es sieht vor, dass Firmen, die von der US-Administration mit russischen Energie-Export-Pipelines geschäftlich in Verbindung gebracht werden, vom US-Präsidenten mit Strafmaßnahmen in den USA belegt werden können. Im US-Senat konkurrieren aktuell mehrere Gesetzgebungsvorschläge zur Ausweitung der Sanktionen.

Ähnliche Ungewissheit, wenn auch mit geringer Betroffenheit der SZAG, ergibt sich aus dem am 8. Mai 2018 verkündeten Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Atomabkommen mit dem Iran („Joint Comprehensive Plan of Action“, JCPOA). Die USA haben mit Aufkündigung des JCPOA auch die Sanktionen reaktiviert. Die EU-Kommission will jedoch an dem Abkommen festhalten und arbeitet an Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Handels mit dem Iran.

Die SZAG erzeugt nicht nur Walzstahl und Stahlrohre, sondern ist zusätzlich im Handel sowie Maschinen- und Anlagenbau tätig. Mithilfe dieses breit gefächerten Geschäftsportfolios wird die Abhängigkeit von der stark zyklischen Stahlkonjunktur etwas verringert. Risiken aus Veränderungen an den Stahl- und Röhrenmärkten begrenzen wir, indem wir schnelle Entscheidungsprozesse sicherstellen, um zeitnah auf neue Gegebenheiten reagieren zu können.

Aus verschiedenen Bestrebungen zur Energie- und Klimapolitik drohen auch weiterhin signifikante Belastungen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlproduktion der SZAG im europäischen und internationalen Umfeld erheblich beeinträchtigen.

Im Zuge der ausstehenden Reform des EU-Emissionshandels ab 2021 sind für die SZAG nach wie vor erhebliche, langfristig wirkende CO₂-Zertifikateunterdeckungen aus der Zuteilung absehbar. Aus der inzwischen verabschiedeten Emissionshandelsrichtlinie deutet sich eine Verbesserung der zu erwartenden Situation für den Zeitraum 2021/30 im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag der Europäischen Kommission aus Juli 2015 an. Eine genauere Präzisierung kann erst vorgenommen werden, wenn alle notwendigen Regelungen vorliegen. Ein weiteres, indirektes Zusatzkostenrisiko aus dem Emissionshandel ergibt sich für den Fremdstrombezug. Aus diesen beiden Aspekten zusammen schätzen wir nach wie vor ein Risiko in der Größenordnung von maximal 155 Mio. € pro Jahr. Die Eintrittswahrscheinlichkeit sehen wir für das Thema „CO₂-Emissionshandel“ dem Grunde nach als wahrscheinlich an. Die Schadenshöhe hängt entscheidend von der weiteren Entwicklung der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen ab. Bei dem Erwerb von CO₂-Zertifikaten haben wir die drohende Verschärfung der gesetzlichen Lage und Preise im Blick. Der ressourcenschonende Einsatz aller Energieträger ist für uns schon aus Kostengründen ein wichtiges Anliegen.

Preisrisiken wesentlicher benötigter Rohstoffe

Auch 2018 war die Rohstoffpreisentwicklung an den internationalen Beschaffungsmärkten für die bestimmten Rohstoffe wie Eisenerz, Kokskohle und Schrott volatil. Wir gehen davon aus, dass Belastungen so weit an die Kunden weitergegeben werden können, dass wir hieraus keine bestandsgefährdenden Risiken erwarten. Mittelfristige Belastungen könnten aus der als Folge des Minendammbruchs in Brasilien im Januar 2019 angekündigten Produktionsdrosselung des weltweit größten Eisenerzförderers Vale entstehen. Da eine Kompensation der Mengen über die Wettbewerber wahrscheinlich nicht möglich sein wird, kam es zu einem sprunghaften Anstieg des Eisenerzpreises. Wir streben grundsätzlich danach, Preisschwankungen der Rohstoffe auszugleichen. Hierzu setzen wir in begrenztem Maße Hedging vor allem für Erz ein, in geringerem Umfang auch für Kokskohle. Mithilfe eines permanenten Absatz- und Beschaffungs-Monitorings überwacht der Konzern das Gleichgewicht zwischen preislich fixierten Rohstoffeinkäufen und preislich fixierten Verkäufen unserer Produkte. So ist es möglich, Veränderungen frühzeitig zu erfassen, um eventuell entstehenden Risiken rechtzeitig zu begegnen.

Beschaffungsrisiken

Dem generellen Risikoaspekt der nicht bedarfsgerechten Versorgung mit wichtigen Rohstoffen (Erz, Kohle) und Energien (Strom, Gas) wirken wir durch einen abgesicherten Bezug entgegen: zum einen über längerfristige Rahmenverträge und zum anderen über den Einkauf in verschiedenen Regionen und/oder bei mehreren Lieferanten. Außerdem betreiben wir eine entsprechende Lagerpolitik. Nach unserer Einschätzung der Beschaffungsquellen ist die mittelfristige Verfügbarkeit dieser Rohstoffe in den benötigten Mengen und Qualitäten gewährleistet. Strom beziehen wir zu einem erheblichen Teil auf vertraglich abgesicherter Basis, soweit der Bedarf unsere eigene Stromerzeugung übersteigt. Außerdem haben wir ein konzernweites Projekt zur nachhaltigen Steigerung der Energieeffizienz etabliert. Um auch für seltene Netzausfälle gerüstet zu sein, gibt es in besonders sensiblen Bereichen, wie beispielsweise dem Rechenzentrum, Notstromaggregate. Aus diesen Gründen halten wir Versorgungsengpässe für unwahrscheinlich und erwarten insofern keine belastenden Auswirkungen. Die weitere Zunahme an regenerativen Energieträgern verfolgen wir, um mögliche mittelfristige Risiken für unsere Versorgungsstabilität rechtzeitig erkennen zu können.

Der termingetreue Bahntransport der Erz- und Kohlemengen vom Überseehafen in Hamburg bis zum Standort Salzgitter ist für uns besonders wichtig. Für etwaige Beeinträchtigungen, zum Beispiel wegen Streiks, haben wir einen detaillierten Notfallplan erarbeitet. Dieser enthält eine vorausschauende Lagerhaltung und intensive Abstimmungen zwischen DB Cargo und uns, um den regulären Zugverkehr aufrechtzuerhalten. Optional sind der intensivere Einsatz der konzerneigenen Eisenbahn sowie vermehrte Binnenschifftransporte für Teilmengen denkbar. Darüber hinaus begegnen wir möglichen Einschränkungen an Wochenenden und Feiertagen im Vormaterialzulauf über die Schiene durch eine engere Abstimmung mit der Bahn beziehungsweise die Option vermehrter Eigentransporte.

Absatzrisiken

Ein für uns typisches Geschäftsrisiko kann sich aus stärkeren Preis- und Mengenschwankungen auf den Absatzmärkten ergeben. Zur Beurteilung der ökonomischen Situation mit Blick auf das Geschäftsjahr 2019 verweisen wir auf das Kapitel „Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns“.

Dem generellen Risiko, deshalb in eine existenzbedrohende Lage zu geraten, begegnen wir mit einem diversifizierten Portfolio von Produkten, Abnehmerbranchen und regionalen Absatzmärkten. Da sich konjunkturelle Effekte in den einzelnen Geschäftsbereichen unterschiedlich auswirken, erzielen wir eine gewisse Balance unseres Risikoportfolios.

Die verlässliche Belieferung unserer Kunden hat für uns hohe Priorität. Deshalb setzen wir vom Standort Salzgitter aus seit Jahresanfang 2018 mehr Logistikzüge mit unserer konzerneigenen Bahngesellschaft Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter GmbH zu wichtigen Kunden ein. Damit stellen wir sicher, für einen größeren Teil unserer Flacherzeugnisse den Logistikprozess von der Produktion bis hin zur Übergabe an die Kunden in eigener Hand zu haben. Dies erlaubt uns zudem eine optimierte Lagerhaltung und erleichtert auch die Berücksichtigung kurzfristiger kundenseitiger Anforderungen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Die Finanzstruktur legt unsere Management-Holding fest. Sie koordiniert die Finanzmittelströme und steuert die Zins- und Währungsrisiken im Konzernfinanzkreis. Als Risikohorizont hat sich ein rollierender Betrachtungszeitraum von bis zu drei Jahren bewährt, der sich am Planungsrahmen orientiert. Die erlassenen Richtlinien verpflichten sämtliche Gesellschaften des Konzernkonsolidierungskreises, Finanzrisiken zum Entstehungszeitpunkt abzufedern. So sind beispielsweise risikobehaftete offene Positionen oder Finanzierungen des internationalen Tradinggeschäfts seitens der betreffenden Tochtergesellschaften der Salzgitter Klöckner-Werke GmbH mitzuteilen. Diese entscheidet dann über Hedging-Maßnahmen, wobei sie das jeweilige Konzern-Exposure beachtet. Grundsätzlich lassen wir Finanz- und Währungsrisiken nur in Verbindung mit unseren produktions- und handelstypischen Prozessen zu. Siehe auch die Ausführungen zu „Währungsrisiken“ und „Zinsrisiken“. Im Verhältnis zu den operativen Risiken relativieren sich die finanzwirtschaftlichen Risiken deutlich.

Währungsrisiken

Zu unseren Beschaffungs- oder Absatzgeschäften in ausländischen Währungen gehören naturgemäß Wechselkursänderungsrisiken. So hat die Dollarkursentwicklung einen erheblichen Einfluss auf die Rohstoff- und Energiebeschaffungskosten sowie die Exporterlöse, zum Beispiel im Röhrengeschäft oder Maschinenbau. Die Effekte sind zwar gegenläufig, aber aufgrund der sehr unterschiedlichen Geschäftsvolumina überwiegt der Dollarbedarf für die Beschaffungsseite. Grundsätzlich saldieren wir derartige Fremdwährungszahlungsströme EUR/USD im Konzernfinanzkreis (Netting) und minimieren so das Fremdwährungs-Exposure.

Die Volatilität der Finanzrisiken verringern wir, indem wir derivative Finanzinstrumente abschließen, deren Wertentwicklung entgegengesetzt zu den operativen Geschäften verläuft. Die Marktwerte aller derivativen Finanzinstrumente werden regelmäßig festgestellt. Zum Geschäftsjahresabschluss simulieren wir zudem die Sensitivität dieser Instrumente nach den Vorgaben des IFRS 7 (siehe Kapitel „Anhang“). Die Sicherungsbeziehungen werden bilanziell im Wesentlichen nicht als Hedge Accounting abgebildet; diese Methode findet allerdings bei der Absicherung von Preisänderungsrisiken für Rohstoffe Anwendung.

Translationsrisiken durch die Überführung von Fremdwährungspositionen in die Berichtswährung sichern wir nicht ab, da sie im Verhältnis zur Konzernbilanz von untergeordneter Bedeutung sind. Nähere Informationen hierzu bietet der „Anhang“. Infolge der vorbeugenden Maßnahmen halten wir bestandsgefährdende Risiken aus diesem Bereich für unwahrscheinlich.

Forderungsausfallrisiken

Wir begegnen unseren Forderungsrisiken mit einem straffen internen Obligomanagement. Zu etwa zwei Dritteln begrenzen wir diese mithilfe der Warenkreditversicherungen und anderer Sicherheiten. Die ungesicherten Positionen beobachten wir sehr sorgfältig, bewerten diese und berücksichtigen sie bei unseren Geschäften.

Liquiditätsrisiken

Die Management-Holding beobachtet die Liquiditätslage des Konzerns bei allen im Konzernfinanzkreis eingebundenen Gesellschaften im Rahmen eines zentralen Cash- und Zinsmanagements. Dabei gelten für die Tochtergesellschaften interne Kreditlinien. Sofern ihnen eigene Kreditlinien zur Verfügung stehen, sind sie für die entsprechende Risikominimierung selbst verantwortlich und berichten über eventuelle Risiken innerhalb der Konzernführungs- und -controllingstrukturen. Darüber hinaus könnten Risiken aus notwendigen Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften entstehen, wenn deren Geschäftsentwicklung nachhaltig unbefriedigend verlief. Aus diesem Risikofeld sind jedoch keine bestandsgefährdenden Belastungen zu erwarten. Wir monitoren dieses Risiko mit einer rollierenden Liquiditätsplanung. Aufgrund der verfügbaren Barmittel und Kreditlinien sehen wir derzeit keine Gefährdung für unseren Konzern.

Zinsrisiken

Die für uns bedeutsame Position der liquiden Mittel ist einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt. Unsere Geldanlagepolitik orientiert sich grundsätzlich an Anlageklassen angemessener Bonität bei gleichzeitig hoher Verfügbarkeit der Positionen. Um das Zinsänderungsrisiko zu beobachten, erstellen wir regelmäßige Zinsanalysen, deren Ergebnisse direkt in die Anlageentscheidung einfließen. Auf der Verpflichtungsseite der Bilanz kann ein weiterer Rückgang der Renditen auf hochwertige Unternehmensanleihen insbesondere zu einer Erhöhung der zu bildenden Pensionsrückstellungen führen. Sollte dieses Risiko eintreten, wovon in Anbetracht des bereits historisch niedrigen Zinsniveaus nur noch in begrenztem Maße auszugehen ist, bietet die robuste Bilanz des Konzerns eine gute Basis für kompensierende Maßnahmen.

Steuerrisiken

Die in die Organschaft einbezogenen Gesellschaften erfassen und dokumentieren ihre Steuerrisiken eng abgestimmt mit der Steuerabteilung der Holdinggesellschaft. Die SZAG, die Salzgitter Mannesmann GmbH (SMG) und die SKWG tragen grundsätzlich die bilanzielle Vorsorge, zum Beispiel für die Risiken der Betriebsprüfungen ihrer steuerlichen Organkreise. Selbstständig steuerpflichtige Tochterunternehmen, vor allem Auslandsgesellschaften der Geschäftsbereiche Handel, Mannesmann und Technologie, müssen eigene bilanzielle Vorkehrungen treffen. Sofern steuerliche Risiken erkennbar gewesen sind, ist für diese vorgesorgt worden.

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt seit Frühjahr 2014 gegen Verantwortliche des Konzerns wegen des Verdachts steuerlich nicht anzuerkennender Provisionszahlungen und Gutschriften sowie steuerlich unzulässig gebildeter Rückstellungen. Die Ermittlungsverfahren dauern teilweise an. Die SZAG und deren Tochterunternehmen kooperieren uneingeschränkt mit den Ermittlungsbehörden und haben externe Rechtsanwälte mit der Durchführung einer umfassenden Untersuchung der Angelegenheit beauftragt. Wir sind der Auffassung, mit den betreffenden Steuererklärungen der Konzernunternehmen den gesetzlichen Vorschriften gefolgt zu sein. Aufgrund der derzeitigen Erkenntnislage und unter Würdigung der Gesamtumstände ist nicht ernsthaft oder mit überwiegender Wahrscheinlichkeit mit einer Inanspruchnahme der Konzernunternehmen aus den Ermittlungsverfahren zu rechnen.

Im Jahr 2016 ist durch den Bundesfinanzhof ein Urteil zur Wertpapier-Leihe ergangen, für das der Salzgitter-Konzern bereits in Vorjahren ausreichende bilanzielle Vorsorge hinsichtlich der Rückzahlung von Körperschaftsteuervorteilen (einschließlich Zinsen) getroffen hat. In diesem Zusammenhang ergeben sich noch Rechtsunsicherheiten bezüglich der möglichen Rückzahlung von angerechneten Kapitalertragsteuerbeträgen. Der Eintritt des Risikos wird als unwahrscheinlich angesehen.

Produktionsausfallrisiken

Dem Risiko eines ungeplanten längerfristigen Stillstandes unserer Schlüsselaggregate setzen wir laufende Anlagenkontrollen, eine vorbeugende Instandhaltung, ständige Modernisierungen und Investitionen entgegen. Potenziellen Schäden und dem damit verbundenen Produktionsausfall sowie anderen etwaigen Schadens- und Haftpflichtfällen beugt der Konzern durch Versicherungsverträge vor, die sicherstellen, dass sich die finanziellen Folgen in Grenzen halten. Umfang und Inhalt dieser Versicherungen überprüfen wir laufend und passen sie bei Bedarf an. Das nicht über Versicherungen abgedeckte Schadenspotenzial halten wir für beherrschbar und betrachten es als unwahrscheinlich.

Rechtliche Risiken

Um mögliche Risiken etwaiger Verstöße gegen die vielfältigen umwelt-, wettbewerbs- und korruptionsstrafrechtlichen sowie sonstigen Regelungen und Gesetze auszuschließen, verpflichten wir unsere Mitarbeiter zu ihrer strikten Einhaltung. Der Vorstand hat seine grundlegende Wertvorstellung in einem an alle Mitarbeiter des Konzerns verteilten Verhaltenskodex (Code of Conduct) kundgegeben. Wir lassen uns umfassend rechtlich beraten, sowohl von unseren eigenen Fachleuten als auch fallbezogen von ausgewiesenen externen Spezialisten. Umfangreiche Schulungen unterstützen die diesbezügliche Sensibilisierung der Mitarbeiter. Zur präventiven Behandlung von Risiken aus Rechtsverstößen haben wir ein Compliance-Managementsystem eingerichtet. Den Eintritt rechtlicher Risiken klassifizieren wir als unwahrscheinlich. Für weitere Informationen zum Compliance-Managementsystem verweisen wir auf unseren Corporate-Governance-Bericht.

Das Bundeskartellamt führt gegenwärtig Ermittlungen gegen Hersteller von Flachstahlprodukten und von Grobblechen durch, insbesondere wegen des Verdachts der Absprache von Güteaufpreisen vor mehr als zehn Jahren und des Austauschs von wettbewerblich sensiblen Informationen im Rahmen von Verbandsaktivitäten. Davon sind auch Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns betroffen. Wir haben unverzüglich eine interne Untersuchung durch externe Experten eingeleitet und die Teilnahme an Verbandsaktivitäten vorsorglich ausgesetzt. Rechtsverstöße können nach wie vor nicht ausgeschlossen werden, der wahrscheinliche Teil dieses Risiko wurde im Konzernabschluss berücksichtigt. Die Teilnahme an Verbandsaktivitäten ist inzwischen – soweit ihre kartellrechtliche Unbedenklichkeit festgestellt wurde – wieder aufgenommen worden. Auf weitere Erläuterungen wird zulässigerweise verzichtet, da diese gegebenenfalls ernsthafte Nachteile für den Konzern im laufenden Ermittlungsverfahren haben könnten.

Personalrisiken

Am Wettbewerb um qualifizierte Fach- und Führungskräfte nimmt die SZAG aktiv teil. Dem – bis heute weder eingetretenen noch absehbaren – Risiko erhöhter Fluktuation und dem damit verbundenen Wissensverlust beugen wir mit breit angelegten Personalentwicklungsmaßnahmen vor. Neben den bereits etablierten Spezialistenlaufbahnen wurde 2017 das Nachfolge- und Talentmanagement eingeführt, das die Identifikation und Vorbereitung von Talenten und Nachfolgern für weiterführende Aufgaben zum Ziel hat. Strukturierte Methoden des Wissenstransfers finden Verwendung, um im Falle der Nachfolge die Übertragung aller wissensrelevanten Informationen, Kontakte und Verknüpfungen der beruflichen Tätigkeit zu gewährleisten.

Außerdem bieten wir attraktive Modelle zur betrieblichen Altersversorgung an, die angesichts sinkender Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung immer wichtiger werden. Bereits im Jahr 2005 haben wir vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung das Projekt „GO – Die Generationen-Offensive 2025 der Salzgitter AG“ gestartet, um rechtzeitig auf die betrieblichen Konsequenzen zu reagieren und langfristig unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Im Fokus steht die systematische Vorbereitung sämtlicher Belegschaftsmitglieder auf ein längeres Erwerbsleben. Durch die vielfältigen Maßnahmen sind wir in diesem Risikobereich gut vorbereitet.

Die SZAG sowie ihre inländischen Konzerngesellschaften haben zum 1. Januar 2014 die nach § 16 BetrAVG vorgeschriebene Prüfung auf Anpassung der Betriebsrentenzahlungen durchgeführt. Vor dem Hintergrund der unzureichenden wirtschaftlichen Lage wurden die Betriebsrenten bei mehreren Konzerngesellschaften zum 1. Januar 2014 nicht angepasst. Die gegen diese Entscheidung seitens der IG Metall angestrebten Musterverfahren sind mittlerweile rechtskräftig entschieden, sodass zum Berichtstag kein Schadensrisiko mehr besteht.

Produkt- und Umweltrisiken

Zum Schutz vor Produkt- und Umweltrisiken haben wir unter anderem folgende Maßnahmen etabliert:

- das Zertifizieren nach internationalen Normen,
- das ständige Modernisieren von Anlagen,
- die Weiterentwicklung unserer Produkte,
- die prozessintegrierte Qualitätssicherung und
- ein umfassendes Umweltmanagement.

Der Leiter Umweltschutz- und Energiepolitik der SZAG bündelt und koordiniert gesellschaftsübergreifende Umwelt- und Energiepolitikthemen, vertritt den Konzern bei diesbezüglichen Fragen nach außen und steuert konzernweite Einzelprojekte.

Risiken infolge Grundstücksbesitzes könnten sich insbesondere aufgrund der Altlasten früherer Nutzungen ergeben. Dem begegnen wir, indem wir Sanierungspflichten erfüllen. Zur bilanziellen Vorsorge bilden wir angemessene Rückstellungen. Auch aus diesem Risikoaspekt ergeben sich unseres Wissens keine unbeherrschbaren Sachverhalte.

Informationstechnische Risiken

Im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung der Wertschöpfungsprozesse und der konsequenten Durchdringung der Produktionstechnik mit Informationstechnologie wachsen die Ansprüche an die eingesetzten Informationssysteme. Mit dem Einsatz moderner Hard- und Software sowie der stetigen technologischen

Erneuerung unserer IT-Infrastruktur begegnen wir möglichen Risiken und gewährleisten die Verfügbarkeit und Sicherheit unserer Informationssysteme.

Dazu verfolgt der Konzern neben Harmonisierungsprojekten zu historisch heterogen gewachsenen IT-Strukturen auch die Einführung neuer Technologien, um die sich stetig ändernden Anforderungen zu erfüllen. Neben der erforderlichen Wirtschaftlichkeit sind Kompatibilität und Sicherheit der IT-Systeme und des Datenbestandes hierbei gewährleistet. Die Risiken aus diesem Bereich sind beherrschbar, ihre Eintrittswahrscheinlichkeit schätzen wir als gering beziehungsweise unwahrscheinlich ein.

Unternehmensstrategische Risiken

Zur Sicherung der zukünftigen Ertragskraft investieren wir regelmäßig. Vertiefende Informationen hierzu liefert das Kapitel „Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Geschäftsbereiche“. Gleichwohl sehen wir markt- und wettbewerbsbedingte Restrukturierungsbedarfe, die wir gezielt angehen (Reorganisation Produktbereich Grobblech [Ilseburger Grobblech GmbH und Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH], Geschäftsbereich Mannesmann [EUROPIPE-Gruppe, Mannesmann Line Pipe GmbH, Mannesmann Precision Tubes-Gruppe und Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH] sowie Geschäftsbereich Technologie [KHS GmbH]). Risiken hieraus sind aus unserer Sicht beherrschbar.

3. Gesamtaussage zur Risikosituation des Konzerns

Beurteilung der Risikosituation durch die Unternehmensleitung

Nachdem wir die Gesamtrisikolage des Salzgitter-Konzerns überprüft haben, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses 2018 keine den Fortbestand gefährdenden Risiken bestanden. Dies gilt sowohl für die Einzelgesellschaften als auch für den Gesamtkonzern.

Gleichwohl belasten uns die weiter anhaltende Strukturkrise des globalen Stahlmarktes, massive Wettbewerbsverzerrungen in Drittstaaten und außenpolitische Entwicklungen. Zu erwähnen sind hier insbesondere die US-Drohung, gegebenenfalls Sondereinfuhrzölle auf Autos und Autoteile zu erheben, eine Eskalation des Handelsstreits zwischen den USA und China sowie die Unsicherheiten hinsichtlich des Brexits. Als gravierend für die weitere Entwicklung stufen wir die deutsche respektive europäische Energie- und Umweltpolitik ein wie auch den trotz der von der EU-Kommission erlassenen Handelsschutzmaßnahmen unverändert hohen Importdruck. Unter Umständen können sich hieraus existenzielle Risiken ergeben.

Trotz der eingeschränkten Planungssicherheit sehen wir uns in der aktuellen Situation gut gerüstet, diese Phase deutlich erhöhter Anforderungen an das Chancen- und Risikomanagement zu meistern. Unsere risikobewusste und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Geschäftspolitik sowie die solide Aufstellung des Salzgitter-Konzerns sind Basis für diese Einschätzung.

Der Abschlussprüfer hat das bei der SZAG gemäß Aktiengesetz konzernumfassend installierte Risikofrüherkennungssystem geprüft. Die Prüfung ergab, dass es seine Aufgaben erfüllt und in vollem Umfang den aktienrechtlichen Anforderungen genügt.

Die Revision der SZAG kontrolliert die verwendeten Systeme als unabhängige Instanz konzernweit auf Ordnungsmäßigkeit, Sicherheit und Effizienz und gibt gegebenenfalls Anstöße zu ihrer Weiterentwicklung.

Rating des Unternehmens

Für die SZAG existiert kein externes Rating von im Kapitalmarkt akzeptierten internationalen Ratingagenturen. Wir sehen dazu nach wie vor keinen Anlass, da auch Unternehmen ohne externes Rating mittlerweile grundsätzlich alle Instrumente der Kapitalmarktfinanzierung zur Verfügung stehen.

Beschreibung der wesentlichen Merkmale des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und Risikomanagementsystems in Hinsicht auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess (§ 289 Abs. 4 und § 315 Abs. 4 HGB)

In Ergänzung zu den im Risikobericht bereits getroffenen Ausführungen werden die wesentlichen Merkmale des im Salzgitter-Konzern bestehenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess wie folgt beschrieben:

Ziel ist es, mittels automatischer oder manueller Prozesskontrollen hinreichend sicherzustellen, dass trotz möglicher Risiken ein regelungskonformer Konzernabschluss erstellt wird.

Um die Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie die Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften zu sichern, umfasst es insoweit die erforderlichen Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen.

Der Vorstand ist für die Umsetzung und Einhaltung der gesetzlichen Regelungen verantwortlich. Er berichtet dem Prüfungsausschuss (Aufsichtsrat) regelmäßig über die finanzielle Gesamtlage des Salzgitter-Konzerns. Der Prüfungsausschuss befasst sich auch mit der Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems. Mit dem Abschlussprüfer ist vereinbart, dass dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet wird, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben.

Der Salzgitter-Konzern ist dezentral organisiert. Die Verantwortung für die Einhaltung der gesetzlichen Normen durch die Gesellschaften liegt bei deren Organen. Der Vorstand wirkt unter anderem mithilfe der Stabsabteilungen der SZAG auf die Einhaltung hin.

Die Revision der SZAG berücksichtigt bei internen Prüfungen unabhängig und im Auftrag des Vorstandes der SZAG risikoorientiert auch die rechnungslegungsbezogenen Betriebs- und Geschäftsabläufe der SZAG und deren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Bei der Prüfungsplanung und -durchführung seitens der internen Revision werden Risiken im (Konzern-)Rechnungslegungsprozess berücksichtigt. Hierfür werden speziell im Rechnungswesen qualifizierte Mitarbeiter eingesetzt. Grundlage der Tätigkeit ist ein jährlicher Prüfungsplan, der auf Basis der gesetzlichen Vorschriften festgelegt wird. Über das Ergebnis der Prüfungen unterrichtet die Revision den Vorstand der SZAG sowie den Konzernabschlussprüfer in Form von schriftlichen Prüfungsberichten. Die Umsetzung der in diesen Prüfungsberichten vereinbarten Maßnahmen und Empfehlungen wird durch die Revision nachgehalten.

Das Konzern-Rechnungswesen der SZAG erstellt die Konzernabschlüsse und den Jahresabschluss der Muttergesellschaft. Unabhängige Wirtschaftsprüfer prüfen und testieren die wesentlichen Berichtspakete der einbezogenen Gesellschaften sowie den Konzernabschluss. Zur Sicherstellung der gesetzlichen Anforderungen in Bezug auf die Rechnungslegung werden jährlich Konzernrichtlinien aktualisiert und den Gesellschaften zur Verfügung gestellt. Sie bilden die Grundlage für einen einheitlichen, ordnungsgemäßen und kontinuierlichen Rechnungslegungsprozess gemäß den International Financial Reporting Standards (IFRS). Für die deutsche HGB-Rechnungslegung werden ebenso Bilanzierungsrichtlinien zentral erstellt. Neben allgemeinen Bilanzierungsgrundsätzen und -methoden sind vor allem Regelungen zu Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Segmentberichterstattung bei Einhaltung der in der EU geltenden Rechtslage getroffen. Die Bilanzierungsvorschriften regeln auch konkrete formale Anforderungen an den Konzernabschluss, sodass die Bestandteile der von den Konzerngesellschaften zu erstellenden Berichtspakete im Detail festgelegt sind. Hierzu kommt ein standardisierter elektronisch gestützter Formularsatz zum Einsatz. Konzernrichtlinien enthalten auch konkrete Vorgaben zur Abbildung und Abwicklung des Konzern-Verrechnungsverkehrs mit entsprechendem Saldenabstimmungsprozess. In regelmäßig stattfindenden Informationsveranstaltungen werden die Gesellschaften über gesetzliche Veränderungen und deren Konsequenzen für die Erstellung des Konzernabschlusses informiert.

Die Abschlüsse der einbezogenen Gesellschaften werden mithilfe eines einheitlichen und IT-gestützten Workflows konzernweit erfasst. Dieser beinhaltet ein Berechtigungskonzept, Prüfroutinen und Prüfziffern. Diese Kontroll- und Überprüfungsmechanismen sind sowohl prozessintegriert als auch prozessunabhängig konzipiert. So bilden beispielsweise neben manuellen Prozesskontrollen unter anderem unter Anwendung des „Vier-Augen-Prinzips“ maschinelle IT-Prozesskontrollen einen wesentlichen Bestandteil. Im Übrigen sind im Konzern integrierte Buchhaltungs- und Konsolidierungssysteme im Einsatz. Auf Konzernebene umfassen die spezifischen Kontrollaktivitäten zum Sicherstellen der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Konzernrechnungslegung die Analyse der durch die Konzerngesellschaften vorgelegten Berichtspakete unter Einbezug der von den Abschlussprüfern vorgelegten Prüfungsberichte. Unter Anwendung bereits in der Konsolidierungssoftware festgelegter Kontrollmechanismen und Plausibilitätskontrollen werden – nach Information der betroffenen Konzerngesellschaft und unter Einbezug des jeweiligen Abschlussprüfers – fehlerbehaftete Berichtspakete bereits vor dem Konsolidierungsprozess korrigiert.

Die Anwendung einheitlicher und standardisierter Bewertungskriterien bei Werthaltigkeitstests wird für die aus Konzernsicht spezifischen zahlungsmittelgenerierenden Geschäftseinheiten (Cash Generating Units) mittels zentraler Durchführung im Konzern-Rechnungswesen sichergestellt.

Einer einheitlichen Regelung unterliegt unter anderem auch die Bewertung von Pensions- und sonstigen Rückstellungen durch die zentrale Festlegung von konzernweit anzuwendenden Parametern.

Zudem erfolgt die Erstellung des Lageberichts zentral, sodass dadurch die Beachtung der gesetzlichen Vorschriften gewährleistet ist.

4. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im folgenden Geschäftsjahr

Der Internationalen Währungsfonds (IWF) beschreibt in seiner jüngsten Konjunkturprognose der **Weltwirtschaft** eine erhebliche konjunkturelle Unsicherheit, die auch aus veränderten handelspolitischen Paradigmen stammt. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die Dynamik vor allem in den Industrieländern weiter nachlässt. In den Vereinigten Staaten dürften die stimulierenden Effekte aus der Steuerreform auslaufen, während für die chinesische Wirtschaft mit einer weiter abnehmenden, aber immer noch kräftigen Expansion gerechnet wird. Für die Schwellenländer wird hingegen in Summe eine Konjunktur annähernd auf dem Niveau des Jahres 2018 erwartet. Insgesamt rechnet der IWF für das laufende Jahr mit einem Wachstum der Weltwirtschaft von 3,5% (2018: 3,7%).

Das Wachstum der **Eurozone** sollte sich im Jahr 2019 nach Ansicht des IWF verlangsamen. Der private Konsum dürfte voraussichtlich die tragende Säule der Konjunktur bleiben. Für Spanien und die Niederlande werden dabei die höchsten Wachstumsraten unter den großen Euro-Wirtschaften prognostiziert. Angesichts auslaufender geldmarktpolitischer Stimuli und eines sich weiter abschwächenden Welthandels antizipiert der IWF 1,6% Wachstum der Eurozone im Jahr 2019 (2018: 1,8%).

Nach der deutlichen Reduzierung der konjunkturellen Dynamik **Deutschlands** im zweiten Halbjahr 2018 wird auch für 2019 mit einer eher verhaltenen Steigerungsrate gerechnet. Getragen werden sollte die Expansion durch die anhaltend gute Konjunktur im Baugewerbe und die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Letztere dürften weiterhin von der sehr guten Arbeitsmarktlage, den expandierenden Realeinkommen und den vorteilhaften Finanzierungsbedingungen profitieren. Insgesamt erwartet der IWF 2019 rund 1,3% Wachstum der deutschen Volkswirtschaft (2018: 1,5%).

Marktausblick

Für die relevanten Märkte der Geschäftsbereiche gehen wir von nachstehender Entwicklung aus:

Stahl

Die US-amerikanische Stahlnachfrage sollte sich vor dem Hintergrund der allgemeinwirtschaftlichen Entwicklung weiter normalisieren, während für China als Folge der verschärften Umweltgesetzgebung sowie wirtschaftspolitischer Zielsetzungen eine Verlangsamung der Nachfragedynamik erwartet wird. Im Gegensatz dazu dürfte die Marktversorgung in den meisten asiatischen Regionen sowie in Lateinamerika zunehmen. Insgesamt prognostizierte die World Steel Association in ihrem jüngsten Ausblick vom Oktober 2018 für das laufende Jahr noch eine Steigerung der weltweiten Stahlnachfrage um 1,4%.

Inzwischen hat sich das Marktumfeld jedoch eingetrübt. So geht der europäische Stahlverband Eurofer in seiner aktuellen Januar-Prognose für die EU nur noch von einem Zuwachs der Marktversorgung um 0,5% aus. Damit liegt die aktuelle Einschätzung 0,6% unter der vorherigen Prognose vom Oktober. Eurofer erwartet ferner 1,5% Produktionszuwachs der Stahlverarbeiter im Jahr 2019, nach zuvor 1,8%.

Stahlrohre

Nach dem starken Berichtsjahr könnten 2019 geopolitische und konjunkturelle Unwägbarkeiten den Stahlrohrmarkt beeinträchtigen. Zudem dürften die protektionistischen Tendenzen, die weltweit und insbesondere in den USA zu beobachten sind, weitere Auswirkungen zeigen. Der Mangel an geeigneten Projekten wird wahrscheinlich zu einer rückläufigen Großrohrproduktion führen. Automobilindustrie und Maschinenbau bleiben wichtige Bedarfsträger der Stahlrohrindustrie.

Maschinenbau

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer e.V. (VDMA) hält 2019 insgesamt eine Umsatzsteigerung von 2% für wahrscheinlich. Vor dem Hintergrund eines weltweit steigenden Bedarfs an abgepackten Getränken und Lebensmitteln geht der VDMA davon aus, dass der Markt der Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen ebenfalls leicht zulegt. Insbesondere in den entwickelten Regionen Westeuropas und Nordamerikas liegt der Fokus bei Investitionen auf der Erhöhung der Anlageneffizienz sowie -flexibilität. Durch die weltweit geführte Diskussion um Verpackungsabfälle rücken auch Themen wie Nachhaltigkeit und Ressourceneinsparungen verstärkt in die Entscheidungsfindung der Kunden der Verpackungsmittelindustrie. Ein Unsicherheitsfaktor bleibt die politische Lage in einigen Regionen.

5. Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns

Planungsprozess

Grundsätzlich ist die Unternehmensplanung der Salzgitter AG an den strategischen Zielen ausgerichtet und umfasst unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gleichermaßen unternehmerische Gestaltungsmaßnahmen. Sie bildet die Basis einer realistischen Ergebniseinschätzung, berücksichtigt aber gleichzeitig langfristige Aspekte hinsichtlich Investitionen sowie der Sicherstellung bilanzieller Solidität und finanzieller Stabilität. Die zum Zeitpunkt der Planerstellung herrschenden Markterwartungen wie auch die vorgesehenen unternehmerischen Maßnahmen fließen in diese Planung ein, die in einem konzernumfassenden Prozess erstellt wird: Die Einzelziele der Tochterunternehmen werden in einem kombinierten Top-down- und Bottom-up-Ansatz zwischen dem jeweiligen Management, dem Konzernvorstand und den Geschäftsbereichsleitern diskutiert und festgelegt. Alle Einzelplanungen werden schließlich zu einer Konzernplanung konsolidiert. Der aufwändige Planungsprozess des Konzerns wird einmal vor Beginn eines jeden neuen Geschäftsjahres durchlaufen, startet in der Regel im August und endet mit einer Präsentation der Ergebnisse in der letzten Konzernaufsichtsratssitzung des jeweiligen Geschäftsjahres.

Erwartete Ertragslage

Die Geschäftsbereiche gehen verglichen mit dem Vorjahr von nachstehendem Verlauf des Geschäftsjahres 2019 aus:

Das **Flachstahlsegment** rechnet mit einem gegenüber dem überdurchschnittlich guten Vorjahr gedämpften Geschäftsverlauf und erwartet einen stabilen Umsatz sowie einen margenbedingt sichtbar reduzierten Vorsteuergewinn. Zum einen dürfte der Importdruck auf den europäischen Stahlmarkt hoch bleiben, zum anderen gehen wir – insbesondere für Eisenerz – von Rohstoffkosten aus, die merklich über dem Niveau von 2018 liegen.

Der Grobblechmarkt ist nach wie vor von besonders hohen Importvolumina aus Drittländern in die EU gekennzeichnet. Zudem verschärfen fehlende Anschlussaufträge zur Lieferung von Vormaterial für Rohrleitungen die Situation für die Mülheimer Gesellschaft. Im Profilstahlbereich werden nach einem sehr erfreulichen Vorjahr normalisierte Margen unterstellt. Insgesamt erwarten wir Umsatz und Ergebnis spürbar unter den Vorjahreswerten und gehen für den **Geschäftsbereich Grobblech/Profilstahl** von einem Vorsteuerverlust aus.

Die wirtschaftliche Entwicklung des **Geschäftsbereiches Mannesmann** wird mindestens im ersten Halbjahr 2019 von der unbefriedigenden Auslastung der deutschen Großrohrgesellschaft der EUROPIPE-Gruppe gekennzeichnet sein. Die amerikanischen Europipe-Gesellschaften hingegen werden von Auftragszuläufen aus dem Vorjahr und zum Jahresbeginn profitieren und können, genauso wie die Mannesmann Grossrohr GmbH, mit weiteren Projektbuchungen rechnen. Das Segment der mittleren Leitungsrohre erwartet nach zwei sehr guten Jahren eine Normalisierung der Nachfrage. Die Präzisrohrgesellschaften antizipieren eine insgesamt stabile, der Edelstahlbereich eine moderat verbesserte Marktsituation. Bei etwa gleichbleibenden Absatz- und Umsatzziffern prognostizieren wir für den Geschäftsbereich ein leicht positives Vorsteuerresultat.

Der **Geschäftsbereich Handel** rechnet für 2019 mit einem Absatzanstieg und somit einem erkennbaren Umsatzwachstum. Während die Margenerwirtschaftung im internationalen Trading aufgrund der anhaltenden Einflüsse allerorten restriktiver Handelspolitik unter Druck bleibt, sollten die prognostizierten Margenrückgänge im lagerhaltenden Handel zumindest teilweise durch Geschäfte mit zusätzlicher Wertschöpfung kompensiert werden. Wir erwarten für den Geschäftsbereich einen Gewinn vor Steuern, der abermals erfreulich ist, aber dennoch sichtbar unter dem Vorjahr rangiert.

Basierend auf einem hohen Auftragsbestand und guten Auftragseingängen avisiert der **Geschäftsbereich Technologie** ein leichtes Umsatzwachstum. Dabei setzt die KHS-Gruppe auf eine selektive Auftragsannahme, den weiteren Ausbau des Servicegeschäfts sowie zusätzliche positive Effekte aus den eingeleiteten Maßnahmen zur Effizienzsteigerung. Die beiden Spezialmaschinenbauer der DESMA-Gruppe antizipieren eine Normalisierung der Ertragslage, sodass insgesamt ein Vorsteuergewinn unterstellt wird, der über dem Durchschnitt der Vorjahre auskommt, aber merklich niedriger ausfällt als ein Jahr zuvor.

In Anbetracht eines sich eintrübenden Sentiments sowie zahlreicher wirtschaftlicher und politischer Unwägbarkeiten rechnen wir für den Salzgitter-Konzern im Geschäftsjahr 2019 mit

- einem geringfügig gesteigerten Umsatz oberhalb 9,5 Mrd. €,
- einem Vorsteuergewinn (EBT) zwischen 125 Mio. € und 175 Mio. € sowie
- einer sichtbar unter dem Vorjahreswert liegenden Rendite auf das eingesetzte Kapital (ROCE).

Wie schon in den vergangenen Jahren weisen wir darauf hin, dass Chancen und Risiken aus aktuell nicht absehbaren Erlös-, Vormaterialpreis- und Beschäftigungsentwicklungen sowie Veränderungen von Währungskursen den Verlauf des Geschäftsjahres 2019 erheblich beeinflussen können. Die hieraus resultierende Schwankungsbreite des Konzernergebnisses vor Steuern kann ein beträchtliches Ausmaß sowohl in negativer als auch in positiver Richtung annehmen. Welche Dimension diese Volatilität erreichen kann, wird an folgender Beispielrechnung deutlich: Bei rund 12 Mio. t abgesetzten Stahlerzeugnissen der Geschäftsbereiche Flachstahl, Grobblech/Profilstahl, Mannesmann und Handel reichen im Schnitt bereits 25 € Margenveränderung pro Tonne aus, um 300 Mio. € jährliche Ergebnisvarianz zu verursachen. Darüber hinaus begrenzen volatile Rohstoffkosten sowie kürzere Vertragslaufzeiten auf der Beschaffungs- genauso wie auf der Absatzseite die Planungssicherheit des Unternehmens.

Erwartete Finanzlage

Unsere liquiden Mittel werden zu einem Teil zur Finanzierung der vor allem im Flachstahl-, Grobblech- und Technologiebereich in Realisierung befindlichen Investitionen genutzt. Wir halten es nach wie vor für unverzichtbar, einen mittleren dreistelligen Millionen-Euro-Betrag an liquiden Mitteln vorzuhalten, um bei Verschärfung des Umfelds nicht kurzfristig Geld am Kapitalmarkt aufnehmen zu müssen.

Das Investitionsbudget unseres Konzerns für das Geschäftsjahr 2019 wurde auf 380 Mio. € festgelegt. Der zahlungswirksame Teil des Budgets 2019 dürfte zusammen mit dem Nachlauf von rund 260 Mio. € bereits in Vorjahren genehmigter Investitionen gut 500 Mio. € (Vorjahr: 338 Mio. €) betragen. Die effektive Auslösung der Investitionen erfolgt – wie bisher – sukzessive und im Einklang mit der Ergebnis- und Liquiditätsentwicklung.

Der Finanzmittelbedarf des Geschäftsjahres 2019 für absehbare investive Maßnahmen wird sich somit oberhalb der Abschreibungen bewegen.

Die Finanzlage unseres Konzerns sollte sich insbesondere unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren umgesetzten Kapitalmarktmaßnahmen auch zum Ende des Geschäftsjahres 2019 als solide erweisen. Externe Finanzierungsmaßnahmen werden mit Blick auf die Nutzung attraktiver Platzierungsbedingungen kontinuierlich geprüft.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Salzgitter-Konzern mit seiner breiten Aufstellung und ausgewogenen finanziellen Fundierung für herausfordernde Phasen vergleichsweise gut gerüstet ist. Hierauf werden wir auch künftig großen Wert legen.

Konzernabschluss

Konzernabschluss

78	I. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
79	II. Gesamtergebnisrechnung
80	III. Konzernbilanz
82	IV. Kapitalflussrechnung
84	V. Veränderung des Eigenkapitals
86	VI. Anhang
86	Segmentberichterstattung
88	Konzernanlagevermögen
92	Grundlagen des Konzernabschlusses
92	Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
114	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
120	Erläuterungen zur Bilanz
138	Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten
139	Sonstige finanzielle Verpflichtungen
140	Finanzinstrumente
157	Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung
158	Unternehmenserwerbe
158	Erläuterungen zur Segmentberichterstattung
160	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen
161	Angaben zu den für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses im Geschäftsjahr als Aufwand erfassten Honoraren gemäß § 314 Nr. 9 HGB
161	Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind
162	Verzicht auf Offenlegung und Erstellung eines Lageberichts nach § 264 Abs. 3 HGB oder § 264b HGB
163	Angaben zur Vergütung des Vorstandes, Aufsichtsrates und anderer Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen
164	Versicherung der gesetzlichen Vertreter

I. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	Anhang	2018	2017
Umsatzerlöse	[1]	9.278,2	8.990,2
Bestandsveränderungen / andere aktivierte Eigenleistungen		161,6	179,1
		9.439,8	9.169,3
Sonstige betriebliche Erträge	[2]	257,4	401,8
Materialaufwand	[3]	6.131,4	6.029,8
Personalaufwand	[4]	1.739,5	1.724,5
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	[5]	384,0	390,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	[6]	1.102,4	1.218,2
Beteiligungsergebnis		2,4	6,7
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		74,7	101,7
Finanzierungserträge		15,0	21,1
Finanzierungsaufwendungen		84,6	99,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		347,3	238,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	[7]	69,5	44,5
Konzernergebnis		277,7	193,6
Auf die Aktionäre der Salzgitter AG entfallendes Konzernergebnis		273,7	190,3
Anteil fremder Gesellschafter am Konzernergebnis		4,0	3,2
Gewinnverwendung in Mio. €	Anhang	2018	2017
Konzernergebnis		277,7	193,6
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		27,1	21,1
Anteil fremder Gesellschafter am Konzernergebnis		4,0	3,2
Dividendenzahlung		-24,3	-16,2
Einstellungen in Gewinnrücklagen		-243,4	-168,1
Bilanzgewinn der Salzgitter AG		33,1	27,1
Ergebnis je Aktie (in €) – unverwässert	[8]	5,06	3,52
Ergebnis je Aktie (in €) – verwässert	[8]	4,80	3,35

II. Gesamtergebnisrechnung

in Mio.€	2018	2017
Konzernergebnis	277,7	193,6
Reklassifizierbare Gewinne und Verluste		
Wertänderungen aus der Währungsumrechnung	2,6	-27,6
Wertänderungen aus Cashflow Hedges	19,2	-17,2
Zeitwertänderungen	27,0	46,6
Basis Adjustments	-	-65,3
Erfolgswirksame Realisierung	0,8	-5,7
Latente Steuern	-8,5	7,3
Wertänderungen aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-	0,3
Zeitwertänderungen	-	0,4
Latente Steuern	-	-0,1
Wertänderungen aus Anteilen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	-4,0	-3,4
Zeitwertänderungen	-9,5	13,2
Erfolgswirksame Realisierung	-	-0,1
Währungsumrechnung	4,2	-14,0
Latente Steuern	1,3	-2,5
Latente Steuern auf sonstige erfolgsneutrale Wertänderungen	-1,0	0,1
	16,8	-47,8
Nicht reklassifizierbare Gewinne und Verluste		
Wertänderungen aus erfolgsneutral zum Fair Value bewerteten Eigenkapitalinstrumenten	20,0	-
Zeitwertänderungen	23,1	-
Latente Steuern	-3,1	-
Neubewertungen	99,6	-17,2
Neubewertung Pensionen	121,2	-35,0
Latente Steuern	-21,7	17,8
Wertänderungen aus Anteilen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	5,9	9,5
	125,4	-7,7
Sonstiges Ergebnis	142,3	-55,5
Gesamtergebnis	420,0	138,1
Auf die Aktionäre der Salzgitter AG entfallendes Gesamtergebnis	416,0	134,8
Auf Anteile Fremder entfallendes Gesamtergebnis	4,0	3,2

III. Konzernbilanz

Aktiva in Mio. €	Anhang	31.12.2018	31.12.2017
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	[9]	219,4	218,5
Sachanlagen	[10]	2.120,5	2.214,8
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	[11]	83,5	21,5
Finanzielle Vermögenswerte	[12]	75,6	84,1
Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	[13]	888,3	577,5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	[16]	25,5	25,6
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	[18]	24,0	26,0
Ertragsteuererstattungsansprüche	[19]	0,1	4,5
Latente Ertragsteueransprüche	[14]	399,1	393,2
		3.835,9	3.565,9
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorräte	[15]	2.327,5	2.084,5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	[16]	1.367,2	1.492,2
Vertragsvermögenswerte	[17]	175,2	-
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	[18]	403,7	394,2
Ertragsteuererstattungsansprüche	[19]	24,5	24,9
Wertpapiere	[20]	67,4	76,6
Finanzmittel	[21]	555,6	679,4
		4.921,0	4.751,9
		8.756,9	8.317,8

Passiva in Mio. €	Anhang	31.12.2018	31.12.2017
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	[22]	161,6	161,6
Kapitalrücklage	[23]	257,0	257,0
Gewinnrücklagen		3.181,0	2.854,6
Andere Rücklagen		60,0	51,1
Bilanzgewinn	[24]	33,1	27,1
		3.692,6	3.351,3
Eigene Anteile		-369,7	-369,7
		3.322,9	2.981,6
Minderheitenanteil		9,1	8,1
		3.332,1	2.989,7
Langfristige Schulden			
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	[26]	2.275,5	2.440,5
Latente Ertragsteuerschulden	[14]	67,6	41,9
Ertragsteuerschulden	[19]	36,9	97,6
Sonstige Rückstellungen	[27]	358,4	303,5
Finanzschulden	[28]	291,1	433,8
Sonstige Verbindlichkeiten		6,1	4,1
		3.035,7	3.321,5
Kurzfristige Schulden			
Sonstige Rückstellungen	[26]	281,4	232,3
Finanzschulden	[29]	426,9	237,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.130,2	1.169,0
Vertragsverbindlichkeiten	[30]	250,2	-
Ertragsteuerschulden	[19]	37,0	28,2
Sonstige Verbindlichkeiten	[31]	263,4	339,2
		2.389,2	2.006,5
		8.756,9	8.317,8

IV. Kapitalflussrechnung

(35) Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2018	2017
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	347,3	238,0
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Vermögenswerte des Anlagevermögens	371,3	390,4
Gezahlte (-) / erhaltene (+) Ertragsteuern	-48,4	-30,4
Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	128,4	256,1
Zinsaufwendungen	79,6	99,7
Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Vermögenswerten des Anlagevermögens	8,8	-11,1
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte	-198,1	-262,4
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-83,9	-235,8
Zahlungswirksamer Verbrauch der Rückstellungen ohne Verbrauch der Ertragsteuerrückstellungen	-234,1	-243,6
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	157,0	72,8
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	527,8	273,7

in Mio. €	2018	2017
Einzahlungen aus Abgängen von langfristigen Vermögenswerten	0,9	28,5
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle und Sachanlagevermögen	-342,5	-296,9
Einzahlungen aus Geldanlagen	112,3	255,0
Auszahlungen für Geldanlagen	-108,0	-200,0
Einzahlungen aus Abgängen von sonstigen langfristigen Vermögenswerten	8,8	14,2
Auszahlungen für Investitionen in sonstige langfristige Vermögenswerte	-261,0	-140,9
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-589,5	-340,1
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-24,3	-16,2
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und anderen Finanzverbindlichkeiten	15,9	0,0
Rückzahlungen von Krediten und anderen Finanzverbindlichkeiten	-16,8	-13,4
Auszahlungen für Anleihen	0,0	-0,1
Zinsauszahlungen	-40,5	-33,9
Mittelabfluss aus der Finanzierung	-65,7	-63,6
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	679,4	818,1
Finanzmittelbestand Konsolidierungskreisveränderung	2,6	4,0
Wechselkursänderungen des Finanzmittelbestandes	0,9	-12,8
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	-127,4	-129,9
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	555,6	679,4

V. Veränderung des Eigenkapitals

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Eigene Anteile	Gewinn- rücklagen	Andere Rücklagen aus
in Mio. €					Währungs- umrechnung
Stand 01.01.2017	161,6	257,0	-369,7	2.703,4	18,2
Konzernergebnis	-	-	-	-	-
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	-17,1	-27,6
Gesamtergebnis	-	-	-	-17,1	-27,6
Dividende	-	-	-	-	-
Einstellungen / Entnahmen in / aus Kapitalrücklagen	-	-	-	-	-
Einstellungen / Entnahmen in / aus Gewinnrücklagen	-	-	-	168,1	-
Erstkonsolidierung von aus Wesentlichkeit bisher nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	-	-	-	0,3	-
Sonstiges	-	-	-	-0,2	-
Stand 31.12.2017	161,6	257,0	-369,7	2.854,6	-9,4
Änderung von Rechnungslegungsmethoden ¹⁾				-9,1	
Stand 01.01.2018	161,6	257,0	-369,7	2.845,5	-9,4
Konzernergebnis	-	-	-	-	-
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	98,5	2,6
Gesamtergebnis	-	-	-	98,5	2,6
Umgliederung Basis Adjustments	-	-	-	-	-
Dividende	-	-	-	-	-
Einstellungen / Entnahmen in / aus Kapitalrücklagen	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen in / aus Gewinnrücklagen	-	-	-	243,4	-
Erstkonsolidierung von aus Wesentlichkeit bisher nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	-	-	-	-6,3	-
Sonstiges	-	-	-	-0,0	-
Stand 31.12.2018	161,6	257,0	-369,7	3.181,0	-6,8

¹⁾ Weitere Erläuterungen zu den Effekten aus der Änderung von Rechnungslegungsmethoden sind im Anhang, Ziffer 1 und Ziffer 34, dargestellt.

			Bilanzgewinn	Anteil der Aktionäre der Salzgitter AG	Minderheiten- anteil	Eigenkapital
Cashflow Hedges	Erfolgsneutral zum Fair Value bewertete Eigen- kapital- instrumente	Anteilen an nach der Equity- Methode bilanzierten Unternehmen				
56,5	-16,9	13,6	21,1	2.844,8	7,1	2.852,0
-	-	-	190,3	190,3	3,2	193,6
-17,2	0,3	6,1	-	-55,5	0,0	-55,5
-17,2	0,3	6,1	190,3	134,8	3,2	138,1
-	-	-	-16,2	-16,2	-2,2	-18,5
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-168,1	-	-	-
-	-	-	-	0,3	-	0,3
-	18,1	-	-	17,9	0,0	17,9
39,3	1,5	19,7	27,1	2.981,6	8,1	2.989,7
	-1,5			-10,6		-10,6
39,3	-	19,7	27,1	2.971,0	8,1	2.979,2
-	-	-	273,7	273,7	4,0	277,7
19,2	20,0	1,9	-	142,3	-0,0	142,3
19,2	20,0	1,9	273,7	416,0	4,0	420,0
-33,4	-	-	-	-33,4	-	-33,4
-	-	-	-24,3	-24,3	-3,0	-27,3
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-243,4	-	-	-
-	-	-	-	-6,3	-	-6,3
-	-	-	-	-0,0	-	-0,0
25,1	20,0	21,6	33,1	3.322,9	9,1	3.332,1

VI. Anhang

(37) Segmentberichterstattung

in Mio. €	Flachstahl		Grobblech / Profilstahl		Mannesmann	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Außenumsatz	2.341,0	2.159,8	1.026,4	1.024,3	1.118,6	1.093,5
Umsatz mit anderen Segmenten	768,0	715,0	794,7	673,5	228,9	211,9
Umsatz mit Konzerngesellschaften, die nicht einem anderen Segment zugeordnet sind	3,6	3,5	0,8	0,8	378,9	392,7
Segmentumsatz	3.112,5	2.878,3	1.821,8	1.698,6	1.726,5	1.698,1
Zinsertrag (konsolidiert)	0,9	1,1	0,1	0,5	0,8	0,6
Zinsertrag von anderen Segmenten	-	-	0,0	0,0	-	-
Zinsertrag von Konzerngesellschaften, die nicht einem anderen Segment zugeordnet sind	0,1	0,0	0,7	0,2	1,8	1,4
Segmentzinsertrag	0,9	1,1	0,8	0,6	2,6	2,1
Zinsaufwand (konsolidiert)	14,5	15,8	2,9	3,1	6,9	8,4
Zinsaufwand an andere Segmente	-	-	-	-	-	-
Zinsaufwand an Konzerngesellschaften, die nicht einem anderen Segment zugeordnet sind	24,4	25,3	5,8	5,8	8,4	7,5
Segmentzinsaufwand	38,8	41,1	8,7	9,0	15,3	15,9
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Wertminderungsaufwand gemäß IAS 36)	181,1	175,0	39,1	45,5	61,3	61,6
Wertminderungsaufwand (gemäß IAS 36) bei Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	14,3	-	-	48,8	30,0	-
Wertminderungsaufwand bei finanziellen Vermögenswerten	-	-	-	-	0,0	-
Periodenergebnis des Segments	205,8	182,0	24,8	-57,7	-5,4	-5,6
davon Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	-	-	-	-	17,6	7,8
Wesentliche zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	43,6	52,7	14,7	18,2	11,2	33,7
Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	116,3	126,4	78,9	39,2	85,0	72,8

Handel		Technologie		Summe der Segmente		Überleitung		Konzern	
2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017
3.267,7	3.229,9	1.338,2	1.284,7	9.091,8	8.792,2	186,3	198,0	9.278,2	8.990,2
78,6	77,6	0,5	0,5	1.870,6	1.678,5	724,2	692,6		
0,1	0,1	-	-	383,4	397,1	-	-		
3.346,4	3.307,6	1.338,7	1.285,2	11.345,9	10.867,8	910,5	890,6		
2,8	2,6	2,9	3,7	7,4	8,4	6,8	12,6	14,2	21,0
-	-	-	-	0,0	0,0	44,6	41,4		
7,9	7,5	0,9	0,9	11,4	10,0	-	-		
10,7	10,0	3,8	4,5	18,9	18,4	51,4	54,0		
20,4	14,2	2,3	2,6	46,9	44,1	32,6	55,6	79,6	99,7
0,0	0,0	-	-	0,0	0,0	11,4	10,0		
4,3	0,3	1,7	2,6	44,6	41,4	-	-		
24,7	14,4	4,0	5,2	91,5	85,5	44,1	65,6		
10,7	10,3	21,6	22,1	313,8	314,5	25,9	27,1	339,7	341,6
-	-	-	-	44,3	48,8	-	-	44,3	48,8
0,6	-	-	-	0,6	-	-	-	0,6	-
50,5	70,5	43,1	6,6	318,9	195,8	28,4	42,2	347,3	238,0
-	-	-	-	17,6	7,8	57,1	93,9	74,7	101,7
9,4	8,4	31,8	36,7	110,6	149,7	90,5	14,3	201,1	164,0
14,8	8,7	23,6	20,2	318,5	267,2	19,2	19,4	337,7	286,7

Konzernanlagevermögen 2018

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						
	01.01.2018	Währungs- differenzen	Konsoli- dierungs- kreisver- änderun- gen	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	31.12.2018
Immaterielle Vermögenswerte							
Konzessionen, Markennamen, gewerbliche Schutzrechte sowie Lizenzen und Emissionsrechte	455,6	-0,1	11,7	6,8	-11,4	1,0	463,6
Geleistete Anzahlungen	4,2	-	-	5,6	-	-0,1	9,7
	459,8	-0,1	11,7	12,4	-11,4	0,9	473,3
Sachanlagen							
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.693,7	0,9	4,3	13,1	-2,0	-45,1	1.664,9
Technische Anlagen und Maschinen	6.700,4	2,6	5,7	128,4	-101,1	48,6	6.784,6
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	441,5	0,1	1,5	35,0	-18,2	4,1	463,9
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	117,4	1,0	0,4	148,9	-1,0	-63,4	203,2
	8.953,0	4,5	11,9	325,3	-122,3	-55,8	9.116,6
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	27,3	-	-	0,0	-0,1	71,6	98,9
	9.440,1	4,4	23,6	337,7	-133,7	16,7	9.688,8

01.01.2018	Währungs- differen- zen	Konsoli- dierungs- kreisver- änderun- gen	Zuschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres ¹⁾	Abgänge	Wertberichtigungen		Buchwerte	
						Um- buchun- gen	31.12.2018	31.12.2018	31.12.2017
-240,1	0,1	-0,4	-	-16,4	4,0	-	-252,8	210,9	215,5
-1,1	-	-	-	-	-	-	-1,1	8,6	3,1
-241,2	0,1	-0,4	-	-16,4	4,0	-	-253,9	219,4	218,5
-1.032,5	-0,2	-0,9	-	-31,7	1,9	4,9	-1.058,5	606,4	661,3
-5.345,8	-1,7	-1,5	-	-302,4	89,7	0,6	-5.561,2	1.223,4	1.354,7
-357,3	-0,1	-0,6	-	-32,5	17,5	-0,8	-373,8	90,1	84,2
-2,6	-	-	-	-	0,0	0,1	-2,6	200,6	114,8
-6.738,2	-2,1	-3,0	-	-366,6	109,1	4,8	-6.996,1	2.120,5	2.214,8
-5,8	-	-	12,9	-1,1	-	-21,4	-15,4	83,5	21,5
-6.985,2	-2,1	-3,4	12,9	-384,0	113,1	-16,6	-7.265,4	2.423,4	2.454,9

¹⁾Die Zusammensetzung der hierin enthaltenen Wertminderungen (außerplanmäßige Abschreibungen) ist im Anhang, Ziffer 5, dargestellt.

Konzernanlagevermögen 2017

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						
	01.01.2017	Währungs- differenzen	Konsoli- dierungs- kreisver- änderun- gen	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	31.12.2017
Immaterielle Vermögenswerte							
Konzessionen, Markennamen, gewerbliche Schutzrechte sowie Lizenzen und Emissionsrechte	449,8	-0,3	-	8,5	-7,6	5,1	455,6
Geleistete Anzahlungen	1,1	-	-	3,2	-0,0	-0,2	4,2
	450,9	-0,3	-	11,7	-7,6	5,0	459,8
Sachanlagen							
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.676,8	-4,6	0,0	12,6	-3,6	12,5	1.693,7
Technische Anlagen und Maschinen	6.601,8	-8,4	1,1	130,6	-139,3	114,7	6.700,4
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	426,1	-1,8	1,0	29,4	-17,2	4,0	441,5
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	141,6	-0,8	-	102,2	-0,2	-125,4	117,4
	8.846,2	-15,6	2,2	274,7	-160,3	5,8	8.953,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	29,3	-	-	0,3	-2,2	-	27,3
	9.326,4	-15,9	2,2	286,7	-170,1	10,8	9.440,1

01.01.2017	Währungs- differen- zen	Konsoli- dierungs- kreisver- änderun- gen	Zuschrei- bungen des Ge- schäfts- jahres	Abschrei- bungen des Ge- schäfts- jahres	Wertberichtigungen			Buchwerte	
					Abgänge	Um- buchun- gen	31.12.2017	31.12.2017	31.12.2016
-227,7	0,2	-	-	-14,7	2,1	-	-240,1	215,5	222,1
-	-	-	-	-1,1	-	-	-1,1	3,1	1,1
-227,7	0,2	-	-	-15,8	2,1	-	-241,2	218,5	223,3
-1.006,2	1,4	-0,0	-	-30,8	3,1	-	-1.032,5	661,3	670,6
-5.155,9	5,3	-0,1	-	-307,1	122,7	-10,8	-5.345,8	1.354,7	1.445,9
-340,8	1,3	-0,6	-	-34,0	16,7	-	-357,3	84,2	85,3
-0,0	-	-	-	-2,6	-	-	-2,6	114,8	141,6
-6.502,8	8,1	-0,7	-	-374,5	142,5	-10,8	-6.738,2	2.214,8	2.343,4
-7,5	-	-	-	-0,1	1,8	-	-5,8	21,5	21,8
-6.738,0	8,3	-0,7	-	-390,4	146,4	-10,8	-6.985,2	2.454,9	2.588,4

Grundlagen des Konzernabschlusses

Der Konzernabschluss basiert auf geprüften Abschlüssen des obersten Mutterunternehmens Salzgitter AG (SZAG) sowie der einzubeziehenden Gesellschaften. Die SZAG ist im Handelsregister des Amtsgerichts Braunschweig, Deutschland, unter HRB 9207 eingetragen und hat ihren Sitz in Salzgitter. Die Anschrift des Vorstandes der SZAG ist Eisenhüttenstraße 99, 38239 Salzgitter.

Maßgeblich für die Erstellung des Konzernabschlusses der SZAG sind die am Bilanzstichtag in der Europäischen Union verpflichtend anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften des International Accounting Standards Board (IASB) sowie die ergänzend anzuwendenden Vorschriften des § 315e Abs. 1 HGB. Diese Standards sowie die darauf beruhenden Interpretationen bilden die Grundlage der konzerneinheitlich anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze. Sämtliche sich daraus ergebende Anforderungen wurden erfüllt, sodass der Konzernabschluss im Einklang mit den anzuwendenden Bilanzierungsvorschriften (IFRS) erstellt wurde. Die Aufstellung des Konzernabschlusses der SZAG erfolgt in Euro. Soweit nicht anders vermerkt, werden die Beträge in Millionen Euro (Mio. €) angegeben. Dadurch können sich Abweichungen zu den ungerundeten Beträgen ergeben.

Am 6. Dezember 2018 haben Vorstand und Aufsichtsrat die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft (www.salzgitter-ag.de) dauerhaft zugänglich gemacht. Die Entsprechenserklärung ist ebenfalls im Kapitel „Corporate Governance“ des Geschäftsberichts abgedruckt.

Konzernabschluss und -lagebericht wurden am 21. März 2019 durch den Vorstand zur Weiterleitung an den Aufsichtsrat freigegeben. Sie werden anschließend im Bundesanzeiger offengelegt.

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Auswirkungen erstmals angewandeter neuer beziehungsweise geänderter Standards

Standard / Interpretation	Anwendungspflicht im Geschäftsjahr	Übernahme durch EU-Kommission	Auswirkungen	
IAS 40	Änderungen – Übertragung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	2018	ja	keine
	Annual Improvements der IFRS (Zyklus 2014–2016) ³⁾	2018	ja	keine
IFRS 2	Änderungen – Klassifizierung und Bewertung anteilsbasierter Transaktionen	2018	ja	keine
IFRIC 22	Vorauszahlungen im Zusammenhang mit Fremdwährungstransaktionen	2018	ja	keine
IFRS 9	Finanzinstrumente	2018	ja	vgl. nachfolgende Ausführungen
IFRS 15	Umsatzerlöse aus Kundenverträgen inkl. Änderung des Erstanwendungszeitpunkts sowie weiteren Klarstellungen	2018	ja	vgl. nachfolgende Ausführungen
IFRS 4	Änderungen – Anwendung von IFRS 9 gemeinsam mit IFRS 4	2018	ja	keine

³⁾Klarstellungen zu folgenden Standards (IFRS 1, IFRS 12, IAS 28); IFRS 12 Anwendungspflicht bereits ab GJ 2017

Seit dem 1. Januar 2018 ist der Standard IFRS 9 „Finanzinstrumente“ erstmals anzuwenden. Der neue Standard ersetzt den vorherigen Standard IAS 39 „Finanzinstrumente“ und beinhaltet neue Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, zur Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten sowie zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting). Aus dem Übergang auf IFRS 9 zum 1. Januar 2018 resultiert eine Eigenkapitalminderung in Höhe von 6,4 Mio. € aufgrund der Wertberichtigungen auf Basis des Expected-losses-Modells.

Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten bestimmt sich gemäß IFRS 9 nach dem Geschäftsmodell und der Struktur der vereinbarten Zahlungsströme. Wesentliche Auswirkungen auf die Bilanzierung und Bewertung aus der geänderten Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten haben sich nicht ergeben. Die Klassifizierung von finanziellen Verbindlichkeiten unter IFRS 9 erfolgt weitgehend unverändert.

Das Modell zur Kalkulation von Wertminderungen aufgrund der zu erwartenden Kreditausfälle (Expected-losses-Modell) ersetzt die bisherige Kalkulation von Wertminderungen aufgrund eingetretener Ausfallereignisse (Incurred-losses-Modell). Zur Umsetzung der neuen Vorschriften wurden geeignete Verfahren zur Ermittlung der erwarteten Ausfallraten von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entwickelt. Für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und aktive Vertragspositionen wird das vereinfachte Wertminderungsmodell des IFRS 9 angewendet und die Wertminderungen werden über die erwartete Gesamtlaufzeit direkt erfasst. Die Erfassung der Wertminderungen nach dem neuen Wertminderungsmodell führt zu einer früheren Bilanzierung von Wertminderungen.

Die als Sicherungsbeziehung designierten Grund- und Sicherungsgeschäfte (Hedge Accounting) werden im Rahmen des betrieblichen Risikomanagements gesteuert und überwacht. Die Möglichkeit der Designation von Risikokomponenten nichtfinanzieller Posten als gesichertes Grundgeschäft hat die aus den Sicherungsbeziehungen entstehenden Ineffektivitäten reduziert. Die neuen Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungsgeschäften werden prospektiv angewendet.

Weitere Auswirkungen aus den neuen Bilanzierungsvorschriften des IFRS 9 für Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, für Wertminderungen von finanziellen Vermögenswerten und für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen werden im Kapitel „Finanzinstrumente“ erläutert.

Aufgrund der Anwendung der modifizierten retrospektiven Übergangsmethode bei der erstmaligen Anwendung des IFRS 9 und des IFRS 15 zum 1. Januar 2018 sind alle Vergleichswerte nicht angepasst.

Der erstmals angewendete IFRS 15 basiert auf dem Prinzip des Übergangs der Verfügungsmacht (control approach). Er ersetzt bestehende Leitlinien zur Erfassung von Umsatzerlösen, darunter IAS 18 Umsatzerlöse, IAS 11 Fertigungsaufträge und IFRIC 13 Kundenbindungsprogramme.

Die grundsätzliche Konzeption des IFRS 15 sieht vor, dass Ansatz und Bewertung von Vermögenswerten und Umsatzerlösen innerhalb von fünf Schritten ermittelt werden.

- Identifizierung des Vertrages mit dem Kunden
- Identifizierung separater Leistungsverpflichtungen
- Bestimmung des Transaktionspreises
- Aufteilung des Transaktionspreises auf die identifizierten Leistungsverpflichtungen
- Realisierung der Umsatzerlöse bei Erfüllung der Leistungsverpflichtung

Die Erstanwendung erfolgte nach der modifizierten retrospektiven Methode zum 1. Januar 2018. Umstellungseffekte wurden zu Beginn der Periode als Anpassung in der Eröffnungsbilanz kumuliert direkt in den Gewinnrücklagen erfasst. Die sich durch Anwendung des IFRS 15 ergebenden Anpassungsbeträge verteilen sich überwiegend auf folgende Posten:

Der Saldo aus Umsatzerlösen und Bestandsveränderungen war ca. 10 Mio. € niedriger. Die Auswirkung auf die Vorräte hatte einen höheren Bestand von rund 1% zur Folge. Bedingt durch den erstmaligen Ausweis von Vertragsvermögenswerten (254 Mio. €) sowie Vertragsverbindlichkeiten (120 Mio. €) reduzierten sich die Forderungen und Verbindlichkeiten nahezu entsprechend. Der ergebnisneutral gebuchte negative Ergebniseffekt (nach Steuern) aus dieser Rechnungslegungsänderung betrug 6 Mio. €. Diese Anpassungen resultieren aus dem Spezialmaschinenbau des Geschäftsbereiches Technologie. Bei nur wenigen, insgesamt nicht signifikanten Fertigungsaufträgen, die bisher nach der Percentage-of-Completion-Methode gemäß IAS 11 bilanziert wurden, erfolgt nun eine zeitlich nachgelagerte Umsatzerfassung, weil die Voraussetzungen für eine zeitraumbezogene Umsatzerfassung nach IFRS 15 nicht erfüllt sind.

Eine Fortführung der bis Ende 2017 geltenden Bilanzierung gemäß IAS 11 und 18 im Vergleich zur aktuellen Darstellung nach IFRS 15 hätte auch zum Ende des Geschäftsjahres 2018 keinen signifikanten Einfluss gehabt. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen kämen mit 1,5 % oberhalb der ausgewiesenen Summe aus. Zudem wären die Vorräte leicht höher ausgewiesen worden. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wären um 3,4 % höher auszuweisen.

Auf die Summe aus Umsatz und Bestandsveränderungen hätte sich bei der früheren Bilanzierung ebenso nur eine marginale Änderung ergeben. Entgegen der Auswirkung zu Jahresbeginn hätte sich ein positiver Ergebniseinfluss im mittleren einstelligen Mio.-€-Bereich ergeben.

Voraussichtliche Auswirkung zukünftig anzuwendender neuer beziehungsweise geänderter Standards

Standard / Interpretation	Anwendungs- pflicht im Geschäftsjahr	Übernahme durch EU- Kommission	Voraussichtliche Auswirkungen
Annual Improvements der IFRS (Zyklus 2015–2017)	2019	nein	keine
IFRIC 23 Steuerrisikopositionen aus Ertragsteuern	2019	ja	keine
IFRS 9 Änderungen – Vorzeitige Rückzahlungsoption mit negativer Vorfälligkeitsentschädigung	2019	ja	keine
IFRS 10 IAS 28 Änderungen – Veräußerung von Vermögenswerten eines Investors an bzw. Einbringung in sein assoziiertes Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen	2019	nein	nicht absehbar
IFRS 16 Leasing	2019	ja	vgl. nachfolgende Ausführungen
IAS 19 Änderungen an IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ – Plananpassungen, Plankürzungen und Planabgeltungen	2019	nein	nicht absehbar
IFRS 3 Änderungen an IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ – Definition eines Geschäftsbetriebes	2020	nein	nicht absehbar
IAS 1 IAS 8 Änderungen – Definition von Wesentlichkeit	2020	nein	nicht absehbar
IFRS 17 Versicherungsverträge	2021	nein	nicht absehbar

IFRS 16 „Leasing“ regelt die Bilanzierung von Leasingverhältnissen und wird IAS 17 sowie die dazugehörigen Interpretationen ersetzen. Die Umstellung auf IFRS 16 wird nach dem modifizierten retrospektiven Ansatz vorgenommen. Eine Anpassung der Vorjahresperioden erfolgt somit nicht. Die Konzerngesellschaften im Konzern der Salzgitter AG verwenden überwiegend Operating-Leasingverhältnisse, weshalb sich durch die Anwendung des IFRS 16 Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben werden. Die Nutzungsrechte werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen sowie gegebenenfalls erforderlicher Wertminderungen angesetzt. Die Anschaffungskosten des Nutzungsrechts ermitteln sich als Barwert sämtlicher zukünftiger Leasingzahlungen zuzüglich der Leasingzahlungen, die zu oder vor Beginn der Laufzeit des Leasingverhältnisses getätigt werden, sowie der Vertragsabschlusskosten und der geschätzten Kosten für die Demontage oder Wiederherstellung des Leasinggegenstandes. Hiervon werden sämtliche erhaltene Leasinganreize abgezogen. Sofern die zu berücksichtigenden Leasingzahlungen auch den Eigentumsübergang sowie die Wahrnehmung einer Kaufoption an dem zugrunde liegenden Vermögenswert zum Ende der Laufzeit des Leasingverhältnisses umfassen, erfolgt die Abschreibung über die wirtschaftliche Nutzungsdauer. Andernfalls wird das Nutzungsrecht über die Laufzeit des Leasingverhältnisses abgeschrieben.

Der erstmalige Ansatz der den Finanzierungsverbindlichkeiten zugeordneten Leasingverbindlichkeiten bestimmt sich als Barwert der zu leistenden Leasingzahlungen abzüglich geleisteter Vorauszahlungen. In der Folgebewertung wird der Buchwert der Leasingverbindlichkeit aufgezinnt und erfolgsneutral um die geleisteten Leasingzahlungen vermindert. Für die Abzinsung wird der länderspezifische Grenzfremdkapitalzinssatz der Salzgitter AG zum Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung verwendet. Bei Leasingverhältnissen, die bisher nach IAS 17 als Operating-Leasingverhältnisse eingestuft waren, wird die Leasingverbindlichkeit mit dem Barwert der restlichen Leasingzahlungen angesetzt.

Die Bilanzierungsvorschriften für Leasinggeber bleiben dagegen weitgehend unverändert, insbesondere im Hinblick auf die weiterhin erforderliche Klassifizierung von Leasingverhältnissen nach IAS 17.

Die Salzgitter AG verwendet die nach IFRS 16 bestehenden Wahlrechte, wonach für Leasingverträge mit einer Laufzeit von bis zu zwölf Monaten (kurzfristige Leasingverhältnisse) sowie für Leasingverträge über geringwertige Vermögenswerte auf eine Erfassung des Nutzungsrechts und der Leasingverbindlichkeit verzichtet werden kann. Für Leasingverhältnisse, die bis zum 31. Dezember 2019 auslaufen und nicht verlängert werden, erfolgt aus Vereinfachungsgründen keine Darstellung als kurzfristige Leasingverhältnisse.

Die Laufzeit des Leasingverhältnisses wird zum Zeitpunkt seines Beginns auf der Basis der unkündbaren Vertragslaufzeit sowie unter Einbeziehung bestehender Verlängerungsoptionen sowie Kündigungsoptionen bestimmt. Die aktuellen Erkenntnisse werden hierbei berücksichtigt, sofern eine Beurteilung als hinreichend sicher erscheint. Eine Identifizierung von Nichtleasingkomponenten erfolgt zu Beginn nur für Leasingverträge aus den Bereichen Immobilien und Fuhrpark und sind somit nicht Bestandteil der zugrunde gelegten Leasingzahlungen. Bei der Ermittlung des Grenzfremdkapitalzinssatzes wird die Zinskurve in Abhängigkeit von der Laufzeit für Industrieunternehmen in Europa, die der Ratingeinstufung des Konzerns der Salzgitter AG entspricht, herangezogen. Für die ausländischen Konzerngesellschaften erfolgt eine Berücksichtigung der länderspezifischen Gegebenheiten.

Um eine sachgerechte Darstellung der Vorschriften des IFRS 16 gewährleisten zu können, wurde eine IT-Lösung zur systemunterstützten Abbildung der Leasingverhältnisse implementiert, die nahezu abgeschlossen ist. Die konzernweite Implementierungsvorbereitung hat hierbei ergeben, dass mit der Umstellung zum 1. Januar 2019 Nutzungsrechte und Leasingverbindlichkeiten von voraussichtlich 150 Mio.€ erstmals in der Konzernbilanz erfasst werden. Hinsichtlich des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) ergeben sich keine Änderungen.

Konsolidierungsgrundsätze und -methoden

Tochterunternehmen

Alle wesentlichen Tochterunternehmen werden vollständig in den Konzernabschluss einbezogen. Tochterunternehmen sind Gesellschaften, über die die SZAG gemäß IFRS 10 mittelbar oder unmittelbar die Verfügungsgewalt besitzt und daraus positive wie negative variable Rückflüsse erhält, deren Höhe durch die Verfügungsgewalt beeinflusst werden kann (Beherrschung).

Diese Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt vollständig in den Konzernabschluss einbezogen, in dem die Möglichkeit der Beherrschung beginnt. Änderungen der Beteiligungsquote der SZAG an einem Tochterunternehmen, die nicht zum Ende der Beherrschung führen, werden als Eigenkapitaltransaktion bilanziert. Endet die Möglichkeit des Konzerns, ein Tochterunternehmen zu beherrschen, scheidet es aus dem Konsolidierungskreis aus.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt durch Verrechnung der Anschaffungskosten der Beteiligung mit dem anteiligen neu bewerteten Eigenkapital zum Zeitpunkt des Erwerbs des Tochterunternehmens. Im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung werden konzerninterne Umsatzerlöse, Aufwendungen und Erträge eliminiert, im Rahmen der Schuldenkonsolidierung Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Gesellschaften. Zwischenergebnisse aus dem konzerninternen Lieferungs- und Leistungsverkehr werden unter Berücksichtigung latenter Steuern ergebniswirksam bereinigt. Die Anteile konzernfremder Dritter am Eigenkapital der konsolidierten Gesellschaften werden innerhalb des Eigenkapitals gesondert ausgewiesen (Minderheitenanteil).

Gemeinsame Vereinbarungen

Vereinbarungen, bei denen die SZAG mit einem oder mehreren Partnerunternehmen vertraglich die gemeinschaftliche Führung ausübt, werden gemäß IFRS 11 als gemeinsame Vereinbarungen (Joint Arrangements) klassifiziert. Bei der Bilanzierung der gemeinsamen Vereinbarungen wird zwischen Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) und gemeinschaftlichen Tätigkeiten (Joint Operations) unterschieden.

Die Unterscheidung ist von den Rechten und Verpflichtungen der Parteien abhängig. Gemeinschaftliche Tätigkeiten zeichnen sich dadurch aus, dass die Parteien Rechte an den Vermögenswerten besitzen und Verpflichtungen für die Schulden der Vereinbarung haben, wohingegen die Parteien bei Gemeinschaftsunternehmen Rechte am Nettovermögen der Vereinbarung besitzen. Gemeinschaftsunternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert, gemeinschaftliche Tätigkeiten werden anteilig in den Konzernabschluss einbezogen (anteilige Anwendung der Konsolidierungsvorschriften).

Assoziierte Unternehmen

Darüber hinaus werden gemäß IAS 28 diejenigen Beteiligungen an Gesellschaften als assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert, bei denen die SZAG die Möglichkeit hat, an den finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Beteiligungsunternehmens mitzuwirken, aber weder eine Beherrschung noch eine gemeinschaftliche Führung vorliegt (maßgeblicher Einfluss).

Die Bestimmung der Zeitpunkte für die Aufnahme und für das Ausscheiden aus dem Kreis der nach der Equity-Methode bilanzierten Gesellschaften erfolgt analog zu den für Tochterunternehmen geltenden Grundsätzen. Die assoziierten Unternehmen sind auf der Grundlage der Neubewertungsmethode auf den Zeitpunkt des Erwerbs mit ihrem anteiligen Eigenkapital angesetzt. Der Equity-Bewertung liegt grundsätzlich jeweils der letzte geprüfte Jahresabschluss oder bei einem vom Konzernabschluss abweichenden Geschäftsjahr ein Zwischenabschluss auf den 31. Dezember zugrunde. Ein nach der Equity-Methode bilanziertes Unternehmen hat ein abweichendes Geschäftsjahr, das auf den 31. März endet. Da es sich um eine reine Holdinggesellschaft handelt, werden die Entwicklungen bis zum Konzernabschlussstichtag 31. Dezember als unwesentlich erachtet.

Beteiligungen

Kann die SZAG keinen maßgeblichen Einfluss ausüben sowie auch keine finanz- und geschäftspolitischen Maßnahmen durchsetzen, werden die Anteile an den Gesellschaften gemäß IFRS 9 erfolgsneutral zum Fair Value als finanzielle Vermögenswerte bilanziert.

Konsolidierungskreis

Der Konzernabschluss umfasst neben dem Jahresabschluss der Muttergesellschaft die Jahresabschlüsse von 59 (Vorjahr 59) inländischen und 59 (Vorjahr 54) ausländischen verbundenen Unternehmen. Die Zugänge betreffen vier – bisher aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidierte – Gesellschaften der Geschäftsbereiche Handel und Technologie, die im Geschäftsjahr 2018 erstmals mit ihren fortgeführten IFRS-Werten in den Konzernabschluss der SZAG einbezogen wurden. Gewinn- bzw. Verlustvorträge wurden dabei direkt im Eigenkapital erfasst. Außerdem wurde die in 2018 erworbene inzwischen umfirmierte Mannesmann SOTEP Stainless Tubes SAS neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen. Das Geschäftsjahr der SZAG und ihrer im Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften entspricht grundsätzlich dem Kalenderjahr.

Wegen ihrer auch insgesamt geringen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden weiterhin sechs (Vorjahr fünf) inländische und 13 (Vorjahr 16) ausländische Tochtergesellschaften nicht konsolidiert, sondern als sonstige langfristige Vermögenswerte bilanziert. Bei den Gesellschaften handelt es sich vor allem um nicht operative Mantel- bzw. Holdinggesellschaften sowie sehr kleine Vertriebs- oder Immobiliengesellschaften.

Unverändert zum Vorjahr wird eine inländische Gesellschaft als gemeinschaftliche Tätigkeit anteilig in den Konzernabschluss einbezogen. Bei dieser Gesellschaft handelt es sich um die Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH (HKM), Duisburg, an der die Salzgitter Mannesmann GmbH zu 30% beteiligt ist. Die Geschäftstätigkeit der HKM besteht darin, die Gesellschafterinnen mit Vormaterial zu beliefern. Aus diesem Grund ist das HKM-Geschäftsergebnis insbesondere von den Aufträgen der Gesellschafterinnen abhängig, sodass diese auch die Rechte auf die Vermögenswerte und die Verpflichtungen für die Schulden übernehmen.

Als assoziiertes Unternehmen wird die Aurubis AG, Hamburg, an der die Salzgitter Mannesmann GmbH zu 25,5% (Vorjahr 16,8%) beteiligt ist, unverändert zum Vorjahr nach der Equity-Methode bilanziert. Die Aurubis AG hält ihrerseits 1,2% (Vorjahr 1,2%) an der Salzgitter AG. Geschäftliche Beziehungen zwischen den Konzernen bestehen in untergeordnetem Umfang. An der EUROPIPE GmbH, Mülheim, ist die Salzgitter Mannesmann GmbH zu 50% beteiligt. Da die beiden Gesellschafterinnen der EUROPIPE GmbH gemeinschaftlich die Führung ausüben und vertraglich am Nettovermögen beteiligt sind, handelt es sich um ein Gemeinschaftsunternehmen. Die EUROPIPE-Gruppe wird somit ebenfalls nach der Equity-Methode bilanziert. Vom Salzgitter-Konzern bezieht die EUROPIPE-Gruppe Vormaterial. Im Geschäftsjahr 2018 werden die bisher aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidierten Gesellschaften Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung Salzgitter, Salzgitter, sowie Borusan Mannesmann Boru Yatirim Holding A.S., Istanbul, erstmals nach der Equity-Methode konsolidiert.

Erstere errichtet, verwaltet, betreut und bewirtschaftet diverse Bauten. Letztere ist eine Holdinggesellschaft, die ihrerseits lediglich Beteiligungen hält und kein operatives Geschäft führt. Zu beiden Gesellschaft haben die Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns Geschäftsbeziehungen von untergeordneter Bedeutung.

Als Teil des Konzern- und Jahresabschlusses der SZAG ist die Aufstellung des gesamten Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB beim elektronischen Unternehmensregister www.unternehmensregister.de sowie unter dem Punkt „Finanzberichte“ auf www.salzgitter-ag.com/de/investor-relations abrufbar.

Währungsumrechnung

In den Einzelabschlüssen der Gesellschaften werden Geschäftsvorfälle in fremder Währung mit dem Kurs zum Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung bewertet. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene Kursgewinne und -verluste aus der Bewertung von Forderungen bzw. Verbindlichkeiten werden ergebniswirksam berücksichtigt.

Jahresabschlüsse sind in der funktionalen Währung der jeweiligen Gesellschaft erstellt. Als funktionale Währung einer Gesellschaft wird die Währung des wirtschaftlichen Umfelds bezeichnet, in dem die Gesellschaft primär tätig ist. Mit Ausnahme von wenigen Gesellschaften stimmt die Funktionalwährung der Tochtergesellschaften mit der Währung des Landes überein, in dem die jeweilige Tochtergesellschaft ihren Sitz hat.

Die Umrechnung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt zum Stichtagskurs; die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden zum Jahresdurchschnittskurs umgerechnet. Die sich daraus ergebenden Differenzen werden bis zur Veräußerung der Tochtergesellschaft erfolgsneutral in der Rücklage aus Währungsumrechnung im Eigenkapital erfasst.

Bei der Umrechnung der Eigenkapitalfortschreibung von ausländischen Unternehmen, die nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden, wird entsprechend vorgegangen. Differenzen gegenüber der Vorjahresumrechnung werden erfolgsneutral mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Aufwands- und Ertragsposten werden mit Jahresdurchschnittskursen, Veränderungen der Rücklagen mit Stichtagskursen umgerechnet.

Schätzungen und Annahmen

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind Annahmen getroffen und Schätzungen verwandt worden, die sich auf Höhe und Ausweis der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, der Erträge und Aufwendungen sowie der Eventualverbindlichkeiten ausgewirkt haben. Alle Schätzungen und Annahmen werden so getroffen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt wird. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen. Solche Abweichungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Kenntnis berücksichtigt. Wesentliche Schätzungen und Annahmen werden hauptsächlich bei den nachfolgend erläuterten Posten „Werthaltigkeit der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien“, „Ertrags- und Aufwandsrealisierung“, „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“, „Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ sowie „Rückstellungen für betriebstypische und übrige Risiken“ verwendet.

Werthaltigkeit der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien

Zu jedem Bilanzstichtag hat der Konzern einzuschätzen, ob irgendein auslösendes Ereignis dafür vorliegt, dass der Buchwert eines immateriellen Vermögenswertes, einer Sachanlage oder einer als Finanzinvestition gehaltenen Immobilie wertgemindert sein könnte. In diesem Fall wird der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswertes geschätzt. Der erzielbare Betrag entspricht dem höheren Wert von beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Die Ermittlung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. In diesem Zusammenhang sind die diskontierten künftigen Cashflows des betreffenden Vermögenswertes zu bestimmen. Die Schätzung der diskontierten künftigen Cashflows beinhaltet wesentliche Annahmen wie insbesondere solche bezüglich der künftigen Verkaufspreise und Verkaufsvolumina, der Kosten und der Diskontierungszinssätze. Vergleichbare Fragestellungen ergeben sich bei Kaufpreisallokationen bei Unternehmenserwerben.

Ertrags- und Aufwandsrealisierung

Die Ermittlung des Fertigstellungsgrades zur Bilanzierung von bestehenden Aufträgen zur Erstellung von Maschinen und technischen Anlagen erfordert eine exakte Schätzung der gesamten Auftragskosten, der bis zur Fertigstellung noch anfallenden Kosten, der gesamten Auftragserlöse und der Auftragsrisiken sowie andere Annahmen. Schätzungen hinsichtlich der Erlöse, Kosten oder des Auftragsfortschritts werden korrigiert, wenn sich Umstände ändern. Etwaige daraus resultierende Erhöhungen oder Verminderungen der geschätzten Erlö-

se oder Kosten werden erfolgswirksam erfasst, in der die Umstände, die Anlass zur Korrektur geben, der Geschäftsleitung zur Kenntnis gelangen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Da der Konzern in zahlreichen Ländern operativ tätig ist und dort Einkünfte erzielt, unterliegt er in einer Vielzahl von Steuerhoheiten den unterschiedlichsten Steuergesetzen. Um die weltweiten Steuerverbindlichkeiten des Konzerns zu bestimmen, sind daher wesentliche Beurteilungen erforderlich. Die Passivierung potenzieller Steuer Risiken im Konzern erfolgt auf Basis einer bestmöglichen Schätzung. Zu jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, auf Basis des dreijährigen Planungszeitraums, ob die Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile für den Ansatz aktiver latenter Steuern hinreichend wahrscheinlich ist. Dies erfordert vom Management unter anderem die Beurteilung der Steuervorteile, die sich aus den zur Verfügung stehenden Steuerstrategien und dem künftigen zu versteuernden Einkommen ergeben, sowie die Berücksichtigung weiterer positiver und negativer Faktoren.

Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Bilanzierung von Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen erfolgt in Übereinstimmung mit versicherungsmathematischen Bewertungen. Um künftige Ereignisse zu antizipieren, beruhen die versicherungsmathematischen Bewertungen auf statistischen und anderen Faktoren. Diese beinhalten als wesentliche Prämissen die erwarteten Gehalts- und Rentensteigerungen sowie Sterbewahrscheinlichkeiten.

Rückstellungen für betriebstypische und übrige Risiken

Bei der Ermittlung der Verpflichtungen sind Annahmen über zukünftige Zahlungsströme und im Falle von langfristigen Verpflichtungen auch über Kostensteigerungen zu treffen. Die Beurteilung der Sachverhalte erfolgt bei Bedarf unter Hinzuziehung von externen Beratern. Zudem werden Eintrittswahrscheinlichkeiten für den Ansatz der möglichen Verpflichtung berücksichtigt.

Immaterielle Vermögenswerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und planmäßig linear über ihre voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer, im Regelfall zwischen drei und fünf Jahre, abgeschrieben.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden aktiviert, sofern der Zufluss eines verlässlich schätzbaren Nutzens für den Konzern wahrscheinlich ist und die Herstellungskosten zuverlässig bemessen werden können. Die Herstellungskosten selbst erstellter immaterieller Vermögenswerte werden auf Basis direkt zurechenbarer Kosten ermittelt. Es werden Kosten einbezogen, die zur Schaffung, Herstellung und Vorbereitung der Vermögenswerte erforderlich sind, um diese für den vom Management des Konzerns beabsichtigten Gebrauch betriebsbereit zu machen. Diese immateriellen Vermögenswerte werden in der Regel über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die im Rahmen von Kaufpreisallokationen identifizierten Vermögenswerte werden über Zeiträume zwischen zehn und 26 Jahren planmäßig linear abgeschrieben.

Entwicklungskosten werden aktiviert, wenn ein neu entwickeltes Produkt oder Verfahren eindeutig abgegrenzt werden kann, technisch realisierbar ist und entweder die eigene Nutzung oder die Vermarktung vorgesehen ist. Weiterhin setzt die Aktivierung voraus, dass den Entwicklungsausgaben mit hinreichender Wahrscheinlichkeit künftige Finanzmittelzuflüsse gegenüberstehen werden. Der Entwicklungsprozess ist von einer Forschungsphase zu unterscheiden. Entwicklung ist die Anwendung des Forschungsergebnisses und findet vor Beginn der kommerziellen Produktion oder Nutzung statt. Falls die Voraussetzungen für eine Aktivierung nicht gegeben sind, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung ergebniswirksam erfasst.

Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten umfassen dabei alle dem Entwicklungsprozess direkt zurechenbaren Kosten sowie ebenfalls direkt zurechenbare Teile der entwicklungsbezogenen Gemeinkosten. Die Abschreibung erfolgt linear ab dem Produktionsbeginn über die vorgesehene Nutzungsdauer der entwickelten Anlagenmodelle.

Rechte zur Emission von CO₂ werden, soweit vorgesehen ist, die Emissionsrechte für die Produktion zu verwenden, unter den immateriellen Vermögenswerten bilanziert. Erstaussstattungen an Emissionsrechten, die unentgeltlich erworben worden sind, werden mit Anschaffungskosten von null Euro erfasst. Entgeltlich erworbene Emissionsrechte werden zu Anschaffungskosten erfasst.

Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen bewertet. Erhaltene Investitionszuschüsse werden als Minderung der Anschaffungs- und Herstellungskosten gezeigt. Die Restbuchwerte und die wirtschaftlichen Nutzungsdauern werden zu jedem Bilanzstichtag überprüft und ggf. angepasst.

Die Herstellungskosten selbst erstellter Sachanlagen werden auf Basis direkt zurechenbarer Kosten ermittelt.

Kosten für die regelmäßige Wartung und Reparatur von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens werden als Aufwand verrechnet. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen werden nur dann als nachträgliche Herstellungskosten aktiviert, wenn sie zu einer Verlängerung der Nutzungsdauer, einer Verbesserung oder einer Nutzungsänderung der Sachanlage führen.

Wesentliche Bestandteile von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens, die in regelmäßigen Zeitabständen eines Ersatzes bedürfen, werden als eigenständige Vermögenswerte aktiviert und über deren wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Den planmäßigen linearen Abschreibungen liegen im Wesentlichen folgende wirtschaftliche Nutzungsdauern zugrunde:

Wirtschaftliche Nutzungsdauern

Gebäude inklusive als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	10 bis 50 Jahre
Grundstückseinrichtungen	5 bis 40 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	5 bis 33 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 20 Jahre

Leasing

Der Konzern tritt sowohl als Leasingnehmer als auch als Leasinggeber auf. Leasingverhältnisse werden als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn durch die Leasingvereinbarung alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum in Verbindung stehen, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Leasingverhältnisse, bei denen ein wesentlicher Teil des Nutzens und der Risiken aus dem Eigentum am Leasingobjekt beim Leasinggeber verbleibt, werden als Operating Leasing qualifiziert. Der Konzern als Leasinggeber bilanziert beim Operating Leasing den Leasinggegenstand im Sachanlagevermögen und vereinnahmt die Leasingraten in vollem Umfang. Als Leasingnehmer wird beim Vorliegen eines Finanzierungsleasings das Leasingobjekt zu Beginn der Grundmietzeit aktiviert und über die Folgeperioden abgeschrieben. Gleichzeitig wird eine Verbindlichkeit bilanziert. Beim Operating Leasing werden beim Leasingnehmer lediglich die Leasingraten im Aufwand gebucht.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umfassen Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder langfristigen Wertsteigerungen gehalten und nicht in der Produktion oder für Verwaltungszwecke eingesetzt werden. Sie werden nach IAS 40 mit den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung außerplanmäßiger Abschreibungen bilanziert („Cost Model“).

Finanzielle Vermögenswerte – Kategorisierung und Bewertung

Bei der erstmaligen Erfassung wird ein finanzieller Vermögenswert dabei als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“, als „erfolgswirksam zum Fair Value“ oder als „erfolgsneutral zum Fair Value“ eingestuft.

Kategorisierung

Geschäftsmodellbedingung und Zahlungsstrombedingung

Die Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten bestimmt sich gemäß IFRS 9 nach dem Geschäftsmodell und der Struktur der vereinbarten Zahlungsströme. Die Finanzinstrumente werden anhand dieser beiden Bedingungen verschiedenen Kategorien zugeordnet.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten

Ein Finanzinstrument fällt in die Kategorie „zu fortgeführten Anschaffungskosten“, wenn die Zielsetzung des Geschäftsmodells darin besteht, ein Schuldinstrument zu halten, die vertraglichen Zahlungsströme (z.B. Zinserträge) zu erwirtschaften und bei Fälligkeit den Nominalwert zu vereinnahmen.

Erfolgswirksam zum Fair Value

Ein Finanzinstrument fällt in die Kategorie „Erfolgswirksam zum Fair Value“, wenn die Zielsetzung des Geschäftsmodells darin besteht, die Schuldinstrumente oder Eigenkapitalinstrumente kurzfristig zur Realisierung von Kursgewinnen zu halten (Geschäftsmodellbedingung), und im Fall von Schuldinstrumenten nicht ausschließlich Zins- und Tilgungszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag erzielt werden (Zahlungsstrombedingung). Darüber hinaus werden in dieser Kategorie auch Derivate abgebildet, die gemäß den Vorschriften zum Hedge Accounting nicht erfolgsneutral bilanziert werden dürfen.

Erfolgsneutral zum Fair Value

Ein Finanzinstrument, das als Schuldinstrument definiert ist, fällt in die Kategorie „Erfolgsneutral zum Fair Value“, wenn es nicht als „Erfolgswirksam zum Fair Value“ designiert wurde und die Zielsetzung des Geschäftsmodells sowohl darin besteht, die finanziellen Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme des Schuldinstruments zu halten, als auch das Schuldinstrument zu veräußern, und die Vertragsbedingungen zu festgelegten Zeitpunkten zu Zahlungsströmen führen, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen.

Ein Finanzinstrument, das als Eigenkapitalinstrument definiert ist, fällt in die Kategorie „Erfolgsneutral zum Fair Value“, wenn es nicht nur kurzfristig zur Realisierung von Kursgewinnen gehalten wird, wobei die erfolgsneutralen kumulierten Gewinne und Verluste bei Ausbuchung des finanziellen Vermögenswertes **nicht** erfolgswirksam ausgebucht werden (kein Recycling). Die erfolgsneutral kumulierten Gewinne und Verluste werden in die Gewinnrücklagen umgebucht. Von diesem Wahlrecht, Eigenkapitalinstrumente, die **nicht** dem Geschäftsmodell „Handel“ zuzuordnen sind, erfolgsneutral zu bewerten, wird im Salzgitter-Konzern Gebrauch gemacht. Dividenden werden unabhängig davon im Gewinn oder Verlust erfasst, es sei denn, sie repräsentieren die Rückzahlung eines Teils der Anschaffungskosten des Eigenkapitalinstruments.

Darüber hinaus werden dieser Kategorie auch Derivate zugeordnet, die gemäß den Vorschriften zum Hedge Accounting erfolgsneutral bilanziert werden.

Von dem Wahlrecht zur Bilanzierung von finanziellen Vermögenswerten bzw. finanziellen Verbindlichkeiten zum Fair Value (Fair Value Option) wird im Salzgitter-Konzern kein Gebrauch gemacht.

Erst- und Folgebewertung

Reguläre Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten werden zum Handelstag angesetzt, dem Tag, an dem sich der Konzern zum Kauf bzw. Verkauf eines finanziellen Vermögenswertes verpflichtet.

Finanzielle Vermögenswerte werden bei ihrer ersten Erfassung zum beizulegenden Zeitwert angesetzt.

Finanzinstrumente werden den langfristigen Vermögenswerten zugeordnet, sofern das Management nicht die Absicht hat, sie innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zu veräußern.

Finanzinstrumente der Kategorien „Erfolgswirksam zum Fair Value“ sowie „Erfolgsneutral zum Fair Value“ werden in der Folgebewertung mit den beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Die Folgebewertung der Kategorie „Zu fortgeführten Anschaffungskosten“ erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode.

Die Bewertung nicht börsennotierter Anteile an Unternehmen ohne maßgeblichen Einfluss erfolgt „erfolgsneutral zum Fair Value“ wenn sie nicht nur kurzfristig zur Realisierung von Kursgewinnen gehalten werden.

Für Devisen- und Warentermingeschäfte werden Marktwerte mit Hilfe anerkannter finanzmathematischer Methoden ermittelt. Bei wesentlichen Marktwerten wird das Adressenausfallrisiko in Form eines Kreditrisikoabschlags berücksichtigt.

Die Bewertung der Devisentermingeschäfte erfolgt durch eigene Berechnungen. Basierend auf den EZB-Referenzkursen der jeweiligen Währungspaare und den Zinsdifferenzen der jeweiligen Laufzeiten der Devisenterminkontrakte wurden die für den Abschlussstichtag geltenden Terminkurse (Outrightkurse) ermittelt. Dabei wurden ausgehend von standardisierten Laufzeiten die Zinsdifferenzen der tatsächlichen Laufzeiten durch Interpolation ermittelt. Die Informationen zu den standardisierten Laufzeiten wurden einem handelsüblichen Marktinformationssystem entnommen. Die ermittelte Differenz des vertraglich vereinbarten Fremdwährungsbetrages zum Kontraktterminkurs und zum Stichtagsterminkurs wird auf den Bilanzstichtag vorwiegend mit dem Euribor-Zinssatz entsprechend der Restlaufzeit abgezinst.

Offene Eisenerz- und Kokskohleswaps werden mit Hilfe monatlicher Forwardpreise bewertet. Die zukünftigen Cashflows dieser Derivate werden entsprechend ihrer Laufzeit diskontiert. Auf Basis dieser Parameter wird zunächst ein kreditrisikoloser Marktwert der offenen Menge in Fremdwährung berechnet. Im zweiten Schritt wird ein Korrektur-Betrag zur Berücksichtigung des Kreditrisikos gemäß IFRS 13 ermittelt. Dieser ergibt sich aus einem Abschlag für das Kontrahentenrisiko (CVA = Credit Valuation Adjustment) und einem Aufschlag für das eigene Ausfallrisiko (DVA = Debit Valuation Adjustment). Der Marktwert in Fremdwährung wird abschließend mit Hilfe des aktuellen Wechselkurses in EUR umgerechnet.

Unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Änderung des Fair Values von Finanzinstrumenten der Kategorie „Erfolgsneutral zum Fair Value“ werden im Eigenkapital erfasst. Wenn als Schuldinstrument definierte Vermögenswerte dieser Kategorie veräußert werden, werden die im Eigenkapital kumulierten Anpassungen des beizulegenden Zeitwertes erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Wenn als Eigenkapitalinstrument definierte Vermögenswerte dieser Kategorie veräußert werden, sind die erfolgsneutral kumulierten Gewinne und Verluste bei Ausbuchung des finanziellen Vermögenswertes **nicht** erfolgswirksam ausgebucht werden (also kein Recycling). Die erfolgsneutral kumulierten Gewinne und Verluste werden in die Gewinnrücklagen umgebucht.

Wertänderungen des beizulegenden Zeitwertes von derivativen Finanzinstrumenten, die sich nicht für das Hedge Accounting qualifizieren, werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Ausbuchung

Finanzinstrumente werden ausgebucht, wenn die Rechte auf Zahlungen aus dem Investment erloschen sind oder übertragen wurden und der Konzern im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, übertragen hat.

Saldierung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden nur dann saldiert und als Nettobetrag in der Bilanz ausgewiesen, wenn es einen Rechtsanspruch darauf gibt und beabsichtigt ist, den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswertes die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen. Der Rechtsanspruch auf Saldierung darf nicht von einem künftigen Ereignis abhängen und muss sowohl im normalen Geschäftsverlauf als auch im Falle eines Ausfalls oder einer Insolvenz durchsetzbar sein.

Finanzielle Vermögenswerte – Bilanzierung von Wertminderungen**Expected-losses-Modell**

Das Wertminderungsmodell des IFRS 9 beruht auf der Prämisse, die tatsächlich zu erwartenden Verluste (expected credit losses) bereits im Zeitpunkt der Erfassung von finanziellen Vermögenswerten abzubilden.

Stufenmodell (General Approach)

Vermögenswerte, für die zu erwartende Verluste nach dem Expected-losses-Modell abzubilden sind, werden in Abhängigkeit von möglichen künftigen Verlustereignissen einer von drei Stufen zugeordnet (3-Stufen-Konzept). Bei allen Stufen erfolgt generell eine Wertberichtigung. Beim erstmaligen Bilanzansatz sind alle finanziellen Vermögenswerte der Stufe 1 zuzuordnen. Davon ausgenommen sind finanzielle Vermögenswerte, die bereits im Zugangszeitpunkt wertgemindert sind.

Stufe 1

Der Umfang der Erfassung erwarteter Verluste wird danach differenziert, ob sich das Ausfallrisiko der finanziellen Vermögenswerte seit ihrem Zugang wesentlich verschlechtert hat oder nicht. Liegt eine wesentliche Verschlechterung vor und ist das Ausfallrisiko am Stichtag nicht als niedrig einzustufen, sind ab diesem Zeitpunkt sämtliche Verluste über die gesamte Laufzeit zu erfassen (Stufen 2 und 3). Andernfalls sind nur die über die Laufzeit der Forderung zu erwartenden Verluste zu berücksichtigen, die aus künftigen möglichen Verlustereignissen innerhalb der nächsten zwölf Monate resultieren (Stufe 1).

Stufe 2

Sollte das Kreditrisiko nach dem Zugangszeitpunkt signifikant ansteigen, erfolgt ein Transfer des Finanzinstruments in Stufe 2. Bei Berechnung der Risikovorsorge in Stufe 2 müssen die erwarteten Verluste der gesamten Restlaufzeit des finanziellen Vermögenswertes berücksichtigt werden.

Stufe 3

Der finanzielle Vermögenswert ist der Stufe 3 zuzuordnen, wenn sich dessen Kreditqualität weiter verschlechtert hat und objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Ein Vertragsbruch oder erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners können z. B. einen objektiven Hinweis darstellen. Die Bemessung der Risikovorsorge erfolgt wie in Stufe 2; allerdings muss die Ermittlung der effektiven Zinserträge nicht auf den Bruttobuchwert sondern dann auf den Nettobuchwert (nach Abzug der Risikovorsorge) berechnet werden.

Vereinfachter Ansatz (Simplified Approach)

Ausnahmeregelungen bestehen für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie für Vertragsvermögenswerte nach IFRS 15. Für diese Vermögenswerte dürfen bereits bei Zugang des Finanzinstruments sämtliche erwartete Verluste über die gesamte Laufzeit berücksichtigt werden. Das Stufenmodell kommt im Rahmen des vereinfachten Ansatzes nicht zur Anwendung.

Zur Bemessung der erwarteten Kreditverluste werden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Vertragsvermögenswerte auf Basis gemeinsamer Kreditrisikomerkmale zusammengefasst. Die Vertragsvermögenswerte betreffen noch nicht fakturierte ausstehende Vertragsverpflichtungen und weisen im Wesentlichen die gleichen Kreditrisikomerkmale wie die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen für die gleichen Vertragsarten auf. Der Salzgitter-Konzern wendet daher die Verlustquoten für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auch für die Bewertung der zu erwartenden Verluste aus Vertragsvermögenswerten an.

Die erwarteten Verlustquoten beruhen dabei auf externen und internen Bonitätsbewertungen. Um zu beurteilen, ob sich das Ausfallrisiko signifikant erhöht hat, wird das Ausfallrisiko im Hinblick auf den Abschlussstichtag mit dem Ausfallrisiko im Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes verglichen. Dabei werden neben der externen Bonitätsbewertung insbesondere interne Bonitätsbewertungen sowie signifikante Änderungen der erwarteten Ertragskraft und des Zahlungsverhaltens des Schuldners einbezogen.

Finanzinstrumente – Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Die Methode zur Erfassung von Gewinnen oder Verlusten von Derivaten hängt davon ab, ob das Derivat als Sicherungsinstrument designiert wurde, und, wenn dies der Fall ist, von der Art der Sicherungsbeziehung. Der Konzern designiert Derivate entweder als Sicherung des beizulegenden Zeitwertes eines bilanzierten Vermögenswertes bzw. einer Verbindlichkeit (Fair Value Hedge), als Sicherung von Zahlungsströmen aus einer höchstwahrscheinlich künftig eintretenden Transaktion oder als Sicherung des Währungsrisikos einer festen Verpflichtung (beides Cashflow Hedge).

Fair Value Hedge

Die Marktwertänderungen von Derivaten, die als Fair Value Hedge zu qualifizieren sind, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung gemeinsam mit den dem gesicherten Risiko zurechenbaren Änderungen des beizulegenden Zeitwertes der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten erfasst.

Cashflow Hedge

Der effektive Teil der Marktwertänderungen von Derivaten, die für eine Absicherung von Zahlungsströmen oder zur Währungssicherung fester Verpflichtungen bestimmt sind und qualifizierte Hedges darstellen, wird im Eigenkapital erfasst. Der ineffektive Teil der Wertänderungen wird dagegen direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam berücksichtigt.

Resultiert eine abgesicherte zukünftige Transaktion im Ansatz eines nicht-finanziellen Vermögenswertes (zum Beispiel Vorratsvermögen), werden die zuvor im Eigenkapital erfassten Gewinne oder Verluste direkt in die Erstbewertung der Anschaffungskosten des nicht-finanziellen Vermögenswertes mit einbezogen (Basis Adjustment). Wenn ein Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert wird oder das Sicherungsgeschäft nicht mehr die Kriterien für Hedge Accounting erfüllt, so verbleibt der kumulierte Gewinn oder Verlust im Eigenkapital und wird erst dann als Basis Adjustment in der Bilanz bzw. direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn die zugrunde liegende Transaktion eintritt.

Wird der Eintritt der zukünftigen Transaktion nicht länger erwartet, sind die kumulierten Gewinne oder Verluste, die direkt im Eigenkapital erfasst wurden, sofort in die Gewinn- und Verlustrechnung umzubuchen.

Vorräte

Die Vorräte werden zu Anschaffungs-/Herstellungskosten bzw. dem niedrigeren Nettoveräußerungswert angesetzt. Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu Durchschnittskosten oder einzeln zugeordneten Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die Herstellungskosten werden auf der Grundlage der Normalbeschäftigung

ermittelt. Im Einzelnen enthalten die Herstellungskosten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch die produktionsbezogenen Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich fertigungsbedingter Abschreibungen. Ergeben sich am Abschlussstichtag niedrigere Werte aufgrund gesunkener Nettoveräußerungswerte, so werden diese angesetzt. Soweit bei früher abgewerteten Vorräten der Nettoveräußerungswert gestiegen ist, wird die daraus resultierende Wertaufholung als Minderung des Materialaufwands bzw. Bestandsveränderung erfasst.

Die unfertigen und fertigen Erzeugnisse sowie selbst erzeugte Rohstoffe werden mit Konzernherstellungskosten bewertet, die neben den Einzelkosten auch die auf systematischer Basis ermittelten oder zugerechneten variablen und fixen Gemeinkosten enthalten.

Vertragsvermögenswerte und Vertragsverbindlichkeiten

Erhaltene Anzahlungen werden von den Vertragsvermögenswerten auftragsspezifisch abgesetzt. Soweit die erhaltenen Anzahlungen einzelner Kundenverträge die Forderungen aus Kundenverträgen übersteigen, wird der überschüssige Betrag unter den Vertragsverbindlichkeiten ausgewiesen. Wenn voraussichtlich die gesamten Auftragskosten die gesamten Auftragslöse überschreiten, wird der erwartete Verlust sofort als Aufwand erfasst und, soweit er die bereits angefallenen Auftragskosten übersteigt, als Vertragsverbindlichkeit ausgewiesen.

Zur Realisierung von Umsatzerlösen und weiteren Annahmen bei Kundenverträgen wird auf den Abschnitt „Ertrags- und Aufwandsrealisierung“ verwiesen.

Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden aufgrund von Versorgungszusagen auf Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistung gebildet. Die Bildung von Rückstellungen erfolgt dabei ausschließlich für leistungsorientierte Versorgungszusagen, bei denen das Unternehmen den Arbeitnehmern einen bestimmten Versorgungsumfang garantiert. In diesen Rückstellungen sind auch Verpflichtungen zur Zahlung von Überbrückungsgeldern in Sterbefällen enthalten.

Grundlage für die Bewertung der Versorgungsverpflichtungen sind versicherungsmathematische Annahmen und Berechnungen. Die leistungsorientierten Versorgungsverpflichtungen werden nach dem von den IFRS vorgeschriebenen üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Basis zur Ermittlung des angewendeten Rechnungszinses bilden die Renditen hochwertiger Unternehmensanleihen. Es werden dabei alle Unternehmensanleihen mit einer Mindestlaufzeit von zehn Jahren berücksichtigt, die von wenigstens einer der führenden Ratingagenturen mindestens ein AA-Rating erhalten haben. Um einen zur Duration der Verpflichtung adäquaten Zinssatz zu erhalten, erfolgt eine Extrapolation entlang der Zinsstrukturkurve von Staatsanleihen, die von wenigstens einer der führenden Ratingagenturen mindestens ein AAA-Rating erhalten haben.

Abweichend von diesem Grundsatz werden Versorgungszusagen, deren Leistung sich an der Wertentwicklung von Wertpapieren orientiert, grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Wertpapiere bilanziert (sog. wertpapierbasierte Zusagen). Soweit daneben eine Mindestverzinsung der geleisteten Einzahlungen garantiert ist, wird eine versicherungsmathematisch ermittelte Mindestverpflichtung bilanziert, wenn diese den Zeitwert der Wertpapiere übersteigt.

Ertragsteuern

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt gemäß IAS 12 nach der bilanzorientierten Verbindlichkeiten-Methode. Danach werden für temporäre Differenzen zwischen den im Konzernabschluss angesetzten Buchwerten und den steuerlichen Wertansätzen von Vermögenswerten und Schulden zukünftig wahrscheinlich eintretende Steuerent- und -belastungen bilanziert.

Zum 31. Dezember 2018 werden die latenten Steuern inländischer Kapitalgesellschaften mit einem Gesamtsteuersatz von 31,4% (Vorjahr 31,0%) bewertet. Dieser Steuersatz setzt sich zusammen aus dem im Konzern geltenden 15,6%igen Gewerbesteuersatz (Vorjahr: 15,2%) und dem 15,8%igen Körperschaftsteuersatz (inklusive Solidaritätszuschlag; Vorjahr: 15,8%).

Die Berechnung ausländischer Ertragsteuern basiert auf den in den einzelnen Ländern gültigen Gesetzen und Verordnungen.

Die aus der Nutzung von als zukünftig realisierbar eingeschätzten Verlustvorträgen erwarteten Steuerersparnisse werden aktiviert. Bei der Bewertung eines aktivierten Vermögenswertes für zukünftige Steuerentlastungen wird die Wahrscheinlichkeit der Realisierung des erwarteten Steuervorteils berücksichtigt.

Die Vermögenswerte aus zukünftigen Steuerentlastungen umfassen aktive latente Steuern aus temporären Differenzen zwischen den in der Konzernbilanz angesetzten Buchwerten und steuerlichen Wertansätzen sowie die Steuerersparnisse aus als zukünftig realisierbar eingeschätzten Verlustvorträgen.

Latente Steueransprüche in einem Steuerhoheitsgebiet werden mit latenten Steuerschulden desselben Gebietes verrechnet, wenn das Unternehmen einen Anspruch auf Verrechnung tatsächlicher Steuerschulden und Steueransprüche hat und die Steuern von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden; die Verrechnung erfolgt, soweit sich die Fristigkeiten entsprechen.

Ertragsteuerschulden werden – vorausgesetzt, sie bestehen in demselben Steuerhoheitsgebiet und sind hinsichtlich Art und Fristigkeit gleichartig – mit entsprechenden Steuererstattungsansprüchen saldiert.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen werden für gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten gebildet, deren Eintritt wahrscheinlich zu einer Vermögensbelastung führen wird. Sie werden unter Berücksichtigung aller daraus erkennbaren Risiken zum voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und nicht mit Erstattungsansprüchen verrechnet. Soweit sich aus der Diskontierung ein wesentlicher Effekt ergibt, werden die Rückstellungen mit ihrem Barwert angesetzt. Dabei wird ein laufzeit- und währungsadäquater, risikoloser Zinssatz verwendet. Eine Aufzinsung bei negativen Zinssätzen erfolgt nicht.

Finanzielle Verbindlichkeiten

Kategorisierung

Finanzielle Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgswirksam zum Fair Value kategorisiert und bewertet.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten

Finanzielle Verbindlichkeiten werden bei ihrem erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert nach Abzug von Transaktionskosten angesetzt. In den Folgeperioden werden sie grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Jede Differenz zwischen dem Auszahlungsbetrag und dem Rückzahlungsbetrag wird dann über die Laufzeit der Ausleiherung unter Anwendung der Effektivzinsmethode verteilt.

Erfolgswirksam zum Fair Value

Da der Salzgitter-Konzern Finanzinstrumente beim erstmaligen Ansatz nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten designiert (Nichtanwendung der Fair Value Option), fallen unter diese Kategorie ausschließlich die Derivate mit negativem Fair Value, die nicht im Hedge Accounting abgebildet werden.

Ausbuchung

Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Verpflichtungen erfüllt, aufgehoben oder ausgelaufen sind.

Aufgegebener Geschäftsbereich

Ist die Stilllegung eines Unternehmensbestandteils als aufgebener Geschäftsbereich zu klassifizieren, sind die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen gesondert darzustellen. Dabei wird das Nachsteuerergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Gesamtergebnisrechnung in einer gesonderten Zeile angegeben und im Rahmen gesonderter Erläuterungen ausführlich dargestellt. Dies betrifft ebenfalls die Vorjahreswerte. Auch die Netto-Cashflows aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit für den stillgelegten Geschäftsbereich sind darzustellen. Das Ergebnis je Aktie für den aufgegebenen Geschäftsbereich ist anzugeben. HSP Hoesch Spundwand und Profil Gesellschaft mit beschränkter Haftung (HSP) und alle dazugehörigen Spundwand-Aktivitäten wurden bis zum 31. Dezember 2017 nach den Vorschriften des IFRS 5 als aufgebener Geschäftsbereich ausgewiesen. Aufgrund der geringen Bedeutung für den Konzernabschluss wird ab 2018 auf einen gesonderten Ausweis verzichtet.

Ertrags- und Aufwandsrealisierung

Die Erfassung von Umsatzerlösen aus Warenverkäufen und Dienstleistungen erfolgt, wenn die Verfügungsgewalt über das Produkt oder die Dienstleistung übergegangen ist. Die Erlöse sind in dem Zeitpunkt und in der Höhe, in der die vertraglichen Verpflichtungen realisiert werden, zu bilanzieren. Demzufolge wird die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen zeitpunkt- oder zeitraumbezogen klassifiziert. Im Salzgitter-Konzern geht die Verfügungsgewalt für Produkte entweder bei Versand oder Lieferung auf den Kunden über. Dabei überwiegen die zeitpunktbezogenen Umsätze deutlich. Die zeitraumbezogenen Umsätze umfassen eine wenig signifikante Größenordnung und fallen für Dienstleistungen sowie im Bereich des Maschinenbaus an. Im Übrigen werden die Umsatzerlöse aus Verkäufen in Höhe des im Vertrag festgelegten Preises – ggf. unter Abzug von Erlösschmälerungen wie Boni, Skonti oder Rabatten – erfasst. Sie werden in der Höhe erfasst, in der es hochwahrscheinlich ist, dass eine signifikante Stornierung der Umsätze nicht notwendig wird, sofern die damit verbundene Unsicherheit nicht mehr besteht.

Verkauf von Flachstahl und Grobblechen, Profilstahlprodukten, Röhren sowie sonstigen Erzeugnissen

Der Konzern verkauft in den Segmenten Flachstahl, Grobblech / Profilstahl sowie Mannesmann seine Produkte sowohl im Direktvertrieb als auch in dem Segment Handel. Die Erlöse aus dem Verkauf werden in dem Zeitpunkt erfasst, in dem die Verfügungsgewalt über das Produkt auf den Käufer übergegangen ist und keine nicht erfüllten Verpflichtungen verbleiben, die sich auf die Abnahme der Produkte durch den Kunden auswirken könnten. Dies ist überwiegend bei Lieferung an den Kunden der Fall. Mit den Kunden ist in der Regel ein Zahlungsziel von weniger als zwölf Monaten vereinbart.

Die Erlöse aus Verkäufen werden in Höhe des im Vertrag festgelegten Preises – ggf. unter Abzug von Erlöschmälerungen wie Boni, Skonti oder Rabatten – erfasst. Umsatzerlöse werden nur in dem Umfang erfasst, in dem es hochwahrscheinlich ist, dass eine signifikante Stornierung der Umsätze nicht notwendig wird, sofern die damit verbundene Unsicherheit nicht mehr besteht.

Verkauf von Maschinen und technischen Anlagen

Der Konzern verkauft Maschinen und technische Anlagen grundsätzlich im Direktvertrieb. Daneben werden auch Ersatzteile sowie Service-Dienstleistungen angeboten. Die Erlöse aus dem Verkauf werden sowohl zeitpunkt- als auch zeitraumbezogen erfasst.

Bei zeitpunktbezogener Umsatzrealisierung werden die Erlöse in dem Zeitpunkt erfasst, in dem die Verfügungsgewalt über das Produkt auf den Käufer übergegangen ist und keine nicht erfüllten Verpflichtungen verbleiben, die sich auf die Abnahme der Produkte durch den Kunden auswirken könnten. Dies ist überwiegend bei Lieferung an den Kunden der Fall.

Bei zeitraumbezogener Umsatzrealisierung werden bei entsprechender Vertragsgestaltung die Erlöse im Zeitablauf in dem Umfang realisiert, in dem aus der Erfüllung der Leistungsverpflichtung ein Anspruch auf die vereinbarte Zahlung durch den Kunden entsteht. Mit den Kunden ist in der Regel ein Zahlungsziel von weniger als zwölf Monaten vereinbart. Eine Forderung wird bei Versand oder Lieferung der Güter ausgewiesen, weil zu diesem Zeitpunkt der Anspruch auf Gegenleistung unbedingt ist, d. h., dass die Fälligkeit ab diesem Zeitpunkt automatisch mit Zeitablauf eintritt.

Unter Anwendung des IFRS 15 werden Erlöse aus Verträgen mit Kunden dann als zeitraumbezogener Umsatz realisiert, wenn aus der Erfüllung der Leistungsverpflichtung ein Anspruch auf die vereinbarte Zahlung durch den Kunden entsteht. Der Konzern erbringt seine Leistung für Verträge mit Kunden zeitraumbezogen, wenn durch die Leistung ein Vermögenswert ohne alternativen Nutzen entsteht und ein durchsetzbarer Rechtsanspruch auf die Gegenleistung (inkl. Marge) für die jeweils erfüllten Leistungsverpflichtungen vorliegt. Kosten der verkauften Produkte und erbrachten Dienstleistungen werden entsprechend dem Leistungsfortschritt am Ende der Periode erfasst.

Zur Ermittlung des Fertigstellungsgrades wird im Konzern fast ausschließlich die Input-orientierte „Cost-to-cost-Methode“ angewendet, da diese Methode am besten dazu geeignet ist, die Übertragung von Vermögenswerten an den Kunden abzubilden. Dabei wird das Verhältnis der bis zum Stichtag kumulativ aufgelaufenen Kosten zu der aktuellen Schätzung der Gesamtkosten zugrunde gelegt.

Methode, Annahmen und Schätzungen werden stetig ausgeübt. Auftragsverluste werden in der Periode erfasst, in der die aktuell geschätzten Gesamtauftragskosten die gesamten Auftragserlöse übersteigen. Die Schätzung der Auftragskosten erfolgt anhand von Projektkalkulationen, die monatlich aktualisiert werden. Sie beinhalten auch geschätzte Nachlaufkosten.

Übersteigen die nach Leistungsfortschritt erfassten Umsatzerlöse des einzelnen Auftrags die für ihn erhaltenen Zahlungen und angeforderten Anzahlungen, wird für den übersteigenden Betrag ein vertraglicher Vermögenswert erfasst. Sind die Umsatzerlöse geringer, wird eine vertragliche Verbindlichkeit erfasst. Entsteht für einen Auftrag, für den ein vertraglicher Vermögenswert ausgewiesen wird, sukzessive ein Zahlungsanspruch gegenüber dem Kunden oder zahlt er für den jeweiligen Auftrag, wird der vertragliche Vermögenswert ent-

sprechend gemindert und eine Forderung erfasst; erfüllt das Unternehmen sukzessive für einen Auftrag, für den eine vertragliche Verbindlichkeit ausgewiesen wird, seine Leistungsverpflichtung, so wird die vertragliche Verbindlichkeit gemindert und soweit Umsatz gezeigt.

Im Salzgitter-Konzern geht die Verfügungsgewalt für Produkte in der Regel entsprechend den vertraglich vereinbarten Lieferbedingungen entweder bei Versand oder Lieferung auf den Kunden über.

Wesentliche Finanzierungskomponenten sind nicht enthalten. Es liegen keine wesentlichen Rücknahme-, Erstattungs- und ähnlichen Verpflichtungen vor. Für Verträge mit Kunden, die ein Bündel an Leistungsverpflichtungen beinhalten, erfolgt die Schätzung der Einzelveräußerungspreise überwiegend auf Basis vorhandener Einzelveräußerungspreise.

Die vertraglichen Vermögenswerte unterliegen dem Expected-losses-Modell des IFRS 9. Wertminderungen werden in Höhe des über die Laufzeit erwarteten Kreditverlustes erfasst.

Gemäß der Änderung des IFRS 15 wurden rückwirkend zum 01. Januar 2018 aktive latente Steuern in Höhe von 2,7 Mio. € erfolgsneutral erfasst.

Dividenden werden vereinnahmt, wenn der Anspruch rechtlich entstanden ist. Zinsaufwendungen und -erträge werden zeitanteilig erfasst. Im Rahmen von Konsolidierungskreisänderungen werden erworbene Dividendenansprüche im Rahmen der Kapitalkonsolidierung erfolgsneutral erfasst.

Zuwendungen der öffentlichen Hand werden erst bilanziert, wenn die notwendigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind und zu erwarten ist, dass die Zuwendungen tatsächlich gewährt werden. Vermögenswertbezogene Zuwendungen werden grundsätzlich als Abzug von den Anschaffungs- / Herstellungskosten bilanziert. Erfolgsbezogene Zuwendungen werden als sonstige betriebliche Erträge erfasst. Sofern sich eine erfolgsbezogene Zuwendung auf zukünftige Geschäftsjahre bezieht, wird sie periodengerecht abgegrenzt.

Wertminderungen von Vermögenswerten (Impairment Test)

Spätestens zu jedem Bilanzstichtag überprüft der Konzern die Buchwerte seiner immateriellen Vermögenswerte und seines Sachanlagevermögens, um festzustellen, ob Anzeichen für eine Wertminderung vorliegen. Sind solche Anhaltspunkte erkennbar, wird der erzielbare Betrag ermittelt und mit dem Buchwert des betreffenden Vermögenswertes verglichen. Kann der erzielbare Betrag für den einzelnen Vermögenswert nicht ermittelt werden, erfolgt ein Impairment Test auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, zu der der Vermögenswert gehört. Übersteigt der Buchwert eines Vermögenswertes oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit den jeweils erzielbaren Betrag, ist der Vermögenswert wertgemindert und wird auf seinen erzielbaren Betrag außerplanmäßig abgeschrieben. Wenn der Grund für eine früher vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung nachhaltig entfallen ist, wird eine Zuschreibung vorgenommen.

Finanzrisikomanagement

Durch seine Geschäftstätigkeit ist der Konzern verschiedenen finanziellen Risiken ausgesetzt: dem Marktrisiko (Fremdwährungs-, Zins- und Marktpreisrisiko), dem Kredit- sowie einem Liquiditätsrisiko. Das übergreifende Risikomanagement des Konzerns zielt darauf ab, potenziell negative Auswirkungen von Entwicklungen der Finanzmärkte auf die Finanzlage des Konzerns zu minimieren.

Das Risikomanagement erfolgt eigenständig durch die Tochter- und Beteiligungsgesellschaften der SZAG, entsprechend den vom Vorstand verabschiedeten Leitlinien. Das Management gibt sowohl die Prinzipien für das bereichsübergreifende Risikomanagement vor als auch Richtlinien für bestimmte Bereiche, wie zum Beispiel die Absicherung von Fremdwährungsrisiken, Zins- und Kreditrisiken, den Einsatz von Finanzinstrumenten sowie die Anlage von Liquiditätsüberschüssen.

Fremdwährungsrisiko

Der Konzern ist international tätig und infolgedessen Fremdwährungsrisiken ausgesetzt, die auf Wechselkursänderungen diverser Währungspaare basieren. Fremdwährungsrisiken entstehen aus erwarteten zukünftigen Transaktionen und bilanzierten Vermögenswerten und Schulden. Diese entstehen, wenn Transaktionen auf eine Währung lauten, die nicht der funktionalen Währung des Unternehmens entspricht. Auf Ebene der Konzernunternehmen werden grundsätzlich Devisentermingeschäfte mit der Inhouse-Bank des Konzerns zur Absicherung der Kalkulationsbasis abgeschlossen. Die Inhouse-Bank des Konzerns entscheidet im Rahmen der jeweils gültigen Absicherungsstrategie über den Einsatz geeigneter Finanzinstrumente.

Im Konzern werden bei Vorliegen einer effektiven Sicherungsbeziehung bei Abschluss der Transaktion die Sicherungsbeziehung zwischen Sicherungsinstrument und Grundgeschäft sowie das Ziel seines Risikomanagements und die zugrunde liegende Strategie dokumentiert. Im Konzern wird bei Beginn der Sicherungsbeziehung und danach fortlaufend die Einschätzung, ob die Derivate, die in der Sicherungsbeziehung verwendet werden, hocheffektiv die Änderungen des Zeitwertes oder der Cashflows des Grundgeschäfts kompensieren, überprüft.

Cashflow- und Fair-Value-Zinsrisiko

Das Zinsrisiko des Konzerns entsteht durch verzinsliche Forderungen und Verbindlichkeiten. Eine variable Verzinsung setzt den Konzern einem Cashflow-Zinsrisiko aus, das den Zinsaufwand bzw. die Zinserträge beeinflusst. Aus den festverzinslichen Verbindlichkeiten entsteht ein Fair-Value-Zinsrisiko, das sich bei einer Bilanzierung der Finanzinstrumente zu Zeitwerten bilanziell auswirkt.

Zinssatzänderungsrisiken des Konzerns werden immer im Zusammenhang mit laufenden oder geplanten Finanzierungsmaßnahmen betrachtet und analysiert. Ein Einsatz von derivativen Zinssatz-Sicherungsinstrumenten wird ausschließlich für existierende oder höchst wahrscheinliche Grundgeschäfte in Erwägung gezogen. Zur Reduzierung von Risiken aus derivativen Finanzinstrumenten erfolgt keine Entkoppelung von Zinssatzänderungsrisiken und Liquiditätsrisiken. Grundsätzlich werden eher marktbedingte Zinssatzänderungsrisiken akzeptiert, als zusätzliche Liquiditätsrisiken durch asymmetrische Zinssatz-Sicherungsgeschäfte zu legen.

Marktpreisrisiko

Dem Risiko aus schwankenden Marktpreisen, insbesondere auch bei der Beschaffung von Rohstoffen und Energie, begegnet der Salzgitter-Konzern durch Preis- und Lieferkontrakte. In begrenztem Maße wird auch Hedging vor allem für Erz eingesetzt, in geringerem Umfang auch für Koks- und Kohle. Der Betrachtungszeitraum für das Hedging orientiert sich an der mittelfristigen Drei-Jahresplanung. Ausgehend von einer Sicherungsquote im niedrigen bis mittleren zweistelligen Bereich wird hierbei in den Folgejahren eine sinkende Tendenz verfolgt. Ein Risikogremium steuert das Risiko-Exposure in Abhängigkeit von der Markt- und Geschäftssituation und leitet geeignete Maßnahmen ein.

Kreditrisiko

Bezüglich möglicher Kreditrisiken existieren im Konzern Handlungsvorschriften sowie ein effizientes Forderungsmanagement, die sicherstellen, dass Verkäufe nur getätigt werden, wenn der Kunde in der Vergangenheit ein angemessenes Zahlungsverhalten aufgewiesen hat. Verträge über derivative Finanzinstrumente und Finanztransaktionen werden nur mit Finanzinstituten guter Bonität abgeschlossen. Der Konzern hat eine Geschäftspolitik, die das Kreditrisiko im Hinblick auf die einzelnen Finanzinstitute auf einen bestimmten Betrag beschränkt. Hinsichtlich der Finanzinstitute bestanden im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Risikokonzentrationen.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsmanagement des Konzerns schließt eine ausreichende Reserve an flüssigen Mitteln, handelbaren Wertpapieren und die Möglichkeit zur Finanzierung durch bilaterale Kreditlinien, einen mittelfristigen Konsortialkreditrahmen sowie Kapitalmarktinstrumente ein.

Kapitalrisikomanagement

Zur Verringerung der Kapitalkosten verfolgt der Konzern das Ziel, die Erträge der Unternehmensbeteiligten durch Optimierung des Verhältnisses von Eigen- zu Fremdkapital zu maximieren. Dabei wird sichergestellt, dass alle Konzernunternehmen unter der Unternehmensfortführungsprämisse operieren können.

Um die Kapitalstruktur beizubehalten oder zu optimieren, obliegt es dem Konzern, die Höhe der Dividendenzahlungen anzupassen, Kapitalrückzahlungen an die Anteilseigner zu tätigen, neue Aktien auszugeben oder Vermögenswerte zum Zwecke der Schuldenreduktion zu veräußern.

Im Mittelpunkt der Unternehmenspolitik steht der Erhalt der Eigenständigkeit der Salzgitter AG. Eine Voraussetzung dafür ist die Beibehaltung einer soliden Bilanz- und Finanzstruktur, um die jederzeitige Handlungsfreiheit hinsichtlich der operativen, finanziellen und strategischen Unternehmensentwicklung des Konzerns zu sichern. Mit dem Ausbau der Eigenkapitalquote auf 38,1% (Vorjahr: 35,9%) sowie einer konstant positiven Nettofinanzposition ist dies gelungen. Da die Nettofinanzposition für den Konzern von zentraler Bedeutung ist, wird es nach wie vor für unverzichtbar gehalten, einen mittleren dreistelligen Millionen-Euro-Betrag an liquiden Mitteln vorzuhalten, um bei Verschärfung des Umfelds nicht kurzfristig Geld am Kapitalmarkt aufnehmen zu müssen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Umsatzerlöse

in Mio. €	2018	2017
Aufgliederung nach Produktgruppen		
Flachstahl	4.617,9	4.392,3
Profilstahl	796,1	674,4
Rohre	1.357,6	1.555,6
Abfüll- und Verpackungsanlagen	1.310,7	1.254,6
Sonstige	1.195,9	1.113,2
	9.278,2	8.990,2
Aufgliederung nach Regionen		
Inland	4.450,2	4.287,7
Übrige EU	2.216,4	2.056,9
Übriges Europa	261,5	357,5
Amerika	1.153,0	1.096,3
Asien	714,1	651,7
Afrika	454,4	517,4
Australien / Ozeanien	28,6	22,6
	9.278,2	8.990,2

Die Aufteilung der Umsatzerlöse enthält eine zusätzliche Darstellung nach Produktgruppen, die nicht der Segmentberichterstattung entspricht.

Die Umsatzerlöse enthalten zeitpunktbezogene Erlöse in Höhe von 7.888,1 Mio. € sowie zeitraumbezogene Erlöse in Höhe von 1.390,1 Mio. €. Die zeitpunktbezogenen Umsätze resultieren aus dem Verkauf von Waren. Die zeitraumbezogenen Umsätze setzen sich zusammen aus bereits angearbeiteten Fertigungsaufträgen, für die ein Vertragsvermögenswert bilanziert wurde, sowie aus Erlösen für Transportleistungen im Zusammenhang mit zeitpunktbezogenen Umsätzen. Daneben werden auch andere Dienstleistungen als zeitraumbezogen klassifiziert.

Die Höhe der Umsatzerlöse, die zu Beginn der Periode im Saldo der Vertragsverbindlichkeiten enthalten waren, beträgt 87,8 Mio. €. Die Umsatzerlöse aus Leistungsverpflichtungen, die bereits in früheren Perioden erfüllt bzw. teilweise erfüllt wurden, umfassen 34,7 Mio. €.

Die zum Ende des Geschäftsjahres nicht (oder teilweise nicht) erfüllten Leistungsverpflichtungen betreffen Zeiträume von höchstens einem Jahr und werden, wie nach IFRS 15 zulässig, nicht offengelegt.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten darüber hinaus Erträge aus der Bewertung von Finanzderivaten und Fremdwährungspositionen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen. Des Weiteren sind Leasingerträge in Höhe von 5,3 Mio. € (Vorjahr 5,6 Mio. €) sowie Zuschüsse in Höhe von 5,3 Mio. € (Vorjahr 4,4 Mio. €) unter diesem Posten ausgewiesen.

Im Berichtsjahr umfassen die sonstigen betrieblichen Erträgen zudem einen Ertrag aus der Zuschreibung einer als Finanzinvestition gehaltenen Immobilie in Höhe von 12,9 Mio. €.

(3) Materialaufwand

in Mio.€	2018	2017
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	5.694,8	5.590,2
Aufwendungen für bezogene Leistungen	436,6	439,6
Materialaufwand	6.131,4	6.029,8

(4) Personalaufwand

in Mio.€	2018	2017
Löhne und Gehälter	1.442,5	1.411,5
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	297,0	313,0
davon Altersversorgung	[139,4]	[137,0]
Personalaufwand	1.739,5	1.724,5

Im Geschäftsjahr betrug die Summe aller beitragsorientierten Pensionsaufwendungen im Salzgitter-Konzern 105,2 Mio.€ (Vorjahr 105,1 Mio.€). Der Dienstzeitaufwand für leistungsorientierte Pensionszusagen betrug im Geschäftsjahr 34,2 Mio.€ (Vorjahr 31,9 Mio.€).

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (ohne Mitarbeiter in passiver Altersteilzeit)	2018	2017
Gewerbliche Arbeitnehmer	13.765	13.698
Angestellte	10.291	10.117
Konzernmitarbeiter	24.056	23.815

Von den Konzernmitarbeitern entfallen 889 (Vorjahr 883) auf unseren Anteil an den gemeinschaftlichen Tätigkeiten.

(5) Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

Die planmäßigen Abschreibungen beinhalten Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte sowie Sachanlagen und sind im Anlagespiegel dargestellt. Darüber hinaus wurden folgende außerplanmäßige Wertminderungsaufwendungen berücksichtigt

in Mio.€	2018	2017
Immaterielle Vermögenswerte	-0,5	-1,1
Grundstücke, Rechte und Bauten	-2,2	-0,7
Technische Anlagen und Maschinen	-40,1	-40,4
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-1,5	-4,0
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-	-2,6
Wertminderungsaufwendungen	-44,3	-48,8

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten erfolgte nach der Discounted-Cashflow-Methode unter Zugrundelegung eines Nachsteuer-Zinssatzes von 8,02% (Vorjahr 7,24%) für den Geschäftsbereich Technologie bzw. von 6,28% (Vorjahr 5,94%) für die übrigen Geschäftsbereiche. Basis ist die vom Management erstellte aktuelle Planung für die drei Folgejahre (Level 3 der Bewertungshierarchie). Die Planungsprämissen werden jeweils an den aktuellen Erkenntnisstand angepasst; dem liegen allgemeine Wirtschafts- und Konjunkturdaten zugrunde, die durch eigene Einschätzungen ergänzt wurden. Hierbei werden insbesondere Grundannahmen im Bereich der Absatz- und Beschaffungspreise sowie Absatzmengen herangezogen.

Die Wertminderungsaufwendungen entfielen mit 30,0 Mio. € vollumfänglich auf die zahlungsmittelgenerierende Einheit der Mannesmann Precision Tubes-Gruppe (GB Mannesmann) und ergaben sich aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der hieraus resultierenden rückläufigen Umsatzentwicklung. Der erzielbare Betrag wurde mit 213,8 Mio. € ermittelt und entspricht dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten. Darüber hinaus wurden aus dem Geschäftsbereich Flachstahl die Restbuchwerte von zwei Produktionsanlagen wertberichtigt, weil die Verkaufsmengen in dem prognostizierten Umfang nicht mehr abgesetzt werden können. Die Aufwendungen hieraus belaufen sich auf insgesamt 14,3 Mio. €.

(6) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen für Fremdleistungen und Rückstellungsbildung (318,3 Mio. €; Vorjahr: 313,9 Mio. €) sowie für den Vertrieb (310,1 Mio. €; Vorjahr: 293,6 Mio. €). Zudem sind Aufwendungen aus Operating Leasing in Höhe von 37,2 Mio. € (Vorjahr 36,0 Mio. €) berücksichtigt.

(7) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

in Mio. €	2018	2017
Ertragsteuern		
Tatsächlicher Steueraufwand / Steuerertrag (+/-)	66,1	56,9
Latenter Steueraufwand / Steuerertrag (+/-)	3,5	-12,5
Gesamt	69,5	44,5
davon periodenfremd	[-0,0]	[0,6]

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 69,5 Mio. € betreffen das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Die periodenfremden Ertragsteuern betreffen latente und tatsächliche Steuern für Vorjahre.

Die Erhöhung der tatsächlichen Ertragsteuern auf 66,1 Mio. € ist im Wesentlichen auf das gestiegene Konzernergebnis zurückzuführen. Insgesamt entfallen auf das Inland tatsächliche Ertragsteuern von 47,9 Mio. € (Vorjahr 35,5 Mio. €). Die latenten Steueraufwendungen in Höhe von 3,5 Mio. € sind unter anderem begründet durch den Verbrauch sowie die Neueinschätzung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge beim inländischen Organträger.

Durch die Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verlustvorträge wurde der tatsächliche Steueraufwand um 1,4 Mio. € (Vorjahr 3,1 Mio. €) gemindert.

Auf Ansatz- und Bewertungsunterschiede bei den einzelnen Bilanzposten entfallen die folgenden bilanzierten aktiven und passiven latenten Steuern:

in Mio. €	31.12.2018		31.12.2017	
	Aktivisch	Passivisch	Aktivisch	Passivisch
Immaterielle Vermögenswerte	4,0	11,3	4,6	10,2
Sachanlagen	49,0	98,1	54,4	118,0
Finanzielle Vermögenswerte	1,4	2,7	1,2	1,8
Kurzfristige Vermögenswerte	43,8	105,2	33,2	98,6
Pensionsrückstellungen	272,4	0,1	297,3	–
Sonstige Rückstellungen	77,8	3,3	83,3	5,6
Sonderposten mit Rücklageanteil	–	2,4	–	2,8
Verbindlichkeiten	19,0	11,8	22,5	10,3
Sonstige Posten	1,3	0,0	3,2	0,6
Gesamt	468,6	234,9	499,7	247,9

Zusammensetzung der aktivierten Steuerersparnisse aus zukünftig realisierbaren Verlustvorträgen (im In- und Ausland):

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Körperschaftsteuer	50,3	52,0
Gewerbesteuer	47,4	47,5
Aktivierete Steuerersparnisse	97,7	99,5

Entwicklung der aktivierten Steuerersparnisse aus zukünftig realisierbaren Verlustvorträgen:

in Mio. €	2018	2017
Aktivierete Steuerersparnisse 1.1.	99,5	96,0
Veränderung des Konsolidierungskreises	0,4	0,0
Aktivierung von Steuerersparnissen aus Verlustvorträgen	59,4	34,5
Wertberichtigung von Verlustvorträgen	–0,2	–0,4
Nutzung von Verlustvorträgen	–61,3	–30,6
Aktivierete Steuerersparnisse 31.12.	97,7	99,5

Durch die ab dem Jahr 2004 in Deutschland eingeführte „Mindestbesteuerung“ werden die steuerlichen Verlustvorträge bis zu einem Betrag von 1 Mio.€ unbeschränkt, darüber hinaus nur noch zu 60% mit dem laufenden steuerlichen Ergebnis verrechnet.

Für einige Inlandsgesellschaften wurden darüber hinaus für gewerbsteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 1.279,6 Mio. € (Vorjahr 1.478,3 Mio. €) sowie körperschaftsteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 1.642,4 Mio. € (Vorjahr 1.815,8 Mio. €) keine latenten Steuern aktiviert, da aus heutiger Sicht die Möglichkeit der Nutzung als unwahrscheinlich einzuschätzen ist. Die steuerlichen Verlustvorräte sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Für ausländische nicht werthaltige Verlustvorräte in Höhe von 106,3 Mio. € (Vorjahr 97,1 Mio. €) wurden ebenfalls keine aktiven latenten Steuern aktiviert. Davon sind 87,8 Mio. € (Vorjahr 88,6 Mio. €) unbegrenzt, 15,5 Mio. € (Vorjahr 6,0 Mio. €) begrenzt innerhalb der nächsten fünf Jahre und 3,0 Mio. € (Vorjahr 2,5 Mio. €) begrenzt innerhalb der nächsten 20 Jahre nutzbar. Zusätzlich wurden für in- und ausländische Gesellschaften auf abzugsfähige temporäre Differenzen keine aktiven latenten Steuern in Höhe von 82,4 Mio. € (Vorjahr 94,6 Mio. €) gebildet.

Bei Konzerngesellschaften, die im laufenden oder vorherigen Geschäftsjahr steuerliche Verluste erzielt haben, sind zum 31. Dezember 2018 aufgrund zukünftig zu erwartender steuerpflichtiger Erträge latente Steueransprüche in Höhe von 5,0 Mio. € (Vorjahr 5,1 Mio. €) ausgewiesen. Für temporäre Differenzen zwischen Nettovermögen und steuerlichem Buchwert von Konzernunternehmen der SZAG in Höhe von 19,9 Mio. € (Vorjahr 18,8 Mio. €) wurden keine latenten Steuerverbindlichkeiten gebildet, da eine Umkehr der temporären Differenzen in näherer Zukunft nicht zu erwarten ist.

Überleitung vom erwarteten zum ausgewiesenen Ertragsteueraufwand (+) bzw. -ertrag (-):

in Mio. €	2018	2017
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	347,3	238,0
Erwarteter Ertragsteueraufwand (31,0% / 31,0%)	107,7	73,8
Steueranteil für:		
Unterschiede aus Steuersätzen	-1,5	-1,7
Auswirkungen von gesetzlichen Steuersatzänderungen	-1,1	1,9
Steurgutschriften	-1,7	-4,5
steuerfreie Erträge	-23,1	-32,1
steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen und sonstige Hinzurechnungen	15,9	24,2
Effekte aus Differenzen und Verlusten		
ohne Bildung latenter Steuern	26,8	15,7
Neueinschätzung aktivierter Vorteile	-52,6	-30,7
Nutzung von zuvor nicht aktivierten Vorteilen	-1,4	-3,1
periodenfremde Steueraufwendungen und -erträge	-0,0	0,6
sonstige Abweichungen	0,6	0,3
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand (+) / -ertrag (-)	69,5	44,5

Der ausgewiesene Ertragsteueraufwand von 69,5 Mio. € weicht gegenüber dem erwarteten Ertragsteueraufwand von 107,7 Mio. € um insgesamt 38,2 Mio. € ab. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Neueinschätzung aktivierter Vorteile und aus steuerfreien Erträgen. Dem stehen insbesondere Effekte aus der Nichtaktivierung latenter Steuern sowie aus der steuerlichen Nichtabzugsfähigkeit von Aufwendungen gegenüber.

(8) Ergebnis je Aktie

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie wird gemäß IAS 33 als Quotient aus dem auf die Aktionäre der SZAG entfallenden Konzernergebnis und der gewichteten durchschnittlichen Anzahl der während des Geschäftsjahres in Umlauf befindlichen Inhaberstückaktien ermittelt. Eine Verwässerung würde dann eintreten, wenn das Ergebnis je Aktie durch die Ausgabe potenzieller Aktien aus Wandelrechten vermindert wird. Derartige Rechte waren am Bilanzstichtag aus einer Wandelanleihe vorhanden.

	Ausgegebene Aktien	Eigene Aktien	Aktien im Umlauf	Verwässernde potenzielle Aktien
Geschäftsjahresanfang	60.097.000	6.009.700	54.087.300	3.548.407
Veränderung	-	-	-	20.258
Geschäftsjahresende	60.097.000	6.009.700	54.087.300	3.568.665
Gewichtete Aktienanzahl	60.097.000	6.009.700	54.087.300	3.568.665
Ergebnis je Aktie			2018	2017
Konzernergebnis		in Mio. €	277,7	193,6
Minderheitenanteil		in Mio. €	4,0	3,2
Anteil der Aktionäre der Salzgitter AG		in Mio. €	273,7	190,3
Ergebnis je Aktie – unverwässert		(in €)	5,06	3,52
Verwässertes Ergebnis		in Mio. €	276,5	193,0
Ergebnis je Aktie – verwässert		(in €)	4,80	3,35

Erläuterungen zur Bilanz

Langfristige Vermögenswerte

(9) Immaterielle Vermögenswerte

Die gesamten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung betragen im Berichtszeitraum 101,3 Mio. € (Vorjahr 102,8 Mio. €) einschließlich 10,8 Mio. € (Vorjahr 11,6 Mio. €) für Externe.

Eigentums- oder Verfügungsbeschränkungen liegen nicht vor.

(10) Sachanlagen

Die Buchwerte der gemäß IAS 17 als Finanzierungsleasing aktivierten Vermögenswerte können nachfolgender Tabelle entnommen werden:

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Technische Anlagen und Maschinen	25,4	30,3
Als Finanzierungsleasing aktivierte Vermögenswerte	25,4	30,3

Die Eigentums- und Verfügungsbeschränkungen haben sich aufgrund von Fremdfinanzierungsbedingungen im Ausland auf 4,0 Mio. € vermindert (Vorjahr 4,4 Mio. €).

Öffentliche Zuwendungen in Höhe von 0,9 Mio. € (Vorjahr 0,5 Mio. €) wurden von den Anschaffungskosten der Sachanlagen abgesetzt. Die im Zusammenhang mit den öffentlichen Beihilfen stehenden Bedingungen werden zum Stichtag erfüllt.

In den Positionen geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sind Vorauszahlungen in Höhe von 8,0 Mio. € (Vorjahr: 13,6 Mio. €) enthalten.

(11) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Bei den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien handelt es sich um unbebaute und bebaute Grundstücke, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder langfristigen Wertsteigerungen gehalten und nicht zu Produktions- oder Verwaltungszwecken gehalten werden.

Im Berichtszeitraum sind Mieterträge von 5,0 Mio. € (Vorjahr 2,3 Mio. €) angefallen. Die direkten betrieblichen Aufwendungen betragen 5,4 Mio. € (Vorjahr 0,5 Mio. €) und sind im Wesentlichen für Objekte angefallen, für die im Berichtsjahr Mieteinnahmen erzielt wurden.

Zum 31. Dezember 2018 beträgt der beizulegende Zeitwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien 90,1 Mio. € (Vorjahr 22,8 Mio. €); wesentliche Wertminderungseinflüsse sind nicht bekannt. Dieser beizulegende Zeitwert wird unter Anwendung der Discounted-Cashflow-Methode bzw. mittels Vergleich mit aktuellen Marktwerten vergleichbarer Immobilien ermittelt. Als Inputfaktoren sind unter anderem die erwarteten Mieterträge, mögliche Leerstandskosten sowie Instandhaltungskosten in die Bewertung der beizulegenden Zeitwerte eingeflossen. Die beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden turnusgemäß von externen Gutachtern bewertet. Die Wertermittlung basiert auf einer alternativen Potenzialnutzung, der sog. Highest-and-Best-Use-Methode gemäß IFRS 13, und ist der Fair-Value-Hierarchie Level 3 einzuordnen.

(12) Finanzielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,0	13,3
Finanzinvestitionen	25,3	9,6
Sonstige Ausleihungen	50,3	61,2
Finanzielle Vermögenswerte	75,6	84,1

Die sonstigen Ausleihungen entfallen im Wesentlichen auf ein anteilig konsolidiertes Unternehmen.

(13) Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen

in Mio. €	Aurubis AG, Hamburg		EUROPIPE-Gruppe		Sonstige		Summe	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Anfangsbestand 1.1.	459,0	539,4	118,5	121,0	-	-	577,5	660,4
Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	44,0	91,7	12,1	9,9	18,6	-	74,7	101,6
Anteiliger Gewinn / Verlust	33,5	96,7	11,7	7,8	18,6	-		
Erfolgswirksame Anpassungen im Rahmen der Equity-Methode	10,5	-5,0	0,5	2,1	-	-		
Dividenden	-11,3	-14,6	-	-	-2,8	-	-14,1	-14,6
Anteilsveränderungen	240,9	-194,2	-	-	-	-	240,9	-194,2
Konsolidierungskreisveränderungen					7,6		7,6	
Sonstige Eigenkapitalveränderungen	-3,2	36,7	4,8	-12,4	-	-	1,6	24,3
Anteiliges sonstiges Ergebnis	-3,2	18,6	4,8	-12,4	-	-		
Buchwert 31.12.	729,5	459,0	135,4	118,5	23,4	-	888,3	577,5

Die Anteilsveränderungen enthalten Zugänge aus dem Erwerb von Anteilen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen.

Die Konsolidierungskreisveränderungen enthalten die Effekte aus der Erstkonsolidierung zweier bisher aus Wesentlichkeit nicht konsolidierter Gesellschaften.

Der beizulegende Zeitwert des Anteils an der Aurubis AG beträgt 495,5 Mio. € (Vorjahr 584,4 Mio. €). Die Überprüfung der Werthaltigkeit des Buchwertes (Value-in-use-Modell) ergab keinen Abschreibungsbedarf.

Die nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen stellen sich wie folgt dar (100%-Werte):

in Mio. €	Aurubis AG, Hamburg		EUROPIPE-Gruppe			Summe
	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Langfristige Vermögenswerte	1.376,0	1.534,6	154,4	161,1	1.530,3	1.695,8
Kurzfristige Vermögenswerte	3.040,1	3.097,8	353,0	291,0	3.393,1	3.388,8
Langfristige Schulden	712,4	906,7	100,5	109,4	812,8	1.016,1
Kurzfristige Schulden	1.148,6	1.236,5	136,1	104,9	1.284,8	1.341,3
Umsatzerlöse	9.892,1	11.450,4	953,4	1.042,0	10.845,5	12.492,4
Gewinn / Verlust	164,9	403,8	23,3	15,6	188,2	419,5
Sonstiges Ergebnis	-14,0	44,6	9,7	-24,8	-4,3	19,7
Gesamtergebnis	150,9	448,4	33,0	-9,2	183,9	439,2
Erhaltene Dividende	11,3	14,6	-	-	11,3	14,6
Anteil (%)	25,5	16,8	50,0	50,0	-	-

in Mio. €	Wohnbaugesell- schaft mbH	Borusan Mannesmann Boru Yatirim Holding A.S.	Summe
	2018	2018	2018
Langfristige Vermögenswerte	113,8	14,8	128,6
Kurzfristige Vermögenswerte	17,5	13,4	30,9
Langfristige Schulden	58,0	0,0	58,0
Kurzfristige Schulden	9,6	0,0	9,7
Umsatzerlöse	26,9	14,9	41,7
Gewinn / Verlust	2,9	14,8	17,7
Erhaltene Dividende	-	2,8	2,8
Anteil (%)	25,1	23,0	-

Weitere zusammenfassende Finanzinformationen für Gemeinschaftsunternehmen:

in Mio. €	EUROPIPE-Gruppe	
	2018	2017
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	55,7	42,8
Kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten	51,9	9,0
Langfristige finanzielle Verbindlichkeiten	-	-
Planmäßige Abschreibungen	17,2	18,0
Zinserträge	1,2	0,5
Zinsaufwendungen	2,4	3,7
Ertragsteueraufwand (-) / -ertrag (+)	-5,4	6,7

(14) Latente Ertragsteueransprüche und latente Ertragsteuerschulden

Sofern die Realisierung von Steuervorteilen als wahrscheinlich gilt, besteht eine Aktivierungspflicht. Eine Verrechnung ist nur möglich, wenn die aktiven und passiven latenten Steuern fristenkongruent gegenüber derselben Steuerbehörde bestehen. Nach Saldierung ergeben sich für das Geschäftsjahr 2018 folgende latente Steueransprüche und Steuerschulden:

in Mio.€	31.12.2018	31.12.2017
Latente Ertragsteueransprüche	399,1	393,2
Realisierung innerhalb von 12 Monaten	5,8	8,6
Realisierung nach mehr als 12 Monaten	393,2	384,6
Latente Ertragsteuerschulden	67,6	41,9
Realisierung innerhalb von 12 Monaten	62,3	40,6
Realisierung nach mehr als 12 Monaten	5,3	1,3
Saldo aus latenten Ertragsteueransprüchen und -schulden	331,5	351,3

Kurzfristige Vermögenswerte**(15) Vorräte**

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	748,6	700,8
Unfertige Erzeugnisse	645,0	556,1
Unfertige Leistungen	13,0	12,0
Fertige Erzeugnisse	436,4	372,3
Waren	467,0	418,9
Geleistete Anzahlungen	17,6	24,4
Vorräte	2.327,5	2.084,5

Im Berichtszeitraum erfolgten Zuschreibungen in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €). Wertminderungen von Vorräten wurden in Höhe von 46,4 Mio. € (Vorjahr 44,8 Mio. €) als Aufwand erfasst. Der Buchwert der zum Nettoveräußerungswert bilanzierten Vorräte beträgt 454,3 Mio. € (Vorjahr 396,7 Mio. €). Für die ausgewiesenen Vorräte bestehen in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr 8,8 Mio. €) Eigentums- oder Verfügungsbeschränkungen.

(16) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen in Höhe von 142,7 Mio. € (Vorjahr 142,6 Mio. €) Eigentums- oder Verfügungsbeschränkungen. Diese entfallen im Wesentlichen auf die Forfaitierung und das Factoring von Forderungen. Für weitere Ausführungen verweisen wir auf Ziffer (28) „Kurzfristige Finanzschulden“.

(17) Vertragsvermögenswerte

Der Saldo der Vertragsvermögenswerte reduzierte sich innerhalb der Berichtsperiode von 235,9 Mio. € auf 175,2 Mio. €. Der Rückgang betrifft ausschließlich die technischen Anlagen und Maschinen im Geschäftsbereich Technologie.

(18) Sonstige Forderungen und Vermögenswerte

Unter dem Posten sonstige Forderungen und Vermögenswerte werden im Wesentlichen Zertifikate zur kurzfristigen Geldanlage ausgewiesen.

Ansonsten enthält dieser Posten eine Vielzahl von betragsmäßig geringen Einzelsachverhalten der konsolidierten Unternehmen.

Für sonstige Forderungen bestehen in Höhe von 2,6 Mio. € (Vorjahr 2,5 Mio. €) Eigentums- oder Verfügungsbeschränkungen.

Der Konzern vermietet als Leasinggeber unter Operating Leasing im Wesentlichen gewerblich genutzte Immobilien. Die künftigen Mindestmieterträge aus diesen Verträgen betragen:

Künftige Mindestmieterträge in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
bis 1 Jahr	3,0	2,6
1 bis 5 Jahre	4,1	2,1
über 5 Jahre	3,0	3,5
Gesamt	10,1	8,2

In den Erträgen des laufenden Jahres sind 1,6 Mio. € (Vorjahr 1,4 Mio. €) als bedingte Mieterträge erfasst worden.

(19) Ertragsteuererstattungsansprüche und Ertragsteuerschulden

Die zum 31. Dezember 2018 bestehenden lang- und kurzfristigen Ertragsteuererstattungsansprüche in Höhe von 24,6 Mio. € (Vorjahr 29,5 Mio. €) betreffen unter anderem Kapitalertragsteuerforderungen inländischer Konzerngesellschaften. Dem stehen langfristige Ertragsteuerschulden in Höhe von 36,9 Mio. € (Vorjahr 97,6 Mio. €) sowie kurzfristige Ertragsteuerschulden in Höhe von 37,0 Mio. € (Vorjahr 28,2 Mio. €) gegenüber.

Erstattungsansprüche werden mit Steuerschulden saldiert, wenn ein einklagbares Recht, die bilanzierten Beträge gegeneinander aufzurechnen, besteht und ein Ausgleich auf Nettobasis herbeigeführt werden soll. Voraussetzung hierfür ist, dass Steuererstattungsanspruch und Steuerschuld gegenüber derselben Steuerbehörde bestehen und die Steuerbehörde eine Verrechnung gestattet.

(20) Wertpapiere

Unter den Wertpapieren werden Fonds zur kurzfristigen Geldanlage im Gesamtbetrag von 67,4 Mio. € (Vorjahr 76,6 Mio. €) ausgewiesen. Die hier ausgewiesenen Geldanlagen haben eine Laufzeit von weniger als zwölf Monaten.

(21) Finanzmittel

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Guthaben bei Kreditinstituten	351,9	512,9
Termingelder	200,0	166,0
Schecks, Kassenbestand	3,6	0,5
Finanzmittel	555,6	679,4

Eigenkapital

(22) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) beträgt unverändert nach Verrechnung mit dem rechnerischen Wert eigener Anteile 145.453.745,98€, was insgesamt 54.087.300 Stückaktien entspricht. Der auf die einzelne auf den Inhaber lautende Stückaktie entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals beträgt 2,69€ je Aktie.

Die Salzgitter Aktiengesellschaft hielt am Bilanzstichtag unverändert 6.009.700 eigene Aktien. Auf sie entfallen unverändert 16.161.527,33€ (= 10,00%) des Grundkapitals.

Sämtliche dieser Aktien sind gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 Aktiengesetz auf der Grundlage einer Ermächtigung der Hauptversammlung erworben worden (2.487.355 Stück Ermächtigung vom 26. Mai 2004, 462.970 Stück Ermächtigung vom 8. Juni 2006, 2.809.312 Stück Ermächtigung vom 21. Mai 2008, 35.600 Stück Ermächtigung vom 27. Mai 2009 und 214.463 Stück Ermächtigung vom 8. Juni 2010), um sie – insbesondere für künftige Akquisitionen – zur Erfüllung von Options- oder Wandlungsrechten aus Options- oder Wandelschuldverschreibungen oder zur Abgabe an Arbeitnehmer der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens verwenden zu können.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital in der Zeit bis zum 31. Mai 2022 um bis zu 80.807.636,65€ durch Ausgabe von bis zu 30.048.500 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2017). Dabei darf das Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zusammengerechnet jedoch nur um bis zu 32.323.054,66€ (20% des Grundkapitals) durch Ausgabe von bis zu 12.019.400 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien erhöht werden. Die 20%-Grenze verringert sich um den anteiligen Betrag am Grundkapital, auf den sich Options- oder Wandlungsrechte bzw. Options- oder Wandlungspflichten aus Optionsschuldverschreibungen, Wandelschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen bzw. Kombinationen dieser Instrumente beziehen, die seit dem 1. Juni 2017 unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben worden sind.

Der Vorstand kann des Weiteren mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 31. Mai 2022 Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 1 Mrd. € begeben und den Inhabern der jeweiligen Teilschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf Aktien der Gesellschaft in einer Gesamtzahl von bis zu 26.000.093 Stück (Bedingtes Kapital 2017) gewähren. Dabei kann das Bezugsrecht der Aktionäre bis zu einem Gesamtnennbetrag von Schuldverschreibungen, mit denen Wandlungsrechte auf Aktien verbunden sind, deren anteiliger Betrag des Grundkapitals 10% des Grundkapitals nicht überschreitet, ausgeschlossen werden. Eine Ausgabe von Schuldverschreibungen mit Wandlungsrecht unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre darf dabei nur erfolgen, soweit seit dem 1. Juni 2017 noch nicht Aktien mit einem Anteil von 20% des Grundkapitals aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben worden sind. Aktien aus dem genehmigten Kapital sind seit dem 1. Juni 2017 bis zum Bilanzstichtag nicht ausgegeben worden.

Am 5. Juni 2015 ist eine Wandelschuldverschreibung im Gesamtnennbetrag von 167.900.000€ unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre mit Wandlungsrechten auf derzeit bis zu 3.568.665 auf den Inhaber lautende Stückaktien ausgegeben worden. Der Gesamtnennwert der von der Gesellschaft begebenen Teilschuldverschreibungen dieser Wandelschuldverschreibung war am Bilanzstichtag unverändert. Die Teilschuldverschreibungen verbriefen neben dem Rückzahlungsanspruch ein Recht auf Wandlung in Aktien der Gesellschaft zum derzeit maßgeblichen Wandlungspreis von 47,0484€ / Aktie, ausübbar bis zum 26. Mai 2022. Der bis zum frühestmöglichen Wandlungszeitpunkt (25. Juli 2015) entstandene sichere, unentziehbare Vorteil von 537 T€ aus der Unverzinslichkeit der im Geschäftsjahr 2015 emittierten Wandelanleihe wurde nach § 272 Abs. 2 Nr. 2 HGB in die Kapitalrücklage eingestellt.

Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum Ablauf des 27. Mai 2020 eigene Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 10% zu erwerben und zu allen gesetzlich zugelassenen Zwecken zu verwenden.

(23) Kapitalrücklage

Von der Kapitalrücklage in Höhe von 257,0 Mio. € (Vorjahr 257,0 Mio. €) entfallen 115,2 Mio. € auf ein anlässlich einer Kapitalerhöhung am 1. Oktober 1970 eingebrachtes Agio.

Im Rahmen der Entflechtungsvereinbarung wurden der Salzgitter AG von der Preussag AG Vermögenswerte von jeweils 0,51 € verkauft. Diese Vermögenswerte wurden zum Zeitpunkt des Erwerbs mit ihren beizulegenden Werten (49,1 Mio. €) bilanziert und die Differenzbeträge in die Kapitalrücklage eingestellt.

Der Wert der Eigenkapitalkomponente der am 6. Oktober 2009 begebenen und inzwischen abgelösten Wandelschuldverschreibung im Gesamtnennbetrag von 296.450.000 € beläuft sich auf 54,4 Mio. €.

Der Wert der Eigenkapitalkomponente der am 5. Juni 2015 begebenen Wandelschuldverschreibung im Gesamtnennbetrag von 167.900.000 € beläuft sich auf 18,3 Mio. €. Der Betrag der Transaktionskosten, der als Abzug vom Eigenkapital bilanziert wurde, beträgt dabei 0,2 Mio. €.

(24) Bilanzgewinn

Für Ausschüttungen an die Aktionäre der Salzgitter AG ist gemäß deutschem Handelsrecht das Ergebnis des deutschen handelsrechtlichen Jahresabschlusses der Salzgitter AG maßgeblich. Im Salzgitter-Konzernjahresabschluss wird der Bilanzgewinn in gleicher Höhe wie im Abschluss der Salzgitter AG ausgewiesen. Die Überleitung vom Konzernjahresergebnis zum Bilanzgewinn der Salzgitter AG ist in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt.

Der Hauptversammlung der Salzgitter AG wird vorgeschlagen, für das Geschäftsjahr 2018 eine Dividende von 0,55 € je Aktie aus dem Bilanzgewinn der Salzgitter AG auszuschütten und den Restbetrag auf neue Rechnung vorzutragen. Für das Vorjahr betrug die Dividende 0,45 € je Aktie.

Bezogen auf den Xetra-Schlusskurs der Salzgitter-Aktie am 31. Dezember 2018 von 25,57 € errechnet sich eine Dividendenrendite von 2,2% (Vorjahr 0,9%).

Sofern die Gesellschaft am Tag der Hauptversammlung eigene Anteile hält, werden die Gewinnverwendungsvorschläge in der Versammlung dementsprechend angepasst, da eigene Anteile nicht gewinnberechtigt sind.

(25) Weitere Angaben zum Eigenkapital

Angaben zum Bestehen einer Beteiligung / Stimmrechtsmitteilungen nach § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG:

Zum Bilanzstichtag 2018 bestehen Beteiligungen an der Salzgitter AG, die nach § 33 Abs. 1 WpHG n.F. (§ 21 Abs. 1 WpHG a.F.) mitgeteilt und nach § 40 Abs. 1 WpHG n.F. (§ 26 Abs. 1 WpHG a.F.) veröffentlicht worden sind.

Die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover, Deutschland hat uns am 2. April 2002 mitgeteilt, dass ihr am 1. April 2002 25,5% der Stimmrechte an der Salzgitter AG zustehen.

Zusätzlich dazu hat uns das Land Niedersachsen, vertreten durch das Niedersächsische Finanzministerium, Hannover, Deutschland mitgeteilt, dass ihm diese 25,5% der Stimmrechte an der Salzgitter AG zustehen. Diese gesamten Stimmrechte seien dem Land Niedersachsen nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG a.F. zuzurechnen.

Hierzu wird angemerkt, dass aufgrund zwischenzeitlich erfolgter Änderungen des Grundkapitals der Salzgitter AG die vorgenannte Anzahl der Stimmrechte gegenwärtig einem Stimmrechtsanteil von 26,48% entspricht.

Die Salzgitter AG, Salzgitter, Deutschland hat am 8. Juli 2010 in Bezug auf eigene Aktien gemäß § 26 Abs. 1 Satz 2 WpHG a.F. in Verbindung mit § 21 Abs. 1 Satz 1 WpHG a.F. bekannt gegeben, dass ihr Besitz an eigenen Aktien am 6. Juli 2010 die Schwelle von 10% erreicht hat. Die Höhe ihres Stimmrechtsanteils in Bezug auf eigene Aktien beträgt 10,000%. Die Salzgitter AG besitzt derzeit 6.009.700 eigene Aktien. Dies entspricht einem Stimmrechtsanteil von 10,000%.

Die Dimensional Fund Advisors LP, Austin, Texas, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG a. F. am 1. Oktober 2015 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Salzgitter AG, Salzgitter, Deutschland am 30. September 2015 die Schwelle von 3% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,004% (das entspricht 1.805.610 Stimmrechten) betragen hat. Davon sind 2,90% der Stimmrechte (das entspricht 1.744.090 Stimmrechten) der Dimensional Fund Advisors LP gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG a. F. zuzurechnen und 0,12% der Stimmrechte (das entspricht 71.499 Stimmrechten) der Dimensional Fund Advisors LP gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG a. F. in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2 WpHG a. F. zuzurechnen.

Die Dimensional Holdings Inc., Austin, Texas, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG a. F. am 1. Oktober 2015 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Salzgitter AG, Salzgitter, Deutschland am 30. September 2015 die Schwelle von 3% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,004% (das entspricht 1.805.610 Stimmrechten) betragen hat. Davon sind 3,004% der Stimmrechte (das entspricht 1.805.610 Stimmrechten) der Dimensional Holdings Inc. gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG a. F. in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2 WpHG a. F. zuzurechnen.

Nach dem Bilanzstichtag hat uns die BlackRock, Inc., Wilmington, Delaware, USA gemäß § 33 Abs. 1 WpHG am 14. Januar 2019 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Salzgitter AG, Salzgitter, Deutschland am 9. Januar 2019 die Schwelle von 3% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,23% (das entspricht 1.943.029 Stimmrechten) betragen hat. Davon sind 3,23% der Stimmrechte (das entspricht 1.943.029 Stimmrechten) der BlackRock, Inc. gemäß § 34 WpHG zuzurechnen. Die BlackRock, Inc. hat angegeben, dass sie hinsichtlich weiterer 0,66% Inhaber von Instrumenten nach § 38 WpHG ist, von denen 0,12% (das entspricht 73.736 Stimmrechten) als Instrumente nach § 38 Abs. 1 WpHG und 0,54% (das entspricht 325.561 Stimmrechten) als Instrumente nach § 38 Abs. 2 WpHG einzuordnen sind.

Langfristige Schulden

(26) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Inland existieren Kollektiv- und Einzelzusagen in Form von unmittelbaren Direktzusagen des Arbeitgebers. Der weit überwiegende Teil der Mitarbeiter in den inländischen Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns erhält eine Altersversorgung auf Basis einer im Dezember 2006 abgeschlossenen Konzernbetriebsvereinbarung („Salzgitter-Rente“). Im Rahmen dieser kollektiven Versorgungszusage bringt der Arbeitgeber jährlich einen festen Prozentsatz des versorgungsfähigen Jahreseinkommens als Versorgungsbeitrag in das individuelle Versorgungskonto des Mitarbeiters ein. Die Höhe des sich daraus ergebenden Versorgungsbausteins richtet sich nach dem Alter des Mitarbeiters im jeweiligen Beitragsjahr. Im Leistungsfall steht dem Mitarbeiter bzw. seinen Hinterbliebenen eine monatliche Rente zu, ein Kapitalwahlrecht besteht nicht. Die vor dem Inkrafttreten der Konzernbetriebsvereinbarung gewährten Versorgungszusagen sahen in der Regel eine Rentenleistung in Abhängigkeit von den Einkommensverhältnissen bei Ausscheiden bzw. bei Eintritt des Leistungsfalls vor (sog. endgehaltsbezogene Zusagen). Diese Ansprüche wurden im Geltungsbereich der Konzernbetriebsvereinbarung abgelöst und durch Überleitungsregelungen in die Salzgitter-Rente überführt. Des Weiteren können die Mitarbeiter Teile ihres Bruttoentgelts in Altersversorgungsleistungen in Form eines Einmalbetrages umwandeln (Entgeltumwandlung). Die im Rahmen der Entgeltumwandlungszusage angesammelten Beträge werden in Fondsanteile investiert. Im Leistungsfall erhält der Mitarbeiter die von den Fondsanteilen erwirtschafteten Erträge, mindestens jedoch seine umgewandelten Beiträge zuzüglich einer garantierten Mindestverzinsung (sog. wertpapierbasierte Zusage).

Für leitende Mitarbeiter der Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns bestehen Einzelzusagen im Wesentlichen aufgrund der Leistungsordnungen des Essener Verbandes. Entsprechend dieser Versorgungsordnungen werden die Anwärter in Abhängigkeit von ihrer Position im Unternehmen einer bestimmten Leistungsgruppe zugewiesen. Der maximale Anspruch der jeweiligen Leistungsgruppe ist in der Regel nach 25 Jahren erreicht und wird ratierlich erdient. Im Leistungsfall wird dem Mitarbeiter bzw. seinen Hinterbliebenen eine Rentenleistung ohne Kapitaloption gewährt.

Die Rentenleistungen an die Empfänger aufgrund von Kollektivzusagen werden entsprechend § 16 BetrAVG alle drei Jahre überprüft und im Falle einer Anpassungspflicht an die Entwicklung der Verbraucherpreise angepasst. Im Bereich der Einzelzusagen wird die Leistungsanpassung jährlich durch den Essener Verband festgelegt und von der Gesellschaft unverändert übernommen. Aufgrund des lediglich unbedeutenden Planvermögens wird auf eine Asset-Liability-Matching-Strategie verzichtet. Die voraussichtlichen Liquiditätsabflüsse werden im Rahmen der rollierenden Unternehmensplanung bewertet und bei der Cashflow-Planung des Konzerns berücksichtigt.

In den ausländischen Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns existieren nur in unwesentlicher Höhe Versorgungszusagen, die zu geringen Teilen durch Planvermögen gedeckt sind (i. W. Versicherungen).

Darüber hinaus hat eine Gesellschaft des Salzgitter-Konzerns im Zusammenhang mit ihren Pensionsverpflichtungen einen Erstattungsanspruch gegenüber der öffentlichen Hand. Der Barwert dieses Anspruchs wird unter den sonstigen Forderungen und Vermögenswerten ausgewiesen.

Im Konzernabschluss erfasste Werte im Zusammenhang mit Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen:

Bilanz		
in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen		
Netto-Pensionsverpflichtung	2.275,5	2.440,5
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte		
Erstattungsanspruch	3,3	4,0
Gewinn- und Verlustrechnung		
in Mio. €	2018	2017
Personalaufwand		
Dienstzeitaufwand	34,2	31,9
Finanzierungsaufwendungen		
Netto-Zinsaufwand	36,0	42,0
Sonstiges Ergebnis		
in Mio. €	2018	2017
Neubewertung Pensionen		
Neubewertungen aus Pensionsrückstellungen	121,1	-35,0
Neubewertungen aus Erstattungsansprüchen	-0,0	0,0
	121,1	-35,0

Die Netto-Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember 2018 ermittelt sich wie folgt:

in Mio.€	Verpflichtungs- barwert	Planvermögen	Netto-Pensions- verpflichtung
Stand 01.01.2018	2.514,8	74,3	2.440,5
Dienstzeitaufwand			
Laufender Dienstzeitaufwand	39,3	3,8	35,5
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-1,2	-	-1,2
	38,0	3,8	34,2
(Netto-)Zinsaufwand / -ertrag	36,5	0,5	36,0
Neubewertungen			
Erfahrungsbedingte Gewinne (-) / Verluste (+)	-11,5	-	-11,5
Gewinn (-) / Verlust (+) aus Veränderung der demographischen Annahmen	-22,3	-	-22,3
Gewinn (-) / Verlust (+) aus Veränderung der finanziellen Annahmen	-89,7	-	-89,7
Erträge aus Planvermögen, die nicht bereits im Zinsertrag enthalten sind	-	-2,3	2,3
	-123,5	-2,3	-121,1
Gezahlte Versorgungsleistungen (Verbrauch)	-115,8	-2,3	-113,5
Fondsdotierungen			
Arbeitgeber	-	1,1	-1,1
Arbeitnehmer	0,1	0,1	-
	0,1	1,1	-1,1
Währungsdifferenzen	-0,3	0,0	-0,3
Konsolidierungskreisänderungen	1,3	0,1	1,3
Übertragungen / Umbuchungen	-0,5	0,1	-0,5
Stand 31.12.2018	2.350,7	75,2	2.275,5

Das Planvermögen zum 31. Dezember 2018 entfällt im Wesentlichen auf Investmentfonds (56,7 Mio. €) und sonstige Eigenkapitalinstrumente (1,3 Mio. €), deren Zeitwerte zum Stichtag an einem aktiven Markt ermittelt wurden. Daneben besteht das Planvermögen aus Versicherungsverträgen (17,2 Mio. €), deren Zeitwerte nicht an einem aktiven Markt ermittelt wurden.

Der Gewinn aus der Veränderung der demographischen Annahmen bezieht sich auf die Veränderung der Pensionsrückstellungen aufgrund der Umstellung auf die Heubeck-Richttafeln 2018G.

Die Netto-Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember 2017 ermittelte sich wie folgt:

in Mio. €	Verpflichtungs- barwert	Planvermögen	Netto-Pensions- verpflichtung
Stand 01.01.2017	2.518,4	69,4	2.449,0
Dienstzeitaufwand			
Laufender Dienstzeitaufwand	37,1	3,7	33,4
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-1,5	-	-1,5
	35,6	3,7	31,9
(Netto-)Zinsaufwand / -ertrag	42,5	0,5	42,0
Neubewertungen			
Erfahrungsbedingte Gewinne (-) / Verluste (+)	-51,9	-	-51,9
Gewinn (-) / Verlust (+) aus Veränderung der demographischen Annahmen	-4,8	-	-4,8
Gewinn (-) / Verlust (+) aus Veränderung der finanziellen Annahmen	93,8	-	93,8
Erträge aus Planvermögen, die nicht bereits im Zinsertrag enthalten sind	-	2,2	-2,2
	37,2	2,2	35,0
Gezahlte Versorgungsleistungen (Verbrauch)	-118,4	-3,2	-115,2
Fonddotierungen			
Arbeitgeber	-	1,8	-1,8
Arbeitnehmer	0,1	0,1	-
	0,1	1,8	-1,8
Währungsdifferenzen	-0,8	-0,2	-0,6
Übertragungen / Umbuchungen / Konsolidierungskreisänderungen	0,2	0,2	-0,0
Stand 31.12.2017	2.514,8	74,3	2.440,5

Der Verpflichtungsbarwert kann wie folgt aufgeteilt werden:

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Barwert der Verpflichtungen im Inland	2.313,1	2.478,0
davon Anwärter	946,0	999,3
davon Empfänger	1.367,1	1.478,7
Barwert der Verpflichtungen im Ausland	37,6	36,9
	2.350,7	2.514,8

Die Sensitivität des Verpflichtungsbarwertes stellt sich wie folgt dar:

in Mio.€		31.12.2018		
	Referenz	Sensitivitätsmaß	+ Einheit	- Einheit
Rechnungszins	1,75%	0,25%-Punkte	-82,4	+87,9
Gehaltstrend	2,75%	0,5%-Punkte	+4,7	-4,5
Rententrend	1,75%	0,25%-Punkte	+63,6	-61,1
Lebenserwartung	Heubeck 2018G	1 Jahr	+120,9	-119,5

in Mio.€		31.12.2017		
	Referenz	Sensitivitätsmaß	+ Einheit	- Einheit
Rechnungszins	1,5%	0,25%-Punkte	-90,7	+96,9
Gehaltstrend	2,75%	0,5%-Punkte	+5,6	-5,4
Rententrend	1,75%	0,25%-Punkte	+69,6	-66,7
Lebenserwartung	Heubeck 2005G/ Mod. Salzgitter	1 Jahr	+125,6	-125,8

Analog zur Ermittlung des bilanzierten Verpflichtungsbarwertes erfolgt die Ermittlung der Sensitivität dieses Wertes. Dabei wird jeweils eine Annahme verändert, während die übrigen Annahmen unverändert bleiben. Mögliche Abhängigkeiten zwischen den Annahmen werden nicht berücksichtigt.

In den nächsten 20 Jahren sind voraussichtlich folgende Rentenzahlungen zu leisten:

in Mio.€	
2019	112,8
2020	112,8
2021	109,6
2022	107,8
2023	107,4
2024 – 2028	504,9
2029 – 2038	868,7

Die Duration des Verpflichtungsbarwertes nach Macaulay beläuft sich zum 31. Dezember 2018 auf 15,34 Jahre.

(27) Sonstige Rückstellungen

In der folgenden Tabelle wird die Entwicklung der sonstigen kurzfristigen und der sonstigen langfristigen Rückstellungen dargestellt:

in Mio. €	01.01.2018	Währungs- differenzen	Zugang / Abgang aus Kons.-Kreis- veränderung	Übertragung	Umbuchung
Sonstige Steuern	10,9	0,0	-	-	-1,5
Personal	175,4	-0,2	1,0	-0,3	-0,6
davon Jubiläumsrückstellungen	[58,6]	[-]	[0,4]	[-]	[-]
davon Sozialplan / Altersteilzeit / Demographiefonds	[69,9]	[-]	[0,6]	[0,0]	[-0,1]
Betriebstypische Risiken	149,1	0,1	-	-	-
Übrige Risiken	200,4	-0,8	2,3	-	53,0
davon Preisnachlässe / Reklamationen	[103,7]	[-0,2]	[2,2]	[-]	[-8,6]
davon Risiken aus schwebenden Geschäften	[18,6]	[-0,1]	[-]	[-]	[0,5]
Gesamt	535,8	-0,8	3,2	-0,3	51,0

Die unter den Personalarückstellungen ausgewiesenen Jubiläumsrückstellungen haben eine Duration von zehn Jahren.

Rückstellungen für betriebstypische Risiken werden insbesondere für Deponieverpflichtungen gebildet, sie haben eine Duration von 14 Jahren. Die Rückstellungen für übrige Risiken enthalten Vorsorgen für Preisnachlässe / Reklamationen, Prozessrisiken, Gewährleistungen und Risiken aus schwebenden Geschäften.

Im Berichtsjahr ist in den übrigen Risiken ein Betrag für eine Vorsorge bezüglich der Ermittlungen des Bundeskartellamts gegen die Hersteller von Flachstahlprodukten sowie Grobblechen zugeführt worden. Auf weitere Erläuterungen wird zulässigerweise verzichtet, da diese ggf. ernsthafte Nachteile für den Konzern im laufenden Ermittlungsverfahren haben könnten.

Die Umgliederung in die Rückstellungen für übrige Risiken enthält in Höhe von 59,6 Mio.€ eine Umgliederung von den Ertragsteuerrückstellungen. Diese bezieht sich auf steuerliche Nebenleistungen infolge steuerlicher Außenprüfungen. Die Umgliederung von Rückstellungen für übrige Risiken in die Verbindlichkeiten aus Kundenguthaben in Höhe von 8,6 Mio.€ bezieht sich auf Zahlungsverpflichtungen aus Vereinbarungen zu Staffelrabatten aus Verträgen mit Kunden.

Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2018	davon langfristig
-2,3	-0,2	0,9	-	7,8	2,2
-48,6	-13,9	49,3	1,3	163,5	110,8
[-3,6]	[-0,3]	[3,4]	[0,9]	[59,4]	[54,0]
[-33,1]	[-3,9]	[33,9]	[0,2]	[67,5]	[39,6]
-4,5	-0,2	12,4	1,2	158,1	150,0
-63,5	-47,7	166,4	0,3	310,3	95,4
[-34,3]	[-32,0]	[52,2]	[-]	[83,1]	[2,2]
[-7,7]	[-4,9]	[8,4]	[-]	[14,8]	[4,7]
-118,8	-62,1	229,0	2,9	639,8	358,4

(28) Langfristige Finanzschulden

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	100,8	241,6
Anleihen	162,0	157,9
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen	22,1	28,1
Verbindlichkeiten aus Finanzierungen	6,3	6,3
Finanzschulden	291,1	433,8

Für die am 5. Juni 2015 begebenen Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 167.900.000 € betrug die Fremdkapitalkomponente 148,0 Mio. €. Die Werte der Eigenkapital- und Fremdkapitalkomponente wurden zum Ausgabedatum der Wandelschuldverschreibungen bestimmt.

Die unter den langfristigen Finanzschulden ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing ergeben sich aus folgenden Tabellen:

in Mio. €	Restlaufzeit 1–5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre	31.12.2018
Mindestleasingzahlungen	19,3	5,9	25,2
Finanzierungskosten	2,8	0,3	3,1
Barwert der Mindestleasingzahlungen	16,5	5,6	22,1

in Mio. €	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre	31.12.2017
Mindestleasingzahlungen	22,6	9,8	32,4
Finanzierungskosten	3,8	0,6	4,4
Barwert der Mindestleasingzahlungen	18,8	9,2	28,0

Die langfristigen Leasingverbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Anmietung von technischen Anlagen und Maschinen.

Kurzfristige Schulden

(29) Kurzfristige Finanzschulden

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	275,3	91,3
Verbindlichkeiten aus Factoring	142,7	138,7
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen	7,0	6,6
Sonstige Finanzschulden	1,8	1,2
Kurzfristige Finanzschulden	426,9	237,8

Gesellschaften im In- und Ausland haben konzernfremde Außenfinanzierungen vorgenommen. Die daraus folgenden Verbindlichkeiten aus Factoring werden durch Lieferungen und Leistungen besichert. Das Ausfallrisiko und das Spätzahlungsrisiko hinsichtlich der verkauften Forderungen liegen weiter bei den Gesellschaften. Die Forderungen werden weiterhin vollständig bei den Gesellschaften bilanziert. Die erhaltenen Mittel werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Buchwert der Forderungen und Verbindlichkeiten entspricht aufgrund der kurzfristigen Laufzeiten dem beizulegenden Zeitwert. Die Forderungen werden an die Bank abgetreten. Für verkaufte Forderungen in Höhe von 99,9 Mio. € steht dem Forderungskäufer das Recht zu, die übertragenen Forderungen an Dritte zu übertragen, wobei die gegenseitigen Rechte und Pflichten nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Die unter den kurzfristigen Finanzschulden ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing ergeben sich aus folgender Tabelle:

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Mindestleasingzahlungen	8,5	8,4
Finanzierungskosten	1,5	1,8
Barwert der Mindestleasingzahlungen	7,0	6,6

Die kurzfristigen Leasingverbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Anmietung von technischen Anlagen und Maschinen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

(30) Vertragsverbindlichkeiten

Der Saldo der Vertragsverbindlichkeiten stieg innerhalb der Berichtsperiode von 113,6 Mio.€ auf 250,2 Mio.€. Die Zunahme betrifft überwiegend die technischen Anlagen und Maschinen im Geschäftsbereich Technologie sowie Röhren.

(31) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio.€	31.12.2018	31.12.2017
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	122,4	109,9
Verbindlichkeiten aus Steuern	47,6	55,4
Verbindlichkeiten aus Kundenguthaben	14,3	6,8
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	12,9	11,9
Verbindlichkeiten aus Derivaten	2,9	22,0
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen	-	83,9
Übrige Verbindlichkeiten	63,2	49,4
Sonstige Verbindlichkeiten (kurzfristig)	263,4	339,2

Neben den durch Forderungen gesicherten Verbindlichkeiten aus Factoring sind 34,5 Mio.€ (Vorjahr 31,2 Mio.€) durch Grundpfandrechte gesichert.

Die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen werden in der Berichtsperiode unter den Vertragsverbindlichkeiten ausgewiesen. In den „Übrigen Verbindlichkeiten“ ist eine Vielzahl von betragsmäßig geringen Einzelsachverhalten der konsolidierten Unternehmen enthalten.

(32) Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten

Haftungsverhältnisse sind bestehende Besicherungszusagen für fremde Verbindlichkeiten, bei denen jedoch mit einer Inanspruchnahme nicht gerechnet wird. Die Höhe dieser zum Bilanzstichtag valuierten Zusagen beträgt 16,1 Mio. € (Vorjahr: 29,4 Mio. €).

Unter Berücksichtigung individueller Risikobeurteilungen sowie der tatsächlichen vertraglichen Verpflichtungen am Bilanzstichtag bestehen innerhalb der Haftungsverhältnisse Bürgschaften und Garantien mit insgesamt 8,5 Mio. € (Vorjahr: 17,1 Mio. €). Die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme ist aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit als gering einzuschätzen.

Eventualverbindlichkeiten sind eigene Verbindlichkeiten mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit für einen möglichen Ressourcenabfluss kleiner 50% und nicht gänzlich unwahrscheinlich.

Im Jahr 2016 ist durch den Bundesfinanzhof ein Urteil zur sog. Wertpapier-Leihe ergangen, auf das der Salzgitter-Konzern bereits zum 31. Dezember 2016 bilanziell reagiert hat. Im Laufe des Jahres 2017 hat sich die Rechtsauffassung hinsichtlich der Sachverhalte bei der Salzgitter AG dahingehend konkretisiert, dass bei den bereits bilanziell vollumfänglich erfassten Risiken nun mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist. Darüber hinaus ergeben sich Rechtsunsicherheiten bezüglich der Anrechnungsverfügung zur Kapitalertragsteuer in Höhe von 97,9 Mio. € (einschließlich Zinsen), mit deren Inanspruchnahme aber mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nicht gerechnet wird.

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt seit Frühjahr 2014 gegen Verantwortliche des Konzerns verschiedener Konzernunternehmen wegen des Verdachts unzulässig gebildeter Rückstellungen, steuerlich unterlassener Aktivierung von Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten sowie steuerlich nicht anerkennender Provisionszahlungen und Gutschriften sowie steuerlich unzulässig gebildeter Rückstellungen. Die Ermittlungsverfahren dauern teilweise an. Die SZAG und deren Tochterunternehmen kooperieren uneingeschränkt mit den Ermittlungsbehörden und haben externe Rechtsanwälte mit der Durchführung einer umfassenden Untersuchung der Angelegenheit beauftragt. Wir sind der Auffassung, mit den betreffenden Steuererklärungen der Konzernunternehmen den gesetzlichen Vorschriften gefolgt zu sein. Aufgrund der derzeitigen Erkenntnislage und unter Würdigung der Gesamtumstände ist nicht ernsthaft oder mit überwiegender Wahrscheinlichkeit mit einer Inanspruchnahme der Konzernunternehmen aus den Ermittlungsverfahren zu rechnen.

Das Bundeskartellamt führt gegenwärtig Ermittlungen gegen Hersteller von Flachstahlprodukten und von Grobblechen durch, insbesondere wegen des Verdachts der Absprache von Güteaufpreisen vor mehr als zehn Jahren und des Austauschs von wettbewerblich sensiblen Informationen im Rahmen von Verbandsaktivitäten. Davon sind auch Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns betroffen. Wir haben unverzüglich eine interne Untersuchung durch externe Experten eingeleitet und die Teilnahme an Verbandsaktivitäten vorsorglich ausgesetzt. Rechtsverstöße können nach wie vor nicht ausgeschlossen werden, dieses Risiko wurde im Konzernabschluss berücksichtigt. Die Teilnahme an Verbandsaktivitäten ist inzwischen – soweit ihre kartellrechtliche Unbedenklichkeit festgestellt wurde – wieder aufgenommen worden. Auf weitere Erläuterungen wird zulässigerweise verzichtet, da diese ggf. ernsthafte Nachteile für den Konzern im laufenden Ermittlungsverfahren haben könnten.

An weiteren laufenden oder absehbaren Gerichts- oder Schiedsverfahren, die einen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Lage haben könnten, ist die Salzgitter AG oder eine ihrer Konzerngesellschaften nicht beteiligt.

(33) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

in Mio.€	31.12.2018		
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Bestellobligo für Investitionen (im Wesentlichen Sachanlagevermögen)	204,0	37,0	3,6
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	34,3	66,3	91,8
Übrige finanzielle Verpflichtungen	608,3	387,4	51,7
Gesamt	846,6	490,6	147,2

in Mio.€	31.12.2017		
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Bestellobligo für Investitionen (im Wesentlichen Sachanlagevermögen)	145,6	54,0	-
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	34,4	62,0	98,5
Übrige finanzielle Verpflichtungen	635,7	388,2	160,0
Gesamt	815,7	504,2	258,5

Die übrigen finanziellen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen langfristige Abnahmeverpflichtungen der Gesellschaften der Geschäftsbereiche Flachstahl und Mannesmann für die Sicherstellung des Vormaterialbezugs für Rohstoffe und Seefrachten.

(34) Finanzinstrumente

Die erstmalige Anwendung des IFRS 9 hat in Bezug auf finanzielle Verbindlichkeiten und derivative Finanzinstrumente, die nicht als Hedge Accounting bilanziert werden, keine wesentlichen Auswirkungen auf die Rechnungslegungsmethoden des Salzgitter Konzerns.

Für hochwahrscheinlich erwartete Beschaffungsgeschäfte können unter IFRS 9 im Rahmen von Cashflow Hedges abgrenzbare Risikokomponenten als Grundgeschäfte für die Bilanzierung als Hedge Accounting designiert werden. Im Salzgitter Konzern wird diese Möglichkeit genutzt. Die Sicherungs- und Grundgeschäfte sowie das Management der Risiken werden im Verlauf dieses Kapitels beschrieben.

Die Tabelle auf der übernächsten Seite sowie zusätzliche Angaben erläutern die ursprüngliche Bewertungskategorie gemäß IAS 39 und die neue Bewertungskategorie gemäß IFRS 9 zum 1. Januar 2018 für jede vom Konzern gebildete Klasse von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung des IFRS 9 auf die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte zum 1. Januar 2018 resultieren ausschließlich aus den neuen Vorschriften zur Erfassung von Wertminderungen.

Aus der erstmaligen Anwendung des IFRS 9 resultieren die folgenden Effekte auf die Ertrags-, Finanz-, und Vermögenslage des Salzgitter-Konzerns:

Die nach IAS 39 als zur Veräußerung verfügbar kategorisierten Beteiligungen werden in einem separaten Portfolio zur Erzielung von Dividendenerträgen gehalten. Diese Eigenkapitalinvestments stellen Investitionen dar, die der Konzern langfristig hält. In Übereinstimmung mit IFRS 9 hat der Salzgitter-Konzern diese Beteiligungen zum Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung als „Fair Value through other comprehensive income“ designiert. Im Gegensatz zu IAS 39 wird die kumulierte Rücklage aus Zeitwertänderungen im Zusammenhang mit diesen Investitionen niemals erfolgswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert.

In der Position Wertpapiere werden ausschließlich Fondsanteile ausgewiesen, die zur Geldanlage gehalten werden. Diese Fondsanteile wurden nach IAS 39 als zur Veräußerung verfügbar kategorisiert und werden nun nach IFRS 9 verpflichtend zum „Fair Value through profit and loss“ klassifiziert, da die Zahlungsströme aus diesen Fondsanteilen nicht ausschließlich aus Zins- und Tilgungszahlungen bestehen. Die zum 1. Januar 2018 bestehende kumulierte Wertänderungsrücklage aus Zeitwertänderungen im Zusammenhang mit diesen Fondsanteilen in Höhe von 2,1 Mio. € vor Steuern (1,5 Mio. € nach Steuern) wurde in die Gewinnrücklagen umgliedert.

Gemäß IAS 39 wurden Sicherungsgeschäfte außerhalb des Hedge Accounting als „Held for trading“ designiert. Diese Sicherungsgeschäfte werden nun nach IFRS 9 verpflichtend zum „Fair Value through profit and loss“ klassifiziert, da die Zahlungsströme aus diesen Geschäften nicht ausschließlich aus Zins- und Tilgungszahlungen bestehen.

Der Stand der Wertminderungen auf Finanzinstrumente hat sich insgesamt um 6,4 Mio. € vor Steuern erhöht. Dies resultiert aus der Erhöhung der Wertminderungen aufgrund des Übergangs auf IFRS 9 zum 1. Januar 2018 und den damit verbundenen Vorgaben des neuen Wertminderungsmodells (Expected-losses-Modell).

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen, die nach IAS 39 als Kredite und Forderungen klassifiziert wurden, werden nun zu fortgeführten Anschaffungskosten klassifiziert. Eine Erhöhung der Wertberichtigungen der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 3,5 Mio. € (siehe Anwendung Simplified Approach) sowie der sonstigen Forderungen um 2,9 Mio. € (siehe Anwendung General Approach) wurde zum 1. Januar 2018 mit Übergang auf IFRS 9 in den Gewinnrücklagen erfasst. Von der Erhöhung der Wertberichtigungen der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 3,5 Mio. € zum 1. Januar 2018 entfallen 1,3 Mio. € auf die erstmalige Bilanzierung von Vertragsvermögenswerten.

Umgliederungen der Bewertungskategorien betreffen die Positionen Wertpapiere und Finanzmittel:

Die unter IAS 39 in der Kategorie „Available for Sale“ erfolgsneutral zum Fair Value ausgewiesenen Wertpapiere werden nach IFRS 9 erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.

Die unter IAS 39 in der Kategorie „Available for Sale“ erfolgsneutral zum Fair Value ausgewiesenen Finanzmittel werden nach IFRS 9 zu Anschaffungskosten bewertet.

Überleitung der Klassifizierung und Bewertung der Finanzinstrumente von IAS 39 auf IFRS 9:

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Bewertungskategorien und Buchwerte nach IAS 39 und nach IFRS 9 für jede Klasse von Finanzinstrumenten.

in Mio. €					
31.12.2017 (IAS 39) 01.01.2018 (IFRS 9)	Kategorie nach IAS 39 ¹⁾	Buchwert nach IAS 39	Bewertungs- effekte	Kategorie nach IFRS 9 ¹⁾	Buchwert nach IFRS 9
Aktiva					
Finanzielle Vermögenswerte	LaR	61,2	-2,7	At cost	58,5
Finanzielle Vermögenswerte	AfS	22,9	-	FVOCIwoR	22,9
Sonstige langfristige Forderungen und Vermögenswerte (lt. Bilanz 26,0 Mio. €); davon Finanzinstrumente	Hedge Accounting	18,4	-	Hedge Accounting	18,4
Lang- und kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	1.517,8	-3,5	At cost	1.514,3
Sonstige kurzfristige Forderungen und Vermögenswerte (lt. Bilanz 394,2 Mio. €); davon Finanzinstrumente 348,8 Mio. €	LaR	296,7	-0,2	At cost	296,5
Sonstige kurzfristige Forderungen und Vermögenswerte (lt. Bilanz 394,2 Mio. €); davon Finanzinstrumente 348,8 Mio. €	HfT	10,4	-	FVPL	10,4
Sonstige kurzfristige Forderungen und Vermögenswerte (lt. Bilanz 394,2 Mio. €); davon Finanzinstrumente 348,8 Mio. €	Hedge Accounting	41,6	-	Hedge Accounting	41,6
Wertpapiere	AfS	76,6	-	FVPL	76,6
Finanzmittel	AfS	679,4	-	At cost	679,4
Aktiva Finanzinstrumente		2.725,2			2.718,6
Passiva					
Langfristige Finanzschulden	At cost	433,8	-	At cost	433,8
Kurzfristige Finanzschulden	At cost	237,8	-	At cost	237,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	At cost	1.169,0	-	At cost	1.169,0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (lt. Bilanz 339,2 Mio. €); davon Finanzinstrumente 64,9 Mio. €	HfT	20,1	-	FVPL	20,1
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (lt. Bilanz 339,2 Mio. €); davon Finanzinstrumente 64,9 Mio. €	Hedge Accounting	1,9	-	Hedge Accounting	1,9
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (lt. Bilanz 339,2 Mio. €); davon Finanzinstrumente 64,9 Mio. €	At cost	42,9	-	At cost	42,9
Passiva Finanzinstrumente		1.905,5			1.905,5

¹⁾ **Abkürzungen:**

AfS: Available for Sale / zur Veräußerung verfügbar

At cost: zu fortgeführten Anschaffungskosten

FVPL: Fair Value through profit and loss / erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert

FVOCIwoR: Fair Value through other comprehensive income without recycling / zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis ohne Recycling

HfT: Held for trading / zu Handelszwecken gehalten

LaR: Loans and receivables / ausgereichte Kredite und Forderungen

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 ergibt sich folgende Überleitung der Bilanzpositionen auf die verschiedenen Kategorien von Finanzinstrumenten:

2018 in Mio. €	Buchwert				Ansatz nach IFRS 9		Ansatz nach IAS 17	
	31.12.2018	nicht im Anwendungsbereich des IFRS 7	im Anwendungsbereich des IFRS 7	zu fortgeführten Anschaffungskosten	zum Fair Value erfolgsneutral	zum Fair Value erfolgswirksam	zu fortgeführten Anschaffungskosten	Fair Value
Aktiva								
Finanzielle Vermögenswerte	75,6	-	75,6	50,3	25,3	-	-	95,9
Sonstige langfristige Forderungen und Vermögenswerte	24,0	16,2	7,8	-	7,8	-	-	7,8
Lang- und kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.392,7	-	1.392,7	1.392,7	-	-	-	1.392,7
Sonstige kurzfristige Forderungen und Vermögenswerte	403,7	59,4	344,3	300,0	30,8	13,6	-	344,3
Wertpapiere	67,4	-	67,4	-	-	67,4	-	67,4
Finanzmittel	555,6	-	555,6	555,6	-	-	-	555,6
Aktiva Finanzinstrumente			2.443,5	2.298,5	63,9	81,1	-	
Passiva								
Langfristige Finanzschulden	291,1	-	291,1	269,0	-	-	22,1	299,0
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	6,1	4,9	1,2	-	1,2	-	-	1,2
Kurzfristige Finanzschulden	426,9	-	426,9	419,8	-	-	7,0	429,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.130,2	-	1.130,2	1.130,2	-	-	-	1.130,2
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	263,4	211,0	52,4	49,5	0,3	2,7	-	52,4
Passiva Finanzinstrumente			1.900,6	1.868,5	1,5	2,7	29,2	

Die Ermittlung der Fair-Value-Angaben für nicht zum Fair Value bilanzierte finanzielle Vermögenswerte und Schulden sowie für Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen erfolgt grundsätzlich durch die Diskontierung zukünftiger Zahlungsströme. Hierbei findet ein laufzeitabhängiger Zinssatz Anwendung, der den risikolosen Zinssatz und das Adressenausfallrisiko der Gegenpartei bzw. das über eine Peergroup abgeleitete Adressenausfallrisiko des Salzgitter-Konzerns widerspiegelt. Die Berechnungsparameter basieren auf Daten aus direkt und indirekt beobachtbaren Inputfaktoren. Die Fair-Value-Angaben in der Spalte „Fair Value“ in der obigen Tabelle sind somit insgesamt Level 2 zuzuordnen. Weitere Informationen zur Fair Value Hierarchie sowie zur Kategorisierung der Finanzinstrumente im Hedge Accounting sind im Folgenden in den Erläuterungen zu der Fair Value Hierarchie zu finden.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 ergab sich folgende Überleitung der Bilanzpositionen auf die verschiedenen Kategorien von Finanzinstrumenten:

2017 in Mio. €	Buchwert			Ansatz nach IAS 39	Ansatz nach IAS 17	
	31.12.2017	vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen / zu AK bewertete Verbindlichkeiten	zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte / Hedge Accounting	zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente	zu fortgeführten Anschaffungskosten	Fair Value
Aktiva						
Finanzielle Vermögenswerte	84,1	61,2	22,9	-	-	103,7
Sonstige langfristige Forderungen und Vermögenswerte (lt. Bilanz 26,0 Mio. €); davon Finanzinstrumente	18,4	-	18,4	-	-	18,4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.517,8	1.517,8	-	-	-	1.517,8
Sonstige kurzfristige Forderungen und Vermögenswerte (lt. Bilanz 394,2 Mio. €); davon Finanzinstrumente	348,8	296,7	41,6	10,4	-	348,8
Wertpapiere	76,6	-	76,6	-	-	76,6
Finanzmittel	679,4	-	679,4	-	-	679,4
Aktiva Finanzinstrumente		1.875,7	839,0	10,4	-	
Passiva						
Langfristige Finanzschulden	433,8	405,8	-	-	28,1	446,7
Kurzfristige Finanzschulden	237,8	231,2	-	-	6,6	241,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.169,0	1.169,0	-	-	-	1.169,0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (lt. Bilanz 339,2 Mio. €); davon Finanzinstrumente	64,9	42,9	1,9	20,1	-	64,9
Passiva Finanzinstrumente		1.848,9	1,9	20,1	34,7	

Innerhalb des Postens „Wertpapiere“ wurden im Vorjahr Fondsanteile in der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ ausgewiesen.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Finanzmittel verfügen größtenteils über kurze Restlaufzeiten, weshalb deren Buchwerte zum Abschlussstichtag dem Fair Value entsprechen. Zur Ermittlung des Fair Values von Derivaten verweisen wir auf den Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte – Ansatz und Bewertung“ im Kapitel „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“. Der Buchwert der derivativen Finanzinstrumente entspricht dem Marktwert. Die Wertpapiere sind börsennotiert und werden auf Grundlage des Börsenkurses zum Bilanzstichtag erfolgswirksam bewertet.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten, somit stellen die bilanzierten Werte die Fair Values dar.

Bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes eines Vermögenswertes oder einer Schuld verwendet der Konzern soweit möglich am Markt beobachtbare Daten. Basierend auf den in den Bewertungstechniken verwendeten Inputfaktoren werden die beizulegenden Zeitwerte unterschiedlichen Levels der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Level 1: notierte Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Schulden.

Level 2: Bewertungsparameter, bei denen es sich nicht um die in Stufe 1 berücksichtigten notierten Preise handelt, die sich aber für den Vermögenswert oder die Schuld entweder direkt oder indirekt (aus der Ableitung von Preisen) beobachten lassen.

Level 3: Bewertungsparameter für Vermögenswerte oder Schulden, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen.

Falls die für die Bestimmung des Fair Values verwendeten Inputfaktoren nicht nur einem Level zugeordnet werden können, erfolgt die Zuordnung in ihrer Gesamtheit insgesamt in dem Level, der dem niedrigsten Inputfaktor entspricht, der für die Bewertung insgesamt wesentlich ist.

In der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ befanden sich im Vorjahr insgesamt finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 22,9 Mio. €. Für diese waren keine verlässlichen Fair Values zu ermitteln, da sie nicht am Markt notiert waren. Es handelte sich dabei um Anteile an Personen- und Kapitalgesellschaften, für die in naher Zukunft keine Veräußerungsabsicht bestand. Diese Vermögenswerte wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Fair-Value-Ermittlung:

2018 in Mio. €	Fair Value			Summe	davon Level 1	davon Level 2	davon Level 3
	Zum Fair Value erfolgsneutral Finanzinvestitionen	Zum Fair Value erfolgsneutral Hedge Accounting	Zum Fair Value erfolgswirksam				
Aktiva							
Finanzielle Vermögenswerte	25,3	-	-	25,3	-	-	25,3
Sonstige langfristige Forderungen und Vermögenswerte	-	7,8	-	7,8	-	7,8	-
Sonstige kurzfristige Forderungen und Vermögenswerte	-	30,8	13,6	44,4	-	44,4	-
Wertpapiere	-	-	67,4	67,4	67,4	-	-
Aktiva Fair Value	25,3	38,6	81,1				
Passiva							
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	-	1,2	-	1,2	-	1,2	-
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	-	0,3	2,7	2,9	-	2,9	-
Passiva Fair Value	-	1,5	2,7				

Bei den finanziellen Vermögenswerten, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, handelt es sich ausschließlich um langfristig gehaltene-Anteile an Gesellschaften auf die der Salzgitter-Konzern keinen maßgeblichen Einfluss ausüben kann. Die gewählte Bewertung über das sonstige Ergebnis ohne nachträgliche Umklassifizierung in die Gewinn- und Verlustrechnung wird für angemessen betrachtet, da für die Beteiligungen keine kurzfristigen Gewinnerzielungsabsichten bestehen.

Die im Geschäftsjahr erfassten Dividenden aus diesen Finanzinvestitionen resultieren ausschließlich aus Eigenkapitalinstrumenten, die auch noch am Abschlussstichtag vom Salzgitter-Konzern gehalten werden. Die Dividendenerträge sind im Beteiligungsergebnis des Konzerns erfasst. Zudem wirkte die erfolgsneutrale Folgebewertung von den gehaltenen Eigenkapitalinstrumenten mit 23,1 Mio. € buchwerterhöhend. Der Buchwert der gesamten Finanzinvestitionen zum Abschlussstichtag 31.12.2018 sowie der Buchwert des Vorjahres ist in den Erläuterungen zu den Bilanzposten angegeben.

Die Marktwertermittlung für diese Eigenkapitalinstrumente erfolgte auf Basis von Parametern, für die keine beobachtbaren Marktdaten zur Verfügung stehen. Bei den Level 3 zugeordneten erfolgsneutral zum Fair Value bewerteten Eigenkapitalinstrumenten handelt es sich mit einem Buchwert von 25,3 Mio. € um Beteiligungen, deren Bewertung auf Basis der besten verfügbaren Informationen zum Abschlussstichtag vollzogen wird.

Die wesentlichen nicht beobachtbaren Inputfaktoren für eine Bewertung zum Fair Value der Stufe 3 der Bemessungshierarchie zugeordneten Finanzinvestitionen setzen sich aus den Dividendenausschüttungen und den anzunehmenden Kapitalkosten zusammen. Auf Basis dieser Inputfaktoren wird anhand einer Discounted Cashflow Methode der Fair Value ermittelt. Bei einer Veränderung der Kapitalkosten um +/- 1% würde sich der Fair Value um 2,3 Mio. € verringern, bzw. um 3,0 Mio. € erhöhen.

2017 in Mio. €	Fair Value			Summe	davon Level 1	davon Level 2	davon Level 3
	Zum Fair Value erfolgsneutral Finanzinvestitionen	Zum Fair Value erfolgsneutral Hedge Accounting	Zum Fair Value erfolgswirksam				
Aktiva							
Sonstige langfristige Forderungen und Vermögenswerte (lt. Bilanz 26,0 Mio. €); davon Finanzinstrumente	-	18,4	-	18,4	-	18,4	-
Sonstige kurzfristige Forderungen und Vermögenswerte (lt. Bilanz 394,2 Mio. €); davon Finanzinstrumente	-	41,6	10,4	52,0	-	52,0	-
Wertpapiere	76,5	-	-	76,5	76,5	-	-
Aktiva Fair Value	76,5	60,1	10,4				-
Passiva							
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (lt. Bilanz 339,2 Mio. €); davon Finanzinstrumente	-	1,9	20,1	22,0	-	22,0	-
Passiva Fair Value	-	1,9	20,1				

Die Risikokonzentration hinsichtlich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird als niedrig beurteilt, da die Kunden in verschiedenen Staaten ansässig sind, unterschiedlichen Branchen angehören und auf weitgehend unabhängigen Märkten tätig sind. Es gibt keine Kunden, gegen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen, die mehr als 10% der Gesamtsumme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausmachen. Zur Abdeckung von überwiegenden Teilen des Risikos von Forderungsausfällen bestehen Kreditversicherungen bei den einzelnen Konzerngesellschaften.

Der Salzgitter-Konzern hat drei Arten von Vermögenswerten, die dem Modell der erwarteten Verluste gemäß IFRS 9 unterliegen. Neben den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich dabei um Vertragsvermögenswerte sowie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Schuldinstrumente. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente unterliegen ebenfalls den Wertminderungsvorschriften des IFRS 9, der identifizierte Wertminderungsaufwand war jedoch unwesentlich.

Der Salzgitter-Konzern wendet für alle Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Vertragsvermögenswerte den vereinfachten Ansatz nach IFRS 9 an, um die erwarteten Kreditverluste zu bemessen.

Zur Bemessung der erwarteten Kreditverluste wurden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Vertragsvermögenswerte auf Basis gemeinsamer Kreditrisikomerkmale zusammengefasst. Die Vertragsvermögenswerte betreffen noch nicht fakturierte laufende Arbeiten und weisen im Wesentlichen die gleichen Kreditrisikomerkmale wie die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen für die gleichen Vertragsarten auf. Der Salzgitter-Konzern wendet daher die Verlustquoten für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auch für die Bewertung der zu erwartenden Verluste aus Vertragsvermögenswerten an.

Der Salzgitter-Konzern berücksichtigt die Ausfallwahrscheinlichkeit zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes von Vermögenswerten und das Vorliegen einer signifikanten Erhöhung des Ausfallrisikos während der Berichtsperiode. Um zu beurteilen, ob sich das Ausfallrisiko signifikant erhöht hat, wird das Ausfallrisiko im Hinblick auf den Abschlussstichtag mit dem Ausfallrisiko im Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes verglichen. Dabei werden neben der externen Bonitätsbewertung insbesondere interne Bonitätsbewertungen sowie signifikante Änderungen der erwarteten Ertragskraft und des Zahlungsverhaltens des Schuldners einbezogen.

Finanzielle Vermögenswerte werden abgeschrieben, wenn nach angemessener Einschätzung eine Realisierbarkeit nicht mehr erwartet wird, beispielsweise, wenn ein Schuldner den Abschluss eines Rückzahlungsplans ablehnt. Wurden Kredite oder Forderungen abgeschrieben, setzt das Unternehmen Vollstreckungsmaßnahmen fort, um die fälligen Forderungen noch zu realisieren. Ein Finanzinstrument wird ausgebucht, wenn nach angemessener Einschätzung nicht davon auszugehen ist, dass ein finanzieller Vermögenswert ganz oder teilweise realisierbar ist, z. B. nach Beendigung des Insolvenzverfahrens oder nach gerichtlichen Entscheidungen. Aus diesen Gründen wurden im Geschäftsjahr Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 3,5 Mio. € ausgebucht.

Am Bilanzstichtag stellt sich das Ausfallrisiko im Vergleich zum Vorjahr folgendermaßen dar:

in Mio. €	31.12.2018		31.12.2017	
	Maximales Ausfallrisiko	Abgesichertes Ausfallrisiko	Maximales Ausfallrisiko	Abgesichertes Ausfallrisiko
Lang- und kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.392,7	762,4	1.517,8	686,2
Sonstige Forderungen	300,0	20,2	296,7	2,5
Finanzielle Vermögenswerte	50,3	-	61,2	-
Gesamt	1.742,9	782,6	1.875,7	688,7

Zusätzlich bestehen Ausfallrisiken in Höhe der positiven Marktwerte der Derivate sowie bei Leasingforderungen in Höhe der bilanzierten Werte, für die das Ausfallrisiko nicht abgesichert ist.

Der Salzgitter-Konzern ordnet die Forderungen, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die Vertragsvermögenswerte drei Kategorien zu, die ihr Ausfallrisiko sowie die Art und Weise, wie die Wertberichtigung für jede dieser Kategorien bestimmt wird, widerspiegeln. Diese Bonitätsratings werden auf die Ratings externer Agenturen, wie Standard and Poor's, Moody's und Fitch, abgestimmt.

Das Rating für Vermögenswerte, die nach dem allgemeinen Ansatz (General Approach) bilanziert werden, stellt sich wie folgt dar:

in Mio.€	31.12.2018		
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
General Approach			
Hohe Kreditwürdigkeit	300,0	-	-
Mittlere Kreditwürdigkeit	35,9	-	-
Erhöhtes Ausfallrisiko	14,4	-	-
Gesamt	350,3	-	-

in Mio.€	Wertberichtigungen General Approach Stufe 1		
	Bruttobuchwert	Risikovorsorge	Nettobuchwert
Eröffnungssaldo 1.1.	357,9	-2,9	355,0
Zugang	-	-0,5	-0,5
Abgang	-7,6	0,7	-6,9
Schlussaldo 31.12.	350,3	-2,7	347,6

Das Rating für Vermögenswerte, die nach dem vereinfachten Ansatz (Simplified Approach) bilanziert werden, stellt sich folgendermaßen dar:

in Mio.€	Simplified Approach	
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen vor Wertberichtigungen	Vertragsvermögenswerte vor Wertberichtigungen
Hohe Kreditwürdigkeit	820,8	49,2
Mittlere Kreditwürdigkeit	505,3	126,8
Erhöhtes Ausfallrisiko	134,7	-
Gesamt	1.460,8	176,0

Die angegebenen Werte für die verschiedenen Ratingkategorien sind Bruttobuchwerte vor Berücksichtigung des Kreditausfallrisikos. Dieser Bruttobuchwert der gesamten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beträgt zum 31. Dezember 2018 1.460,80 Mio.€. Von der gesamten Risikovorsorge für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 68,2 Mio.€ entfallen 62,3 Mio.€ auf die Ratingkategorie „Erhöhtes Ausfallrisiko“. Die verbleibende Summe für die Risikovorsorge für Forderungen und Leistungen in Höhe von 5,9 Mio.€, ergibt sich vor allem aus der Risikovorsorge für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen der Ratingklasse „Mittlere Kreditwürdigkeit“.

Ein Betrag in Höhe von 792,7 Mio.€ der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen war zum Bilanzstichtag durch Sicherungen gegen Zahlungsausfälle abgesichert, davon entfallen auf Kreditversicherungen 733,8 Mio.€.

Der Bruttobuchwert der gesamten Vertragsvermögenswerte beträgt zum 31. Dezember 2018 176,0 Mio. €. Insgesamt besteht eine Risikovorsorge für Vertragsvermögenswerte in Höhe von 0,9 Mio. €, die sich im Wesentlichen aus der Risikovorsorge für Vertragsvermögenswerte der Ratingklasse „Mittlere Kreditwürdigkeit“ ergibt.

in Mio. €	Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Wertberichtigungen Vertragsver- mögenswerte
Eröffnungssaldo 1.1. nach IAS 39	-67,2	0,0
Anwendung von IFRS 9	-2,2	-1,3
Stand 1.1. nach IFRS 9	-69,4	-1,3
Zugang	-93,0	-0,1
Inanspruchnahme	3,5	0,0
Abgang	91,1	0,0
Umbuchung	-0,5	0,5
Währungsdifferenzen	0,0	0,0
Schlussaldo 31.12.	-68,2	-0,9

Der Saldo aus Wertminderungen und Wertaufholungen für zuvor erfasste Wertminderungen ergibt einen Aufwand in Höhe von 1,9 Mio. €.

Die Analyse des Alters der Finanzinstrumente, die zum Abschlussstichtag des Vorjahres in Höhe von 259,5 Mio. € überfällig, aber nicht wertgemindert waren, ergab Folgendes:

31.12.2017 in Mio. €	überfällig seit				
	< 30 Tagen	31-60 Tagen	61-90 Tagen	91-180 Tagen	> 180 Tagen
Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen	135,2	26,0	11,4	17,3	69,6

Ein Betrag von 122,3 Mio. € der überfälligen nicht wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte der Kategorie „Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen“ war im Vorjahr durch Kreditversicherungen gesichert.

Nicht wertberichtigte Beträge, die seit mehr als 90 Tagen überfällig sind, betreffen in der Regel Stammkunden, bei denen der Zahlungseingang wie in den Vorjahren nicht infrage steht, sowie Kunden, deren Forderungen kreditversichert sind.

Im Vorjahr wurden im Salzgitter-Konzern gemäß IAS 39 für die Vermögenswerte der Kategorie „Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen“ Wertminderungen in Höhe von 22,7 Mio. € sowie Wertaufholungen und Auflösungen von Wertberichtigungen in Höhe von 15,1 Mio. € für alle erkennbaren Einzelrisiken, das durch Erfahrungswerte gestützte Kreditrisiko sowie für besondere Länderrisiken vorgenommen.

Eine Wertminderung finanzieller Vermögenswerte der Kategorie „Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen“ wurde vorgenommen, sobald objektive Hinweise auf eine Wertminderung wie beispielsweise erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbruch vorliegen. Wertminderungen werden erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Wertaufholungen werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Für die Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, wird von einer jederzeitigen Einbringlichkeit ausgegangen.

Seit dem 1. Januar 2018 werden Wertminderungen nach dem Wertminderungsmodell des IFRS 9 (Expected-losses-Modell) erfasst.

Die Management-Holding beobachtet die Liquiditätslage des Konzerns bei allen im Konzernfinanzkreis eingebundenen Gesellschaften im Rahmen eines zentralen Cash- und Zinsmanagements. Dabei gelten für die Tochtergesellschaften interne Kreditlinien. Sofern ihnen eigene Kreditlinien zur Verfügung stehen, sind sie für die entsprechende Risikominimierung selbst verantwortlich und berichten über eventuelle Risiken innerhalb der Konzernführungs- und -controllingstrukturen. Darüber hinaus könnten Risiken aus notwendigen Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften entstehen, wenn deren Geschäftsentwicklung nachhaltig unbefriedigend verlief. Aus diesem Risikofeld sind jedoch keine bestandsgefährdenden Belastungen zu erwarten. Der Risikokonzentration wird mit einer rollierenden Liquiditätsplanung begegnet. Aufgrund der verfügbaren Barmittel und Kreditlinien sehen wir derzeit keine Gefährdung für unseren Konzern.

Die Nettoergebnisse der Kategorien stellen sich wie folgt dar:

in Mio.€	2018
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	36,1
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	-3,3
Erfolgsneutral zum Fair Value bewertete Eigenkapitalinstrumente	2,4
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	-35,5
Summe	-0,3

in Mio.€	2017
Zu Handelszwecken gehaltene Vermögenswerte / Verbindlichkeiten	17,6
Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen	8,2
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1,2
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	-18,8
Summe	8,3

Das Nettoergebnis der Kategorie „Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten“ enthält im Wesentlichen die Ergebniseffekte aus der Stichtagsbewertung von Devisentermingeschäften. In der Kategorie „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte“ sind neben Wertberichtigungen und Effekten aus Wechselkursänderungen Zinserträge in Höhe von 14,8 Mio.€ (Vorjahr 18,9 Mio.€) enthalten. Die Kategorie „Erfolgsneutral zum Fair Value bewertete Eigenkapitalinstrumente“ beinhaltet vor allem Beteiligungserträge. Zinsaufwendungen in Höhe von 36,8 Mio.€ (Vorjahr 20,4 Mio.€) sind der Kategorie „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ zugeordnet. Daneben sind in dieser Kategorie Effekte aus Währungsumrechnung enthalten.

Für nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente entstanden Aufwendungen für den Finanz- und Geldverkehr in Höhe von 7,8 Mio.€ (Vorjahr 10,2 Mio.€), die sofort erfolgswirksam erfasst wurden.

Die Entwicklung der Wertänderungsrücklage von Finanzinstrumenten der Kategorie „Erfolgsneutral zum Fair Value bewertete Eigenkapitalinstrumente (Vorjahr: „Zur Veräußerung verfügbar“) stellt sich nach Steuern wie folgt dar:

in Mio. €	2018	2017
Stand 01.01.	1,5	-16,5
Umgliederung IFRS 9	-1,5	-
Erfolgsneutrale Werterhöhung	23,1	0,4
Abgang	-	-18,1
Latente Steuern	-3,1	-0,5
Stand 31.12.	20,0	1,5

Das Geschäftsmodell der stahlintensiven Geschäftsfelder des Salzgitter-Konzerns ist der Volatilität der Rohstoff- und Absatzpreise ausgesetzt. Ausgewählte Rohstoffpreis-Sicherungsgeschäfte, die zur Steuerung von Rohstoffpreis- und Margenrisiken abgeschlossen werden, werden unter Anwendung von Hedge Accounting bilanziert. Ausgehend von der Variabilität der Rohstoffeinkaufspreise aus den Beschaffungsverträgen sind der Preiszusammenhang zu den Stahlabsatzpreisen, der zeitliche Versatz zwischen der Rohstoff- und Absatzpreisfixierung sowie die Besonderheiten des Geschäftsmodells (Durchlaufzeiten, Mindestbestände, Losgrößen innerhalb der Produktion, etc.) im Rahmen der Risikoidentifikation enthalten. Bedingt durch die genannten Umstände besteht das Risiko, dass die tatsächliche Marge von der ursprünglich geplanten Höhe abweichen kann. Zur Steuerung dieser Rohstoffpreis- und damit verbundenen Margenrisiken im Salzgitter-Konzern werden Steuerungskennzahlen einschließlich zugehöriger Limits eingesetzt. Unter Berücksichtigung dieser Steuerungskennzahlen verantwortet ein Risikogremium konzernweit die Einleitung und Auswahl von geeigneten Maßnahmen zur Steuerung der Risikopositionen und legt eine Sicherungsquote fest.

Zur Bestimmung der ökonomischen Sicherungsbeziehung werden die bewertungsrelevanten Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft gegenübergestellt. Da die bewertungsrelevanten Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen (Nominalvolumen, Preisindex und Fälligkeitstag), ist von einer ökonomischen Sicherungsbeziehung auszugehen. Die folgenden Gründe können ggf. zu Ineffektivitäten führen: Änderung der Zahlungstermine, Erhöhung oder Reduzierung des Nominalvolumens oder Preises oder eine wesentliche Änderung des Kreditrisikos bei einer der beiden Vertragsparteien oder beiden Vertragsparteien. Die Messung der Ineffektivitäten erfolgt anhand der kumulierten Dollar-Offset-Methode zu jedem Quartal, d. h., die kumulativen Zahlungsstromänderungen des Grundgeschäfts werden den kumulativen Zahlungsstromänderungen des Sicherungsgeschäfts gegenübergestellt. Sowohl das Grund- (hypothetisches Derivat) als auch das Sicherungsgeschäft werden dabei mit Markttterminkursen bewertet, und zwar grundsätzlich nach der Forward-to-Forward-Methode.

Für hochwahrscheinlich erwartete Beschaffungsgeschäfte können unter IFRS 9 im Rahmen von Cashflow Hedges abgrenzbare Risikokomponenten als Grundgeschäfte designiert werden. Im Salzgitter-Konzern wird diese Möglichkeit genutzt, um Ineffektivitäten bei Sicherungsbeziehungen über Rohstoffbeschaffungsgeschäfte für Eisenerz und Kokskohle zu reduzieren. Durch die Möglichkeit der Designation abgrenzbarer Risikokomponenten entfällt die Risikokomponente Schiffsdiesel bei der Kalkulation der Effektivitäten aus der Absicherung von Eisenerz- und Kokskohlebeschaffungsgeschäften. Aus diesem Grund reduzierten sich die Ineffektivitäten im Geschäftsjahr 2018 auf 0,1 Mio.€ (Vorjahr 1,2 Mio.€). Eine Designation einzelner Risikokomponenten aus Beschaffungsverträgen bei diesen Geschäften war unter IAS 39 nicht möglich.

Der Salzgitter-Konzern wendete im Geschäftsjahr Hedge Accounting nach IFRS 9 (Vorjahr IAS 39) für Warentermingeschäfte (Eisenerz- und Kokskohleswaps) sowie in geringem Umfang für Devisentermingeschäfte an. Dabei wurden die Preis- und Währungsänderungsrisiken im Rahmen von Cashflow Hedges gesichert. Die entsprechenden Marktwerte gestalteten sich wie folgt:

Positive Marktwerte in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Devisentermingeschäfte – Cashflow Hedges	2,0	0,0
Warentermingeschäfte – Cashflow Hedges	36,6	60,1
Summe	38,6	60,1

Negative Marktwerte in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Devisentermingeschäfte – Cashflow Hedges	0,0	1,9
Warentermingeschäfte – Cashflow Hedges	1,5	–
Summe	1,5	1,9

Die im Rahmen von Cashflow Hedges gesicherten Grundgeschäfte zur Währungssicherung werden generell innerhalb der nächsten zwölf Monate nach dem Bilanzstichtag erfolgswirksam. Die Warentermingeschäfte werden in den Geschäftsjahren 2019, 2020 und 2021 erfolgswirksam. Den Wertänderungen der Devisentermingeschäfte stehen aufgrund einer hohen Effektivität entsprechende Grundgeschäfte in nahezu identischer Höhe gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die positiven Devisentermingeschäfte um 2,0 Mio. € erhöht und die negativen Devisentermingeschäfte um 1,9 Mio. € verringert. Den Wertänderungen der Warentermingeschäfte stehen aufgrund einer hohen Effektivität ebenfalls Grundgeschäfte in nahezu identischer Höhe gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die positiven Warentermingeschäfte um 23,5 Mio. € verringert und die negativen Warentermingeschäfte um 1,5 Mio. € erhöht.

Die Entwicklung der Cashflow-Hedge-Rücklage, die erfolgsneutral im Eigenkapital verbucht wurde, zeigt die folgende Aufstellung (nach Steuern):

in Mio. €	2018	2017
Stand 01.01.	39,3	81,5
Erfolgsneutrale Werterhöhung	27,0	48,5
Erfolgsneutrale Wertminderung	–	–1,9
Basis Adjustment	–48,4	–65,3
Latente Steuern Basis Adjustment	15,0	–
Realisierung	0,8	–5,7
Sonstige latente Steuern	–8,5	–17,8
Stand 31.12.	25,1	39,3

Das Volumen der Sicherungsgeschäfte, die im Hedge Accounting zum Bilanzstichtag bilanziert wurden:

2018	bis 1 Jahr	über 1 Jahr	Nominalvolumen	Durchschnittlicher Sicherungskurs
Absicherung Währungsrisiko USD	84,7	0,0	84,7	1,19
Absicherung Preisänderungsrisiko Eisenerz in Mio. t	1,3	0,9	2,3	53,29
Absicherung Preisänderungsrisiko Kokskohle in Mio. t	0,4	0,7	1,2	167,63

Die Effektivität aller Sicherungsbeziehungen wird zu jedem Berichtsstichtag überprüft. Dabei werden die kumulierten Wertänderungen des Grundgeschäfts mit den kumulierten Wertänderungen des Sicherungsgeschäfts verglichen. Im Geschäftsjahr entstanden Ineffektivitäten aus Cashflow Hedges in Höhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr 1,2 Mio. €). Die Ineffektivitäten wurden erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Im Geschäftsjahr wurde ein Betrag in Höhe von 48,4 Mio. € (Vorjahr 65,3 Mio. €) aus ausgelaufenen Termingeschäften mit den Anschaffungskosten nicht-finanzieller Vermögenswerte verrechnet (Basis Adjustment).

Für Fremdwährungsforderungen bestehen Kurssicherungen über verschiedene Banken durch den Abschluss von Devisentermingeschäften. Die im Hedge Accounting nach IFRS 9 (Vorjahr: IAS 39) bilanzierten Ansprüche sind zum jeweils vereinbarten Kurs angesetzt. Es wurden sowohl für feste Verpflichtungen als auch für erwartete zukünftige Transaktionen Sicherungsbeziehungen begründet.

Das Nominalvolumen der derivativen Finanzinstrumente ist die unsaldierte Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge, bewertet zum jeweiligen Erfüllungskurs. Die Marktwerte wurden grundsätzlich auf Basis der Verhältnisse am Bilanzstichtag ermittelt, und zwar zu den Werten, zu denen die betreffenden derivativen Finanzgeschäfte gehandelt bzw. notiert wurden, ohne Berücksichtigung gegenläufiger Wertentwicklungen aus den Grundgeschäften. Der zu bilanzierende Zeitwert der Derivate ergibt sich aus der Bewertung des gesicherten Fremdwährungsbetrages bzw. Warenpreises mit der Kursdifferenz zwischen dem Kurs bei Abschluss des Termingeschäfts und dem Terminkurs am Bilanzstichtag; dieser Betrag wird entsprechend der Restlaufzeit auf den Bilanzstichtag abgezinst.

In die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Währungsderivate sind zum Ende des Berichtsjahres und des Vorjahres die folgenden wesentlichen Zinssätze eingeflossen:

Laufzeit	EUR Zinssatz (%)		GBP Zinssatz (%)		USD Zinssatz (%)	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
1 Monat	-0,3630	-0,3680	0,7303	0,4962	2,5027	1,5643
3 Monate	-0,3090	-0,3290	0,9124	0,5211	2,8076	1,6943
6 Monate	-0,2370	-0,2710	1,0347	0,5760	2,8756	1,8370
1 Jahr	-0,1170	-0,1860	1,1703	0,7669	3,0054	2,1070
2 Jahre	-0,1750	-0,1530	1,1565	0,7940	2,6550	2,0840
4 Jahre	0,0630	0,1660	1,2650	0,9710	2,5730	2,2320
10 Jahre	0,8140	0,8780	1,4270	1,2720	2,7114	2,4190

Die Liquiditätsstruktur sämtlicher finanzieller Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

31.12.2018 in Mio. €	bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.130,2	-	-
Finanzschulden	431,5	302,2	0,1
Leasingverbindlichkeiten	8,5	19,3	5,9
Sonstige Verbindlichkeiten	263,6	0,1	-

31.12.2017 in Mio. €	bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.169,0	-	-
Finanzschulden	236,8	423,9	0,3
Leasingverbindlichkeiten	8,4	22,6	9,8
Sonstige Verbindlichkeiten	43,4	-	-

Zum 31. Dezember 2018 führen derivative finanzielle Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von unter einem Jahr zu Auszahlungen in Höhe von 361,6 Mio. € (Vorjahr 617,9 Mio. €) und mit einer Laufzeit zwischen ein und fünf Jahren zu Auszahlungen in Höhe von 1,2 Mio. € (Vorjahr 0,0 Mio. €). Den Auszahlungen aus derivativen finanziellen Verbindlichkeiten, für die Zahlungen auf Bruttobasis vereinbart wurden, stehen Einzahlungen gegenüber. Unter Berücksichtigung dieser Einzahlungen fallen die Auszahlungen wesentlich geringer aus.

Saldierung

Die Salzgitter AG schließt Finanztermingeschäfte nur mit Kernbanken und ausschließlich auf Grundlage eines standardisierten Vertrags für Finanztermingeschäfte ab. Dieser Vertrag enthält eine bedingte Aufrechnungsvereinbarung, nach der im Insolvenzfall die Partei, die den höheren Betrag schuldet, die Differenz zahlt.

Derivate mit positiven bzw. negativen Marktwerten werden in der Bilanz nicht miteinander saldiert. Die Spalte „nicht saldierte Beträge“ enthält die Beträge der bilanzierten Derivate, die die Saldierungskriterien des IAS 32.42 nicht erfüllen.

31.12.2018 in Mio. €	Bruttobuchwert	Saldierungs- betrag	Nettobuchwert	nicht saldierte Beträge	Gesamt- nettobetrag
Positive Marktwerte Derivate	52,2	-	52,2	3,3	48,8
Negative Marktwerte Derivate	4,2	-	4,2	3,3	0,8

31.12.2017 in Mio. €	Bruttobuchwert	Saldierungs- betrag	Nettobuchwert	nicht saldierte Beträge	Gesamt- nettobetrag
Positive Marktwerte Derivate	70,5	-	70,5	2,3	68,2
Negative Marktwerte Derivate	22,0	-	22,0	2,3	19,7

Sensitivitätsanalyse

Der Salzgitter-Konzern ist verschiedenen finanziellen Risiken ausgesetzt. Im Sinne der Sensitivitätsanalyse des IFRS 7 sind dies Zinsrisiken, Wechselkursrisiken und sonstige Preisrisiken. Für die Zinsrisiken wird im Rahmen der Sensitivitätsanalyse eine Veränderung des Marktzinsniveaus um 100 Basispunkte unterstellt. Bei den Währungsrisiken wird eine Schwankung der jeweiligen funktionalen Währung der Konzerngesellschaften um 10% gegenüber den Fremdwährungen angenommen. Die sonstigen Preisrisiken ergeben sich für den Salzgitter-Konzern aus Veränderungen von Rohstoffpreisen oder Börsenindizes. Hier werden die Auswirkungen einer Änderung der jeweiligen Preisnotierungen um 10% berechnet. Die Ermittlung der Sensitivitäten erfolgte durch Banken oder interne Berechnungen anhand anerkannter Methoden (zum Beispiel Black-Scholes, Heath-Jarrow-Morton). Der Bestand der Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag ist repräsentativ für das Geschäftsjahr.

31.12.2018	ergebnis- wirksam	eigen- kapital- wirksam	Summe	ergebnis- wirksam	eigen- kapital- wirksam	Summe
Sensitivitätsmaß	+10%	+10%	+10%	-10%	-10%	-10%
USD	-39,6	-19,8	-59,4	43,1	25,2	68,3
GBP	0,5	4,4	4,9	-0,5	-5,3	-5,8
Übrige Währungen	-3,1	1,4	-1,7	3,0	-1,8	1,2
Währungssensitivitäten	-42,2	-14,0	-56,2	45,6	18,1	63,7
Sensitivitätsmaß	+100 bp	+100 bp	+100 bp	-100 bp	-100 bp	-100 bp
Zinssensitivitäten	-3,9	-	-3,9	2,2	-	2,2
Sensitivitätsmaß	+10%	+10%	+10%	-10%	-10%	-10%
Kokskohle	-	21,5	21,5	-	-21,5	-21,5
Eisenerz	-	14,3	14,3	-	-14,3	-14,3
Übrige	0,4	-	0,4	-0,4	-	-0,4
Sonstige Preissensitivitäten	0,4	35,8	36,2	-0,4	-35,8	-36,2

31.12.2017	ergebnis- wirksam	eigen- kapital- wirksam	Summe	ergebnis- wirksam	eigen- kapital- wirksam	Summe
Sensitivitätsmaß	+10%	+10%	+10%	-10%	-10%	-10%
USD	-27,1	-23,4	-50,5	31,3	26,1	57,4
GBP	0,6	1,7	2,3	-0,7	-2,1	-2,8
Übrige Währungen	-2,4	2,0	-0,4	2,6	-2,4	0,2
Währungssensitivitäten	-28,9	-19,7	-48,6	33,2	21,6	54,8
Sensitivitätsmaß	+100 bp	+100 bp	+100 bp	-100 bp	-100 bp	-100 bp
Zinssensitivitäten	-3,8	-	-3,8	4,2	-	4,2
Sensitivitätsmaß	+10%	+10%	+10%	-10%	-10%	-10%
Kokskohle	1,7	8,5	10,2	-1,7	-8,5	-10,2
Eisenerz	1,7	14,8	16,5	-1,7	-14,8	-16,5
Übrige	0,2	-	0,2	-0,2	-	-0,2
Sonstige Preissensitivitäten	3,6	23,3	26,9	-3,6	-23,3	-26,9

(35) Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung weist entsprechend IAS 7 die Entwicklung der Zahlungsströme getrennt nach Mittelzu- und -abflüssen aus der laufenden Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit aus. Die Kapitalflussrechnung ist nach der indirekten Methode aus dem Konzernabschluss der Salzgitter AG abgeleitet.

Der verwendete Finanzmittelfonds setzt sich aus Kassenbeständen, Schecks, Guthaben bei Kreditinstituten und Termingeldern (Laufzeit unter drei Monate) zusammen.

Im Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit sind die Erträge und Aufwendungen aus Anlagenabgängen eliminiert. Die Zinseinzahlungen betragen 7,8 Mio. € (Vorjahr 12,7 Mio. €). Die Einzahlungen aus Dividenden im Geschäftsjahr 2018 belaufen sich auf 16,5 Mio. € (Vorjahr 21,3 Mio. €).

Die im Mittelabfluss für die Investitionstätigkeit ausgewiesenen Investitionen enthalten die zahlungswirksamen Zugänge zu immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen sowie zu den langfristigen finanziellen Vermögenswerten, insbesondere Investitionen in Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen sowie Zugänge durch Unternehmenserwerbe neu erworbener oder neu gegründete, zum Teil aus Wesentlichkeit nicht konsolidierte Gesellschaften, für Kapitalerhöhungen nicht konsolidierter Gesellschaften sowie für langfristige Wertpapiere (20,1 Mio. €).

Die Ein- und Auszahlungen aus bzw. für Geldanlagen umfassen Terminkontrakte und Anleihefonds.

in Mio. €	Stand 01.01. 2018	Einzah- lungen gesamt	davon: Einzah- lungen Finanzie- rungs Cash- flow		davon: Auszah- lungen Finanzie- rungs Cashflow		Zugang/ Abgang aus Kon- solidie- rungs- kreis- Verän- derun- gen	Wäh- rungs- diffe- renzen	Sonstige Verände- rungen	Stand 31.12. 2018	davon lang- fristig
			Auszah- lungen gesamt	Finanzie- rungs Cashflow	Auszah- lungen gesamt	Finanzie- rungs Cashflow					
Anleihen	157,9	-	-	-	-	-	-	-	4,0	162,0	162,0
Kredite und andere Finanzverbindlichkeiten	513,7	192,1	15,9	-154,4	-16,8	2,2	2,2	0,2	556,0	129,2	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	332,8	108,9	15,9	-69,3	-10,5	1,3	2,3	0,1	376,1	100,8	
Verbindlichkeiten aus Factoring	138,7	82,6	-	-78,5	-	-	-	-	142,7	-	
Verbindlichkeiten aus Finanzierungen	7,5	0,6	-	-0,0	-	-	-0,0	-	8,1	6,3	
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen	34,7	-	-	-6,5	-6,3	0,9	-0,0	0,1	29,2	22,1	
	671,6	192,1	15,9	154,4	-16,8	2,2	2,2	4,2	718,0	291,1	

in Mio. €	Stand 01.01. 2017	Einzah- lungen gesamt	Auszah- lungen gesamt	Finan- zierungs- Cashflow	Zugang / Abgang aus Kon- solidie- rungskreis- Verände- rungen	Währungs- diffe- renzen	Sonstige Verände- rungen	Stand 31.12. 2017	davon lang- fristig
Anleihen	414,0	0,0	-0,1	-0,1	0,0	0,0	-255,9	157,9	157,9
Kredite und andere Finanzverbindlichkeiten	532,0	92,8	-106,7	-13,4	-0,1	-4,4	0,1	513,7	275,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	337,9	49,6	-50,5	-7,3	0,0	-4,3	0,0	332,8	241,6
Verbindlichkeiten aus Factoring	144,9	43,1	-49,4	0,0	0,0	0,0	0,0	138,7	0,0
Verbindlichkeiten aus Finanzierungen	8,0	0,0	-0,3	0,0	-0,1	-0,1	0,0	7,5	6,3
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing- verträgen	41,2	0,0	-6,5	-6,1	0,0	0,0	0,0	34,7	28,1
	946,0	92,8	-106,8	-13,5	-0,1	-4,4	-255,9	671,6	433,8

Die sonstigen Veränderungen der Anleihen in 2017 (-255,9 Mio.€) enthalten im Wesentlichen den aufgrund von Aktienhingabe nicht zahlungswirksamen Abgang der Aurubis-Umtauschanleihe.

(36) Unternehmenserwerbe

Am 30. April 2018 hat die Mannesmann Stainless Tubes GmbH in Mülheim 100% der Anteile am Edelstahlrohrproduzenten SOTEP (Société Technique d'Etirage de Précision) mit Sitz in Issoudun, Frankreich übernommen. Der beizulegende Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beträgt 20 Mio.€ und entfällt insbesondere auf Kundenbeziehungen und Sachanlagen. In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 2018 sind 11 Mio.€ Erträge und ein Gewinn von 0,3 Mio.€ der SOTEP enthalten.

Die 1980 gegründete SOTEP ist ein Spezialanbieter kaltgefertigter nahtloser Edelstahlrohre im Premiumsegment für die Bereiche Luftfahrt, Kraftwerke sowie Öl und Gas. Das Unternehmen betreibt am Standort Issoudun, Frankreich ein Werk mit 65 Mitarbeitern und erwirtschaftete im Jahr 2017 mehr als 10 Mio. Euro Umsatz. Mit dem Erwerb der SOTEP erweitert die Mannesmann Stainless Tubes GmbH ihr Produkt- und Absatzmarktportfolio.

(37) Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Die Segmentierung des Salzgitter-Konzerns in fünf Geschäftsbereiche folgt der internen Steuerung und Berichterstattung des Konzerns. Hauptentscheidungsträger ist der Vorstand.

In der Segmentberichterstattung sind die Geschäftsaktivitäten des Salzgitter-Konzerns entsprechend der nach unterschiedlichen Produkten bzw. Dienstleistungen gegliederten Konzernstruktur den Geschäftsbereichen Flachstahl, Grobblech / Profilstahl, Mannesmann, Handel und Technologie zugeordnet.

Der Geschäftsbereich Flachstahl stellt hochwertige Marken- und Spezialstähle her. Hauptprodukte sind Warmbreitband und Feinblech, Bauelemente und Tailored Blanks.

Die Gesellschaften aus dem Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl produzieren ein breites Spektrum an hochwertigen Grobblechen. Hauptprodukte sind darüber hinaus die Herstellung von Profilstählen sowie der Schrotthandel.

Im Geschäftsbereich Mannesmann werden vor allem Pipelinerohre, HFI-geschweißte Rohre, Präzisionsrohre und Edelstahlrohre gefertigt.

Der Geschäftsbereich Handel sorgt über ein dichtes europäisches Vertriebsnetz sowie weltweit angesiedelte Handelsgesellschaften und Vertriebsbüros für die Vermarktung der Produkte und Leistungen des Salzgitter-Konzerns.

Der Geschäftsbereich Technologie betätigt sich vor allem im Geschäftsfeld Abfüll- und Verpackungstechnik, aber auch im Spezialmaschinenbau für die Schuhfertigung und Elastomerproduktion.

Die Gesellschaften der Kategorie Industrielle Beteiligungen umfassen überwiegend für den Konzern tätige Dienstleistungsgesellschaften und entsprechen der Zusammenfassung nach IFRS 8.16. Von den Dienstleistungseinheiten bieten einige Gesellschaften ihre Dienste auch Drittkunden an. Auf dieser Basis konzipieren und realisieren die Unternehmen attraktive Serviceangebote in einem breiten Spektrum. Dies reicht von Rohstoffversorgung über IT-Dienstleistungen, Facilitymanagement, Logistik, Automotive Engineering bis zu Forschung und Entwicklung. Unter den Konsolidierungen werden die Salzgitter AG als Management-Holding, die Zwischenholdings Salzgitter Mannesmann GmbH, Salzgitter-Klöckner-Werke GmbH und Salzgitter Finance B.V. sowie die Aurubis AG zugeordnet.

Die Rechnungslegungsgrundsätze sind die gleichen, wie sie für den Konzern in den wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen beschrieben sind. Eine Berücksichtigung für konzerninterne Leasingverhältnisse nach IAS 17 sowie konzerninterne Rückstellungen nach IAS 37 erfolgt in der Segmentberichterstattung nicht. Dies gilt gleichermaßen für konzerninterne abgerechnete Derivate nach IFRS 9.

Die Effekte aus der Eliminierung der Zwischenergebnisse für geschäftsbereichsübergreifende Konzernbeziehungen sind entgegen dem Vorjahr im Geschäftsbereich des Lieferanten enthalten. Für das Geschäftsjahr 2017 ergibt sich hieraus ein niedriger einstelliger Millionenbetrag, der überwiegend auf die Geschäftsbereiche Flachstahl und Grobblech / Profilstahl entfällt. Die Periodenergebnisse der jeweiligen Geschäftsbereiche beinhalten somit die Effekte aus der geschäftsbereichsübergreifenden Eliminierung der Zwischenergebnisse.

Es gibt keine Beziehungen zu einzelnen Kunden, deren Umsatzanteil gemessen am Konzernumsatz wesentlich ist. Für eine Übersicht der Umsätze nach Regionen verweisen wir auf unsere Darstellung im Kapitel „Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung“ auf Ziffer (1) „Umsatzerlöse“. Die Länderzuordnung erfolgt für langfristige Vermögenswerte nach dem jeweiligen Standort und wird für immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und für als Finanzinvestition gehaltene Immobilien dargestellt.

in Mio. €	2018	2017
Inland	2.232,1	2.297,4
Übrige EU	95,6	86,3
Übriges Europa	0,1	0,1
Amerika	83,0	59,3
Asien	9,7	9,0
Afrika	1,2	1,0
Australien / Ozeanien	1,8	1,9
	2.423,4	2.454,9

Die Überleitung der Summe der Segmentumsätze und Segmentergebnisse zum Konzernumsatz bzw. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns ergibt sich aus folgenden Übersichten:

in Mio. €	2018	2017
Gesamtumsatz der Segmente	11.345,9	10.867,8
Industrielle Beteiligungen	413,4	400,3
Konsolidierung	-2.481,1	-2.277,9
Umsatzerlöse	9.278,2	8.990,2

in Mio. €	2018	2017
Gesamtbetrag der Periodenergebnisse der Segmente	318,9	195,8
Industrielle Beteiligungen	33,7	25,2
Konsolidierung	-5,3	17,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	347,3	238,0

(38) Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen

Neben den Geschäftsbeziehungen zu vollkonsolidierten Tochtergesellschaften existieren Beziehungen zu Gesellschaften, die als nahestehende Unternehmen nach IAS 24 zu qualifizieren sind. Die Kategorie der gemeinschaftlichen Tätigkeiten beinhaltet ausschließlich die Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH, Duisburg. In der Kategorie der anderen nahestehenden Unternehmen befinden sich die Mehrheitsbeteiligungen und Gemeinschaftsunternehmen des Landes Niedersachsen.

Zwischen Gesellschaften des Konsolidierungskreises und nahestehenden Unternehmen des Salzgitter-Konzerns bestehen folgende Lieferungs- und Leistungsbeziehungen:

in Mio. €	Verkauf von Waren und Dienstleistungen		Kauf von Waren und Dienstleistungen	
	2018	2017	2018	2017
Nicht konsolidierte Tochtergesellschaften	45,3	32,7	20,7	10,7
Gemeinschaftsunternehmen	259,0	308,0	3,1	140,3
Gemeinschaftliche Tätigkeiten	4,1	8,9	1,1	1,5
Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	1,5	2,1	5,4	-
Andere nahestehende Unternehmen	1,9	0,1	2,2	1,1

Offene Posten aus Lieferungen und Leistungen aus dem Kauf bzw. Verkauf von Waren und Dienstleistungen zwischen Gesellschaften des Konsolidierungskreises und nahestehenden Unternehmen des Salzgitter-Konzerns:

in Mio. €	Forderungen		Verbindlichkeiten	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Nicht konsolidierte Tochtergesellschaften	42,4	17,2	3,0	5,9
Gemeinschaftsunternehmen	10,8	43,2	0,2	0,2
Gemeinschaftliche Tätigkeiten	49,1	58,0	30,7	34,7
Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	0,5	-	0,0	-
Andere nahestehende Unternehmen	2,7	6,6	102,9	95,5

In den Forderungen gegenüber Unternehmen mit gemeinschaftlichen Tätigkeiten ist eine Kreditforderung gegenüber der zu 30% konsolidierten Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH, Duisburg in Höhe von 48,1 Mio. € (Vorjahr 56,7 Mio. €) nach Konsolidierung enthalten.

Der Verkauf von Waren und Dienstleistungen umfasst im Wesentlichen die Lieferungen von Vormaterial zur Herstellung von Großrohren.

Es bestehen Haftungsverhältnisse gegenüber nicht konsolidierten verbundenen Gesellschaften in Höhe von 7,8 Mio. € (Vorjahr 14,6 Mio. €).

(39) Angaben zu den für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses im Geschäftsjahr als Aufwand erfassten Honoraren gemäß § 314 Nr. 9 HGB

in Mio. €	2018	2017
Abschlussprüfungsleistungen	2,7	2,8
Andere Bestätigungsleistungen	0,2	0,1
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,0
Sonstige Leistungen	0,0	0,0

Bei weiteren Abschlussprüfern sind Aufwendungen von unter 0,1 Mio. € (Vorjahr unter 0,1 Mio. €) für die Prüfung der Jahresabschlüsse konsolidierter Inlandsgesellschaften entstanden.

Die Abschlussprüfungsleistungen beinhalten vor allem Honorare für die Konzernabschlussprüfung sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen der Salzgitter AG und der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen. Für die Salzgitter AG und die von ihr beherrschten Unternehmen wurden andere Bestätigungsleistungen nahezu ausschließlich für energiewirtschaftliche Bescheinigungen und EMIR-Prüfungen erbracht. Zudem wurden in unwesentlichem Umfang Steuerberatungsleistungen erbracht, die insbesondere den Bereich der Verrechnungspreisdokumentation betreffen.

(40) Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

(41) Verzicht auf Offenlegung und Erstellung eines Lageberichts nach § 264 Abs. 3 oder § 264b HGB

Nachfolgende vollkonsolidierte inländische Tochterunternehmen haben die gemäß § 264 Abs. 3 oder § 264b HGB erforderlichen Bedingungen erfüllt und sind deshalb von der Offenlegung ihres Jahresabschlusses und der Erstellung eines Lageberichts befreit.

- Salzgitter Mannesmann GmbH, Salzgitter^{1) 2)}
- Salzgitter Klöckner-Werke GmbH, Salzgitter^{1) 2)}
- Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter
- Salzgitter Europlatinen GmbH, Salzgitter¹⁾
- Salzgitter Bauelemente GmbH, Salzgitter¹⁾
- Hövelmann & Lueg Vermögensverwaltung GmbH, Schwerte¹⁾
- Salzgitter Mannesmann Stahlservice GmbH, Karlsruhe¹⁾
- Peiner Träger GmbH, Peine
- Ilseburger Grobblech GmbH, Ilseburg
- Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim
- DEUMU Deutsche Erz- und Metall-Union GmbH, Peine^{1) 2)}
- BSH Braunschweiger Schrotthandel GmbH, Braunschweig¹⁾
- Mannesmann Verwaltung GmbH, Mülheim¹⁾
- Mannesmann Grossrohr GmbH, Salzgitter¹⁾
- Mannesmann Line Pipe GmbH, Siegen¹⁾
- Mannesmannröhren-Werk GmbH, Zeithain¹⁾
- Mannesmann Precision Tubes GmbH, Mülheim^{1) 2)}
- Mannesmann Stainless Tubes GmbH, Mülheim^{1) 2)}
- Salzgitter Mannesmann Stainless Tubes Deutschland GmbH, Remscheid¹⁾
- Salzgitter Mannesmann Handel GmbH, Düsseldorf^{1) 2)}
- Universal Eisen und Stahl GmbH, Neuss^{1) 2)}
- Salzgitter Mannesmann International GmbH, Düsseldorf^{1) 2)}
- Salzgitter Mannesmann Stahlhandel GmbH, Düsseldorf^{1) 2)}
- Stahl-Center Baunatal GmbH, Baunatal¹⁾
- KHS GmbH, Dortmund²⁾
- Klöckner DESMA Elastomertechnik GmbH, Fridingen^{1) 2)}
- DESMA Schuhmaschinen GmbH, Achim^{1) 2)}
- KHS Corpoplast GmbH, Hamburg¹⁾
- Hansaport Hafenbetriebsgesellschaft mbH, Hamburg
- GESIS Gesellschaft für Informationssysteme mbH, Salzgitter¹⁾
- TELCAT MULTICOM GmbH, Salzgitter^{1) 2)}
- TELCAT KOMMUNIKATIONSTECHNIK GmbH, Salzgitter¹⁾
- Glückauf Immobilien GmbH, Peine¹⁾
- Salzgitter Mannesmann Forschung GmbH, Salzgitter¹⁾
- Salzgitter Business Service GmbH, Salzgitter¹⁾
- Salzgitter Hydroforming GmbH & Co. KG, Crimmitschau^{1) 2)}
- Salzgitter Hydroforming Verwaltungs GmbH, Crimmitschau¹⁾
- Salzgitter Automotive Engineering Beteiligungsgesellschaft mbH, Osnabrück^{1) 2)}
- Salzgitter Automotive Engineering GmbH & Co. KG, Osnabrück¹⁾
- Salzgitter Automotive Engineering Immobilien GmbH & Co. KG, Osnabrück¹⁾
- RSE Projektentwicklungs-GmbH, Mülheim¹⁾
- Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter GmbH, Salzgitter^{1) 2)}

¹⁾ Von der Möglichkeit, gemäß § 264 Abs. 3 und § 264b auf die Erstellung eines Anhangs zu verzichten, wurde Gebrauch gemacht.

²⁾ Von der Möglichkeit, gemäß § 291 auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichts zu verzichten, wurde Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft VPS Infrastruktur GmbH, Salzgitter gemäß § 264 Abs. 3 HGB von der Möglichkeit, auf die Erstellung eines Lageberichts zu verzichten, Gebrauch gemacht.

(42) Angaben zur Vergütung des Vorstandes, Aufsichtsrates und anderer Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen

Das Management in Schlüsselpositionen gemäß IAS 24 umfasst die Mitglieder der Konzerngeschäftsleitung sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates. In der Konzerngeschäftsleitung sind neben den aktiven Mitgliedern des Vorstandes die Leiter der fünf Geschäftsbereiche des Salzgitter-Konzerns vertreten. Sie werden in den nachfolgenden Tabellen unter „Andere Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen“ ausgewiesen.

Vergütungen durch den Salzgitter-Konzern:

in Mio. €	Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer (Gehalt und sonstige Leistungen)		Leistungen für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Zuführung zu Pensionsverpflichtungen)	
	2018	2017	2018	2017
Aktive Vorstandsmitglieder	4,4	3,8	0,8	0,8
Aufsichtsratsmitglieder	1,7	1,7	–	–
Andere Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen	3,2	3,1	0,3	0,4

Im Vorjahr erhielten Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen aufgrund der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zusätzlich Leistungen in Höhe von 0,5 Mio. €.

Neben den dargestellten Beträgen erhielten die Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrates, die Arbeitnehmer im Salzgitter-Konzern sind, Bezüge im Rahmen ihres Anstellungsverhältnisses. Deren Höhe entsprach dabei einer ihren Funktionen und Aufgaben im Konzern angemessenen Vergütung.

Verpflichtungen des Salzgitter-Konzerns:

in Mio. €	Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer (Gehalt und sonstige Leistungen)		Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Pensionsverpflichtungen)	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Frühere Vorstandsmitglieder	–	–	51,0	58,1
Aktive Vorstandsmitglieder	1,9	1,5	29,2	25,9
Aufsichtsratsmitglieder	–	–	–	–
Andere Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen	1,5	1,3	6,0	7,2

Die Verpflichtungen aus kurzfristig fälligen Leistungen an Arbeitnehmer beinhalten die variable jährliche Vergütung, die im Folgejahr ausgezahlt wird.

Die zuvor genannten Vorjahresvergütungen aufgrund der Beendigung des Arbeitsverhältnisses wurden in Höhe von 0,4 Mio. € erst im Geschäftsjahr 2018 ausgezahlt.

Frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bezogen im Geschäftsjahr Pensionen in Höhe von insgesamt 2,9 Mio. € (Vorjahr 2,8 Mio. €).

Detaillierte Angaben zur Vergütung der einzelnen Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates sind im „Konzernlagebericht und Lagebericht der Salzgitter AG“ im Abschnitt I.2. „Leitung und Kontrolle“ offengelegt.

(43) Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Salzgitter, den 21. März 2019

Der Vorstand



Fuhrmann



Becker



Kieckbusch

Bestätigungsvermerk

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Salzgitter Aktiengesellschaft, Salzgitter

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Salzgitter Aktiengesellschaft, Salzgitter, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2018, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzernkapitalflussrechnung und der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Salzgitter Aktiengesellschaft, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Konzernlageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

1. entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
2. vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Konzernlageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- (1) Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen
- (2) Aktive latente Steuern insbesondere auf steuerliche Verlustvorträge
- (3) Pensionsrückstellungen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- 1 Sachverhalt und Problemstellung
- 2 Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- 3 Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

(1) Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen

1 In dem Konzernabschluss der Gesellschaft wird unter den Bilanzposten „Immaterielle Vermögenswerte“ und „Sachanlagen“ insgesamt ein Betrag von € 2.339,9 Mio ausgewiesen. Die Werthaltigkeit der immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen wurde zum Bilanzstichtag durch Werthaltigkeitstests (sog. „Impairment-Tests“) gemäß IAS 36 überprüft. Grundlage dieser Bewertung ist der Barwert künftiger Zahlungsströme der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen die entsprechenden Vermögenswerte zugeordnet sind. Der Barwert wird mittels Discounted-Cashflow-Modellen ermittelt, wobei die von den gesetzlichen Vertretern erstellte und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommene operative Drei-Jahresplanung des Konzerns zugrunde gelegt und mit Annahmen über z.B. langfristige Wachstumsraten zwecks Abbildung eines nachhaltigen Zustands (sog. „ewige Rente“) fortgeschrieben wird. Die Abzinsung erfolgt mittels der gewichteten Kapitalkosten der jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheit. Das Ergebnis dieser Bewertung ist in hohem Maße von der Einschätzung der künftigen Zahlungsmittelzuflüsse und -abflüsse der jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheit durch die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sowie des verwendeten Diskontierungszinssatzes abhängig und daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der zugrundeliegenden Komplexität der methodischen Anforderungen an die Impairment-Tests war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2 Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem das methodische Vorgehen zur Durchführung der Werthaltigkeitstests nachvollzogen und die Ermittlung der gewichteten Kapitalkosten beurteilt. Die Angemessenheit der bei der Bewertung verwendeten künftigen Zahlungsmittelzuflüsse und -abflüsse haben wir unter anderem durch Abgleich dieser Angaben mit den aktuellen Budgets aus der von den gesetzlichen Vertretern erstellten und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommenen Drei-Jahresplanung sowie durch Abstimmung mit allgemeinen und branchenspezifischen Markterwartungen beurteilt. Dabei haben wir auch die Annahmen der gesetzlichen Vertreter im Rahmen ihrer Werthaltigkeitsbeurteilungen zu den Auswirkungen der geplanten Reform des EU-Emissionshandels ab 2021 gewürdigt. Zudem haben wir die sachgerechte Berücksichtigung der in der Segmentberichterstattung erfassten Kosten der Konzernfunktionen bei den Impairment-Tests der jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheit beurteilt. Mit der Kenntnis, dass bereits relativ kleine Veränderungen des verwendeten Diskontierungszinssatzes wesentliche Auswirkungen auf die Höhe des auf diese Weise ermittelten Unternehmenswerts haben können, haben wir uns auch intensiv mit den bei der Bestimmung des

verwendeten Diskontierungszinssatzes herangezogenen Parametern, einschließlich der gewichteten Kapitalkosten, beschäftigt und das Berechnungsschema nachvollzogen. Ferner haben wir ergänzend eigene Sensitivitätsanalysen für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten mit geringer Überdeckung (Barwert im Vergleich zum Buchwert) durchgeführt. Die von den gesetzlichen Vertretern angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.

3 Die Angaben der Gesellschaft zu den immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen sind im Abschnitt „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ und in den Abschnitten 5, 9 und 10 des Konzernanhangs enthalten.

(2) Aktive Latente Steuern insbesondere auf steuerliche Verlustvorträge

1 In dem Konzernabschluss der Gesellschaft werden aktive latente Steuern in Höhe von € 399,1 Mio ausgewiesen, davon € 97,7 Mio für steuerliche Verlustvorträge. Die Bilanzierung der aktiven latenten Steuern auf temporäre Differenzen und steuerliche Verlustvorträge erfolgt in dem Umfang, in dem es nach Einschätzung der gesetzlichen Vertreter wahrscheinlich ist, dass in der Zukunft zu versteuernde Ergebnisse anfallen, durch die die abzugsfähigen temporären Differenzen und steuerlichen Verluste genutzt werden können. Dazu werden, soweit nicht ausreichend passive latente Steuern vorhanden sind, Prognosen über die künftigen steuerlichen Ergebnisse ermittelt. Diese zu versteuernden Ergebnisse ergeben sich aus der von den gesetzlichen Vertretern aufgestellten steuerlichen Planungsrechnung, die aus der Mehrjahresplanung des Konzerns für die Jahre 2019 bis 2021 abgeleitet ist. Daneben bestehen latente Steuern auf temporäre Differenzen in Höhe von € 82,4 Mio, im Wesentlichen für Inlandsgesellschaften, sowie inländische gewerbe- und körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von € 1.279,6 Mio bzw. € 1.642,4 Mio und ausländische Verlustvorträge in Höhe von € 106,3 Mio, für die keine aktiven latenten Steuern aktiviert wurden. Eine steuerliche Nutzung aus der Verrechnung mit zu versteuernden Ergebnissen ist nach den Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter nicht wahrscheinlich.

Aus unserer Sicht war die Bilanzierung der aktiven latenten Steuern im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, da sie in hohem Maße von Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter abhängig und daher mit Unsicherheiten behaftet ist.

2 Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zur Beurteilung der Werthaltigkeit der Steuerposten und der Angemessenheit der bilanziellen Abbildung unsere internen Spezialisten aus dem Bereich Tax Reporting & Strategy eingebunden. Mit deren Unterstützung haben wir unter anderem die internen Prozesse und Kontrollen zur Erfassung von Steuersachverhalten und das methodische Vorgehen zur Ermittlung, Bilanzierung und Bewertung der latenten Steuern beurteilt. Weiterhin haben wir die Werthaltigkeit der aktivierten latenten Steuern auf abzugsfähige temporäre Differenzen und steuerlichen Verlustvorträge auf Basis unternehmensinterner Prognosen über die zukünftige steuerliche Ertragssituation des inländischen ertragsteuerlichen Organkreises mit der von den gesetzlichen Vertretern aufgestellten und aus der Mehrjahresplanung für die Jahre 2019 bis 2021 abgeleiteten steuerlichen Planungsrechnung abgeglichen sowie die Angemessenheit der zugrunde liegenden Einschätzungen gewürdigt.

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen begründet und hinreichend dokumentiert sind.

3 Die Angaben der Gesellschaft zu den aktiven latenten Steuern und steuerlichen Verlustvorträgen sind im Konzernanhang in Abschnitt „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ sowie im Abschnitt 7 und Abschnitt 14 enthalten.

(3) Pensionsrückstellungen

1 In dem Konzernabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ Pensionsrückstellungen von insgesamt € 2.275,5 Mio (26 % der Konzernbilanzsumme) ausgewiesen, von denen ein Teil durch Planvermögen (im Wesentlichen Investmentfonds) gedeckt

ist. Die Pensionsrückstellungen setzen sich zusammen aus dem Barwert der Verpflichtungen in Höhe von € 2.350,7 Mio und dem hiermit saldierten und zu Zeitwerten bewerteten Planvermögen in Höhe von € 75,2 Mio. Im Inland existieren Kollektiv- und Einzelzusagen in Form von unmittelbaren Direktzusagen des Arbeitgebers. Die Bewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Versorgungsplänen erfolgt nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method). Dabei sind insbesondere Annahmen über den langfristigen Gehalts- und Rententrend, die Lebenserwartung und die Fluktuation zu treffen. Ferner ist der Abzinsungssatz zum Bilanzstichtag aus der Rendite hochwertiger, währungskongruenter Unternehmensanleihen mit vergleichbaren Laufzeiten abzuleiten. Dabei müssen regelmäßig Extrapolationen vorgenommen werden, da keine ausreichenden langfristigen Unternehmensanleihen existieren. Änderungen dieser Bewertungsannahmen sowie erfahrungsbedingte Anpassungen sind als versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste im sonstigen Ergebnis zu erfassen. Im Berichtsjahr ergaben sich versicherungsmathematische Verluste in Höhe von € 123,5 Mio. Die Bewertung des Planvermögens erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, der wiederum mit Schätzungsunsicherheiten verbunden ist. Der Aufwand aus Planvermögen (unter Ausschluss von Beträgen, die im Nettozins erfasst werden) wird neben dem versicherungsmathematischen Gewinn oder Verlust als Neubewertung im sonstigen Ergebnis erfasst und beträgt im Berichtsjahr € 2,3 Mio.

Aus unserer Sicht waren diese Sachverhalte im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, da der Ansatz und die Bewertung dieses betragsmäßig bedeutsamen Postens in einem wesentlichen Maß auf den Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft basieren.

2 Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter Einbezug unserer Pensions-Spezialisten unter anderem die eingeholten versicherungsmathematischen Gutachten und die fachliche Qualifikation der externen Gutachter gewürdigt. Ferner haben wir uns unter anderem mit den spezifischen Besonderheiten der versicherungsmathematischen Berechnungen befasst und das Mengengerüst, die versicherungsmathematischen Parameter sowie das den Bewertungen zugrundeliegende Bewertungsverfahren auf Standardkonformität und Angemessenheit überprüft. Zudem wurde die Entwicklung der Verpflichtung und der Aufwandskomponenten gemäß versicherungsmathematischem Gutachten vor dem Hintergrund der eingetretenen Änderungen in den Bewertungsparametern und im Mengengerüst analysiert und plausibilisiert. Für die Prüfung des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens haben wir Bank- und Fondsbestätigungen eingeholt.

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen begründet und hinreichend dokumentiert sind.

3 Die Angaben zu den Pensionsrückstellungen sind im Abschnitt „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ und im Abschnitt 26 des Konzernanhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Konzernlageberichts:

1. die in Abschnitt I.3. des Konzernlageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB und § 315d HGB
2. den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b Abs. 3 HGB und § 315b Abs. 3 HGB

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses, des geprüften Konzernlageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen

Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 24. Mai 2018 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 14. Juni 2018 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1938 als Konzernabschlussprüfer der Salzgitter Aktiengesellschaft, Salzgitter, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Martin Schröder.

Hannover, den 21. März 2019

PricewaterhouseCoopers
GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Martin Schröder
Wirtschaftsprüfer



ppa. Stephan Hachmeyer
Wirtschaftsprüfer

Einige der in diesem Bericht gemachten Aussagen haben den Charakter von Prognosen bzw. können als solche interpretiert werden. Sie sind nach bestem Wissen und Gewissen erstellt und gelten naturgemäß unter der Voraussetzung, dass keine unvorhersehbare Verschlechterung der Konjunktur und der spezifischen Marktlage für die Gesellschaften in den Geschäftsbereichen eintritt, sondern sich die Grundlagen der Planungen und Vorschauen in dem Umfang und dem zeitlichen Rahmen wie erwartet als zutreffend erweisen. Die Gesellschaft übernimmt – unbeschadet bestehender gesetzlicher, insbesondere kapitalmarktrechtlicher Anforderungen – keine Verpflichtung, vorausblickende Aussagen, die ausschließlich auf den Umständen am Tag der Veröffentlichung basieren, laufend zu aktualisieren.

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir im vorliegenden Geschäftsbericht jeweils nur die männliche Form (zum Beispiel für „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ nur „Mitarbeiter“). Personenbezeichnungen gelten immer für beiderlei Geschlecht.

Der Geschäftsbericht der Salzgitter AG steht auch als englische Übersetzung zur Verfügung. Bei Abweichungen geht die deutsche Fassung der englischen vor.

Impressum und Kontakte

Kontakt

SALZGITTER AG
Eisenhüttenstraße 99
38239 Salzgitter

Postanschrift

38223 Salzgitter

Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 053 41/21-27 01
Telefax: 053 41/21-23 02

Investor Relations

Telefon: 053 41/21-18 52
Telefax: 053 41/21-25 70

Herausgeber

SALZGITTER AG

Konzept und Gestaltung

wirDesign Berlin Braunschweig

Redaktion/Text

SALZGITTER AG, Investor Relations

Druck

Druck-Center
Salzgitter Flachstahl GmbH

Dieser Geschäftsbericht wurde
mit Unterstützung des Redaktions-
systems firesys erstellt.

20

